Atom Express & Atommüllzeitung

atom express

Okt./Nov. 87 DM 4.-

Atommüll-Deal mit Schweden

Anti-AKW-Bewegung in der Krise?!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Nicht nur für Insider

Informationsdienst

Alternative Kommunalpolitik

Alternative Kommunalpolitik. Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Politik. 6mal im Jahr. 68 Seiten. Einzelpreis DM 7,- (zzgl. Versand). Jahres-Abo DM 42,- (incl. Versand).

...und noch was: Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,- in Briefmarken zugehen.

Redaktion/ Vertrieb: Alternative Kommunalpolitik Herforder Str. 92 4800 Bielefeld 1 (0521/17 75 17)

Graswurzelrevolution

Libertär-sozialistische Zeitschrift

Wir wollen Geschichte *und* Kultur 'von unten' lebendig halten. Deshalb haben wir einiges davon zusammengetragen, was der herrschenden Musikkultur entgegengesetzt wurde und wird.
Welche Möglichkeiten und Grenzen hat politisch engagierte Musik?

MUSIK und WIDERSTAND

- auf Straßen, Bühnen und vor Stacheldraht

* Interview mit Walter Mossmann
* Geschichte der politisch engagierten Strassenmusik
* Zwischen Revue und Revolution
* Konzertblockaden - bürgerlicher Widerstand?
* Rotzfrech auf der Konsumrennbahn
* Hunsrück - feministische Musik im Widerstand, u.a.

... Schwerpunkt der Graswurzelrevolution Nr. 116 (Juli '87).

Die GRASWURZELREVOLUTION ist *die* Zeitschrift des gewaltfreien Anarchismus. Regelmäßige Berichte über Antimilitarismus, Anarchismus, direkte gewaltfreie Aktionen im In- und Ausland, Anti-AKW, Alternative Ökonomie, Feminismus, Flüchtlingsbewegung u.v.a.

Probeheft (3.60 DM in Briefmarken) und Bezug:
GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50
Abonnement: 30 DM für 10 Ausgaben

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladressen:

atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7700158

atom, c/o Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel. 04131/63315

V.I.S.d.bgl.P.:

Günter Garbers, Reimar Paul, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:

Eine atom-Nummer kostet 4.- Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3.- Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25.- Mark incl. Porto und Versand. Förder-Abo: 35.- Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Spendenkonto:

Bernd Weidmann Sonderkonto
PschA Hannover, Nr. 4098 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die **atom** Nr. 17, Oktober/November 1987. Nach alter Zählweise: Atom Express 57 und atommüllzeitung 43.

Druck: Steidl, Göttingen

Titelfoto: LIGA, Lübeck

Inhalt

In eigener Sache 4
Atomtransporte unterwegs 5

Schwerpunkt 1: Strategiediskussion

Die Artikel »Tschernobyl und die Krise der Bewegung« sowie »Spaltprozesse« sind Ergebnis eines längeren Redaktionswochenendes. Weiter in diesem Teil: Eine Antwort aus Lübeck auf den vieldiskutierten Artikel von »Lupus« in der letzten atom und – wieder mal – Gedanken über das mögliche Zusammengehen von Anti-AKW- und Friedensbewegung.

Tschernobyl und die Krise der Bewegung 9
Spaltprozesse oder die Atomisierung der Bewegung 14
Über die Notwendigkeit verbindlicher Strukturen 18
Wem nützt eine Spaltung? 22
Kampagne gegen den IWF 24

Schwerpunkt 2: Wackersdorf

Die Herbstaktionen stehen unmittelbar bevor. Eine Bewertung der Streitigkeiten durch die atom-Redaktion und ein Mitglied des Trägerkreises stehen im Mittelpunkt dieses Teils. Außerdem natürlich wie immer Wacker's Dorfchronik und ein Märchen...

Die Herbstaktionen '87 26
Lehrstück oder Meisterstück 30
Wackers Dorfchronik 32
Gorleben am Hochrhein 36
Eine Reportage aus Polen 38

Schwerpunkt 3: Standortberichte

Viel tut sich an den westdeutschen Standorten; nur manches davon dringt an die Öffentlichkeit. Wir berichten über Jahrhundertprojekte und Provinztheater.

Endlager Gorleben – Das »Jahrhundertprojekt« 41
Mühlheim-Kärlich wieder in Betrieb 50
THTR – Die Hoffnung aufs Exportgeschäft 54
BI-Krach im Emsland 58
Kriminalisierung, Herzschläge 61
Kalender '88 – Aber hallo! 65

Und nochmal in eigener Sache...

Auf einem erweiterten Redaktions-Treffen, das Ende August im Wendland stattfand, haben wir noch einmal intensiv über die Kritik diskutiert, die in den letzten Monaten an der atom geäußert wurde. Bei den wesentlichen Punkten gab es unter uns keine Differenzen; der folgende Beitrag, der sich mit unserem Selbstverständnis befaßt, ist insofern eine Stellungnahme der gesamten Redaktion.

1. Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung hat die »atom« als bundesweite Zeitung fast eine Monopolstellung (Ausnahme: Bayern, wo die »radi aktiv« sehr viel stärker verankert ist). Diese dominierende Position verstärkt sich noch in Zeiten, in denen die Kommunikations- und Publikationsstrukturen abbröckeln und so immer weniger Gegengewichte zu unserer Arbeit bestehen. In solchen Phasen wird die Gefahr größer, daß sich andere Meinungen, bzw. deren Vertreter/innen, untergebuttert, überfahren oder nicht richtig gewürdigt fühlen. Wir denken, daß dies in erster Linie ein subjektives Problem ist; das heißt, daß auch wenn wir das Gefühl haben, keine Fehler gemacht zu haben, andere trotzdem meinen, wir würden Zensur, Machtpolitik usw. betreiben. Durch die scharfe Kritik an uns (z.T. in den letzten Ausgaben veröffentlicht) ist uns noch einmal die große Verantwortung klar geworden, die wir mit der Zeitungsarbeit haben. Wir werden versuchen, damit in Zukunft noch sorgfältiger umzugehen.

2. »Fehler« sind (auch) bei uns zwangsläufig. Ein Teil ist quasi automatisches Produkt von organisatorischen Unzulänglichkeiten. Die gesamte Zeitungsarbeit wird in der Freizeit gemacht. Wir haben weder haupt- noch halbamtliche Mitarbeiter/innen, auch wenn das nach außen manchen anders erscheinen mag. Insofern arbeiten wir natürlich »lückenhaft«; wir können nicht alle uns mit der Post zugehenden Artikel und Papierstapel bearbeiten und genausowenig alle uns selbst wichtig erscheinenden Themen und Inhalte. Wir können immer nur soviel tun, wie es unsere gegenwärtigen Kräfte ermöglichen.
Von dieser Art der Zeitungsarbeit her betrachtet, sind wir sicher ein politisches »Fossil« aus längst vergangenen Zeiten. Keine vergleichbare Zeitung oder Publikation arbeitet ohne unbezahlte Leute und ohne jede finanzielle Unterstützung von außen.
Die Fehler und Versäumnisse, die uns zweifellos immer wieder unterlaufen, sind nicht gewollt und - so glauben wir - haben auch kein »System«, indem wir etwa konsequent bestimmte Meinungen, Diskussionen und Themen unterdrücken würden. So war zum Beispiel die unkorrekte Wiedergabe der Diskussion um die Wackersdorf-Herbstaktionen auf der Nürnberger Bundeskonferenz keine bewußte oder beabsichtigte Manipulation. Natürlich hat es uns sehr nachdenklich gestimmt, daß gerade dies uns von nicht wenigen zugetraut wurde. Wir werden uns Mühe geben, so wenig Gründe wie möglich für eine solche - unserer Meinung nach insgesamt unberechtigte - Kritik zu liefern. Allerdings sind wir für unsere Arbeit aber auch eine positive Motivation angewiesen, die langsam, aber sicher untergraben wird, wenn man uns aus jeder Unterlassung oder »tendenziösen« Berichterstattung (z.B. über eine Arbeitsgruppe auf der Atommüllkonferenz) gleich einen politischen Strick dreht. Diesbezüglich fanden wir einige der gegen uns erhobenen Vorwürfe reichlich überzogen.

3. Die Tatsache, daß wir eine bundesweite Zeitung machen, die nicht an einen bestimmten Standort oder an ein inhaltliches Schwerpunktthema gebunden ist, führt ganz von selbst dazu, daß unsere Diskussionen - die von Zeit zu Zeit, zuletzt bei den Herbstaktionen, auch in Aktionsvorschläge münden - sehr stark von bundesweiten Themen und Begründungszusammenhängen geprägt sind. Dazu kommt, daß durch die viele Post und viele persönliche Bekanntschaften zu Leuten und Gruppen aus der Bewegung bei uns viele »Drähte zusammenlaufen«. Wir sind oft eher und vor allem umfassender informiert als andere BIs. Wir können diese Informationen aber nur zum Teil, bzw. mit erheblicher zeitlicher Verzögerung in der Zeitung wiedergeben.
So war z.B. der Wackersdorf-Vorschlag sehr stark von dieser bundesweiten Sichtweise geprägt. Er war, wie sich zeigte, in gewisser Weise eine »Kopfgeburt«, die am Diskussionsstand eines großen Teils der Bewegung vorbeiging. Dies haben wir damals falsch eingeschätzt, obwohl wir es eigentlich hätten besser wissen müssen. Dennoch stehen wir nach wie vor zu den Gründen und Inhalten, die zu dem Wackersdorf-Vorschlag geführt haben. Und wir sind nicht der Meinung, daß die Anti-AKW-Bewegung sonderlich stolz darauf sein kann, daß aus diesem Vorschlag nichts geworden ist.

4. Für den Vorwurf einer Machtpolitik mit oder in der atom gibt es keinerlei Grundlage. Karrieredenken oder persönliche Geltungssucht einzelner fallen als mögliche Motive aus; von der Tatsache, daß es keine hinter uns stehenden »Mächte« gibt, in deren Auftrag wir handeln, ganz zu schweigen. Im Gegenteil: mit »Machtpolitik« - wie sie uns von manchen vorgeworfen wird - würden wir uns doch selbst das Wasser abgraben. Das politische Vertrauen, das uns große Teile der Anti-AKW-Bewegung nach wie vor entgegenbringen, ist unser wichtigstes Kapital. Dies durch »Machtpolitik« irgendeiner Art oder in irgendeine Richtung zu verspielen, würde schnell zum Ende der Zeitung führen. Zu dieser Frage haben wir auch kein taktisches Verhältnis.
Wir nehmen aber nach wie vor und auch unter dem Risiko, daneben zu liegen, das Recht für uns in Anspruch, in und mit Hilfe der Zeitung unsere Diskussionen (z.B. Wackersdorf-Vorschlag) und Ansichten nach außen zu tragen.
Unsere AKW-Gegnerschaft ist **grundsätzlich**, das heißt, wir wenden und wehren uns gegen Atomanlagen, wo und in welchem Gesellschaftssystem auch immer sie gebaut und betrieben werden. Und wir haben darüber hinaus ein mehr oder weniger ausgeprägtes kritisches bis ablehnendes Verhältnis »zum Staat« Bundesrepublik, seinen ihn tragenden und stützenden Strukturen und vor allem den hinter ihm stehenden »Mächten«, also dem Kapital.
In unserem Kampf und konkret bei bestimmten Aktionen gegen AKWs suchen wir Bündnisse mit anderen Gruppen und Kräften, die sich selbst nicht unbedingt als Teil der Anti-AKW-Bewewgung verstehen müssen. Um zu einer gemeinsamen und verantwortlichen Aktionsplanung zu kommen, an der sich möglichst viele beteiligen sollen, müssen u. U. Kompromis se gesucht und gefunden werden, die allerdings nicht auf Kosten der Inhalte gehen dürfen. Neben der uneingeschränkten AKW-Gegnerschaft gehört dazu die Solidarität mit allen von der Kriminalisierung betroffenen AKW/Gegner/innen und die Ablehnung jeder Distanzierung von Widerstandsformen. Anderherum bedeutet das nicht, daß wir einem »Jede/r-kann-jederzeit-das-machen-was ihm/ihr-gefällt« das Wort reden, sondern daß wir - je nach Lage und konkreten Kräfteverhältnissen - genau überlegen müssen,welche Aktion wann sinnvoll ist, und auch, wie verbindliche Absprachen getroffen und eingehalten werden können.
Diese Ansichten nach außen tragen zu können, ist ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses bei der Zeitungsarbeit, ist auch wesentlicher Teil unserer Motivation, diese Zeitung zu machen. Wir wollen nicht nur »neutraler« Transporteur von Informationen und Meinungen sein.
Wir können zwar verstehen, daß andere sich bisweilen von manchen unserer Diskussions- und Aktionsvorschläge überfahren, vielleicht auch erschlagen fühlen. Aber wir behindern dadurch doch nicht andere Diskussionen, wie ein Vorwurf formuliert war. Außerdem - was wäre denn hier die Alternative? Wir können uns doch nicht pädagogisch einwandfrei verhalten, indem wir etwas, was wir für wichtig halten, nicht sagen und schreiben, weil wir damit ja vielleicht andere bei ihren Diskussionen stören könnten.

5. Wir möchten uns bemühen, den Kontakt zu anderen Gruppen und Leuten weiter auszubauen, um möglichst vernünftige und ausgereifte Beiträge in die Diskussion einzubringen - und am besten die Kontroversen gleich dazu. In diesem Sinn könnten vielleicht größere Redaktionstreffen, zu denen auch öffentlich in der atom eingeladen wird, für mehr Transparenz und für kontroversere Diskussionen sorgen. Wer daran interessiert ist, ca. einmal im Jahr an solchen Treffen teilzunehmen, soll uns bitte schreiben.

★

Atommüll unterwegs

Lübeck — Das Tor zum Atomklo Westeuropas

Nun ist es bereits anderthalb Monate her, daß der erste von insgesamt 14 MOX-Brennelemente-Transporten, die voraussichtlich bis Mitte März über Lübeck nach Schweden laufen sollen, durchgeführt wurde.
Diese Transporte, die hauptsächlich aus verschieden großen Castorbehältern bestehen, werden per LKW oder Bundesbahn bis zum Lübecker Nordlandkai gebracht, und von dort aus mit dem schwedischen Atommüllfrachter MS "SIGYN" in das schwedische Zwischenlager "CLAB" bei Oskarsheim transportiert.
Dieser Transport von "Wirtschaftsgütern" (das ist die offizielle Namensverdrehung für abgebrannte Brennelemente und Atommüll allgemein) wird sich im Verlauf dieses Jahres wie gesagt 14 mal wiederholen, und zwar so lange, bis sich alle 217 für diese atomare Verschiebung vorgesehenen abgebrannten Brennelemente aus der BRD in Schweden befinden.
Der Hintergrund für die Transporte stellt ein am 5. September 1985 geschlossenes Abkommen zwischen Schweden und der BRD dar, in dem es um folgendes geht:

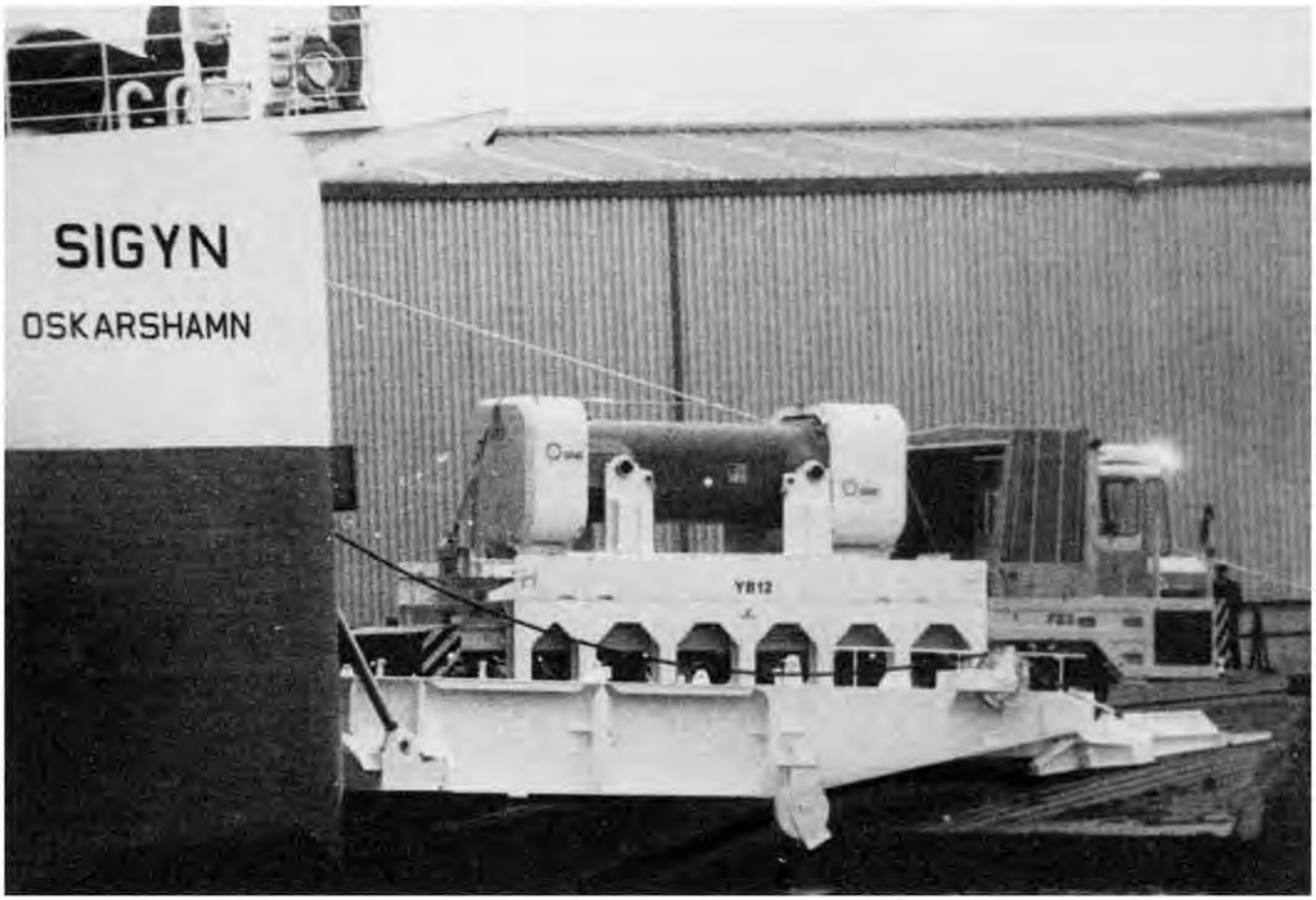
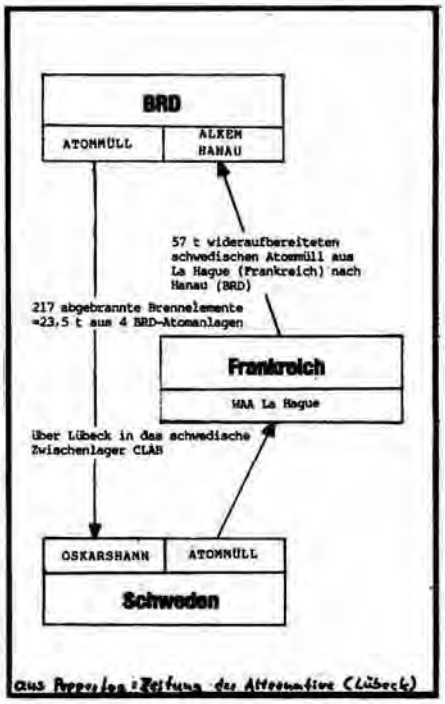


Foto: LIGA

Die schwedische Regierung erklärt sich bereit, abgebrannte Brennelemente aus vier bundesdeutschen atomaren Anlagen (AKWs und Forschungseinrichtungen) auf ihrem Territorium für mindestens 30 Jahre "zwischenzulagern". Während die BRD im Gegenzug 57 t wiederaufbereiteten schwedischen Atommüll aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague übernimmt.
Das somit stattfindende Hin- und Hergefahre von Atommüll könnte nun wie ein simples Tauschgeschäft wirken, ist aber weit mehr! Es geht hierbei nämlich nicht um den Atommüll an sich, sondern lediglich um einen einzigen Bestandteil des schwedischen wie deutschen Mülls und zwar um das Plutonium.



aus Rundbrief Zeitung der Alternative (Lübeck)

Der ganze Dreieckskandal wird erst verständlich, wenn wir uns anschauen, um was für Arten von abgebrannten Brennelementen es sich eigentlich handelt:
Auf der BRD-Seite sind es sogenannte MOX(Mischoxyd)-Elemente, die ein spezielles Gemisch aus Uran und Plutonium darstellen. Das Besondere an den MOX-Elementen und der Grund für ihr beabsichtigtes Verschwinden im schwedischen Urgestein ist, daß die bei heutigem technischen Stand bei der Wiederaufbereitung dieser Elemente entstehenden Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen (nämlich dem bei der Wiederaufbereitung abfallenden Plutonium) stehen.
Die schwedischen Brennelemente hingegen haben eine andere chemische Zusammensetzung und lassen sich durchaus "wirtschaftlich" wiederaufbereiten, was in La Hague (Frankreich) auch passiert. Hinzu kommt noch, daß das schwedische AKW-Programm drastisch gekürzt wurde und etliche AKWs nicht gebaut wurden. Das Zwischen- und Endlager "CLAB" jedoch wurde und wird noch nach den alten Bedarfsplänen errichtet, so daß Schweden genügend freie Lagerkapazität für ausländischen Atommüll besitzt. Ein weiterer zusätzlicher Aspekt ist auch, daß Schweden andere wirtschaftliche und militärische Interessen an seinem AKW-Programm hat als die BRD. Denn hier bei uns wird trotz der Erfahrungen aus Tschernobyl und einer hohen Stromkapazität, kompromißlos am Atomprogramm festgehalten. Neue AKWs und die WAA Wackersdorf befinden sich im Bau oder in der Planung.
Worin die tatsächlichen Interessen der BRD am Atomprogramm und insbesondere an dem beschriebenen und jetzt stattfindenden Plutoniumdeal mit Schweden liegen, läßt sich mit einigem Hintergrundwissen relativ leicht feststellen. Denn in dem Vertragstext über den MOX-deal wird angegeben, daß das schwedische Plutonium in der BRD zur Fertigung von neuen MOX-Brennelementen verwendet werden soll. Von den 57 t schwedischen Atommülls lassen sich, nebenbei bemerkt, 460 kg Plutonium abtrennen!
Zu diesem Zweck wird das Plutonium nach Hanau in Hessen gebracht. Doch dort, im Herzen der bundesdeutschen Plutoniumindustrie, lagern bereits jetzt mehrere Tonnen (Masse, nicht etwa Fässer) dieses Stoffes und die Firma ALKEM hat eine zusätzliche Kapazitätserhöhung auf 6,7 t bei der Bundesregierung beantragt. Aber auch ohne diese Aufstockung des Lagerbestandes besitzt die BRD jetzt schon das größte Plutoniumlager aller Nicht-Atomwaffenstaaten der Erde. Und das, obwohl die BRD jährlich "nur" 1700 kg Plutonium zur Herstellung von Brennelementen benötigt.
Wenn wir dann noch Äußerungen führender Politiker zum Thema atomare Bewaffnung der Bundeswehr, dem technisch-wissenschaftlichen Stand und der internationalen Nuklearwaffenzusammenarbeit betrachten, dann kann die einzige Schlußfolgerung aus diesen Fakten nur sein, daß die BRD diese Anhäufung von Plutonium zur Aufstellung einer eigenen, zusätzlichen atomaren Streitmacht benutzen will.
Die MOX-Transporte stellen also mehr dar als ein einfaches Tauschgeschäft zwischen Schweden und der BRD, bei dem es lediglich um die Lagerung auf der einen, und die Weiterverwendung auf der anderen Seite geht. Es geht vielmehr um handfeste, politische Interessen von Staat und Wirtschaft, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wobei das Thema MOX-Transporte und ihre politischen Hintergründe lediglich einen kleinen Teilbereich darstellen.
Überall in der BRD werden Menschen mit dem Problem Atomindustrie konfrontiert. Seien es nun die Standorte von AKWs oder die Atommülltransporte, die fast täglich über jede Straße der Bundesrepublik laufen. Wir in Lübeck sind lediglich von einem Teilaspekt dieses gigantischen Programms betroffen, der jedoch für die Atomindustrie von zentralem Interesse ist. Gemeint sind mit diesem zentralen Interesse die Transporte von atomaren Rohstoffen oder jeder Art von Atommüll. Denn die Transporte stellen den Lebensnerv dieser menschenverachtenden Industrie dar. Sie verbinden die einzelnen Punkte des sogenannten Brennstoffkreislaufes, und ohne den reibungslosen, funktionierenden Transport von Brennstoffen bzw. Atommüll würde kein einziges AKW funktionieren. Nur so läßt sich auch die staatlicherseits betriebene Geheimhaltung von Transporten erklären, denn nicht etwa "Terroristen" sind es, vor denen die Atommafia Angst hat, sie befürchtet vielmehr, daß eine kritische Öffentlichkeit ihre wahren Interessen durchschaut und ihre lebenswichtigen Transporte so stark be- bzw. verhindert, daß dieser reibungslose Betrieb von AKWs (die ständig auftretenden technischen Beinahekatastrophen einmal ausgenommen) so nachhaltig gestört wird, daß die Anlagen zeitweise stillgelegt werden müssen, weil entweder der atomare Brennstoff fehlt oder aber der Atommüll nicht

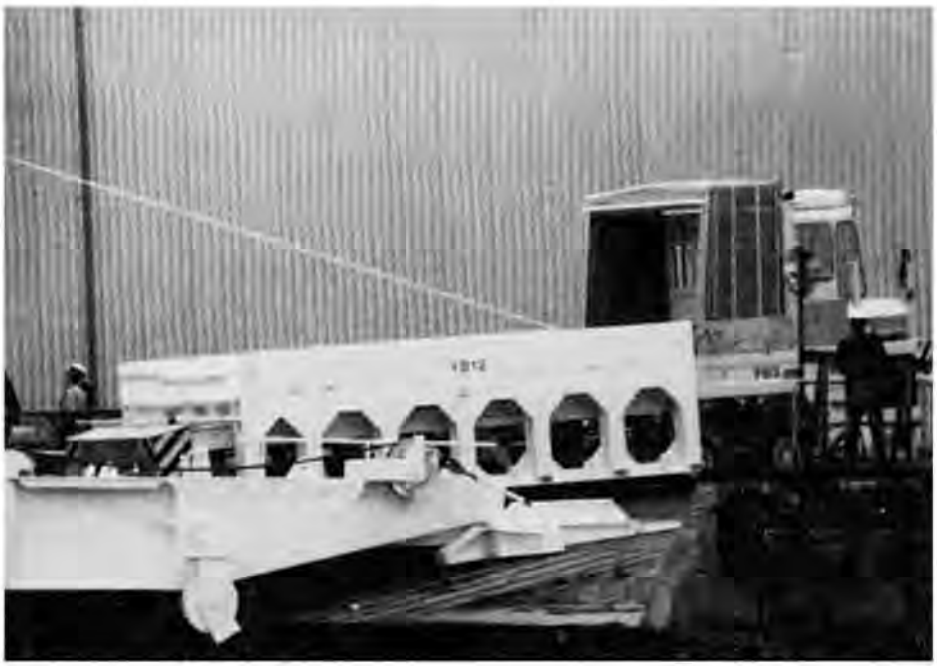
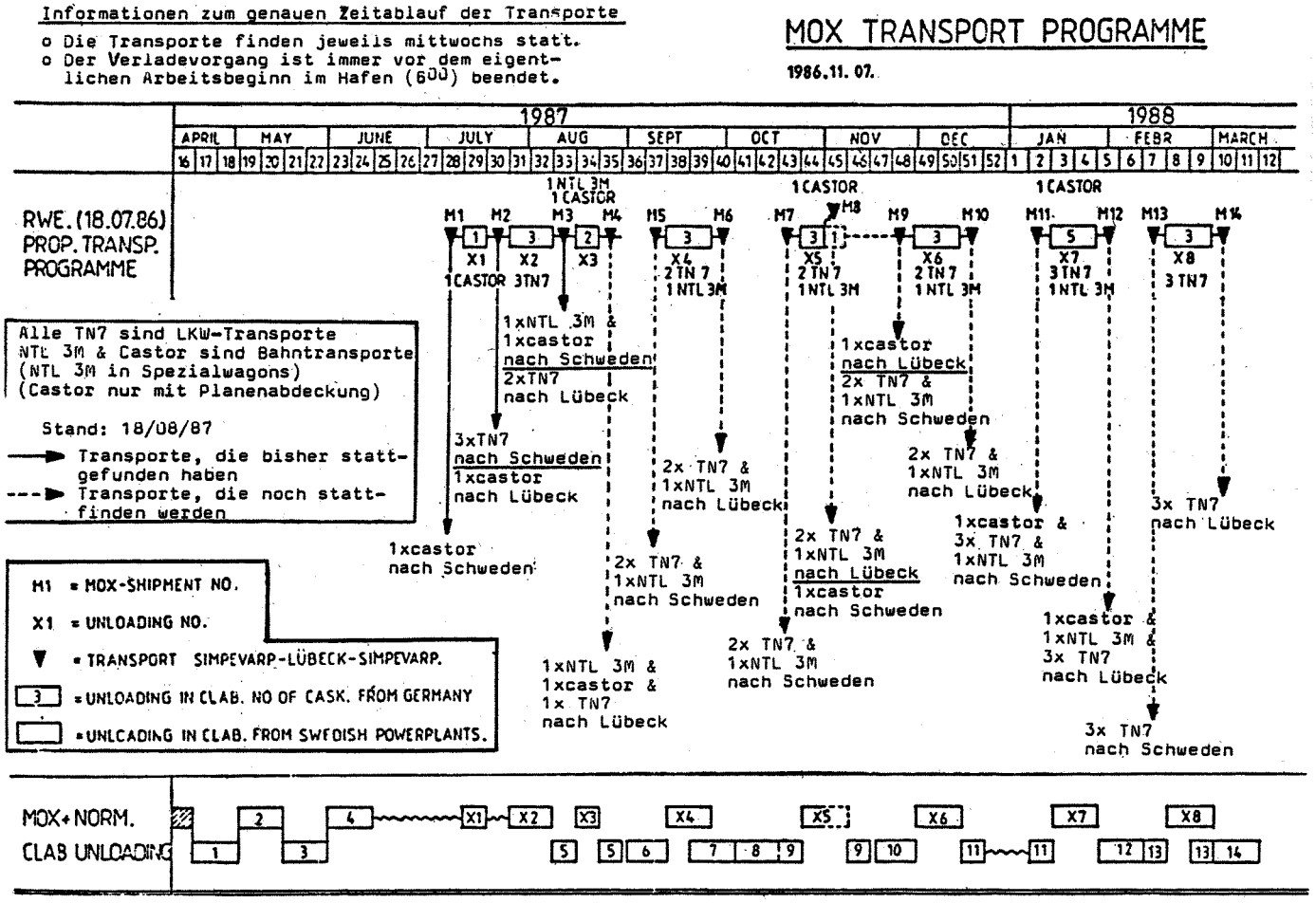


Foto: LIGA

mehr abtransportiert werden kann.
In welchen Dimensionen diese Transporte stattfinden, beweisen folgende Zahlen:
— laut Bundesinnenministerium werden jährlich 400.000 Transporte durchgeführt;
— davon fallen 1.583 ('83) unter den Begriff "höheres Gefährdungspotential", von diesen wiederum finden 134 auf dem Seewege statt. In Lübeck waren es nach den Angaben des Senats für Wirtschaft und Verkehr 1985 insgesamt 176 Seetransporte (über Straßen und Schienen gibt es keine Angaben), von denen alleine 51 unter die Kategorie "höheres Gefährdungspotential" fielen.
Und mit einer erheblichen Steigerung der Transporte, bundesweit wie auch für Lübeck muß bei dem starken Ausbau der Atomwirtschaft gerechnet werden. Was die Gefährdung der Bevölkerung durch diese Transporte angelangt, so spricht eine geheime 50 Millionen DM teure Studie der Bundesregierung über Sicherheitsrisiken bei der atomaren Entsorgung wie wir meinen eine klare Sprache. Denn dort steht in einem Zwischenbericht vom Mai '83 folgender erstaunlicher Satz:
"...Transporte den größten Beitrag zum Gesamtrisiko der Entsorgung leisten, (...), den unfallfreien Betrieb mit eingeschlossen..."
Dieser Satz aus dem wie gesagt geheimen Papier zeigt einmal mehr, wie weit es mit dem Verantwortungsbewußtsein dieses Staates und seiner Informationspolitik her ist. Denn offiziell wird nach dem Motto argumentiert, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, und daß noch keine atomare Katastrophe bei einem Atomtransport passiert ist, beweist noch lange nicht, daß auch in Zukunft nichts geschieht. Harrisburg und Tschernobyl galten schließlich auch als absolut sicher.
Der Senat der Hansestadt Lübeck stiehlt sich aus der Verantwortung, indem er sich ganz einfach für nicht zuständig erklärt oder aber Fragen mit dem Hinweis auf die schon erwähnte Geheimhaltung von sich weist. Wir wissen zwar, daß wir von der Stadt in puncto Verhinderung der Atomtransporte nicht allzuviel bzw. eigentlich gar nichts erwarten können. Es stellt sich jedoch die Frage, was für wirtschaftliche Vorteile die Hansestadt Lübeck aus den Atomtransporten zieht, wenn sie diese links (oder sollten wir besser rechts schreiben?) liegen läßt, jedoch andererseits gegen den Chemiemüll der nach Schönberg (DDR) transportiert wird, vor den höchsten Gerichtsinstanzen klagt, obwohl sie, streng genommen, auch für diese Transporte nicht zuständig ist.

Die Transporte beginnen

Wie bereits gesagt, ist es nun schon anderthalb Monate her, daß die Transporte begannen. Wir wußten, dank guter Informationen, schon anderthalb Wochen vor dem ersten Transport, daß dieser am 08.07.87 stattfinden würde und hatten, für unsere teilweise seit Monaten stattfindenden Aktionsvorbereitungen, endlich ein unmittelbares Ziel. Bei der von uns geplanten Aktion, die dann auch genauso klappte, wie sie geplant war, ging es uns darum, ein möglichst großes Presseecho zu bekommen, um so die Problematik der Atomtransporte in die Köpfe der Menschen zu tragen. Am 08.07. besetzten wir (d.h. 40 Menschen) dann morgens um 7.30 h die Lübecker Herrenbrücke (die Herrenbrücke ist eine Doppelklappenbrücke die das eine Ufer der Trave mit dem anderen verbindet, und über die die Hauptausfallstraße Lübecks führt). Wir hatten die Aktion zeitlich so abgetimt, daß wir die Brücke kurz vor Beginn des Klappvorgangs besetzten, und so die Weiterfahrt der MS "SIGYN", des schwedischen Atommüllfrachters, verhinderten. Auf der Brücke selber wurden Flugblätter verteilt, Transparente entrollt, und einige Menschen ketteten sich an. Für die Bullen kam diese Aktion völlig überraschend, so daß wir erst nach knapp zwei Stunden Kompetenzstreit von der Brücke geräumt wurden. Hierbei wurden drei Personen verletzt, zehn festgenommen und von allen Beteiligten wurden die Personalien festgestellt. Die von den Bullen angekündigten Ermittlungsverfahren sollen von Nötigung über Widerstand bis zum gefährlichen Eingriff in den Straßen- und Schiffsverkehr



gehen.
Für uns war diese Aktion ein voller Erfolg, denn es gelang uns, die Totschweigepolitik der politisch verantwortlichen Stellen und der Medien (Zeitungen und Rundfunk berichteten in mehreren Beiträgen über die Aktion) über die Transporte zu brechen. Auch für die Atomindustrie stellte diese Behinderungsaktion ein spürbares Ärgernis dar. Denn die ca. zehn Vertreter nuklearer Transportunternehmen (TN, NTL...), die bei dieser Atommülljungmannfahrt anwesend waren, waren äußerst sauer, daß wir ihnen das reibungslose Spektakel, aufgrund dessen sie gekommen waren, versaut hatten.
Die politischen Forderungen der LIgA an die verantwortlichen Stellen der Hansestadt Lübeck lauteten bei dieser Aktion:
— vollständige Veröffentlichung von Zeitpunkt, Art und Umfang der Transporte
— Erstellung eines **unabhängigen** wissenschaftlichen Gutachtens
— Veröffentlichung des Katastrophenplans
Bei dem zweiten Transport (23/07) hatte der Polizeistaat dann schon dazugelernt. Um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren, waren ungefähr drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei aufgeboten, Polizeiboote begleiteten die "SIGYN" bis weit in die Lübecker Bucht und die Anfahrt der drei zu verladenden LKW von Transnuclear wurde von einer ganzen Armada Begleitfahrzeuge gesichert. Trotzdem gelang es uns auf dem stark gesicherten Hafengelände Fotos von dem Be- und Entladevorgang zu machen.
Der dritte Transport (12/08) verlief dann so ähnlich wie der zweite, nur daß die Bullen noch sensibler reagierten. Alles was nach AKW-Gegnerin oder überhaupt verdächtig aussah und sich in der Nähe der Transporte aufhielt, wurde observiert und zwecks Personalienfeststellung angehalten.
Die Initiative und andere AKW-Gegnerinnen sind die ganze Zeit über jedoch nicht untätig. Es werden Flugblätter verteilt, Veranstaltungen durchgeführt, es finden Vorbereitungstreffen für einen geplanten Atommüllaktionstag statt (angestrebter Termin 03.10.87) und zu "guter" Letzt zeigt auch die SPD, im Zuge ihres Landtagswahlkampfes, an unserer Arbeit Interesse. Sie griffen sogar unsere Forderung nach Erstellung eines unabhängigen Gutachtens auf und wollen dieses auf der nächsten Lübecker Bürgerschaftssitzung beschließen (die SPD hat innerhalb der Bürgerschaft die Mehrheit). Wieviel von diesem SPD-Engagement nach der Landtagswahl noch übrig ist, werden wir sehen.
Uns allen muß aber klar sein, daß Anfragen und Anträge das Atomprogramm und den Plutoniumkreislauf niemals stoppen werden, wenn dies nicht auch im Interesse der Herrschenden ist. Daraus muß für uns folgen, daß wir es nur wenn wir auf unsere gemeinsame Kraft vertrauen, schaffen, sowohl die Atomtransporte (nicht nur durch Lübeck) als auch letztendlich das gesamte Atomprogramm zu stoppen.

Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

Foto: LIGA

Atommüll-Transfer gestört

Protest-Aktionen gegen Atommülltransporte aus bundesdeutschen AKWs über Lübeck nach Schweden / Polizei bahnt der atomaren Fracht den Weg

Aus Lübeck Dieter Hanisch

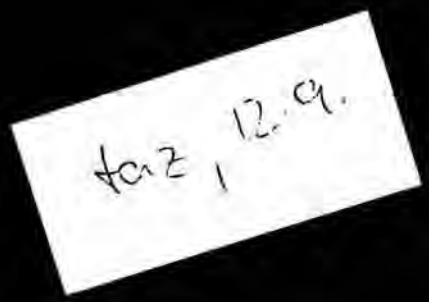
Gegen die Atommülltransporte aus bundesdeutschen Reaktoren durch die Hansestadt Lübeck nach Schweden fanden gestern mehrere Protest-Aktionen statt. Es war bereits der fünfte Umschlag von Mox-Brennelementen, der gestern über Lübeck abgewickelt wurde. Sieben weitere stehen noch an. Während auf der Autobahn Hamburger Bürgerinitiativen protestierten, ketteten sich Mitglieder der Anti-AKW-Aktionsgruppe Steinburg im Bahnhof an, die Umweltschutzorganisation Greenpeace versuchte, die atomare Fracht auf dem Wasser zu blockieren.

Greenpeace beobachtete den gut bewachten Transport aus dem Versuchsreaktor Kahl von Dienstag abend an und begleitete ihn bis nach Lübeck in den Hafen. Unterwegs behinderten AKW-Gegner aus Hamburg den LKW-Konvoi der Firma „Transnuklear" zwischen Hamburg und Lübeck, konnten die Weiterfahrt in die Marzipanstadt jedoch nicht verhindern. Im Lübecker Hafenbekken konzentrierte sich Greenpeace seit vier Uhr morgens mit ihrem Schiff „Sirius" und sechs Schlauchbooten auf den Beladevorgang und das Ablegen des schwedischen Spezialfrachters „Sigya", auf dem alle Transporte der Brennelemente für die Zwischenlagerung in Schweden abgewickelt werden. Das Auslaufen des Schiffes konnte jedoch nur kurze Zeit verhindert werden. Auch der Versuch des 34jährigen Briten Ron Taylor, die Fahrt mit einem Sprung vor das Schiff zu verhindern, scheiterte. Die Polizei fischte den Engländer aus dem Wasser. Wegen Gefährdung des Schiffsverkehrs erhielt er nebst zwei weiteren Greenpeace-Aktivisten eine Anzeige.

Von allen wurden die Personalien aufgenommen und Fotos mit einer großen Pappnummer auf der Brust gemacht, den Journalisten, die die Aktion begleiteten, half da auch der Presseausweis nicht. Ein Hamburger Fotograf mußte vor den Augen der Polizei seinen Film belichten. Anfangs wurde der taz wie auch der 'Morgenpost' von der Polizei der Zutritt zum Hafengelände verwehrt.

Morgens zwischen zwei und drei Uhr war bereits ein Güterzug mit abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Obrigheim durch den Lübecker Bahnhof zum Hafen gerollt. Zeitgleich mit der Aktion im Hafen, jedoch nicht koordiniert, wie die Polizei vermutete, ketteten sich drei AKW-Gegner aus Steinburg fast zwei Stunden lang an die Hallendekkenverstrebungen im Bahnsteigbereich. Ein Transparent wurde entrollt und Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung auf die Gefährlichkeit solcher Bahn-Transporte aufmerksam machen sollte.

Während der Aktion wurde ein Bahnsteig gänzlich gesperrt und mehrere Morgenzüge umgeleitet bzw. verspätet abgefertigt.



Tschernobyl und die Krise der Bewegung

Als in Brokdorf das erste AKW nach Tschernobyl angeschaltet wurde, demonstrieren 80.000 Menschen in der Wilster Marsch - tagelang berichteten die Medien. Als ein Jahr später in Mülheim-Kärlich das zweite AKW nach Tschernobyl den Betrieb aufnahm, kamen etwa 300 zu den anschließenden Blockadeaktionen. Wie schon immer blieb es bei Meldungen in der Lokalpresse.

Selbst die unermüdlichsten Optimisten haben inzwischen begonnen, einzusehen, daß trotz Tschernobyl den Herrschenden auch in Sachen Atomenergie der Boden keineswegs unter den Füßen wankt sondern stabil genug ist, das Atomprogramm fortzusetzen, als habe es niemals den Super-GAU gegeben. Kein Wunder also, daß sich angesichts dieser Verhältnisse bei allen Flügeln der „alten" und „neuen" Anti-AKW-Bewegung ein Gefühl von Orientierungslosigkeit breitmacht. Wie könnte es auch anders sein? Gibt es jemanden, der oder die nicht die Hoffnung hatte, daß wenigstens die Erfahrung eines Super-GAU zu politischen Veränderungen führt?

17 Monate nach der Reaktorexplosion steht eines immerhin fest: Ein Patentrezept zur Beschleunigung des Ausstiegs aus der Atom-

energie ist nicht vorhanden. Erfolglos blieb das Konzept der Radikalisierung des Widerstands, wie es etwa in der „atom" im Juli 1986 formuliert war.
„Jetzt, nachdem fast ganz Europa radioaktiv verseucht ist, ist es schon 5 nach zwölf — entsprechend müssen unsere Aktivitäten und unsere Entschlossenheit aussehen." Als das große Vorbild galt die Oberpfalz: „Die gesamte Entwicklung im Landkreis ist Strauß erst einmal aus den Fingern geglitten und unkalkulierbar geworden. Und so muß es überall werden. Allerdings dürften wir dafür keine fünf Jahre mehr benötigen — die Entschlossenheit muß jetzt da sein und sich schnell weiterentwickeln, über die Blockade sämtlicher AKWs bis hin zur Blockade aller Grenzen von beiden Seiten — der gesamte Wirtschaftsablauf muß gestört werden."
Was stattdessen gravierend gestört wurde, war die Widerstandsdynamik in der Oberpfalz, die nach dem letzten militanten Höhepunkt (Pfingsten 1986) gegen den eskalierten Terrorismus der bayerischen Staatsregierung keine Erfolge mehr erzielen konnte und ziemlich jäh in sich zusammenbrach.
Erfolglos blieb aber auch der alternative Ansatz der neuen Anti-AKW-, Eltern- oder Müttergruppen, die darauf gehofft hatten, große Teile der Bevölkerung für neue Protestformen gewinnen und dadurch realen Druck ausüben zu können: Nachbarschaftsbriefe, Giro Blau, Strompreis- oder Stromverbrauchsboykott usw.usf. Abgesehen vielleicht von lokalen Ausnahmen war es bisher der Atommafia möglich, all diese vielfältigen dezentralen Aktivitäten komplett zu ignorieren. Viele der neu hinzugekommenen AKW-GegnerInnen hatten zudem die Hoffnung, über Appelle oder Unterschriftenlisten die Herrschenden zur „Vernunft"bewegen zu können. Aber auch dem war spätestens mit dem Scheitern der einzigen rot-grünen Landesregierung in Hessen jede Grundlage entzogen.
Kaum weniger erfolglos blieb last not least der Versuch „alter" Gruppen, durch Zusammenarbeit mit den „neuen" und Konzentration auf ein einziges AKW wenigstens einen Reaktor stillzulegen, wie dies mit der Stade-Kampagne beabsichtigt war. Schlechter als erwartet entwickelten sich ebenfalls die KWU-Kampagne und die dezentralen Widerstandstage jeden ersten Samstag im Monat, ganz zu schweigen von dem Versuch der bundesweiten, breitangelegten Mobilisierung nach Wackersdorf.
Dennoch soll hier nicht das Bild von einem einzigen großen Jammertal gezeichnet werden. Zwar gibt es in der Anti-AKW-Bewegung derzeit eine gewisse Ratlosigkeit. Richtig depressiv geht es seit dem 26.4.86 jedoch auf Veranstaltungen wie der „Jahrestagung Kerntechnik" zu, wo die ehemaligen Magnaten des Atomzeitalters nur noch als Hülsen ihrer selbst herumschleichen, das Pensionsalter herbeisehnen, vielleicht hier und dort zum Zwecke des Gelderwerbs Optimismus markieren und doch genau wissen, daß sie selbst in der eigenen Familie mit dem Bekenntnis zur Atomenergie inzwischen auf verlorenem Posten stehen. Diese Leute wissen oder ahnen wenigstens, daß ohne Zukunft ist, was sie aktuell und mit Erfolg tun, während wir bei aller Erfolgslosigkeit immerhin wissen, daß Zukunft hat, was wir wollen. Es geht auch gar nicht darum zu bestreiten, daß die oben genannten Aktivitäten richtig und nicht vergeblich waren. Es wurden neue Leute gewonnen oder einfach nur Widerstanderfahrungen gesammelt. Es bleibt aber die Tatsache, daß Tschernobyl — entgegen aller Erwartungen und Hoffnungen — weder hinsichtlich der politischen Großwetterlage nocht in Sachen Atomenergie uns auch nur einen konkreten Schritt weitergebracht hat. Die dadurch verursachte Krise der gesamten Anti-AKW-Bewegung anzuerkennen ist die erste Voraussetzung, sie zu überwinden. (Wer jetzt allerdings den großen Wurf erwartet, braucht gar nicht erst weiterzulesen, damit können auch wir nicht dienen.) Wir wollen mit dem folgenden Artikel nicht mehr als die u.E. inzwischen überfällige Diskussion über diese Krise anstoßen. Zuerst ein paar erste Überlegungen über mögliche äußere und innere Gründe für die Krise. Dann einige Zeilen über den Umgang mit dieser Situation.

Der Blick zurück im Zorn

Zweifellos weigerten sich die Leute in den Tagen nach Tschernobyl massenhaft, den staatlichen Beschwichtigungssprüchen Vertrauen zu schenken. Zusätzlich kam es in der für den Atomstaat nun einmal zentralen Frage zu einem massenhaften Meinungsumschwung, wofür der DGB-Beschluß über den AKW-Ausstieg „so schnell wie möglich" im Mai 1986 ein Indikator war. Staatlicherseits war dies die Stunde der Strategen für Innere Sicherheit und ihrer Soziologen-Stäbe, die jahrelang alle möglichen Akzeptanz- und Reintegrationsforschung betrieben hatten, um auf Situationen dieser Art schnell reagieren zu können. Als sie Mai 1986 auf den Plan traten bestand ihre zentrale Aufgabe darin, 1. eine Vertiefung der spontanen Illoyalität, d.h. gesellschaftliche Brüche zu verhindern, 2. den Massenkonsens hinsichtlich der staatlichen Institutionen zu flicken und 3. den Spielraum für die Befürworter der Atomenergie schrittweise zurückzuerobern.
Sie haben beachtliches geleistet. Das Prinzip ihres Vorgehens war altbekannt. Das Zuckerbrot für die Masse der nach Tschernobyl Erschrockenen, die Peitsche für die sich radikalisiernde Minderheit. Bekanntlich hatte die Anti-AKW-Bewegung (als Exerzierfeld für immer neue Repressionstechnologien) mit der „Peitsche" schon häufiger Bekanntschaft machen dürfen, wenn auch die Gasgranaten über Brokdorf, die BUKO-Verbote in Bayern und die maßgeschneiderten neuen Terrorparagraphen 129a und 130a irgendwie neue Qualität markierten. Wirklich erstaunlich und keineswegs altbekannt aber war das nun servierte Zuckerbrot, diese unglaubliche Fülle an differenzierten Angeboten für AKW-Gegner/innen, die es noch gut meinen mit diesem unserem Staat. Im folgenden einige jeweils nur ganz kurz angerissene Beispiele:

Beispiel Nr. 1: Regierungspolitik als Inszenierung

Als alles noch etwas simpler zuging, dachte man/frau bei dem Begriff CDU/CSU/FDP-Regierung an ein Kabinett mit lauter Zimmermann-Köpfen, dazwischen vielleicht ein Kiechle. Doch dann mußten wir einige Tage nach Tschernobylerleben, daß auf den Pressekonferenzen über die Strahlenwerte der doofe Zimmermann abgelöst wurde durch die nette Süßmuth, die zwar haargenau dasselbe erzählte, dabei aber nicht gar so teilnahmslos aus der Wäsche guckte. Die Frau wirkte, der Bluff begann. Als zweite vertrauensbildende Maßnahme durfte ein Walter Wallmann ein Ministerium gründen, das den Betrug zum Titel erhob: Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit. Fortan bestand der parteienübergreifende Konsens der Atomparteien darin, alles andere zu sein — nur keine Atompartei. Kein CDU-Lobbyist vergaß, sich mit den Worten: „ich bin kein Atomfanatiker", vor dem Zeitgeist zu verbeugen, ein besonders gekonnt nachdenklich blickender CDU-Stratege bekam unter der frei erfundenen Überschrift „Biedenkopf: Ein behutsamer Ausstieg ist verkraftbar" sein taz-Exklusivinterview, während Wallmann mit einem nach ihm benannten Ventil das AKW Brokdorf sicher machte und auf IAEO-Konferenzen für die internationale Reaktorsicherheit kämpfte. Inzwischen verkörpert der noch kompetenter dreinblickende Minister Töpfer, daß alle Gefahren vorbei sind, während in Hessen gar ein CDU-Yuppie, der neue Minister Weimar, mit einer Inszenierung, auf die man in Hollywood stolz wäre, die Atomanlage NUKEM in Hanau im Handumdrehen abschalten. Daß im Hintergrund Menschen im CS-Gasnebel von Wackersdorf starben und Weimar in Interviews sich mit den Worten lobt, für einen neuen Motivationsanreiz bei den Hanauer Atommanagern überhaupt erst gesorgt zu haben, verblaßt hinter dieser ausgeklügelten Inszenierung.

Foto:»Kraft durch Fotos«: Meisterstein

Beispiel Nr. 2: Das SPD-Theater

Mit dem Nürnberger SPD-Parteitag und dem sogenannten 10-Jahres-Ausstiegsbeschluß (der in Wirklichkeit das letzte Wort über den Zeitpunkt des Ausstieges an die Atomwirtschaft delegiert), hatte die SPD geradezu klassisch jene beiden Aufgaben erfüllt, die ihr als Oppositionspartei in kniffeligen Situationen im Gesamtinteresse der herrschenden Politik nun einmal zufällt: Erstens und vordringlich mußte sie glaubwürdig erscheinen, d.h. sich real als Hoffnungsträger der auf Atomausstieg drängenden Menschen profilieren. Zweitens mußte sie mithelfen, dafür zu sorgen, daß alles beim Alten bleibt. Sobald sie also das Vertrauen der Leute in sich eingesogen hatte, ging es nur noch darum, vom Ausstieg wieder wegzuorientieren (hier spielen die Gewerkschaften IG Chemie, ÖTV und IGBE z.Zt. eine Schrittmacherrolle) und alle Hoffnungen peu a peu zu zerstören. Das ganze Ausstiegsgefasel war niemals mehr als Show. Kein einziges Mal wurde der SPD-Apperat oder die gewerkschaftlichen Apperate zu einer Mobilisierung gegen die Atomenergie genutzt. Kein einziges Mal wurde ernsthaft die gegen die Grünen orientierte Rau-Wahlkampfstrategie — d.h. die komplette Konterkarierung des Ausstiegsbeschlußes — SPD-intern infrage gestellt. Dennoch hatte der Riesenbluff bei den durch Tschernobyl oberflächlichpolitisierten Menschen weitgehend verfangen. Für Theaterspiele dieser Art stehen Mittel zur Verfügung, gegen die die Anti-AKW-Bewegung kaum anstänkern kann: Ein Riesenblätterwald von mehr oder weniger SPD-orientierten Zeitungen z.B. FR, NATUR oder TAZ, die weitgehend mitgezogen haben. Dazu kommt das übliche Drehbuch, wonach CDU und andere dem Schein nach gegen die SPD lospöbeln dürfen, um die SPD-Beschlüsse radikaler erscheinen zu lassen als sie sind (im Bundestagsausschuß hinter verschlossenen Türen haut man sich hinterher wieder gegenseitig auf die Schenkel) usw. usf.

Eine graue Eminenz der inneren Sicherheit, der BKA-Experte Alfred Stümper brachte im Gespräch mit H.G. Meyer-Thompson die für das Gedeihen der Atomenergie so unerläßliche Rolle der SPD-Politik in Ergänzung zum CSU-Terror mit folgenden Worten auf den Punkt:„Sicherheitspolitik bewegt sich immer zwischen sturer Durchsetzung des Rechts und der Befriedung des Protests". Die Atomenergie sei eine existenzielle Frage, die den Menschen Angst mache, erklärte er und fuhr fort: „zur Angst darf da nicht zusätzlich das Gefühl der Ohnmacht treten. Der Mensch braucht eine Heimat und muß die Möglichkeit politischer Einflußnahme sehen — sonst läuft der Protest aus dem Ruder". Mit anderen Worten: Wer wirkliche Veränderungen verhindern will, tut gut daran, wenigstens die Fiktion einer Einflußnahme, im Rahmen der herrschenden Verhältnisse, zu schaffen, um Proteste zu integrieren, die andernfalls „aus dem Ruder" laufen können.
Abschließende Bewertung von Stümper: „Nun stellen sie sich einmal vor, die Grünen kämen nicht wieder in den Bundestag, nicht auszudenken... "

Beispiel Nr. 3: Das Hoffen auf die Grünen

Die Grünen haben nach Tschernobyl in zweierlei Hinsicht versagt. Zum einen haben sie erheblich zur Verbreiterung und Verankerung des Schwindels vom sozialdemokratischen Ausstiegswillen beigetragen. Die vielleicht einzige Chance, die es gab, diesem Schwin-

del einigermaßen wirksam entgegenzutreten, hätte darin bestanden, das hessische Regierungsbündnis zu verlassen, solange Biblis nicht abgeschaltet wird. Stattdessen blieb Fischer in der Regierung, übernahm weiterhin die Mitverantwortung für die Biblis-AKW's und gab der Verletzung diesbezüglicher grüner Parteitagsbeschlüsse den Vorrang vor einer Verletzung der Regierungsdisziplin im Kabinett von Holger Börner. Zum anderen wurde das grüne Bekenntnis zum Sofortausstieg immer wieder postuliert ohne sich (jenseits von Regierungsbündnissen) um diesbezügliche Durchsetzungsstrategien auch nur die geringsten Gedanken zu machen. Ebenso wie bei der SPD wurden auch seitens der Grünen die vorhandenen Apperate zu keinem Zeitpunkt für eine Strategie der konzentrieten außerparlamentarischen Mobilisierung genutzt. Im Gegenteil! Auf der ersten Koordinierungskonferenz nach Tschernobyl Ende Juni 1986 in Frankfurt war die Grüne Partei nicht anwesend. Stattdessen verfassten nachträglich mit Bezugnahme auf diese Konferenz grüne Bundestagsabgeordnete einen Offenen Brief an die Anti-Atom-Bewegung mit der Aufforderung, sich doch bitteschön zu spalten und die „Gewalttäter" aus den eigenen Reihen zu entfernen. Im Herbst 1986 wurde von einer grünen Bundesversammlung gar mehrheitlich abgelehnt, zu der unter Kriminalisierungsdruck geretenen Demo gegen die WAA in München aufzurufen. Mit anderen Worten: Abgehen von vereinzelten regionalen Sonderinitativen (z.B. Unterstützung der Brokdorf-Demo im Juni 1986 durch die GAL Hamburg) war für die Grünen das Bekenntnis zum Sofortausstieg (wie für die SPD das Bekenntnis zum 10 Jahresausstieg) Wahlkampfwerbung und sonst nichts. Jede andere Perspektive für eine AKW-Abschaltung als die der Regierungskooperation mit der SPD, wurde faktisch ausgeblendet. Der Hebel zur Realisierung bzw. Entäuschung dieser Perspektive aber lag ganz alleine in der Händen der SPD, die ihrerseits die Bekämpfung der Grünen immer für wichtiger gehalten hat, als eine Orientierung auf rot-grün d.h. Option auf AKW-Abschaltung von oben. Diese Grundausrichtung grüner Politik ist schlimm und ihre Bedeutung für den aktuellen Zustand der Anti-AKW-BEwegung eher groß als klein. Denn hierdurch wird auch ein Großteil des verbliebenen SPD-kritischen Potentials auf eine im Kern bürgerliche, d.h. rein parlamentsorientierte Anti-AKW-Politik orientiert. Es werden falsche Hoffnungen und Illusionen geschürt, deren Scheitern die völlige Perspektivlosigkeit beinahe zwangsläufig zur Folge hat.

Beispiel 4: Ausstiegsszenarien und Abwägungsfallen

Hätten sich 1975 die badisch-elsässischen Bauern und Winzer mit dem Problem der zusätzlichen Kohleschadstoffe im Falle des Verzichts auf ein Atomkraftwerk befasst, anstatt den Bauplatz zu besetzen, wäre das AKW Wyhl heute längst in Betrieb. Ein zentrales ideologisches Kampfmittel zur Unterbindung einer starken neuen Anti-AKW-Bewegung ist die von der Atommafia initiierte Debatte über die Abwägung verschiedener Risiken. Hierbei werden in schönster Regelmäßigkeit die Atomgefahren ausgeblendet, um umso greller die Gefahren für die Ozonschicht, den deutschen Wald oder unsere Wirtschaft an die Wand zu malen. Die uralten Tricks aus der Filbinger-Mottenkiste („...dann gehen die Lichter aus...") werden heute der größeren Wirksamkeit wegen umweltpolitisch verpackt und mit größter Scheiheiligkeit vorgetragen, um jede noch so kleinen Maßnahme gegen die Atomenergie abzublocken. Die diversen Ausstiegsszenarien waren eine allzu defensive Antwort auf diese nur scheinbar neue Betreiberlinie. Allein dadurch, das relativ kurz nach Tschernobyl die Atomgefahren vielfach aus dem Blickfeld rückten, zugunsten hochkomplizierter und umstrittener Berechnungen über die allseitigen Auswirkungen eines nuklearen Sofortausstieges, hat den Anti-AKW-Widerstand geschwächt. Hinzukommt daß die, zumeist reichlich technizistischen, Ausstiegsszenarien den falschen Eindruck bestärkt haben, als wollten im Grunde genommen alle dasselbe und als sei die Atomenergie tatsächlich eine beliebig austauschbare Energiequelle und sonst nichts. Dieser Standpunkt ist natürlich extrem oberflächlich und verdummend, weil er die besondere (d.h. die auch militärische) Bedeutung der Atomenergie ausklammert, und die Frage unbeantwortet läßt, warum gerade hier und nicht bei der Solartechnik weit über 20 Mrd. DM staatlicherseits investiert wurden.

Was mit den vier Punkten zum Ausdruck gebracht werden sollte: Die Anti-AKW-Bewegung war nach Tschernobyl mit einem bisher beispielosem Einsatz vielfältigster staatlicher Integrationapperaten konfrontiert. Die andere Seite dieser Medaille waren die Giftgas-Kanonaden gegen die Demoteilnehmer in Brokdorf und Wackersdorf, die Polizeiüberfälle, die Versammlungsverbote, Medienhetze und Massenkriminalisierung. Mensch durfte vor den Polizeiknüppeln direkt in die Arme des staatlicherseits vorbereiteten „erlaubten" Protests flüchten oder aber resinieren und privatisieren. Dabei diente dieses Gemisch aus Repression und Integration von Anfang an nur einem Ziel: dem Entstehen einer wirklich unabhängigen und schlagkräftigen Anti-AKW-Bewegung vorzubeugen. Unsere aktuelle Orientierungslosigkeit ist also keine Naturkatastophe, sondern ein ziemlich systematisch verfolgtes Ziel der staatlichen Politik.

Foto: »Kraft durch Fotos«: Meisterstein

Foto: »Kraft durch Fotos«: Meisterstein

Der Blick zurück ohne Zorn

Wir gehen davon aus, daß beide Varianten: die Repressions- wie die Integrationslinie, besonders wirksam waren, weil sie die alte und neue Anti-AKW-Bewegung unvorbereitet trafen. Ein Gegendruck (wie er vielleicht mit der Hanau-Demo ansatzweise erkennbar war) konnte bis heute nicht ausreichend entwickelt werden. Aber auch das ist kein Wunder. Die Anti-AKW-Bewegung befand sich in den Wochen vor Tschernobyl in einem oranisatorischen Tief. Die Atommüllkonferenz im März 1986 in Marburg war personell und inhaltkich

ein einziges Desaster. Als dann die Katastrophe über die Städte abregnete, ließ die Hektik der unmittelbar erforderlichen Gegenmaßnahmen keine klaren Gedanken zu. Als sich dann neue Strukturen herauszuschälen begannen, waren wichtige BI's der alten Anti-AKW-Bewegung (z.B. LAGA/Lüneburg) bereits kaputt. Nur auf dem ersten Blick erscheint es paradox, daß ein Super-GAU ausgerechnet Anti-AKW-BI's zerstören kann. Denn gerade für viele „alte" BI'ler/innen war der Widerspruch unerträglich, nach zehn Jahren vergeblicher „Aufklärungsarbeit" wieder bei „Null" anzufangen und der besorgten Mutti am Büchertisch den Unterschied zwischen künstlicher und natürlicher Radioaktivität erläutern zu wollen, wo doch die Wut über den Super-GAU nach entschlossen Aktionen und kurzfristig sichtbaren Erfolgen drängte. Auf der anderen Seite nervten bestimmte „Bequerel-Gruppen" mit der Pose, im Gegensatz und in Abgrenzung zum 10-jährigen scheinbar erfolglosen Kampf der „Radikalen", nun mit einer Politik der Anpassung und Selbstverharmlosung auf der Erfolgswelle zu liegen. Gegen diese besondere Dynamik, die spontan eben nicht auf Zusammenarbeit zwischen „Alten" und „Neuen" drängte, sondern auf Distanz, war in der ersten Phase nach Tschernobyl kein Kraut gewachsen. Gerade weil in dieser Phase, anstelle der nüchternen Abwägung von Kräfteverhältnissen und Interessenskonstellationen, viel Aufregung herrschte und die einen in Abgrenzung zu den anderen große Erwartungen auf kurzfristige Erfolge geschürt hatten — gerade deshalb ist die Erfahrung des Mißerfolges heute so außerordentlich drückend und die Tendenz zur Resignation unübersehbar.

Ein weiterer Punkt sei hier nur am Rande vermerkt: Stoltenbergs Brokdorf-Politik, also ein relativ geringfügiger Anlaß, provozierte 1977 eine viel einflußreichere und dynamischere Anti-AKW-Bewegung, als der Super-GAU von Tschernobyl. Damals sah sich beispielweise der Bundeskanzler wiederholt genötigt, in Fernsehansprachen nach der Tagesschau — freilich vergeblich → vor der Teilnahme an unseren Demonstrationen zu warnen. Was war 1977 anders?

In der damaligen Bewgung war die Utopie wichtiger als die Realpolitik. In ihr artikulierte sich nicht nur Wunsch nach einer Welt ohne AKW's, sondern gleichfalls der Wunsch nach Gesellschaftsveränderung und allseitiger Emanzipation. Sie war in jeder Hinsicht eine Gegenbewegung zu den politisch verkrusteten Strukturen und gerade deshalb für viele Unzufriedene so attraktiv. Dieser selbstbewußten Grundstimmung konnten selbst massive Bulleneinsätze wenig anhaben: Man/frau blieb moralisch im Recht und sah sich in seiner Staatsgegnerschaft bestätigt. Seit 1977 ist bekanntlich viel den Bach runtergegangen. Die auf Gesellschatsveränderung setzende Linke ist stark geschwächt.

Wo die große Änderung unrealistisch ist, verlegt mensch sich auf die kleine: Im Haushalt. Was früher die Gesellschaftsveränderung war, ist heute die Alltagsökologie. Als „undogmatisch" feiert die taz die Anpassung an die herrschenden Dogmen, auch dann wenn es um Mutterglück, Mutterverantwortung und Kleinfamilie geht. Dieses Gesamtklima, mit dem wir uns vielleicht auch in der Atom stärker auseinandersetzen sollten, erschwert die Entwicklung einer starken, eigenständigen Anti-AKW-Bewegung.

Wie die Krise verarbeiten

Viele der jüngeren Reibereien, Mißverständnisse und unnötigen Konflikte im Anti-AKW-Widerstand lassen sich u.E. auf Zweckoptimismus, verbunden mit Schuldzuweisung zurückführen. Es gibt die schlechte Tendenz, die momentane, objektiv bedingte Orientierungskrise zu leugnen und subjektive Verfehlungen in der Bewegung dafür verantwortlich zu machen, wenn sich Hoffnungen zerschlagen. Nach dieser Logik hat „Stade" deshalb nicht geklappt, weil sich einige alte Häsinnen und Hasen angeblich nicht ausreichend dafür eingesetzt haben. Nach dieser Logik scheiterte die Durchführung offensiver Aktionen in der Oberpfalz nicht an den veränderten Rahmenbedingungen, sondern — überspitzt formuliert — an der „atom"-Redaktion und insbesondere dem KB, denen angeblich keine machtpolitische Schweinerei zu schade war, um eine Großdemo am Bauzaun durchzupowern. Wir fanden es in den letzten Monaten bestürzend zu sehen, wie schnell sich Ratlosigkeit in Dünnhäutigkeiten untereinander Bahn brach und wie rasch etwa in Sachen KB, dümmste antikommunistische Vorurteile, gerade in den Kreisen mobilisierbar waren, die ansonsten hierzulande ebenfalls zu den Ausgegrenzten gehören. Die überwiegende Verarbeitungsform der Krise besteht jedoch in dem individuellen Rückzug aus Anti-AKW-Zusammenhängen (teilweise unter der Devise: Zurück zum Alltag) oder dem raschen Wechsel zu Themen, die „in" sind und vieleicht kurzfristigere Erfolge versprechen. Es wäre Quatsch so zu tun, als ließe sich diese Tendenz mit guten Argumenten aufhalten, als sei die Krise kurzfristig zu überwinden. Was heute maximal erreicht werden kann, ist, daß sich die Verarbeitungsform dieser Krise verändert. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn sie nicht verdrängt, sondern hinsichtlich ihrer Ursachen analysiert würde. In der „alten" und in der „neuen" Anti-AKW-Bewegung. Die Erkenntnis, daß voreilige Hoffnungen hier und dort sich zerschlagen haben, ist vermutlich ein guter Ansatzpunkt für den Austausch, auf der bevorstehenden gemeinsamen Konferenz in Braunschweig. Die beiden Bewegungen einfach zusammenzumischen, wird natürlich auch dort unmöglich sein. Aber je eher es beidseitig gelingt, von der Warte der reinen Besserwisserei herabzusteigen, desto leichter wird es fallen, aus einer blödmachenden Arbeitsteilung im reinen Gegeneinander, so weit wie möglich zu einer bewußten Arbeitsteilung im größern Miteinander zu kommen.

In einem Punkt allerdings können die „Alten" darauf beharren, es besser zu wissen und sich durch den Verlauf der Auseinandersetzungen seit Tschernobyl bestätigt zu sehen: In der Erkenntnis, daß die nuklearen Zeitbomben nicht abgeschafft werden, solange das hiesige Gesellschaftssystem, wie es ist, akzeptiert wird. Die Atomenergie ist nun einmal offenkundig ein militärstrategischer und ökonomischer Pfeiler dieses Systems, der nicht durch bessere Argumente oder freundliche Apelle, sonder nur durch große gesellschaftliche Kämpfe und Brüche zu Fallgebracht werden kann. Gerade weil dies so ist, haben übrigens auch diejenigen Unrecht, die sich aus der angeblichen „Ein-Punkt-Bewegung" gegen die AKW's heute verabschieden wollen, um auf allen Ebenen gegen das BRD-System zu kämpfen.

Foto: Kraft durch Fotos - Meisterstein

Denn erstens wird die Anti-AKW-Bewegung, mit all ihren Erfahrungen nicht nur ein zentraler Ausgangspunkt für Gesellschaftsveränderung bleiben, sondern auch weiterhin wichtiger Angelpunkt für „Systemveränderer" sein, die in Tuchfühlung mit Andersdenkenden bleiben, die Verbindung zu „Normalos" halten und gemeinsame Erfahrungen auswerten wollen. Zweitens eignet sich die Atomenergie wie kaum ein zweiter Ansatzpunkt dazu, neue Inhalte, die sich aus der Sache ergeben anzusprechen: Namibia, die deutsch-französischen Atomwaffenpläne, die Leiharbeiter usw. usf. Last not least müssen wir — anstatt individuell — als Anti-AKW-Bewegung eigentlich dahin kommen, mit ander gesellschaftsoppositionellen Bewegungen Verbindungen aufzunehmen oder zu festigen, um gegen die Front der alten und neuen Systemverteidiger und Mitmacher der Gemeinsamkeit der Verweigerer zu setzen. So wie es z.B. für alle systemgegnerischen Bewegungen wichtig war, den Umgang des Staates mit der Friedensbewegung zu analysieren und daraus Konsequenzen zu ziehen, so wichtig wird es auch außerhalb der Anti-AKW-Bewegung sein, das nach Tschernobyl erprobte Staatsinstrumentarium von Repression und Integration zum Thema zu machen und die nötigen Schlüsse zu ziehen.

Mättes (atom-Red.)

Spaltprozesse Atomisierung

„Wie merkwürdig, daß A-tom auf griechisch das gleiche heißt wie In-dividuum: unspaltbar. Die diese Wörter erfanden, haben weder die Kernspaltung noch die Schizophrenie gekannt. Woher nun der moderne Zwang zu Spaltungen in immer kleinere Teile, zu Ab-Spaltungen ganzer Persönlichkeitsteile von jener altertümlichen, als unteilbar gedachten Person" — (Christa Wolf, Störfall).

Entwarnung allerorts. *„Wir sind noch einmal davon gekommen"* sagen die Menschen in Stadt und Land und meinen damit das nackte Leben, die Gesundheit ihrer Kinder oder die Rückkehr der Normalität den Alltag. *„Wir sind noch einmal davon gekommen"* sagen die Vorstände bei der Preußen Elektra, RWE oder DWK und meinen ihre Atomanlagen in Stade, Kalkar oder Gorleben, ihre Atommanagerprozesse in Hanau und ihre Aktienkurse. *„sind noch einma davon gekommen"* sagen auch die Wallmänner, Hauffs und Bangemänner und meinen ihre Wahlergebnisse, ihre Stammwählerschaft und die parlamentarische Demokratie. Die trotz Entwarnung zu vernehmenden verzweifelten Hilferufe gegen neue Tschernobyls, verseuchtes Essen und atomstaatlicher Zwangsmaßnahmen verhallen wie die Schreie in der Wüste. Die Angst vor der Angst regiert den Alltag. Im Sofa vor dem Farbfernsehen, aber auch auf der Bank im ehemaligen Bonner Wasserwerk und im Ledersessel des Frankfurter Wolkenkratzers.

Fast 18 Monate sind seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl vergangen. Der bis dorthin größte Unfall im amerikanischen Harrisburg war Ende März 1979. 18 Monate nach Harrisburg fand in Bonn eine der größten Demonstrationen gegen Atomkraft mit über 100.000 TeilnehmerInnen statt. Schon Monate vorher wurde de Parole *„Gorleben ist überall"* Ausgangspunkt für eine der vielfältigsten, phantasievollsten Widerstandskulturen in der Nachkriegsgeschichte der Republik. Im Oktober 1987, 18 Monate nach dem zweiten Super-Gau, drückt die Parole *„Tschernobyl ist überall"* Resignation, Ohnmacht und Fragezeichen aus. Subjektiv bei der alten und neuen Anti-AKW-Bewegung, objektiv bei der Atommafia. Der Kampf um die Atomenergie nach Tschernobyl kennt nur Verlierer. Es geht nur noch um die Frage, wer zuerst das Zeitliche segnet.

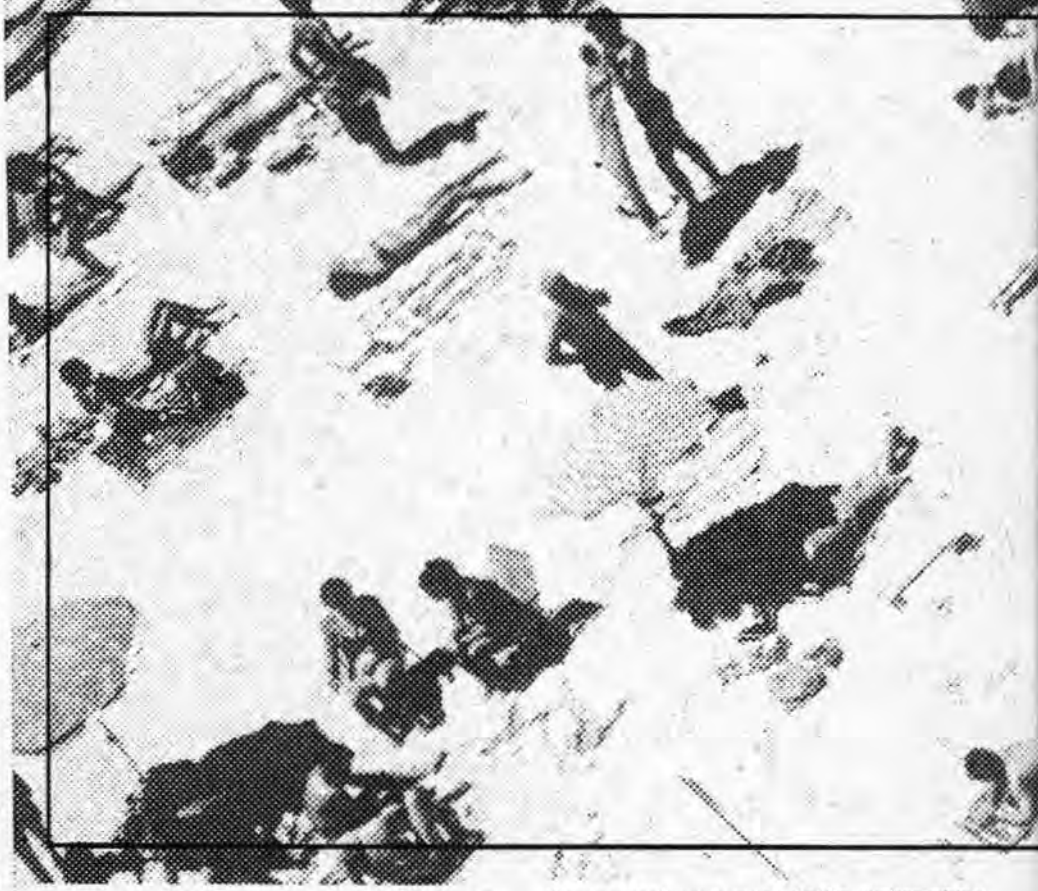
18 Monate nach Tschernobyl hat sich die Statistik im bundesdeutschen Atomenergiemarkt unwesentlich verändert. Die Raktoren Brokdorf und Mülheim-Kärlich sind aus ihren überlangen Bauphasen zur Inbetriebnahme übergegangen. Das AKW Emsland in Lingen hat die Erstbeladung mit Brennelementen hinter sich, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop läuft zur Zufriedenheit der SPD-Landesregierung wieder, in Neckarwestheim und Ohu gehen die Bauarbeiten an den jeweils zweiten Reaktoren ihrem Ende entgegen, die Urananreicherungsanlage in Gronau läuft ebenso wie der Großteil der Hanauer Nuklearbetriebe, und auch dort sind nur kurze Stillstände von der CDU-Landesregierung gefordert, nicht zu vergessen die Atomanlagen in Jülich, Stade, Würgassen, Bilblis, Brunsbüttel, Neckarwestheim, Karlsruhe, Esenshamm, Ohu, Phillippsburg, Grafenrheinfeld, Krümmel, Grundremmingen, Grohnde, Gorleben, Kalkar, Ahaus, Niederaichbach, Lingen, Obrigheim, Großwelzheim und Kahl, wenngleich einige davon auf die Abrißbirne warten, weil sie längst abgeschaltet sind. Aber immerhin: 21 Atomreaktoren sind in Betrieb, der Atomstrom hat einen gesicherten Drittelanteil an der gesamten Stromerzeugung und der Großteil der Atomanlagen ist noch nicht einmal 10 Jahre in Betrieb.

Für die Atomgewaltigen eine durchaus zufriedenstellende Bilanz. Tschernobyl hat die Statistik jedenfalls eher verbessert als verschlechtert. Und trotzdem: so wie in den USA mit Harrisburg die Totenmesse für den amerikanischen Atomenergiemarkt eingeläutet wurde, scheint Tschernobyl der Anfang vom Ende des bundesdeutschen Atomprogramms zu sein. Kein augenblicklicher Bedarf für neuen Atomstrom aus Wyhl, Borken, Neupotz, Pfaffenhofen oder Biblis. Ist die Atomwirtschaft tatsächlich gesättigt? Welch Hunger sie einst hatte, belegt die Standortauswahl, die sich im ersten Anti-AKW-Kalender von 1978, zusammengestellt vom WISE, finden läßt. Am Größenwahn sind schon Viele in der Geschichte der Menschheit zerbrochen. Die Atomindustrie scheint ähnliches Schicksal zu erleiden. Die Sorgen mit der Entsorgung sind seit den 18 Monaten nach dem Harrisburg-Unglück nicht besser geworden. Zwar ist die Lüchow-Dannenberger Bevölkerung ruhiger geworden, dafür wirds im Schacht an der Endlagerbaustelle umso lauter.

Den kritischen wissenschaftlichen Gutachten, die seit Jahren in den Aktenordnern der Betreiber und der Genehmigungsbehörden vergilben, müssen nun die Protokolle und Fotos des sogenannten Schachtunglückes hintendrangeheftet werden. Die bergmännische Erkundung wird zur Zeit durch einen 14 m hohen Betonpfropfen im Bohrschacht behindert. Der Tod und die Verletzungen der Bergarbeiter zeigt dabei nur, daß die menschliche Schicksale dieser Politik stets die Falschen treffen. Die Einlagerung der Castor-Behälter ist wie in Ahaus so auch in Gorleben noch immer gerichtlich gestoppt.

Nachwievor wird der Atommüll ziellos auf den bundesdeutschen Straßen hin- und hergeschoben. Und an der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wird zwar fleißig weitergebaut, aber schon mehren sich die Stimmen auch in der Atomwirtschaft, die eine Direkte Endlagerung des Atommülls bevorzugen. Und sei es in der chinesischen Wüste Gobi. Wenn dafür im Austausch Technologie, zudem Atomtechnologie, verkauft werden kann.

Überhaupt hat sich im AKW-Geschäft die Lage nicht verbessert. Im Inland sieht die Lage schlecht aus, gerade hat die nordrheinwestfälische Landesregierung auch offiziell vier Stan-



oder die der Bewegung

dorte für AKW's aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen. Die 2-3 AKW-Neubauten bis zur Jahrtausendwende, die die KWU zur Geschäftsgrundlage dringend benötigt, sind nicht in Sicht.
Und die Exportaufträge stagnieren. Gebaut wird noch in Brasilien, wo von den 8 geplanten Anlagen noch 2 übrgigblieben, in Spanien und Argentinien. Weitere AKW's in Spanien, Jugoslawien, Ägypten, der Türkei oder in China sind schon seit Jahren im Gespräch, scheitern aber wohl vor allem an Zahlungsunfähigkeit der betroffenen Länder. Am weitesten schein noch der Deal mit China zu gehen, die zwei AKW's mit der Einlagerung von deutschen Atommüll bezahlen wollen. Und andererseits erhofft sich die KWU neue Märkte im sowjetischen Schrottreaktormarkt mit westdeutscher Hochtechnologie. Glasnost heißt auch heute wie schon zu Zeiten der Ostverträge unter Willy Brand vor allem neue Absatzmärkte.
„Gibt es einen Stopp im Inland, dann gibt es auch auf die Dauer keine Exportchancen" so KWU Chef Barthelt im Spiegel-Interview vor einem Jahr. Und deshalb lügen sich die Atommanager selbst in die Tasche, wenn sie behaupten, der weitere Ausbau der Atomenergie sei in der Bundesrepublik im wesentlichen abgeschlossen und man habe sich schon Mitte der siebziger Jahre darauf eingestellt. Auch die Atomindustrie lebt von der Hoffnung.

Die Ausstiegsdiskussionen in der politischen Landschaft sind längst zuende, eher sie konkretisiert wurden. Die kleine FDP bringt die Hamburger Ausstiegspläne zum Kippen, die Gewerkschaft ist mehr denn je in der Atomfrage gespalten in die Fraktion der Arbeitnehmer in der Atomindustrie in IG Bergbau und Energie, IG Chemie und ÖTV und die Fraktion der Sozialdemokraten ohne Arbeitsplatz.
Und in Bremen, wo noch vor einem Jahr eine große Koalition aus Bürgerinitiativen, Stadtwerke-Mitarbeitern und rot-grünen Parteileuten einen Zukauf von Atomstrom verhindert haben und sich das Landesparlament als einziges in der Bundesrepublik für den Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen hat, wird laut über einen Zukauf von Atomstrom für die Stadt Bremerhaven nachgedacht. Kein SPD-regiertes Land klagt gerichtlich gegen Atomreaktoren, nur Oskar Lafontaine und Container-Jo probierens mit dem französischen Cattenom. Und noch immer wird heftig über den Jahrhundertvertrag zur Unterstützung heimischer Steinkohle gestritten.

Und da trotz fast überall eingebauter Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen das Waldsterben nach wie vor drastisch ist, wird immer noch nicht an den Widerruf von Betriebsgenehmigungen für AKW's seitens der staatlichen Genehmigungsbehörden gedacht. Warum auch?
Die ganze Affäre um die Hanauer Nuklearbetriebe hat doch schon gezeigt, wie eng verflochten nicht nur Politiker über ihre Aufsichtsratsposten mit der Atomindustrie sind, sondern daß auch leitende Ministerialbeamte so manch guten Willen zeigen. Die nur kurze Zeit andauernde Still- bzw. Teilstillegung von Nukem/Alkem ist da nur als ein Zeichen der Ablenkung zu verstehen. Die Affäre soll möglichst nicht aus den Gerichtssälen hinausdringen. Und hat nicht die Schmiergeldsache von Transnuklear gezeigt, das behördlichen Zustimmungen notfalls mit unzulässigen Gehaltsaufbesserungen erstritten werden können.
Das eine Atomanlage gestoppt, abgeschaltet und nicht mehr genehmigt wird, daran mag 18 Monate nach Tschernobyl niemand mehr glauben. Aber ebenso sicher ist es, daß keine neue, außer den in Bau befindlichen, hinzukommt. Schon die Beseitigung der Tschernobyler Erblasten, Stichwort Molkepulver, scheint nicht durchsetzbar. Erst wird die Molke durch die Republik hin und her geschoben, dann wird sie auf Bundeswehrgleisen zwischengelagert, monatelang ein *„Entsorgungsverfahren"* in den Universitäten ausgeforscht, und als dies schließlich der Öffentlichkeit präsentiert wird und auch die zuständige Mölkerei gefunden ist, gibt es einen Aufschrei der Empörung in der ansässigen Bevölkerung. Die Molkepulverentsorgung wird zurückgezogen. Die Bevölkerung hat gesiegt — gegen Molkepulver, nicht gegen AKW's.

Und trotzdem — die bundesrepublikanische Anti-AKW-Bewegung steckt mehr denn je in einer tiefen Krise. Die sogenannte alte Bewegung ist auf ihre wenigen KämpferInnen und StrategInnen der Vor-Tschernobyl-Ära zurückgeworfen. Politisch steht sie immer noch am Abgrund. Statt sich auf die Krise zu besinnen und nach Fragen und Antworten zu forschen, streitet sich ein Teil der Bewegung darüber, ob der Kommunistische Bund, von dem die Einwohner des Molkestädtchen Hungen wahrscheinlich noch nie etwas gehört oder gelesen haben, ob dieser KB denn nun die bundesweiten Redaktionen der Anti-AKW-Bewegung infiltriert hat und bedingungslos für Großdemos in der Oberpfalz wirbt. Andere widerum haben in Tschernobyl sowieso nur das bestätigt bekommen, was rein kopfmäßig schon immer klar war, erfindet daher die *„Becquerell-Bewegung"* und liest lieber die Herzschläge als die aktuelle Belastungssituation.
Die sogenannte neue Anti-AKW-Bewegung, treffend als Nach-Tschernobyl-Gruppen bezeichnet, hat zur Lieblingslektüre das Strahlentelex aus Berlin, die Halbwertszeit aus Münster oder die Tabellen der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute. Einschätzungen darüber, wie nun der Kampf gegen Atomkraft außerhalb des Einkaufszettels zu führen ist, sind rar. In den ersten Wochen der Reaktorkatastrophe gab es kurzzeitig so etwas wie eine starke Anti-AKW-Bewegung, mit Grünzeug und Salat in den Behörden, mit Informationen und konkreten Hilfen, mit Demonstrationen überall und mit einer später als Niederlage

eingeschätzten aber zu der Zeit politisch notwendigen Demonstration am Atomkraftwerk Brokdorf.

Seitdem ist viel Uran gespalten worden und verschiedene Konzepte, die objektiv günstige Situation gegen AKW's auszunutzen, sind gemacht worden. Die alte AKW-Bewegung hat zwei Konzepte: die Konzentration auf die jeweiligen Nadelöhre, die es zu verstopfen gilt, zum anderen die Scheer'sche Lösung *„Ran an die laufenden Anlagen"* zu konkretisieren.
ur Zeit heißt das Nadelöhr wieder WAA Wackersdorf. Und um das Ziel, die WAA zu verhindern, auch mit möglichst vielen erreichen zu können, wurd eigens eine Anti-WAA-Bewegung neben/in der Anti-AKW-Bewegung ausgemacht. Sehr zum Leidwesen der alleingelassenen Wenden mit ihrem sozialdemokratisch legetimierten Salzstock für die Direkte Enlagerung und der Konditionierungsanlage.
Ob die Aktionstage mit anschließender Demonstration am Baugelände im Wackerland tatsächlich mehr sind als ein Aufguß und ein verzweifelter Aufschrei mangels Alternativen, wird die geneigte Leserin dieses Artikels wohl schon wissen.

Das Projekt *„Ran an die laufenden Anlagen"* hat auch seine Feuertaufe hinter sich. Stichwort Schrottreaktor Stade. Tatsächlich wäre ohne Stade-Kampagne der jetzige Zustand der Anti-AKW-Initiativen wohl schon eher erreicht worden. Neue Initiativen haben sich gebildet, Stade blieb auch ein Jahr nach Tschernobyl noch im Gespräch (während Grundremmmingen immer noch 'Grundremmingen' geschrieben wird). Doch der berühmte Durchbruch, den geforderten Sofortausstieg praktisch mit Aktionen und politisch mit halbproffessioneller Arbeit zu erreichen, ist gescheitert. Auch in Stade heilt die Zeit Wunden, wenn auch mit Verzögerung. Die Konzentration auf Leiharbeiter und Atomarbeiter ist auch nicht neu, und wird wohl auch solange Schwierigkeiten bereiten, wie AKW-GegnerInnen nicht eine ähnliche Sozialisation aufweisen. Und neben den Vertretungsorganen von Betriebsrat und Gewerkschaft noch offene Ohren finden zu wollen, bedarf größter politischer Kraftanstrengungen.

Kurzum: Demonstrationen an WAAhnsinnsprojekten sind genauso nötig wie die Standortpolitik. Nur ist beides ja auch schon vor Tschernobyl gemacht worden. Erfolgreich kann so eine Politik jedoch nur werden, wenn sie unter dem Etikett *„Betroffenheit"* auch auf Zustimmung stößt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Doch dazu später.

Für die sogenannte neue Anti-AKW-Bewegung gibt es fast nur ein Thema: den Kampf gegen neue Tschernobyls zu verbinden mit dem Rezept, wie die Erblasten des Ur-Tschernobyls möglichst gering gehalten werden können. Diese garnicht so einfache Arbeit wird deutlich, wenn die radioaktiven Isotope des Fallouts näher beleuchtet werden. Erst wurde nur über Jod aufgeklärt, obwohl über Caesium auch schon nachgedacht wurde. Die Veröffentlichung von Caesium-Becquerells war noch in vollem Gang, da kamen die Meldungen von Trisomie und anderen Mißbildungen. Und als auch das erschreckend zur Kenntnis genommen wurde, sollten die EG Grenzwerte für radioaktive Belastungen drastisch heraufgesetzt werden. Und zur Zeit wird über die Gefährdung von Strontium gestritten, selbst unter der kritischen Wissenschaft. Kurzum: kaum sind die Gefahren bekannt geworden, lauern schon die neuen Gefahren. Und der kritische Bürger nimmts zur Kenntnis und fühlt sich nur noch ohnmächtiger. Offensichtlich erreicht weder die neue noch die alte Anti-AKW-Bewegung die 80 % Mehrheit gegen AKW's, jedenfalls nicht so, daß es sich auch in konkreten Ergebnissen der Energiewende ausdrückt. Die klassische Politik über Information und Aufklärung, Betroffenheit und Widerstand ist am Ende.

Vielleicht ist das das politische Ergebnis von Tschernobyl.

„Augen zu und durch". Aber wohin? *„Wir müssen lernen, zwischen den verschiedenen Ängsten zu unterscheiden und die Angst am richtigen Ort als Motor für Veränderung zu nutzen"* heißt es in einem Artikel des Buches: *„Tschernobyl hat unser Leben verändert. Vom Ausstieg der Frauen"*. Gemeint war die Angst vor Verseuchung und Atomkraft einerseits, vor der Ändertung der eigenen Lebens- und Alltagszusammenhänge andererseit. Denn Tschernobyl wird mehr denn je begriffen als ein Signal zur Umkehr, nicht nur aus der Atomkraft, sondern aus der Lebensform, deren Nutznießer wir alle sind.

Der Ausstieg in uns. Aber sind wir damit nicht wieder bei der klassischen Diskussion um Einpunktbewegung, um Bürgerinitiativen und Systemkritik/Systemveränderung angelangt? Wir haben in der Vergangenheit schwere Auseinandersetzungen gehabt über die Frage, „nur" AKW's bekämpfen zu wollen und alle nur erdenklichen Argumente hierfür zu Rate zu ziehen oder den Kampf gegen die AKW's als Spitze des Eisbergs einzubetten in den Kampf für eine menschenwürdige und soziale Gesellschaft. Es hat sich schließlich in den praktischen Auseinadersetzungen gezeigt, das sich Bürgerinitiativen gerade an Standorten organisieren über den ausschließlichen Kampf gegens Atom.

Andererseits ist die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung auch immer schon verknüpft gewesen mit dem Kampf um Utopien. Technologiekritik, Atomstaat, Ökologie und/oder Ökonomie waren immer schon Themen, die genauso wichtig und gleichrangig behandelt wurden wie Radioaktive Niedrigstrahlung, Gesundheitsgefahren oder Energiepolitik. Nicht allein durch den aufkeimenden Reformkurs der Grünen, sondern auch durch die sich zunehmend häufenden Katastrophen in der Welt, von Chemie in Rhein und Bhopal, Waldsterben, Raketenstationierung und Lebensmittelskanalen haben sich aber Utopien immer mehr in den Hintergrund geschoben.

Die Angst vor der Apokalypse bestimmt das Denken und Tun, aus der Hoffnung entstehendes kreatives, entwickelndes Denken muss zurückstehen. Es wird nur noch versucht aufzuhalten, was aufzuhalten ist. Und dabei verlieren wir immer mehr die Utopien aus dem Auge. In der Ausstiegsdiskussion um Sofortabschaltung der AKW's wird dies deutlich. Niemand braucht auf Komfort und Lebensstandart verzichten, der Kühlschrank muss nur besser mit Energie umgehen, es läßt sich auch in der Industrie sparen, die Produktion eingeschränkt und Arbeitsplätze werden geschaffen. In zahlreichen Broschüren haben wir mittlerweile bewiesen, wie schön und angenehm das Leben im Kapitalismus sein kann, auch wenn keine Atomanlagen betrieben werden.

Andererseits sei die Frage erlaubt, wie wir dann überhaupt noch mehrheitsfähig werden können, wenn wir den Kampf gegen Atomanlagen verbinden mit dem Kampf gegen das System, die Wirtschafts- und Produktionsweise, ja sogar die vorherrschende Organisierung des Alltags? Ende der siebziger Jahre hat die Verbindung von Kampf gegen Atomenergie und Infragestellung der eigenen Lebensweise noch punktuell hingehauen. Stärkster Ausdruck dessen war die Freie Republik von 1004 im Wendland.

Mit dem Scheitern des Kampfes gegen einzelne Projekte wie auch den Niederlagen der Friedensbewegung ging die Aufbruchstimmung verloren. Immer mehr klammern sich viele von uns an Werten und Idealen, die noch vor einem Jahrzehnt Ausdruck eines bürgerlichen Lebens waren. Die Angst vor Katastrophen und die scheinbare Ohnmacht vor Veränderung sind kaum krasser als nach Tschernobyl zum Ausdruck gekommen. Offenbar äußert sich die Handlungsbereitschaft, etwas aus Tschernobyl zu lernen, anders als in praktischen Aktionen gegen Atomkraft, ja nicht einmal in den bürgerlichen Wahlen (siehe Niedersachsen oder die Wendewahl nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen).

Unsere Arbeit vor, aber auch nach Tschernobyl war und ist geprägt durch den *„Betroffenheitseffekt"* Bei den Elterninitiativen gegen Atomkraft kommt dies zur Zeit sehr stark zum Ausdruck. Betroffenheit als politisches Element kam mit der Anti-AKW-Bewegung Mitte der siebziger Jahre auf, um gegenüber objektivistischen Strategien (Klassengegensatz), das subjektive Element als Politikum zu betonen. Wir gingen und gehen immer noch davon aus, daß man/frau den Leuten nur die Bedrohung oder Gefahr bewußt machen muß, die AKW's oder die Hochrüstung mit sich bringen und schon sind die Menschen bereit, etwas dagegen zu unternehmen und aus ihrer Normalität auszubrechen und politisch aktiv werden. Das stimmt aber nur für einen kleinen Teil der Menschen. Die Mehrheit ist sich zwar der Gefahren bewußt, wie die Umfragen gegen AKW's und Atomraketen beweisen, weiß aber andererseits, das diese Bereiche nur Teile des Lebens umfassen. Sie ist schlicht gesagt ganz zufrieden. Sie will ihre Normalität erhalten. Das Eigentum ja, die AKW's nicht, aber den Kegelabend und Farbfernseher ebenso wie die Sportschau, den Pauschalurlaub oder die neueste Frühjahrskollektion, nur der Fisch muß gesund sein wie der Wald und der Fluß.

Zur Normalität gehören eine ganze Menge von Gefahrenpotentialen, deren Beseitigung die Normalität empfindlich stören würde. In die herrschende Normalität sind die schleichende Katastrophe und die drohende Katastrophe eingebaut. Liebe Gewohnheiten und dauernde Furcht haben die gleiche Grundlage. Daher fällt es schwer, mit Betroffenheit Politik zu machen. Nur wo die Betroffenheit konkret wird, bewegt sich etwas. Deshalb gibt es auch immer noch Standort-BI's, wobwohl in vielen Großstädten die Bewegung mehr als daniederliegt. Und deshalb gibt es auch noch diese Vielzahl von Nach-Tschernobyl-Gruppen. Dort, wo Tschernobyl direkt und konkret in den Alltag eingreift, regt sich Widerstand. Der Molkeskanal ist ein typisches Beispiel. Noch so viele Schachtunglücke in Gorleben werden nicht soviel Aufmerksamkeit bekommen wie ein neuer Molkeskandal.

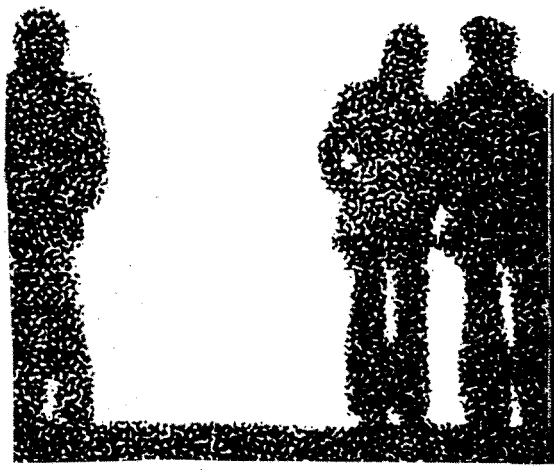
Die Aufgaben der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl sind immer noch aktuell: die AKW's müssen sofort abgeschaltet werden. Die konkreten Ansatzpunkte sind seit vielen Jahren unbestritten: die Standorte, radioaktive Gefährdung, Katastrophenpläne, Atommülltransporte, Energiewende und der Kampf gegen die Kriminalisierung.

Und dennoch ist nach Tschernobyl ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Punkt hinzugekommen: der Kampf gegen die Verdrängung, für entwickelndes Denken und *die Angst und Unsicherheit, in den Folgen unseres Tuns und Handelns auch uns selbst zu begegnen...Es ist die Angst, daß es wirklich zu Veränderungen kommen muß"* (aus einem Referat einer Tschernobyl-Jahresveranstaltung in Bremen).
„Es ist schwieriger, einen Menschen umzugestalten als eine Maschine" (Boris Jelzin, Parteichef von Moskau, in der „Zeit" vom 9.5.86)

Pelle, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA)

Über die Notwendigkeit

Im folgenden nehmen wir Stellung zum Frankfurter Papier "Zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung", veröffentlicht in Atom Nr. 17, Sommer '87.
Dieses Papier hat nicht nur in Lübeck großes Interesse gefunden. Ohne sein Verdienst schmälern zu wollen, finden wir es aber u.a. in der entscheidenden Frage der "verbindlichen Strukturen" zu ungenau, um hilfreich sein zu können. Wir haben zwar sehr ähnliche Erfahrungen gemacht wie Lupus, daraus aber wesentlich andere Schlußfolgerungen gezogen. Um in eine Auseinandersetzung einzusteigen, wollen wir diese hier darstellen. Vieles wird für autonome Ohren zunächst äußerst ketzerisch klingen. Wir versichern deshalb ausdrücklich, daß es nicht um Anmache geht und bitten um eine möglichst vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit unserem Diskussionsbeitrag.
Wir haben uns auf den Bereich der autonomen "Strukturen" beschränkt, weil wir ihn für den Schlüssel zur Lösung der übrigen Probleme halten. Wir sind aber jederzeit zu einer entsprechend weitergehenden Auseinandersetzung bereit.



Hört auf zu jammern, es hat doch gerade erst angefangen...

Um es vorweg zu sagen: Dem Papier kommt unbestreitbar das Verdienst zu, in schonungsloser Weise die Grundübel autonomer Politik aufzulisten. Es werden genau die Verhaltensweisen angesprochen, die die autonome Szene seit Jahren (!) mit sich herumschleppt -und zwar mit einer Offenheit und Selbstkritik, wie sie selten ist!
Der von der ATOM angekündigte Verzicht auf eine "theoretische Abhandlungsweise" erwies sich allerdings eher als ein Verzicht auf eine klare Gliederung und eindeutige Aussagen. Enttäuscht waren wir auch am Ende, weil der/die Verfasser/in/nen für die anfangs beschriebene Situation der Ratlosigkeit auch keine konkreten Vorschläge bringt/bringen. "Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen...". So bleibt dieses Papier, dem offensichtlich viel Nachdenken vorausging, bei der Beschreibung der Fehler stehen: Die Autonomen befinden sich erneut in einer schweren Krise. Die "Neuen" wiederholen immer aufs Neue alte Fehler, lang erfahrene Genossen resignieren, weil sie in dieser Art Politik keine Perspektive mehr erblicken können, verschlissen sind und keinen praktisch zu realisierenden (Aus-) Weg wissen.
Als Hauptfehler werden genannt:
1. Ein militaristischer Begriff von Militanz, obwohl die Auseinandersetzung mit dem Staat militärisch nicht zu gewinnen ist.
2. Militanz als Selbstzweck, indem sie, statt Mittel der Politik zu sein, zu ihrem Inhalt wird.
3. Fehlende Vermittlung und deshalb fehlende Verankerung autonomer Politik.
4. Reproduktion bürgerlicher Strukturen, Machoverhalten, Frauenunterdrückung.

Was diese Kritik betrifft, können wir dem Verfasser aus eigener langer Erfahrung nur zustimmen. Allerdings vermissen wir in dem Papier jeden Ansatz der entscheidenden Frage nach der Ursache dieser Fehler. **Damit muß dieses Papier ebenso folgenlos bleiben, wie andere vor ihm.** Dabei weist Lupus selbst darauf hin, wie oft zuvor diese Fehler bereits beklagt worden sind, ohne daß dies je Konsequenzen gehabt hätte. Was nützt aber die genaueste Beschreibung von Krankheitssymptomen, wenn die Erkennung und Bekämpfung ihrer Ursachen unterbleibt? Niemand wird davon gesund werden, daß er sich die Gesundheit aufs heftigste herbeiwünscht.
Genau dies ist auch die entscheidende Schwäche des Frankfurter Papiers. Es kommt über den frommen Wunsch nicht hinaus, weil es bei den Symptomen verharrt, statt nach Ursachen zu fragen. Stattdessen finden wir ziemlich dürftige Vorschläge, die im Grunde nichts weiter sind, als eine unvollständige und noch dazu ziemlich beliebige Wiederholung aus dem Arsenal autonomer Rhetorik. Niemand hat etwas gegen "eigene ökonomische Strukturen", "Aufbau und Vernetzung militanter Kerne" oder gar "verbindliche Strukturen". Aber dies alles zu fordern ist leider nicht neu, sondern geschieht seit Jahren immer wieder. Das Problem besteht darin, daß man diesen Zielen bislang keinen Schritt näher gekommen ist, sondern **stattdessen** die von Lupus beschriebene umfangreiche Fehlersammlung produzierte. Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, genügt es eben nicht, in jeder neuen Krise der Autonomen die bekannten Fehler aufzulisten und die alten Ansprüche, ob nun vollständig, oder in Auszügen, einfach zu wiederholen.
Echte, wirklich schonungslose Kritik muß undogmatisch sein, daß heißt, sie darf vor den heiligen Kühen autonomer Dogmen nicht haltmachen. Denn wenn es unsere Erfahrung ist, daß es jahrelang bei guten Vorsätzen geblieben ist, liegt der Fehler offenbar doch tiefer. Dann ist im Bereich der Grundannahmen etwas faul. Alle unsere Mühe wird deshalb auch weiterhin vergeblich

verbindlicher Strukturen

sein, wenn es nicht gelingt, diesen Fehler zu erkennen und zu liquidieren.

Wem unsere beschissene Situation nicht dermaßen auf den Nägeln brennt, daß er/sie bereit ist, auch unangenehme Überlegungen an sich heranzulassen und vorurteilsfrei zu prüfen, der braucht jetzt eigentlich nicht weiterzulesen.

Lupus beklagt die Tatsache, daß die Autonomen sich als wenig lernfähig erwiesen haben: der Nachwuchs wiederholt die alten Fehler während alte Genossen resignieren, weil sie darin keine Perspenktive erblicken können. Bei dieser Klage bleibt Lupus stehen, statt nach den Gründen zu fragen. Seine "Lösungsvorschläge" bleiben aber diffus und unkonkret.

So fordert er zwar "verbindliche Strukturen", läßt aber offen, was er sich darunter vorstellt. Stattdessen findet sich aber bezeichnenderweise eine Negativabgrenzung: "Wir lehnen (...) hierarchische und autoritäre Strukturen ab". Damit sitzt Lupus auf geradezu klassischer Weise in der Mausefalle des autonomen Dogmatismus.

Die Lösung des geschilderten Problems der ständigen Wiederholung derselben Fehler ist doch ohne irgend eine Form von Hierarchie gar nicht vorstellbar. Unsere und Lupus gemeinsame Erfahrung gestattet keine andere Schlußfolgerung. Entweder erhalten die erfahrensten Genoss/inn/en gegenüber dem Nachwuchs eine führende Funktion zugebilligt oder diese werden zwangsläufig diejenigen Erfahrungen und Fehler wiederholen, die jene bereits hinter sich haben. "Richtiges" Handeln hat eben nicht nur mit Intelligenz, sondern auch mit Erfahrung zu tun. Selbst guten Willen vorausgesetzt hat die Einsichtsfähigkeit ihre Grenzen.

Entsprechendes gilt für die sog. "verbindlichen Strukturen", die bislang zar oft gefordert, aber nicht erreicht wurden. Denn selbst, wenn eine Gruppe nur diskutiert und anschließend einen verbindlichen Beschluß faßt, ist dies nichts anderes als eine Form von Hierarchie. Dies wird in autonomen Zusammenhängen auch durchaus richtig erkannt. Als Konsequenz sind deshalb Abstimmungen und verbindliche Beschlüsse bei vielen Autonomen verpönt.

Es ist für die Diskussion unter Autonomen geradezu charakteristisch, einerseits die Notwendigkeit einer radikalen Änderung der bisherigen Arbeitsweise zu empfinden. So entstehen die immer wiederkehrenden Forderungen nach "Gegenmacht organisieren", "verbindliche Strukturen schaffen", etc. Leider ist es andererseits ebenso charakteristisch, um die Bedeutung und damit auch Umsetzung dieser Ansprüche einen großen Bogen zu machen. Diese dogmatische Denkhemmung ist der Grund für die ansonsten unerklärliche Tatsache, eine Lösung vorzuschlagen - nämlich "verbindliche Strukturen" - ohne zu bemerken, daß dies Wort alleine noch nichts aussagt.

Das beharrliche Festhalten an diesem Dogmatismus erinnert langsam an Papst Woytila, der von dem Glauben an die unbefleckte Empfängnis nicht lassen mag, oder an den Wunsch, endlich mal zu duschen, ohne naß zu werden.

Wie bei jedem Dogmatismus handelt es sich um den Versuch, der Realität zu entfliehen. Das dies nicht möglich ist, erweist sich täglich aufs neue. Die gesteckten Ziele werden nicht erreicht und die autoritäre Struktur, der man um jeden Preis entgehen wollte, bricht sich trotzdem, sogar in schärferer Form, Bahn: Das Ergebnis solch dogmatischer Verklemmung ist dann nämlich die verdeckte Führung, die Lupus so beschreibt: "Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen und durchgepowert - von denen, auf die es - unausgesprochen - ankommt."

Wenn wir ehrlich sind, kennt jede von uns, die länger aktiv ist, diesen Mechanismus zur Genüge. Nicht nur jede autonome Gruppe, sondern überhaupt jeder kontinuierliche menschliche Zusammenhang besitzt entweder eine offene oder eine verdeckte und damit nicht legitimierte Führung.

In politischen Zusammenhängen führt nicht legitimierte, verdeckte Führung zu Unehrlichkeit und Ineffektivi-

tät. Sie ist jedem emanzipatorischen Anspruch wesentlich abträglicher als eine offene, gewählte, rechenschaftspflichtige und abwählbare Führung.
Dazu kommt, daß die verdeckte Führung nur zu oft von Typen ausgeübt wird, deren hauptsächliche Qualifikation in einer großen Klappe besteht.

Sie sind kaum angreifbar, weil sie offiziell gar keine Sonderstellung besitzen. Eine bewußte Entscheidung der Gruppe, ob ihnen die ergriffene Rolle auch zugestanden wird, hat es nie gegeben. Und die Entscheidung, diese Rolle einer/einem zu übertragen, die/der vielleicht geeigneter wäre, wird es nie geben. Bezeichnenderweise sind es dann die "Gurus", die am lautesten die reine Lehre verteidigen und die Ablehnung hierarchicher Strukturen propagieren. So verbergen sich hinter der angeblichen "Gleichheit" oft Strukturen, die erheblich repressiver und undemokraktischer sind, als eine offene Hierarchie je zu sein bräuchte.
Die Forderung zur Beendigung dieser Misere muß also lauten: Sofortige, offene Diskussion des Problems! Schluß mit Unehrlichkeit und Heimlichkeit! Wahl der erfahrensten und fähigsten Genossinnen und/oder Genossen zur Führung!
Dabei verkennen wir keineswegs den in der Hierarchie angelegten Doppelcharakter einerseits erwünschter, andererseits aber unerwünschter Auswirkungen.
Erwünscht ist zum Beispiel, daß kompetente und fähige Genossinnen/Genossen Führungsfunktion und Entscheidungskompetenz erhalten. Unerwünscht ist aber jede autoritäre Fehlentwicklung, die letztlich die Entwicklung der übrigen Gruppenmitglieder hemmt. Und sicherlich haben diejenigen Kritiker recht, die auf die Erfahrung verweisen, daß jeder Hierarchie eine solche Tendenz zur Entartung innewohnt. Allerdings kann man dieser Tendenz nicht mit Verdrängung begegnen, indem man Hierarchie schlicht ablehnt und wo sie dennoch auftritt, die Augen verschließt.
Wir können uns nicht für oder gegen Hierarchie entscheiden, sondern lediglich zwischen ihrer offenen und ihrer verdeckten Erscheinungsform.
Allein die offene Variante bietet dabei die Möglichkeit, schädliche Auswirkungen durch Diskussion, Kritik und Selbstkritik bewußt zu machen, zu kontrollieren und dadurch minimieren.
Völlig ausschließen lassen sich diese negativen Folgen trotzdem nicht. Das zu glauben, wäre ebenso illusionär. Nach allem halten wir es im Interesse möglichst effektiver Arbeit für erforderlich, die Vorteile zu nutzen und die Nachteile gering zu halten, statt auf die Vorteile zu verzichten und sich die Nachteile in schärferer und unangreifbarer Form trotzdem einzuhandeln.

An dieser Stelle wollen wir noch ausdrücklich vor einem vielleich naheliegenden Trugschluß warnen: Die wenigen Gruppen, die sich im autonomen Spektrum gegenwärtig als lernfähig und entschlossen genug erweisen werden, um diesen Schritt zu vollziehen, haben damit die anstehenden Probleme keineswegs gelöst. Sie haben dadurch lediglich die Voraussetzung für ihre Lösung geschaffen.
Beim einsetzenden Prozeß der Organisierung ist vieles zu bedenken. Die Erfahrung der K-Gruppen und ihre Fehler, die letztlich zu ihrem Scheitern geführt haben, müssen berücksichtigt und möglichst vermieden werden. Der Prozeß kann nicht schematisch, etwa nach einem klassischen Vorbild verlaufen. Wir müssen ihn Schritt für Schritt von unten, das heißt durch einen eigenen Lernprozeß selbst entwickeln. Die dabei anzuwendende Methode läßt sich als undogmatisches Ausprobieren, als Lernen durch Versuch und Irrtum beschreiben. Theoretische Klassiker können und müssen diesen Prozeß unterstützen, sie dürfen ihn aber nie ersetzen. Nur was sich durch eigenes Ausprobieren in unserer politischen Realität als nützlich erweist, taugt für unsere Organisierung.
Daraus ergibt sich auch, daß wir unser Papier keineswegs schematisch verstanden wissen wollen. Es wäre überhaupt keine Fortschritt, wenn jetzt irgendwer auf den Trichter käme, okay - wählen wir also 'ne Führung, dann wird alles anders. Nur die unvereingenommene Diskussion der täglichen Erfahrung (vielleicht unter Zuhilfenahme fremder Erfahrung als Anregung) kann aus sich heraus zur Entwicklung einer entsprechenden eigenen Überzeugung führen. Diese wiederum bildet die Grundlage für die Entwicklung **eigener** Vorstellungen, wie diese Überzeugung in die Praxis umgesetzt werden kann.
Nur auf diesem mühsamen Weg kann eine lebensfähige und belastbare politische Theorie und Praxis entstehen. Jede formale Übernahme fremder Gedanken ist aufgesetzt und nicht in der Lage, Frustration, geschweige denn Repression zu überdauern.

Bewegung ist nicht alles

Wir müssen uns möglichst schnell von der Illusion verabschieden, eine autonome **Bewegung** könne uns reale Gegenmacht und damit eine revolutionäre Perspektive erschließen. Wir müssen lernen, zwischen Bewegung und Organisation klar zu unterscheiden. Es geht nicht um den "Aufbau von Bewegungen", oder darum, "Strukturen in eine Bewegung zu bringen". Bewegung entsteht unabhängig und spontan von unten, aus sozialer Unzufriedenheit, Unterdrückung etc. Bewegungen unterliegen einer eigenen Dynamik. Wir selber haben meist die ersten Schritte in einer solchen Bewegung getan und sich aus ihr hervorgegangen. Aber wir haben auch ihre Grenzen schmerzhaft erfahren müssen: Bewegungen sind zwar spontan und bunt, aber sie taugen nicht zur Erringung realer Gegenmacht, weil sie nicht in der Lage sind, zu lernen, ihre oft schmerzlichen, manchmal blutigen Erfahrungen festzuhalten. Ihre Entwick-

lung ist zyklisch, Aufschwung und Niedergang wechseln sich ab. Dabei verschleißen sie das ihnen in Zeiten der Konjunktur zufließende Potential frischer Kräfte, weil sie ihm keine Kontinuität, keine wirkliche Entwicklung und Perspektive bieten können. Ergebnis ist die auch von Lupus erkannte schließliche Resignation auch vieler entschlossener und bewährter Genossinnen und Genossen. Dieser Teufelskreis kann und muß durchbrochen werden.

Um uns aus der Abhängigkeit der Bewegungsabläufe zu befreien, brauchen wir eine eigene Organisation. Diejenigen von uns, die den zyklischen Charakter und die Begrenztheit spontaner Bewegungen erkannt haben, müssen sich zunächst vor Ort in festen Gruppen zusammenschließen. Aus dem Zusammenwachsen solcher lokaler Gruppen entsteht die revolutionäre Organisation, die allein in der Lage ist, dem Einzelnen die für einen jahrelangen Kampf nötige Unterstützung und Rückendeckung zu geben.

Die einzelnen Genossinnen und Genossen bleiben dabei immer auch ein Teil der Bewegungen, in denen sie mitarbeiten, Vorschläge einbringen etc. Aber dabei geht es nicht um eine Bevormundung der Bewegung oder gar darum, eine Bewegung überhaupt erst hervorzubringen.

Die lokal organisierten Gruppen sind gerade nicht aus völlig unerfahrenen und/oder Ultra-Radikalen zu bilden. Was vielmehr zählt, ist die Erkenntnis, daß die Organisierung in einer verbindlichen Struktur mit gewählter Führung notwendig ist. Dazu gehört die Bereitschaft, sich in eine solche Struktur einzufügen - sich einen Platz zu suchen, der den eigenen Fähigkeiten und Ansprüchen gercht wird. Großmäuliges, breitbeiniges Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung sind, wie Lupus richtig feststellt, bislang nur allzuoft Markenzeichen des autonomen Politik(miß)verständnisses. Dazu kommen nach unserer Erfahrung noch ein oft krasser Individualismus und ein übertriebener Hang zur Selbstdarstellung.

Diese Grundübel sind, wenn auch nicht vollständig, so daoch überwiegend der geschilderten dogmatischen Verklemmung geschuldet, weil diese ihr Wachstum fördert und ihre Bekämpfung erschwert. Sie haben in der angestrebten Organisierung nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

Was wir benötigen, ist Bescheidenheit und die Bereitschaft zu langfristig orientierter, geduldiger Arbeit. Obwohl die Zeit drängt, ist die langsame Entwicklung unserer Zusammenhänge jedem hastigen Aufbau vorzuziehen.

Bei allem sind wir uns der Schwäche auch unserer eigenen Stellungnahme durchaus bewußt. Der Rahmen der Atom ebenso wie der Anlaß einer Erwiderung auf Lupus schließt die eigentlich erforderliche, wesentlich genauere Darstellung der Problematik aus. Als ziemlich kleine Gruppe verfügen wir auch noch gar nicht über eine detailliert ausgearbeitete Position. Trotzdem nehmen die von uns skizzierten Überlegungen für sich in Anspruch, mehr zu sein, als nur Gedanken auf einem Stück Papier. Die Ebene des "man könnte" und "man müßte" haben wir überwunden. Seit mehr als drei Jahren arbeiten wir in Lübeck als feste Gruppe, aufgeteilt in Arbeitsbereiche. Gegenwärtig sind Anti-AKW und antifaschistische Arbeit die Schwerpunkte, ergänzt durch punktuelle Aktivitäten zu Herbstmanövern, § 116, Nicaragua, Libyen, VZ... Zurückblickend empfinden wir unseren Versuch, die praktische Arbeit auf eine möglichst fundierte inhaltliche Grundlage zu stellen und parallel unsere Arbeitsweise und Gruppenstruktur zu reflektieren und weiterzuentwickeln, als relativ erfolgreich. Dies besonders deshalb, weil wir diesen Weg nicht fertig von irgendwo übernommen, sondern ihn mit der oben beschriebenen Mehtode mühsam selbst erarbeitet haben. Wir gehen davon aus, daß andere Gruppen eine ähnliche Entwicklung machen, bzw. machen wollen. Mit ihnen würden wir lieber heute als morgen Kontakt aufnehmen.

AKAW, August '87

Kontakt: Arbeitskreis Antiimperialistischer Widerstand, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübeck

Aus Protest gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Mühlheim-Kärlich "besetzten" Mitglieder der Trierer Initiative gegen Atomanlagen (TIGA) am Samstag, den 1.8.87 das Wahrzeichen der Stadt Trier, die Porta Nigra. Auf einem großen, roten Transparent (3x7m), das für zwei Stunden den altehrwürdigen Römerbau zierte, war für Einheimische und Touristen zu lesen:

Die Strahlenbelastung steigt täglich. Zu Cattenom jetzt Mühlheim-Kärlich am Netz. Warten auf den nächsten Gau? Wehrt Euch!

TIGA

Mit der Aktion sollte darauf aufmerksam gemacht werden, daß - ungeachtet der Ängste der Bevölkerung - der seit Oktober abgeschaltete Pannenreaktor in aller Stille seinen Probebetrieb wieder aufgenommen hat. Die Aktion fand bei den aufmerksam gewordenen Menschen in erster Linie positive Resonanz. Nach ca. zwei Stunden rückte die Polizei an, um die "Ordnung" wiederherzustellen. Sie vergaß natürlich nicht, die Personalien der Anwesenden aufzunehmen, weshalb noch unklar ist, ob die Aktion eine Klage wegen Hausfriedensbruch zur Folge haben wird.

Insgesamt eine gelungene und erfrischende Aktion!

Foto: TIGA

Wem nützt eine Spaltung?

Zur möglichen Zusammenarbeit von Friedens-, Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Bewegung

Ein Ergebnis haben die immer neuen Abrüstungsvorschläge der SU bis heute schon gehabt, auch wenn sie noch nicht zur Vernichtung einer einzigen Waffe geführt haben: Die Diskussion um das Thema Frieden, Außenpolitik, Kriegsvorbereitung bleibt aktuell. Zugegeben, das ist nicht viel; aber es ist für die Herrschenden ärgerlich. Es zwingt sie in eine unangenehme Alternative: Sie müssen ständig Friedenswillen und Abrüstungsbereitschaft betonen oder offen zum Krieg hetzen. Ersteres können sie nur bedingt, letzteres können sie sich nicht leisten, da sie sich - gegenwärtig - keinen Krieg in Europa leisten können. Sie wollen den Krieg wieder als Mittel der Politik nutzbar machen, zumindest die glaubwürdige Drohung damit. Und dabei ist eine aufmerksame Öffentlichkeit zwar auch ein überwindbares Hindernis, aber sie stört doch sehr. Alle Kritik, die an der Friedensbewegung geübt werden muß, darf dieses nie übersehen: Auch diese ganz schwache, nicht (mehr?) zur Offensive fähige Bewegung ist allemal noch sehr viel besser als gar keine.

Aber eine Katastrophe ist sie schon, diese Bewegung. Sie verdankt ihre augenblickliche Aktualität ja wahrlich nicht ihren eigenen Anstrengungen. Die hatten zwar noch ausgereicht, im Herbst 86 eine Großdemo in Hasselbach zu organisieren, aber schon nicht mehr, die dort stationierten Cruise Missiles zum Gegenstand der innenpolitischen Debatte hierzulande zu machen. Wenn in der ersten Hälfte dieses Jahres viel von der Friedensbewegung zu hören und zu lesen war, so geht das ganz wesentlich auf Gorbatschow zurück. Auf der Woge der Popularität seiner Abrüstungsvorschläge schwamm die Bewegung mit. Ganz konsequent und völlig richtig organisierte sie am 13.6. in Bonn eine Demonstration für die sofortige Verschrottung der Pershing II und Cruise Missiles. Trotzdem brachte sie es nicht übers Herz, dazu eine/n offizielle/n hochrangige/n Vertreter/in der UdSSR einzuladen. Zwar wurde das alles hinterher als großartiger Erfolg gewürdigt, aber die Angst ging um, trotzdem in der Bedeutungslosigkeit unterzugehen. Wesentliches Element dabei war, daß man nicht "einseitig" sein wollte. Warum eigentlich nicht? Was ist schlimm daran, wenn die SU vernünftige Vorschläge macht? Was ist schlimm daran, zu sagen, daß die NATO sowas nicht zu bieten hat? Wie ist es um das Selbstbewußtsein einer Bewegung bestellt, die den Vorwurf der Einäugigkeit mehr fürchtet als das Aussprechen der Wahrheit? Was ist von der Durchsetzungskraft einer Bewegung zu halten, die die Einseitigkeit ihres Gegners mit Appellen und Hoffnungen beantwortet, statt mit dem gegenteiligen Standpunkt?

Manche/r mag das für zu hart halten, die Notwendigkeit des gleichen Abstands zu beiden Seiten betonen oder die Schwächen von Gorbatschows Vorschlag. Mag sein. Aber die Bewegung selbst gab Antworten auf gestellte Fragen. Im Koordinierungsausschuß war diskutiert worden, daß diese Demo sich nicht so sehr für die 00-Lösung zu engagieren habe als für die sofortige Verschrottung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen. Die Bundestagsfraktion der Grünen weigerte sich mehrheitlich, diese Forderung zu übernehmen. Die SPD brauchte sich gar nicht zu weigern, sie war da eh nicht für zu begeistern. Als aber die Grünen und die SPD sich öffentlich selbst als Redner auf die Demo einluden, reagierte die Geschäftsführung des KA prompt: Sie bestätigte die Einladung, ohne zu verlangen, daß die inhaltliche Position übernommen würde. Dem Autor dieses Beitrages wurde auf eine entsprechende Kritik erwidert, er wisse doch, daß man so etwas von der SPD nicht fordern dürfe, da sie dann nicht in der Lage sei, einen Redebeitrag zu halten. Auf die Idee, die eigene Position so ernst zu nehmen, daß deren Gegner von uns kein Forum geboten bekommen, kam die Mehrheit nicht mehr.

Leider bestätigte die "Basis" diesen Defätismus der "Führung" sehr eindrucksvoll. Kein entschiedener Protest gegen Vogels Auftritt im Bonner Hofgarten. Mehr noch: Die Mobilisierung zur Demo stand vor Ort ganz im Zeichen von 00. Nicht mehr Abrüstung hier und jetzt war angesagt, sondern gegen Dregger und Strauß sollten Vogel und Schoppe Genscher und Kohl gut zureden, eine Lösung durchzusetzen, die noch vor kurzem von der Friedensbewegung als verlogen abgelehnt worden war. Als wenn das die Fronten wären!

Es zeigt sich sehr klar das überragende Interesse der Herrschenden in der BRD, die Kriegsdrohung gegen Osten aufrechtzuerhalten und zu perfektionieren. Dieses Interesse wird in der SPD geteilt, in der FDP erst recht. Die Diskussion um die "Nullösung" zeigt ein Weiteres: Es gibt keine Widerspruchslinie Europa-USA, die für uns nutzbar sein könnte. Die USA erweckten schon nach Reykjavik den Eindruck, als seien sie zu einer "Nullösung" bereit. Schon damals pfiffen es die Spatzen von den Dächern, daß trotz aller gegenteiliger Beteuerungen nicht nur die "Stahlhelmer" der CDU/CSU, sondern auch Genscher "Entspanner" eine solche "0-Lösung" äußerst ungern gesehen hätten. So bedurfte es einer schnellen Kohl-Reise in die USA, um eine Sprachregelung zu finden, die verbal an der Bereitschaft festhielt, eurostrategisch abzurüsten, aber derartige Zusatzbedingungen stellte, daß mit einer Einigung der Blöcke nicht mehr gerechnet werden konnte. Heutzutage gibt es eine ähnliche Haltung, aus Frankreich kamen sogar Stimmen, daß es um Gottes Willen gar keine "Denuklearisierung" Europas geben dürfe. Ähnliches war und ist aus der Bundesregierung zu vernehmen. Die SPD tröstet sie damit, daß ja noch genügend Waffen übrig bleiben. Die Chance, eine Aufrüstung mit Chemiewaffen zu verhindern, ließen die europäischen NATO-Länder ebenfalls ungenutzt vergehen.

Offensichtlich sind die Europäer also nicht die friedens- und abrüstungspolitischen Tauben, denen mensch nur ein wenig Mut machen muß, sich gegen die kriegslüsternen Falken in Washington zu wehren. Offensichtlich ist ihnen bei dem Gedanken, Schlachtfeld eines künftigen Krieges zu sein, weniger unwohl als bei demjenigen, die nukleare Ankoppelung an die USA würde durchlöchert.

Trotzdem sucht die Friedensbewegung in der FDP nach Entspannungsfreunden, statt die wirklichen Inhalte von BRD-Außenpolitik aufzuzeigen; trotzdem wird - ganz im Sinne der SPD übrigens - von einer "reinen Defensivstruktur der Bundeswehr" gefaselt, statt klar zu sagen, daß dieses Land weder verteidigt werden kann noch muß, weil niemand es angreifen will; trotzdem wird von "realistischen" Teilen der Bourgeoisie fantasiert, mit denen es Bündnisse zu schließen gälte, während diese längst dabei sind, die materiellen Mittel bereitzustellen, mit denen die BRD "an der Weichsel verteidigt" werden kann (eine Vorstellung übrigens, die SPD-Chef Schumacher schon Anfang der 50er vertrat!).

Wer genau hinschaut, wird es sehen: es gibt innerhalb der Herrschenden keinen Dissens über die Notwendigkeit der Kriegsdrohung. Alle Dissense beziehen sich lediglich auf Fragen der praktischen Umsetzung und der öffentlichen Darstellung. Sie funktioniert nach wie vor, die Gemeinsamkeit der Demokraten. Dabei wird es niemanden wundern, wenn die SPD eher nach rechts versöhnen und nach links spalten will. Darauf will ich hier nicht näher eingehen (obwohl es sich lohnen würde), weil mein Platz begrenzt ist. Hingewiesen sei nur auf eine lange Tradition von der Erfindung einer "Raketenlücke" durch H. Schmidt bis hin zur völligen Unterstützung der Volkszählung. Hingewiesen sei auch auf das Gerede über den "Einstieg in die Plutoniumwirtschaft", den es zu verhindern gälte, während die Atomfabriken in Hanau arbeiteten, Gronau in Betrieb ging

und nicht einmal relevante Teile der "fortschrittlichen" Sozialdemokraten für eine gemeinsame Großaktion gegen die WAA in Wackersdorf zu gewinnen waren.
Innerhalb der Grünen sind Ablehnung des Volkszählungsboykotts (Otto Schily) oder Hubschrauberbeschaffungsmaßnahmen Gert Bastian im Verteidigungsausschuß) zwar noch nicht mehrheitsfähig. Aber in den Konsens der Demokraten möchten viele schon hinein. Ich kann allen Leser/inne/n nur abraten, die Protokolle einschlägiger Bundestagssitzungen zu studieren, weil der damit verbundene Ekel einen fast unwiderstehlichen Würgereiz auslöst. Aber für diejenigen, die starke Nerven haben, könnte es sich doch lohnen. Ich will das mit ein paar Beispielen aus der Aktuellen Stunde über die "Nullösung" vom 12.3.87, beantragt von den Grünen, belegen. Mechtersheimer begründet die Debatte mit der Notwendigkeit einer "fraktionsübergreifenden Gemeinsamkeit" und erinnert die Regierungsmitglieder - ganz Staatsmann - an ihren Amtseid. Kein Wort von eigenständigen Aufrüstungsinteressen der BRD, vom Grundgesetz, das eine Revision der Nachkriegsgrenzen verlangt, von der Nowendigkeit, jetzt zumindest den Stationierungsbeschluß aufzuheben. Rühe läßt ihn auflaufen: Ihr wart schon immer gegen unsere Nullösung, warum solltet ihr jetzt dafür sein? Er wiederholt, wie alle Regierungssprecher nach ihm, den Unsinn von der Möglichkeit der "Nullösung", die durch die Stationierung erreicht worden sei. Zur Frage der "fraktionsübergreifenden Gemeinsamkeit" wörtlich: "Mit Ihnen nicht!" Voigt will eine "beiderseitige Null-Lösung" und wünscht sich einen "sicherheitspolitischen Konsens in einer Frage (...), die uns im Jahre 1983 (...) tief gespalten hat". Er verteidigt den NATO-Doppelbeschluß, verlangt ein Abkommen über Kurzstreckenraketen (lange vor Degger!) und erklärt, daß "die Sowjetunion (...) ihr bisheriges sicherheitspolitisches Verhalten gegenüber Westeuropa ändern (muß)". Ronneburger sagt, "wir wollen grundsätzlich keinen Krieg (...) auf unserem Territorium". Nach all diesem Zeug redet Waltraut Schoppe von der "tatkräftigen Unterstützung aller politischen Kräfte", die notwendig sei, davon, daß sie "gemeinsam als Vertreterinnen und Vertreter der Menschen in der Bundesrepublik die Regierung in diesen Abrüstungswillen (einbinden)" müßten und von der Notwendigkeit der Demokratie und der Friedensbewegung im Osten! Frau Geiger läßt sich von diesem Betteln nicht beeinflussen, sie tut, was Grüne Aufgabe gewesen wäre: sie zitiert das grüne Wahlprogramm und verlangt dessen Einhaltung. Sie verlangt Regierungspolitik, die die Grünen nicht zu leisten bereit waren und macht die Grünen lächerlich, wenn sie Verständnis für ihre Deprimiertheit äußert. Schließlich bedankt sich Lamers bei den Grünen für ihre "gute Tat", "der Regierung die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Position zu geben". Absurdes Theater?
Absurdes Theater! Aber so absurd es auch sein mag, Methode hat es doch, vielleicht, ohne daß die Autoren sich dessen bewußt sind. Wer die eigene Respektierlichkeit gegenüber den Herrschenden mehr betont als die Widersprüche, löst keine Verwunderung mehr aus wenn gerade aus diesem Spektrum immer wieder laute Stimmen zu hören sind für ein "Spalten statt versöhnen" nach links. So wurden in einem Offenen Brief an die Anti-AKW-Bewegung (unterzeichnet u.a. von Kelly, Bastian, Beckmann) alle diejenigen von der Solidarität ausgeschlossen, die das eigene prinzipielle Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nicht nachvollziehen. Unabhängig davon, wie sinnvoll es ist, jetzt eine Debatte darüber zu führen und schließlich unabhängig von erheblichen Zweifeln an der "Gewaltfreiheit" einiger Briefschreiber: Wer Teile der Bewegung aus der Solidarität ausgrenzt und den Aufrüstern zur Kriminalisierung freigibt, der/die verliert jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit in seinem/ihrem Engagement gegen die Aufrüstung. Nicht zwischen uns laufen die Grenzen, bei aller Verschiedenheit in den Ansichten und Methoden, sie laufen zwischen den Aufrüstern und uns. Es ist nicht nur eine taktisch notwendige Antwort auf die Gegenseite (integrieren eines Großteils, isolieren des Rests), uns nicht spalten zu lassen. Es ist auch eine prinzipielle Frage der Demokratie: Was wären demokratische Rechte wie Versammlungs-, Meinungs- oder Diskussionsfreiheit uns wert, wenn wir sie nicht auch für die verteidigten, die zuerst angegriffen und kriminalisiert werden?
Damit sollen keine Differenzen verwischt werden. Niemand will so tun, als wäre jede Aktion mit jedem Teil der Bewegung zu machen. Keinerlei Debatte soll unterbunden oder umgangen werden. Aber es ist vorrangig notwendig, den inhaltlich vorhandenen Graben zwischen uns und den Aufrüstern auch praktisch zu vertiefen und deutlich werden zu lassen, wer auf welcher Seite steht. Das heißt, daß es natürlich auch keine Ausgrenzung konservativer Teile der Bewegung geben darf. Der Wunsch, die vorhandene Bündnisbreite etwa im KA auch nach rechts zu erhalten, kann aber nicht bedeuten, daß in der Bewegung nur noch das vertreten wird, was z.B. auch für Sozialdemokraten im KA in ihrer Partei mehrheitsfähig ist. In der Stationierungsfrage hatte die Bewegung die Sozialdemokrat/inn/en vor die Alternative der Loyalität zu unseren Forderungen oder der Politik ihrer Partei in dieser Frage gestellt. Diese gute Sitte sollte weiterentwickelt werden.

Bei alledem ist es natürlich kein Zufall, daß der Staat nicht nur innerhalb der Bewegungen versucht zu spalten, sondern auch die einzelnen Bewegungen unterschiedlich behandelt: Die Friedensbewegung versucht er eher zu integrieren, die Anti-AKW-Bewegung eher zu kriminalisieren.
Selbstverständlich liegt dies auch an Zusammensetzung, Strukturen, Erfahrungen und Methoden der Bewegungen, an der größeren Bedeutung radikaler Strömungen in der Anti-AKW-Bewegung, an der selbstgewählten "Liebheit" der Friedensbewegung, u.a.m., was hier nicht weiter diskutiert werden kann. Aber es wäre völlig falsch, *die* Friedensbewegung nur als brav, angepaßt und staatstreu darzustellen und *die* Anti-AKW-Bewegung nur als unberechenbar, links und militant. Mit solcher Wiedergabe staatlicher Differenzierungsmuster reproduziert mensch auch das staatliche Interesse: ein Zusammenkommen der beiden stärksten Bewegungen der letzten Jahre und ihrer Erfahrung zu verhindern. Dies gilt es nicht nur zu verhindern, weil aus der Überwindung der Berührungsängste manches gelernt und neue Stärke gewonnen werden könnte, es ist um so wichtiger, als die Themen der Bewegungen sich in Wirklichkeit längst berühren. Natürlich gibt es nach wie vor ureigene "AKW-Fragen" und ureigene "Friedensfragen". Aber das Atomprogramm gibt heute nur noch aus militärischen Gründen einen Sinn. Und die Realisierung dieser Seite des Programms im Großmaßstab steht aktuell auf der Tagesordnung (Hanau, Wackersdorf). Da wäre jede Störung gefährlich. Nach wie vor hat die BRD ihre Option auf Atomwaffen nicht aufgegeben, der Atomwaffensperrvertrag läuft gleichzeitig mit dem geplanten Beginn des WAA-Betriebs aus (1995). Die Zusammenarbeit mit Frankreich wird intensiviert (Ex-Bundeskanzler Schmidt vertritt inzwischen offen und öffentlich eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit beider Länder und war nicht zuletzt wegen dieser Vorschläge kürzlich wieder Gast Mitterands), Pläne für eine europäische Atomstreitmacht sind noch nicht ad acta gelegt.
Nur den Herrschenden kann daran gelegen sein, Themen entlang der Aktionsformen und Ansatzpunkte des Widerstandes zu spalten. Wir müssen dagegen eine Spaltung der Themen entlang der Frage "Wem nützt das?" suchen.
Das ist kein leichtes Unterfangen. Es gibt zwar unbestreitbar objektive Berührungspunkte der Bewegungen, die über die Tatsache hinausgehen, daß wir gleiche Gegner haben. Ebenso unbestritten gibt es genügend gute Gründe, das Trennende nicht zu übersehen. Die Frage nach dem Nutzen ist eine Frage, die weder das eine verwischen noch das andere idealisieren darf. Es geht darum, das Atomprogramm tatsächlich zu stoppen. Da ist es nicht nützlich, wenn in Teilen der Friedensbewegung unterstellt wird, "die Autonomen" interessieren sich nicht für den Frieden. Und es hilft niemandem, wenn radikale Linke die mangelnde Bereitschaft von vielen "traditionellen" Friedensleuten, diesen Staat zu zerschlagen, zum Anlaß nehmen, mit ihnen nicht zusammenzuarbeiten. Aufmerksamkeit ist gefordert und ganz genaues Hinschauen, Toleranz ist gefordert und Kritikfähigkeit, Lernbereitschaft ist gefordert und die Fähigkeit, anderen ihre politische Identität zu lassen. Es gibt keinerlei Anlaß, zu denken, die Herrschenden würden abrüsten, AKWs stillegen oder sonst etwas Sinnvolles tun. Da mögen sie noch so viel über "Doppelnull" reden und die Grünen gleich mit, sie verschaffen sich die materiellen Voraussetzungen zur Kriegsführung. Gestoppt werden können sie nur durch entsprechende Kräfteverhältnisse. Diese herzustellen, hat etwas mit Einsicht in die Notwendigkeit dessen zu tun - und mit der Einsicht, daß es nur die eigene Kraft ist, der Menschen vertrauen können.

Werner Rätz

Begründung für eine Zusammenarbeit und für Aktionen der Anti-AKW-Bewegung im Rahmen der IWF-Kampagne

IWF-

1. Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung

Die Bewegung gegen Atomanlagen in der BRD befindet sich in einer Krise. Ein und ein halbes Jahr nach Tschernobyl gibt es zwar immer noch ein deutlich kritisches Verhältnis von großen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung gegen das Atomprogramm. Dies setzt sich praktisch allerdings in keiner Form um.
So hat die Kampagne gegen KWU/Siemens nicht den erhofften "Kick" gebracht den Anti-Atom-Widerstand stärker gegen die "Wurzeln des Übels" zu richten. Am Jahrestag von Tschernobyl gab es lediglich einige wenige Aktionen der neuen Anti-AKW-Gruppen, die kaum Beachtung fanden. Ein neues AKW (Mühlheim-Kärlich) ging fast stillschweigend ans Netz, ohne besondere Aktionen. Von den Problemen/Schwierigkeiten und Streitereien im Zusammenhang mit den Herbstaktionen gegen die WAA in Wackersdorf ganz zu schweigen. Ein Rat- und Sprachlosigkeit stellt sich ein, die sich auch deutlich auf unserem Treffen der KWU/Siemens-Gruppen gezeigt hat. Es fehlt der zündende Funke, die Idee wie's weitergeht. Diese Ausführungen können nun so verstanden werden, auf Grund der fehlenden Idee, wollen wir uns in die IWF-Kampagne integrieren, in das neue "Modethema".
Dies ist so sicherlich nicht richtig. Die Anti-AKW-Bewegung wird eine eigenständige Bewegung bleiben, die Teil einer außerparlamentarischen Bewegung hier in der BRD ist und deren Widerstand sich gegen einen wesentlichen Teil der imperialistisch/kapitalistisch/patriarchalen Herrschaftssicherung richtet: Die Energiepolitik und das Atomprogramm. Eine Zusammenarbeit mit der IWF-Kampagne soll vielmehr die Möglichkeit bieten, vom "Teilbereich Anti-Atom aus weiterzugehen, in der inhaltlichen Auseinandersetzung und im praktischen Widerstand." (aus dem Aufruf: Verhindern wir den Kongreß).
Der Apell/Aufruf zum IWF richtet sich auch an uns in der Anti-AKW-Bewegung, als eine Teilbereichsbewegung. Wir sehen in der IWF-Kampagne eine Möglichkeit aus dem Dilemma, das sich uns in der Anti-AKW-Bewegung gerade stellt, heraus zu kommen, mit anderen Leuten/Gruppen/Bewegungen zusammenzukommen, gemeinsame und sicherlich auch kontroverse Diskussionen zu führen, um zu einer gemeinsamen praktischen Handlungsperspektive zu kommen, die mehr gegen dieses System, gegen diese kapitalistischen Bedingungen hier ausrichten kann als es das Herumwurstein in den einzelnen Teilbereichen sein kann.

2. Bedeutung des Atomprogramms - Energiepolitik als imperialistisches Machtinstrument.

Wir stehen zur Zeit vor veränderten Bedingungen des Atomprogramms. Auf absehbare Zeit wird wohl kaum ein neues AKW in der BRD in Auftrag gegeben. "Klaus Masuhr vom Bonner Wirtschaftsministerium etwa meint, die AKW-Bauer können sich glücklich schätzen, wenn sie in den kommenden Jahren auch nur einen einzigen deutschen Auftrag bekommen. Vielleicht ist aber nach Tschernobyl auch gar kein Atommeiler mehr politisch durchsetzbar." (Manager Magazin 8/87).
Zwar werden noch einige AKWs in der BRD ans Netz gehen; Widerstand hat dies, außer bei der Inbetriebnahme von Brokdorf, bisher kaum hervorgerufen.
Die AKW-Bauer von KWU/Siemens, stellen sich auf eine längere Durststrecke ein, um diese "Krise" im Kraftwerkbau zu überstehen. KWU/Siemens hat denn auch eine ausgefeilte "Unternehmensstrategie" ausarbeiten lassen.
Ein wesentlicher Teil darin ist die Zusammenführung von KWU und verwandten Industriezweigen zu einem eigenständigen Unternehmensbereich innerhalb des Siemenskonzerns. Dieser Bereich wird weiter unter dem Namen KWU fungieren.
Durch diese Zusammenführung werden z.B. die Vertriebssysteme zusammengelegt, um dadurch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen. Die KWU legt größten Wert auf die Feststellung, daß die Eingliederung in Siemens, die "gewiß auch helfen kann ein mögliches Desaster durch die Flaute im AKW-Bau zu kaschieren", kein Signal zum Ausstieg aus der Kernenergie ist. Weiterhin werden Aktivitäten verlagert hin zu AKW-Serviceleistungen und vor allem der Brennelementeversorgung. Ein wichtiger Überbrückungsbereich wird der Aufbau neuer Geschäftsfelder sein, in denen spezifisches KWU-Know-how genutzt werden kann. Konkret wird das heißen, das Know-how, vor allem für die Errichtung von Atomanlagen, bleibt erhalten; man übt sozusagen an anderen Produkten, um im geeigneten Moment wieder auf der Platte zu stehen und das mörderische Geschäft mit dem Atom weiter zu betreiben. "Auf lange Sicht, so meint man bei BBC, einem weiteren großen AKW-Bauer, könne man zuversichtlich sein (...); kurzfristig aber sei Geduld und ein langer finanzieller Atem nötig, um über die Runden zu kommen. Die BBC habe schon vor Jahren eine starke Risikovorsorge betrieben und sei deshalb gerüstet." (FAZ 8.5.87).
Das stockende Geschäft mit dem Atom ist vor allem auch ein Grund von Strom-Überkapazitäten. "Die BRD schwimmt sozusagen in Elektrizität." Die Stromkonzerne haben erst kürzlich in einer Studie der Atomkraft den klaren Vorzug gegenüber der Kohle gegeben. Nach einem Kostenvergleich der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) "sind AKWs auch dann preiswerter, wenn sie nur zu 40 Prozent ausgelastet sind" (Frankfurter Rundschau 29.8.87).

Die Stromgiganten streichen derzeit fette Gewinne ein, auf die Atomkraft werden sie nicht freiwillig verzichten. Dies geht vor allem auf Kosten der Kohlewirtschaft. Hier passieren zur Zeit gigantische Umstrukturierungsprozesse (konkrete Beispiele Hattingen + Maxhütte), die Teil der kapitalistischen Neuorientierung sind.
Die Energiepolitik ist imperialistisches Machtinstrument, ist genauso ein Steuerungsinstrument wie der IWF.
"In der heutigen imperialistischen Strategie konzentrieren die multinationalen Konzerne ihre Förderung und Investitionsbereitschaft nur noch auf die strategischen Sektoren (Gen- und Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, Energiesektor, Nahrungsmittelsektor, Weltraumforschung, Erforschung der Meere und Pole). Nur dort bietet sich die Gewähr, daß die Profitraten auf einer neuen, höheren Stufe realisiert werden können..." ,(aus einem Flugblatt von Autonomen, Hanau-Demo).
Die Energiepolitik mit ihrer Spitze Atomprogramm, dient dazu, Machtinteressen auszubauen, sog. "Märkte" zu stabilisieren, für weitere Profitmaximierung.

3. Der weltweite Export des Atomprogramms - oder was hat das KWU-Geschäft in Brasilien und Argentinien mit der Verhinderung des IWF-Kongresses zu tun?

Kampagne

Alles hängt mit allem zusammen. Diese linke Standardweisheit ist zwar gut und richtig, erspart uns aber nicht die Mühe, konkrete Zusammenhänge aufzudecken und genauer darzulegen. Diesbezüglich ist eine Auseinandersetzung mit dem argentinischen und brasilianischen Atomprogramm, und insbesondere der zentralen Rolle, die KWU/Siemens darin spielt, notwendig.
"Für die KWU geht es darum, den nach Tschernobyl vollends stagnierenden Absatz in den Industrieländern durch die Erschließung neuer Märkte in den "Entwicklungsländern" auszugleichen. So wurde in Argentinien ein neue Gesellschaft, die ENACE gegründet, der sowohl der weitere Ausbau des argentinischen Atomprogramms obliegt, als auch der Export in Drittländer. (...) 25% Anteil gehören schon der KWU, der tatsächliche Einfluß der KWU dürfte noch deutlich höher sein. So ist ENACE für die KWU vor allem eine 'by-pass-organisation' zur Umgehung bundesdeutscher Restriktionen im Atom-Geschäft, oder wie Goettge, der Repräsentant der KWU in Argentinien, sagte: 'Wir dürfen nicht vergessen, daß Argentinien im Nuklear-Bereich unabhängiger ist als Deutschland und so in Märkte eindringen kann, wo wir größere Schwierigkeiten hätten.'
ENACE hat bereits mit Algerien einen Vertrag über nukleare Zusammenarbeit abgeschlossen (...). Besonders delikat sind die Geschäfte mit dem Iran: Über den Umweg ENACE wird dann dort die KWU den Reaktor von Bushera weiterbauen, den sie unter dem Schah begonnen hatte und dessen Bau sie mit Khomeinis Machtübernahme hatten aufgeben müssen." (aus Lateinamerika-Nachrichten Nr. 160, Juni 1987).
KWU-Atomexporte sind wesentlicher Bestandteil des BRD-Atomprogramms. AKWs hier und Exporte sind nicht voneinander zu trennen. Es geht um die Herstellung und Sicherung kapitalistischer Weltmarktinteressen, um die Ausweitung und Stabilisierung von sog. "Märkten".
Atomanlagen sind in dieser Strategie nur ein Teil, der IWF nur ein Instrument.
Brasilien und Argentinien gehören zu den Hauptschuldnerländern der Welt, mit ausgeprägtem eigenem Atomprogramm. Der IWF hat die beiden Länder allerdings nie gezwungen von der KWU Atomtechnologie zu kaufen.
Die Formel KWU → AKW → IWF → Verschuldung ist hier zu einfach, sie greift so nicht. Sie ist auch teilweise nicht zu belegen, wie das Beispiel Argentinien zeigt. Die Verschuldung Argentiniens liegt nicht im Atomprogramm begründet.

Wie sieht konkret der Rahmen der Bundeskonferenz aus?

Wie bereits zu Anfang beschrieben wird der Schwerpunkt der Buko die Auseinandersetzung mit der IWF-Kampagne sein. Orientiert an den Facts und Fragestellungen, die unter Punkt 1-3 genannt sind.
Weitergehend sollen von der Buko ausgehend konkrete Aktionen für die Anti-AKW-Bewegung erarbeitet und vorbereitet werden, die im Zusammenhang mit der Verhinderung der IWF-Tagung im September '88 stehen.
Diese Buko bietet die Möglichkeit, daß viele Leute aus dem Anti-AKW-Spektrum sich dem Thema IWF nähern können. Den Zugang dazu wird eine Auftaktveranstaltung mit inhaltlichem Schwerpunkt IWF sein. Denkbar wären Berichte von den Vorbereitungen (Lutter), Referate zu den unter Punkt 1-3 genannten Themen, Diskussionsbeiträge zum Bereich Organisierung/Zusammenführen linksradikaler Kräfte etc. Weitere Grundlage wird ein Diskussionsreader sein. Sicherlich wird es in einer solchen Buko auch Arbeitsgruppen und Beiträge zu weiteren Bereichen der Anti-AKW-Bewegung geben (WAA, Kriminalisierung, Atommüll etc.). Dennoch muß der Schwerpunkt klar auf IWF liegen, ähnlich wie die Frankfurter Buko im Juni '86 mit Schwerpunkt Hanau-Demo oder die Buko-Verbotsdiskussion in Nürnberg Schwerpunkt war.

Für die Vorbereitung dieser Buko wird es ein erstes Treffen geben am Samstag, den 12. Dezember ab 13 Uhr in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147.
Auf diesem Treffen wird ein Meinungsbild für das Interesse einer solchen Buko voran stehen.
Von den zur KWU/Siemens-Kampagne arbeitenden Gruppen wird zu diesem Treffen ein Aufruf-Vorschlag für die Buko eingebracht. Dies schließt nicht aus, daß auch aus anderen Zusammenhängen Aufruf-Vorschläge und Diskussionsbeiträge erarbeitet werden. Weitergehende Vordiskussionen in den einzelnen Anti-AKW-Zusammenhängen sind Voraussetzung für das Zustandekommen einer Buko zum IWF. Termin der Buko wäre für Februar/März vorgesehen, um dann ausreichend Zeit zu haben, Aktionen zum Herbst hin vorzubereiten. Ort der Buko könnte Berlin sein, um dadurch den demonstrativen Charakter und die Nähe zur Kampagne gegen den IWF hervorzuheben.
Kontaktadresse und Beiträge/Diskussionsvorschläge:
KWU-Gruppe, c/o Öko-Dorf, Kurfürstenstraße 14, 1000 Berlin 30
weitere Kontaktadressen:
AK gegen Atomanlagen Frankfurt, c/o Grünland-Büro, Rotlintstr. 58, 6000 Frankfurt/M 1
KWU-Gruppe Offenbach, c/o Infoladen, Frankfurter Str. 63, 6050 Offenbach
BI gegen Atomanlagen, c/o Fachwerkhaus, Delle 39-41, 4330 Mühlheim/Ruhr

Fotos ausm Archiv

Wackersdorf — Herbstaktionen 1987

WACKERSDORF–HERBSTAKTIONEN 1987

Diese Ausgabe der 'atom' wird erst unmittelbar vor Beginn der Wackersdorf–Aktionstage die BI's und Abonenten erreichen. Den von uns unterstützten Aufruf für die Herbstaktionen werden wir deshalb als Beilage mit der Zeitung verschicken. Eigentlich sollte an dieser Stelle ein uns zugesagter Beitrag über die Vorbereitung der Aktionstage nach dem geplatzten Frankfurter Bündnistreffen vom 6.6.87 stehen. Wir wissen nicht, warum daraus nichts wurde. Für alle die hinfahren oder Paralellaktionen planen, wird ohnehin wichtiger sein, was heute noch nicht absehbar ist: Der Ausgang der Auseinandersetzungen mit der bayrischen Staatsregierung bzg. dem zu erwartenden Demoverbot usw, usf. Wir hoffen, in der nächsten 'atom' rückblickend über die Auseinandersetzungen in dem nun vorwiegend bayrisch besetzten Trägerkreis berichten zu können. Als Vertreter der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung hatten sich dort Münchner AKW-Gegner sowie der Frankfurter AK gegen Atomanlagen eingeschaltet.
Im folgenden also lediglich zwei Stellungnahmen, in denen aus unserer Sicht und aus der Sicht des BuF dargelegt wird, warum wir auf die Möglichkeit der Mitarbeit im Trägerkreis für diese Herbstaktionen verzichtet haben.
Aktuelle Infos in den Tagen vor den Herbstaktionen gibt es im Anti-WAA-Büro, Schwandorf, Tel: 09431/1029 .

stellung nahme

Im folgenden wollen wir darlegen, daß die Herbstaktionen in Wackersdorf im Laufe der Auseinandersetzungen einen Charakter erhielten, der nicht mehr das ausdrückte, was wir damit verbanden. Insofern entschlossen wir uns nach dem Treffen in Frankfurt am 6. Juni 87, in einem Trägerkreis nicht mitzuarbeiten.

In welcher Form und unter welchen Bedingungen die Herbstaktionen in Wackersdorf letztendlich stattfinden, ist derzeit nicht genau abzusehen. Der Vorschlag für eine bundesweite Großdemo war Anfang des Jahres auf der BUKO in Nürnberg von den Redaktionen der atom und der radi-aktiv eingebracht und auf der sich anschließenden Atommüllkonferenz in Bielefeld um "vielfältige Blockadeaktionen" im Vorfeld der Demo ergänzt worden.

Ein offensiver Schritt gegen staatliche Repression

Der Vorschlag einer Großdemonstration zum Bauplatz wurde von uns als Möglichkeit eingeschätzt, vor Ort etwas dem Versuch der bayrischen Staatsregierung entgegenzusetzen, den regionalen Widerstand durch tägliche Repression und Kriminalisierung einzuschüchtern. Eine Einschüchterung, die vor allem dann um sich greift, wenn nach Hochphasen der tägliche Kleinkrieg mit der Staatsmacht in relativer Isolation von überregionaler Öffentlichkeit an der Substanz zehrt. Unzweifelhaft ist eine entsprechende Situation bereits seit längerer Zeit im Wackerland gegeben. Insofern war die Großdemo in der Tat nie gedacht als ein qualitativ neuer Schritt in der Entwick-

lung des Anti-WAA-Widerstands, sondern als eine Aktion, die bei bundesweiter Beteiligung den Leuten vor Ort moralischen Auftrieb hätte geben können und die die Spielräume des Wackersdorf-Widerstands hätte erweitern helfen können.
So sehr das vom autonomen Flügel der Bewegung vertretene Konzept "Weg vom Bauzaun – hin zur Infrastruktur" auch geeignet ist, die Effizienz des radikalen Widerstands in Kleingruppen voranzutreiben (ohne sich auch dadurch der Repression des Staates nicht entziehen zu können), so sehr ist es unzureichend, wenn es darauf verzichtet, die Repression zurückzukämpfen durch Aktionen am Ort der Repression oder durch Organisierung von Solidarität zur Verhinderung von bspw. Knaststrafen.
Selbstverständlich ist die Feststellung innerhalb des Amberg-Vorschlags richtig, daß die bayrische Staatsregierung versuche, "die Region um das Baugelände zur demonstrationsfreien Zone zu machen. ...Dieses Konzept der Einschränkung von WAA-Widerstand und demokratischen Rechten darf nicht ohne Widerstand bleiben." Umso notwendiger aber ist die Manifestation der eigenen Präsenz und Stärke genau dort, wo sie der Staat verbannen will (ohne dabei die Erfahrungen aus den Schlachten des letzten Jahres aus den Augen zu verlieren). Die Konsequenz aus der gescheiterten BUKO in Regensburg war demgemäß eine größtenteils erfolgreiche BUKO in Nürnberg, die allen Gauweilers einen erheblichen politischen Prestigeverlust bescherte und bei vielen den Glauben in die eigene Stärke wiederherstellte. In diesem Sinne hat eine Bauplatzdemo unter bundesweiter Beteiligung einen offensiven Charakter, da sie gegen die Tendenz vorgeht, sich in immer neue Widerstandsnischen zurückdrängen zu lassen und dabei alte Konfliktfelder aufgeben zu müssen.
Von autonomer Seite wurde der gesamte Ansatz als "Rückschritt" gewertet, jedoch geschah dies eben nicht unter dem Aspekt eines politisch offensiven Zurückkämpfens der staatlichen Repression und unter dem Aspekt der ermutigenden Solidarität mit dem wackerländischen Widerstand, sondern unter dem Gesichtspunkt seiner qualitativen Weiterentwicklung. Folgerichtig wurden seitens der Autonomen verschiedene Versuche unternommen, das Konzept einer Bauplatz-Demo zu widerlegen oder auszuhebeln. Schließlich wurde es auf der Konferenz in Fronberg mit dem Vorschlag einer Amberg-Demo gekontert. Die Konferenz endete damit, daß de facto alle zuvor auf Konferenzen gefaßten Beschlüsse aufgehoben wurden, sodaß zu diesem schon relativ späten Zeitpunkt keine Grundlage mehr existierte, auf der bundesweit hätte mobilisiert werden können.
Für uns ergab sich daraus die Feststellung, daß damit eine wesentliche Voraussetzung zur Umsetzung unserer Vorstellungen nicht mehr gegeben war.

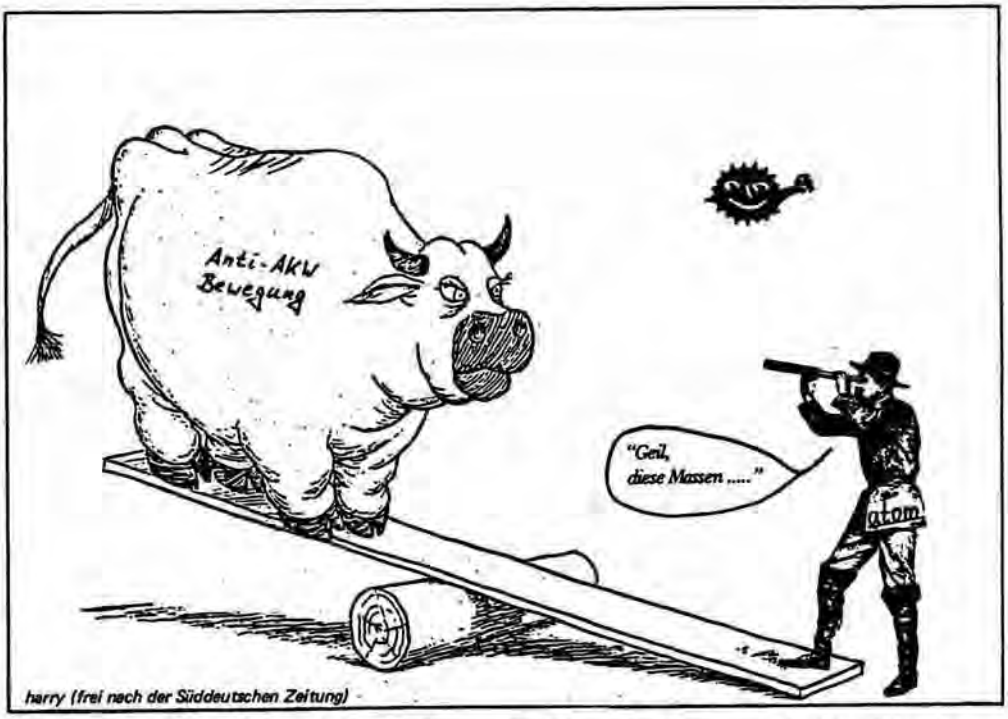
Die unvermeidliche Bündnisfrage

Eine entscheidende Bedingung für die Umsetzung des Großdemo-Vorschlags ist für uns der "Aufbau eines strömungsundbewegungsübergreifenden Bündnisses" gewesen sowie eine "Massenmobilisierung mit dem gemeinsamen Ziel, die politische Basis für den Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern." Dies war für uns nicht (neben den anderen für Hanau formulierten Bedingungen) deshalb wesentlich, weil wir "machtgeil" sind oder weil wir die Massen lieben, sondern weil wir in dieser schon bei der Hanau-Demo 86 und ansatzweise bei der BUKO in Nürnberg praktizierten Politik derzeit die einzige Möglichkeit sehen, eine inhaltlich radikale Aktion in der "demonstrationsfreien Zone" WAA-Bauzaun oder auch in der Region gegen die Infrastruktur ohne Zugeständnisse gegen den Staat durchzusetzen. Mit dem diffusen Vorwurf der Aufgabe inhaltlicher Positionen wurde dieser Strategie schließlich eine Absage erteilt, ohne daß es jemals zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit möglichen Bündnispartnern gekommen ist.
Nachdem die Realisierung dieses Konzepts zunehmend als unrealistisch erschien, war für uns als Redaktion der Mitarbeit in einem Trägerkreis eine weitere wesentliche Grundlage entzogen.

Was bleibt?

Was bleibt ist zunächst die Feststellung, daß bis zum Treffen in Frankfurt die Debatte um die Herbstaktionen wesentlich beherrscht wurden von den Schuldzuweisungen an "selbsternannte Politfunktionäre", die das Großdemo-Konzept "terminfahrplanmäßig durchpowern" wollten. Uns ging es allerdings zu keinem Zeitpunkt darum. Grundlage zur Verwirklichung aller unserer Vorschläge war immer ihre Akzeptanz bei allen daran beteiligten Gruppen. Tatsächlich verdeckte die Diskussion um dieses leidige Thema lange die Konzeptlosigkeit der Aktionstage auch in den Reihen derer, die sich dafür stark machten – eine Konzeptlosigkeit, die mittlerweile dazu geführt hat, daß auch die meisten der Autonomen sich aus der Wackersdorf-Vorbereitung verabschiedet haben.

Trotzallem: die Herbstaktionen im Wackerland finden statt. Doch eine bundesweite Trägerschaft hat unter den Querelen der vergangenen Monate arg gelitten, interessierte Bündnispartner, wie Teile der Friedensbewegung, sind abgesprungen und die bundesweite Mobilisierung zu allen Aktionen ist mehr Makulatur als Wirklichkeit. Erstmals hat ein Anti-WAA-Projekt nicht anDifferenzen mit dem sozialdemokratisch-grünen Spektrum gekrankt, sondern an internen Auseinandersetzungen im radikalen, linken Teil der Anti-AKW-Bewegung.



harry (frei nach der Süddeutschen Zeitung)

Kurzfristig bedeutet das für uns, das Beste daraus zumachen, trotz allem möglichst viele Leute nach Wackersdorf zu mobilisieren und allen Aktionen zu ihrem von den VeranstalterInnen gedachten Charakter zu verhelfen.

Längerfristig muß die Frage diskutiert werden, wie die Krise der Anti-WAA-Bewegung (ebenso wie die Krise der gesamten Anti-AKW-Bewegung) zu lösen ist. Ganz sicher nicht dadurch, sich ganz aus dem Wackerland zurückzuziehen, wie es einige Gruppen offensichtlich schon tun, um sich wieder einmal auf etwas anderes zu konzentrieren. Ein wesentlicher Aspekt in der anstehenden Auseinandersetzung muß die Frage danach sein, inwieweit sich in Zukunft die beiden Konzepte vereinbaren lassen, die sich offenkundig unter den programmatischen Parolen "Bewegungsübergreifende, bundesweite Mobilisierung" und "Qualität statt Quantität" bei einer produktiven Aktionsvorbereitung gegenseitig im Weg standen.

Denn eines hat sich gezeigt: Der Kompromiß von Bielefeld war kein Kompromiß, sondern allenfalls die halbherzige Verständigung auf ein Nebeneinander von unterschiedlichen Aktionsformen. Die Unverträglichkeit der dahinterstehenden Konzepte wurde jedoch von niemandem rechtzeitig realisiert. Auch die Forderung nach gegenseitiger Tolerierung verschiedener Protest- und Widerstandsformen innerhalb der Gesamtbewegung ("Wir lassen uns nicht spalten!") verkommt zur Leerformel, wenn bereits im Vorfeld von Veranstaltungen die Verständigung auf ein Rahmenkonzept ausgeschlossen ist.

Von Herangehensweise und Lösung dieses Problems wird es wesentlich abhängen, in welchem Maße die (alte) Anti-AKW-Bewegung zu ihrer einstigen, relativen Geschlossenheit und Stärke zurückfindet und mit welchen Perspektiven sie weiterhin Politik macht.

S. & H. von der atom

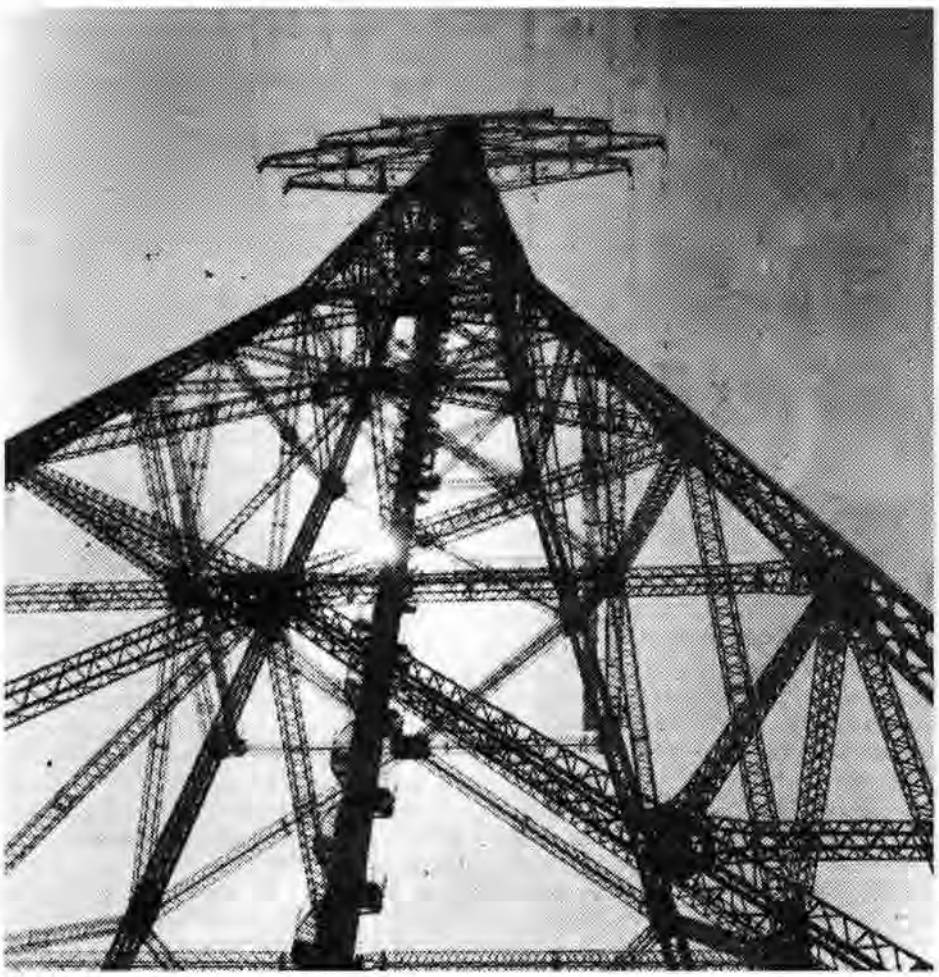

Atomstrom von unten *Foto: Uwe Schlegelmilch*

Foto: J. Tächl

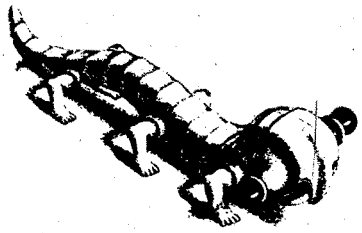
Vor nicht allzu langer Zeit lebten in unserem Land kleine schwarze Zwerge, die sich vornehmlich vom Sumpf der Großstädte ernährten. Viele waren es nicht, aber doch genug, um den Herrschern ihres Landes von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß es noch Zwerge gab.
Diese Zwerge waren gegen die Atomkraft und so kam es, daß sie - als wieder einmal eine große Anlage gebaut werden sollte - aus ihren Städten dorthingingen, den Bauplatz besetzten und schließlich vertrieben wurden. Aber die Bürger jener Region hatten die Zwerge in ihr Herz geschlossen. Das bemerkten die Zwerge und als ein großes Atomkraftwerk explodierte, sahen sie die Zeit für gekommen, den Bürgern zu zeigen, wie die Zwerge wirklich Widerstand leisteten. Sie zogen sich schwarze Masken über, um ihre Gesichtchen zu verhüllen, warfen mit Steinen und schossen mit Schleudern, ganz so, wie es die Zwerge seit Jahrhunderten taten. Obgleich die Staatsgewalt viel stärker war, gewannen die Zwerge anfänglich, denn viele Bürger hatten auch ihr Gesicht verhüllt und halfen den Zwergen. Und viele Zwerge dachten: Endlich ein Sieg! Und fuhren fort, mit Steinen und Stahlkugeln zu werfen. Viele der Zwerge träumten davon mit der verhaßten Atomkraft die Herrscher auch loszuwerden.
Doch als die Schergen der Staatsgewalt bald immer stärker und immer mehr wurden, zogen sich die Zwerge in ihre Städte zurück und kehrten nie, nie wieder. Und als sie einmal mehr die öde Häßlichkeit ihrer Prachtstraßen durchschritten und der Landwirtschaftsminister demonstrativ den verseuchten Spargel aß, wußten sie: "Es muß was geschehen, aber anders!" Bald brannten die Fahrzeuge der großen Firmen und die Strommasten knickten wie weiland die Tannenbäume im Taxölderner Forst. Aber während sie sich geheimnisvoll heimlich gedruckte Blätter zusteckten und in Hinterzimmern tuschelten, war niemand mehr da, ihnen Beifall zu zollen, und sie selbst hatten keine Zeit mehr, zu diskutieren und mit den Bürgern zu reden.
So merkten sie auch nicht, wie sich der Wind drehte: die Becquerels verschwanden - zumindest aus den Zeitungen - und der bayerische Landesherr schickte seinen neuen Gauleiter aus, um dem Unwesen ein Ende zu bereiten. Und die Herrscher am Rhein beschlossen neue Gesetze. Viele der Zwerge sagten zwar, daß nichts anderes zu erwarten gewesen sei und versicherten sich eifrig, daß der Widerstand weitergehe. Nur abends, wenn sie allein in ihren kalten Bettchen lagen, beschlich sie ein leises Kribbeln im Magen. Und obwohl ihr wichtigstes Börsenblatt, das nur noch im Ausland gedruckt werden konnte, zum Ende des Jahres die Bilanz des Zwergewiderstands veröffentlichte - und diese las sich wahrlich nicht schlecht - verließ viele Zwerge der Mut und während sich draußen Eis und Schnee türmten, saßen sie zusammen und stritten sich über den rechten Weg und meinten, daß die meisten Zwerge zu dumm wären.
Doch es waren wenige, die - sei es nun, weil sie auf dem Land wohnten oder wegen ihrer Unerfahrenheit - nicht sahen, wohin der Zeitgeist der Zwerge wehte. Als sie ihren ersten Erfolg - einen großen Strommast - vorzuzeigen hatten, wurde dieser von vielen bejubelt und in allen Zeitungen der Zwerge gedruckt. So bestätigt machten sie weiter. Aber die Truppe des Gauleiters war schon auf sie angesetzt und als sie ihren nächsten Coup landeten, wurden sie gefaßt und gestanden gleich. Und die anderen Zwerge schüttelten ihre Köpfe über so viel Dummheit und vergaßen die gefangenen Zwerge recht bald. Nur das Kribbeln im Magen wurde so stark, daß keine Masten mehr fielen. Einige der Zwerge meinten nun aber, das mit den Masten sei nicht schlecht gedacht gewesen, um den Bürgern zu zeigen, was man machen könne, an einen Sieg habe gar niemand geglaubt.
Und wenn sie nicht gestorben sind, dann strahlen die AKWs noch immer, wenige Zwerge sind in den Krallen des Gauleiters - und die anderen warten darauf, daß alles, alles wieder von vorne beginnt...
Wir wollen hier aber nicht nur Zwergenmärchen erzählen: wir wollen zudem erklären, warum wir im Zeichen des Gauleiters militante Aktionen noch immer befürworten: zugegebenermaßen unfertig, aber wir wollen nicht mit seitenlangen Analysen und Rezepten langweilen.

1. Wir können es nicht oft genug sagen: Wir führen keinen Krieg, sondern den Kampf um die Köpfe der Menschen. Wer glaubt, Hunderte von gefallenen Strommasten allein könnten das AKW-Programm zu Fall bringen, wird sich selbst im Knast wiederfinden, ohne etwas verändert zu haben. Militante Aktionen können nur erfolgreich sein, wenn sie auf vorhandene Struktur und Bewußtsein bauen können und nur die Erweiterung öffentlicher Aktionen darstellen. Genau dies wurde im vergangenen Jahr falsch gemacht: Außer Anschlägen hatten die Autonomen nicht viel zu bieten. Und wer glaubt, daß wegen uns "der Staat wackelt" (Anarchistische Zelle zu Anschlag auf Hochtief, Jan. 87), der will die Verhältnisse in diesem Land nicht wahrhaben.
2. Wer militante Aktionen macht, sollte auch wissen, was er damit erreichen will. Wer nur Maximalforderungen stellt ("Abschaltung der herrschenden Klasse") wird bald aufgeben. Wer wie im Supermarkt der autonomen Zerstörung hier mal einen Strommast umlegt, da eine Bank angreift und dort Militär abfackelt, ist ebenso unpolitisch. Angriffsziele sollten nicht nur nach ihrer leichten Angreifbarkeit ausgesucht werden. Und wenn wir erfolgreich sein wollen, brauchen wir eine Kontinuität in unseren Angriffs- und politischen Zielen.
3. Und schließlich noch was zu unserem Alltag, denn wir wollen nicht, daß unsere Aktion dazu dient, die im letzten Jahr so kläglich gescheiterte Hard-Core-Romantik aufleben zu lassen. Wir wollen keinen autonomen Leistungszwang, daß nur viel gilt, der möglichst harte Aktionen bringt. Wir sind keine Helden, unsere Stärke mißt sich nicht in unseren Aktionen, sondern im täglichen Leben.

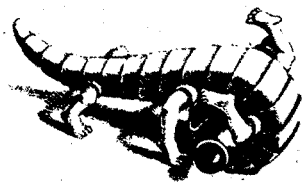
Eine Meldung

Am 20.7.1987 zündeten *Unbekannte Täter* einen Bagger der DYWIDAG bei Ismaning an. An derselben Stelle wurde bereits im November 1986 ein Bagger desselben Typs, von dem es bundesweit angeblich nur zehn Stück gibt, angesteckt. Die *Unbekannten Täter* wollten mit der Aktion zeigen, daß der Anti-AKW-Kampf Kontinuität brauche und »wir nicht auf das nächste Thema aufspringen wollen, um die alten Fehler zu wiederholen.« In der Erklärung der *Unbekannten Täter heißt es abschließend: »Wenn wir siegen wollen, müssen wir weitermachen, aber vorsichtig, selbstkritisch, nicht militaristisch.«*

Lehrstück oder Meisterstück?



Als am 7.6. nach mehrstündiger Diskussion die VertreterInnen der 'Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen' (BuF) das Treffen in Frankfurt zur Bildung eines Trägerkreises für die Herbstaktionen in der Oberpfalz verließen, wurden viele der zurückbleibenden Gesichter lang. Trotz mehrfacher Ankündigung, daß ein Bündnis wie in Hanau diesmal nicht als ausreichend zur Durchführung der anvisierten 'gemeinsamen Großaktionen mit Blockaden und einer Großdemo von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung' angesehen würden, hatten wohl die meisten der anwesenden Anti-AKW-Bewegten nicht gerechnet. Es ist müßig, hier die gesamte Entwicklung der Diskussion vom Einbringen des Aktionsvorschlags auf der BuKo in Nürnberg durch die Lüneburger

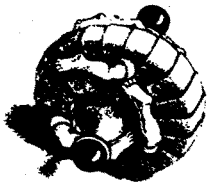


Redaktion der 'atom' und die Redaktion der 'Radi-Aktiv' bis zum Frankfurter Treffen zu rekapitulieren. Dazu wurde in den verschiedenen Bewegungspublikationen von 'Ziviler Ungehorsam' bis 'Unzertrennlich', von 'atom' bis 'Graswurzelrevolution' genug geschrieben, um jeder/m Gelegenheit zu geben, sich ein Bild über den Verlauf der Diskussion zu machen.

Doch will ich noch einmal kurz die wesentlichen Punkte der Analyse skizzieren, die dem Aktionsvorschlag zu-

grunde lag, und die, da ich sie immer noch für schlüssig halte, einer der entscheidenden Gründe für das Scheitern gemeinsamer bundesweiter Großaktionen darstellen.

1. Die außerparlamentarischen Bewegungen in der BRD sollten, wie sich nach den Ereignissen nach der Tschernobyler Katastrophe abzeichnete, staatlicherseits in eine friedliche , prinzipiell staatstreue Bewegung, an der sich die Toleranz des 'freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats' demonstrieren ließe, und in eine 'gewalttätige', notfalls mittels militärischer Gewalt niederzuhaltende Bewegung gespalten werden. Dies könnte dann nach der Spaltung auch ohne größeren Legitimationsverlust und ohne größere Aufregung

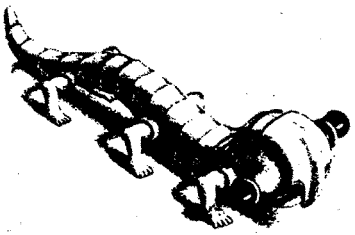


in der linksliberalen Öffentlichkeit geschehen. Die Friedensbewegung ist auf dem besten Wege ersteres, die Anti-AKW-Bewegung schickt sich an, letzteres zu werden.

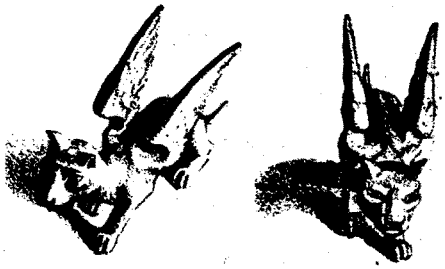
2. Die zunehmende Repression der bayrischen Landesregierung gegen AKW-GegnerInnen in und um Wackersdorf, das Verbot und die Verhinderung der BuKo in Regensburg und das Verbot der BuKo in Nürnberg, zeigten, daß die Anti-AKW-Bewegung zunehmend auch eine Antirepressions-Bewegung werden mußte, die neben ihrem Kampf gegen das Atomprogramm auch stellvertretend für andere und zukünftige Bewegungen demokratische Freiräume verteidigen muß.

3. Die im Bau befindliche WAA vereinigt in geradezu idealtypischer Weise die Objekte des Kampfes vieler Teile der neuen sozialen Bewegungen in sich. Dies wurde spätestens auf der Alternativkonferenz zum Atomwaffensperrvertrag 'Atombomben – Made in Germany' im Sept. 85 von Vertreterinnen der Friedens-, der Solidaritäts- und der Anti-AKW-Bewegung gemeinsam einer breiteren Öffentlichkeit verdeutlicht. Gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Hanau-Demo im Nov. 86, waren erste Versuche diese Erkenntnis praktisch werden zu lassen.

4. Eine Aktion, die dieser Analyse Rechnung tragen könnte, mußte von einem über das übliche 'linksradikale' Spektrum (Hanau-Demo, Tribunal und Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel) hinausreichenden Bündnis politisch und praktisch getragen werden. In ihr mußten sich die verschiedenen Aktionsformen wiederfinden und das Bündnis mußte in der Lage sein genügend demokratische Öffentlichkeit zu mobilisieren, um dem bayrischen Staat polizeiliches Eingreifen politisch zu teuer zu machen.



Eine derartige Aktion als Proklamierung der obengenannten Ziele hätte eine Herausforderung der deutschen Atommafia bedeutet, die wir nur mit genügender Stärke hätten wagen können. Eine niedergeknüppelte Aktion des 'linksradikalen' Spektrums nützt niemandem. Stand in Frankfurt war nun, daß maximal eine regional-bayrische Mobilisierung mit wenig bundesweiter Unterstützung zustande kommen würde. Deshalb war und ist für BuF der Verzicht auf Beteiligung am Trägerkreis und damit der Verzicht auf bundesweite Mobilisierung richtig. Die



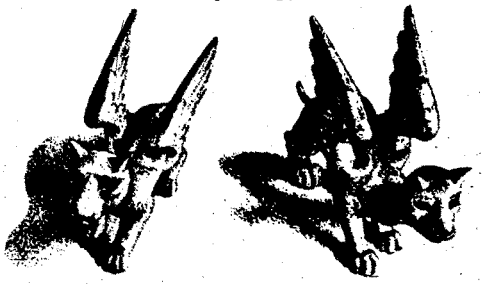
damit erfolgte Zurücknahme der Ansprüche an die Aktion war notwendig. D.h. nicht, daß die nun stattfindenden Aktionen in der Oberpfalz abgelehnt würden. Unter den oben beschriebenen Ansprüchen hätten sie jedoch nur zu einer Niederlage führen können.

Eine genauere Analyse des Diskussionsprozesses über die Herbstaktionen kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Dazu bedarf es auch noch weiterer, klärenderer Diskussion ohne konkreten Handlungsdruck. Da es aber für künftige Zusammenarbeitsversuche notwendig sein wird, aus gemachten Fehlern zu lernen, will ich einige – noch etwas vage – Thesen dazu formulieren:

1. Der Vorschlag der Redaktionen von 'atom' und 'Radi-Aktiv' eine Großdemo in der Oberpfalz gegen das herrschende Demonstrationsverbot zu organisieren wäre schwierig genug zu realisieren gewesen. Großdemo und Aktionstage waren ein geradezu größenwahnsinniges Konzept. Das ist keine Abkehr vom theoretisch richtigen Konzept der Verbindung verschiedener Politik- und Aktionsformen, sondern die meiner Meinung nach realistische Einschätzung unserer aktuellen Möglichkeiten. Das nun vorliegende Konzept der regionalen Oberpfälzer Aktionen zeigt, daß auch während der beiden Aktionstage nicht über symbolisch, demonstrationsähnliche Aktionen hinausgegangen werden kann.

2. Die Anti-AKW-Bewegung ist als Gesamtbewegung nicht bündnisfähig. Sie ist zu sehr von den Egoismen der einzelnen in ihr vertretenen Spektren und Gruppierungen (zB. Autonome,Standort-BI's, Grüne) geprägt, deren Wille und Vermögen zum Kompromiß gering er-

scheint. So liegt z. B. autonomer Politik (dies ist eine notwendig verkürzte und vereinfachte main-stream Darstellung) die Prämisse zugrunde, daß die politische Arbeit dem Kampf gegen das 'System' und für die 'Revolution' zu dienen habe. Dabei wird im Kampf gegen das Atomprogramm nur ein Ansatzpunkt zur Radikalisierung weiterer Menschen gesehen. Nachdem die Chance dazu jetzt wieder als gering angesehen wird, verabschieden sich viele Leute aus dem autonomen Spektrum, folgerichtig erst aus der Vorbereitung der Herbstaktionen und vielfach (z.B. in Freiburg, Bonn und Berlin) ganz aus der Anti-WAA- oder Anti-AKW-Arbeit. Strukturell ähnliche Borniertheiten ließen sich auch für andere Spektren (Grüne - Partei,Standort BI's – St. Floriansprinzip) formulieren.

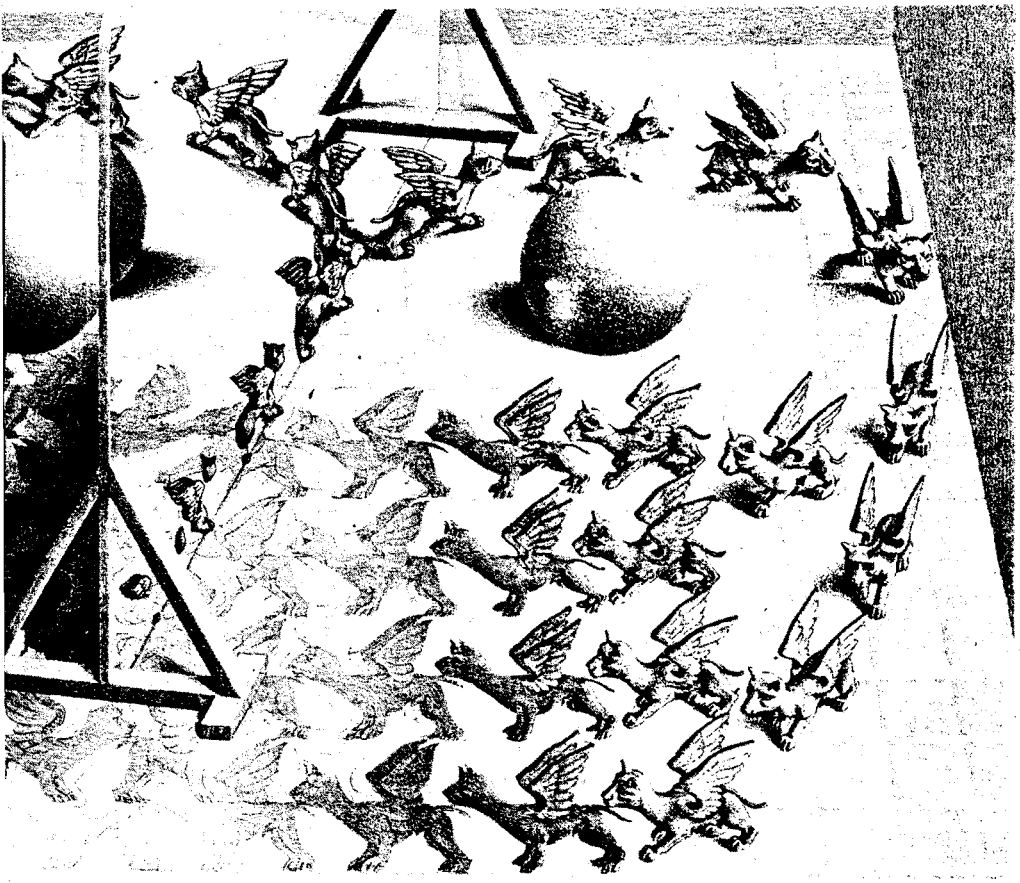


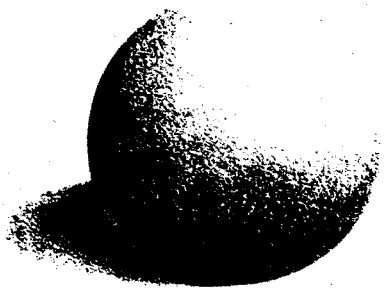
3. Spätestens auf der Bielefelder Atommüllkonferenz hätten wir erkennen müssen daß der dort ausgehandelte 'Kompromiß' – also Großaktionen mit Blokaden und Großdemo am Schluß – kein Kompromiß, sondern lediglich eine Aufzählung der verschiedenen Vorstellungen und Optionen war. Schon danach hätte von BuF-Seite mehr oder weniger klargestellt werden müssen, daß dies schon die letzte Gelegenheit war, um mit dem Nürnberger Konzept relevant in die Friedensbewegung hineinwirken zu können. Alle weiteren Hoffnungen in diese Richtung sind auf das BuF-Konto zu verbuchen.

Lehrstück oder Meisterstück? Diese Frage stellt sich also von Anfang an nicht. Dennoch meine ich, daß wir auch dann, wenn wir die Unmöglichkeit unseres Versuchs einer gemeinsamen Großaktion verschiedener Bewegungen festgestanden hätte, diesen Prozeß vollziehen hätten müssen. Die hieraus gewonnenen Erfahrungen sind notwendig und wichtig für weitere Bemühungen um verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen. Nehmen wir also das vergangene als Lehrstück und bemühen uns aus dem kommenden ein Meisterstück zu machen.

Jens Siegert (Mitarbeiter im BuF-Trägerkreis)

16.9.87





Wacker's Dorfchronik

2.5.
BI contra „Dialogpolizisten"
Die Schwandorfer Bürgerinitiative gegen die WAA hält nichts von der neuen „gewaltfreien" Taktik der Polizei. Unter dem Slogan „Gewalt nein danke" will die Polizeiführung besonders geschulte Beamte bei Demos einsetzen, die bei Demonstrationen Diskussionen anzetteln sollen. Die BI sieht darin den Versuch, von dem ansonsten brutalen und skalationsträchtigen Verhalten der Polizei abzulenken. In einer Presseerklärung heißt es außerdem: „Jede Gewaltdiskussion ist nur eine Ablenkung vom eigentlichen Thema, der mörderischen Atompolitik des Staates."

5.5.
Ausflug nach Gorleben
„Kernspaltung und ihre Folgen haben auch etwas Verbindendes für die Betroffenen" beginnt die Lüchower „Elbe-Jeetzel-Zeitung" einen Bericht über den Besuch von Kommunalpolitikern aus Wakkersdorf in Gorleben. Die Ratsleute sollten sich dort über die wirtschaftliche Blüte informieren, die eine Atomanlage über die Standortgemeinde bringt. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung: „Die von der Wackersdorfer DWK-Tochter DWW organisierte Wendlandreise der Oberpfälzer Kommunalpolitiker, zum Teil mit ihren Ehepartnern, verlief in recht herzlicher Atmosphäre."

6.5.
Neuen Gericht für WAA-Prozesse
„Wegen der Flut an WAA-Prozessen", so die offizielle Begründung, wurde das Schwandorfer Amtsgericht um vier neue Sitzungssäle erweitert, die ab heute in Betrieb sind. Die neuen Räume, in denen sämtliche Strafverfahren laufen sollen, verfügen jeweils über ganze 15 (!) Sitze für Zuhörer und einen Platz für die Presse. Öffentlichkeit ist also kaum vorgesehen. Sinnigerweise liegt das Gebäude hinter hohen Mauern auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnishofes. Der einzige Eingang wird streng überwacht.

8.5.
Ende für „Leonie"
Die letzte deutsche Eisenerzgrube, die „Leonie" aus der Oberpfalz, wird heute geschlossen. 263 Bergleute und 28 Azubis verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Leonie gehört zur Maxhütte, über die es ebenfalls Stillegungs-Gerüchte gibt.
Die Arbeitslosenzahl in der Region liegt jetzt bei knapp 13%.

9.5.
Viel Arbeit für die Polizei
Die Kriminalstatistik der Region Schwandorf/Amberg wird durch den WAA-Bau reichlich getrübt. Eine gute und eine schlechte Nachricht (was ist was?): wegen der „illegalen Aktionen gegen die WAA" (Polizeireport) stieg die Gesamtkriminalität von 1985 bis 1986 um 19,6 Prozent. Zu-

gleich stieg die Aufklärungsquote von 60,2 auf 64,9 Prozent.

Baum auf Bahnlinie

Unbekannte sägten an der Bahnlinie Nürnberg-Regensburg einen 25 Meter langen Baum um, der für knapp zwei Stunden den Verkehr blockierte.

Gutachten gegen WAA

Die BI Schwandorf präsentierte ein Gutachten der Geologen Prof. Rutte und Dr. Bruggey, die den Bau der WAA ablehnen. Der Standort in der Bodenwöhrer Senke sei erdbeben-gefährdet, außerdem könne das Grundwasser durch die radioaktiven Abfälle belastet werden. Die Berechnungen der Landesregierung zum diesem Problem seien „abenteuerliche Hypothesen".

12.5.
Disziplin gegen Richter

Gegen den Amberger Richter und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, Helmut Wilhelm, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Wilhelm, der für die Grünen im Stadtrat vom Amberg sitzt, soll bei einer Kundgebung gesagt haben: „Zeigen wir der bayerischen Landesregierung, daß sie nicht so scham- und rücksichtslos mit der Oberpfälzer Bevölkerung umspringen kann." Außerdem sei er bei einer Demo vorübergehend festgenommen worden und deshalb für einen Tag nicht im Dienst erschienen.

13.5.
Neue Atompläne für Oberpfalz

Möglicherweise soll in der Oberpfalz eine weitere Atomanlage entstehen: der Prototyp eines Kernfusionsreaktors. West- und osteuropäische Staaten sowie die USA, Kanada und Japan sollen an den Projekt beteiligt werden. Laut Bundesforschungsministerium sei der Plan noch „Zukunftsmusik", doch der Standort Oberpfalz gefalle ihnen sehr.

Weiter Tauziehen vor Gericht

Wieder Klagen gegen die WAA. Acht Leute aus Schwandorf reichten einen Eilantrag für einen Baustopp ein. Begründung: Das Brennelemente-Eingangslager werde gebaut, ohne daß eine atomrechtliche Genehmigung vorliege (die erste Teilerrichtungsgenehmigung war Anfang April vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden, für den Weiterbau reichen aber angeblich einfache Baugenehmigungen vorerst aus).
Zwei Tage später wird der Antrag abgewiesen.

Lehrer/innen sauer

über 300 Lehrkräfte aller Schularten aus der Oberpfalz haben sich in Zeitungsanzeigen gegen eine Verleumndungskampagne der CSU gewandt. Die hatte im Zusammenhang mit der WAA gegen „Indoktrination" und „Politagitation" an den Schulen gewettert.

Geldstrafe gegen Strauß-Gegner

Weil sie sich auf einer Kundgebung mit Franz-Josef an einen Reichsparteitag erinnert fühlten, hoben zwei WAA-Gegner in Schwandorf spontan den rechten Arm zum Nazi-Gruß. Die kurze Protestaktion kostete sie 300 bzw. 900 DM Geldstrafe.

14.5.
Noch eine Geldstrafe

Am 6.6.86 wurde am angeblich so genannten „Chaoten-Eck" des Baugeländes eine junge WAA-Gegnerin festgenommen und am Boden liegend verprügelt. Aufgrund von widersprüchlichen Polizei-Aussagen warf ihr das Gericht Widerstand gegen „Vollstreckungsbeamte" vor und verurteilte sie zunächst auf 45 Tagessätze à 16 Mark, jetzt in der Berufungsverhandlung sogar auf 55 Tagessätze.

16.5.
Nichts hören, nichts sehen...

Polizeipräsident Fenzl (Regensburg) hat es abgelehnt, den Film „Spaltprozesse" vor seinen Beamten zu zeigen. Der Film, der unkommentiert die WAA-Auseinandersetzungen in der Oberpfalz dokumentiert, gäbe ein völlig falsches Bild.

18.5.
„Musik und Satire gegen die WAA"

war das Motto einer Veranstaltung in Neunburg mit Satirikern, Liedermachern und Kabarettisten. 400 Besucher/innen versuchten, die WAA kaputtzulachen.

19.5.
WAA für den Ausstieg?!?!?!

Franz-Josef Strauß hat eine neue Begründungsvariante für die WAA entdeckt. Sie sei schon deshalb notwendig, um (irgendwann einmal) einen „kontrollierten Ausstieg" aus der Atomenergie zu ermöglichen, da sie die fortgeschrittenste Entsorgungstechnik biete.
Strauß verkündigte diese seine Worte zur Eröffnung eines Symposiums des bayerischen Umweltministeriums, auf dem unter dem Deckmantel der Wissenschaft Propaganda für die WAA gemacht werden soll: Kein einziger Referent ist WAA-Kritiker.

BUND jetzt WAA-Nachbar

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat das am WAA-Bauzaun gelegene, 2500 qm große Grundstück am sog. „Franziskus-Marterl" gekauft, wo regelmäßig Gottesdienste gegen die WAA stattfinden. Damit sind diese Gottesdienste für die Zukunft gesichert, außerdem eröffnen sich dem BUND bessere Klage-Möglichkeiten.

DWK als Sponsor

Weil die bei Wackersdorf gelegene Gemeinde Bodenwöhr, in deren Bereich auch eine Wasserversorgungsanlage der WAA liegt, mit Dezifiten im kommunalen Haushalt zu kämpfen hat, ist jetzt die DWK eingesprungen: Sie gewährte ein zinsloses Darlehen von mehr als 700.000 DM, rückzahlbar ab 1989.

30.5.
„Jericho" am Bauzaun

Grüne Radler, Friedensgruppen und christliche Gruppen veranstalten Protestaktionen am WAA-Gelände. Nix Gewalt. Am gleichen Wochenende ging's auch bei der Polizei friedlich zu: Sie ehrte den Tatort-Kommissar Haferkamp (Hansjörg Felmy) wegen seines Engagements für die Polizeiaktion „Gewalt nein danke" und ernannte ihn zum Hauptkommissar ehrenhalber.

6.6.
11 Monate für WAA-Gegner

Zu elf Monaten auf Bewährung wurde ein WAA-Gegner verurteilt, der bei einer Demo am 11.5.86 Polizisten mit der Zwille beschossen haben soll. Er selbst hat die Zwille zugegeben, allerdings habe er nur auf einen Wasserwerfer gezielt, aus Wut über die Polizei, die eine Woche zuvor seine Freundin verprügelt habe. Unstrittig war vor Gericht seine Munition: keine Stahlkugeln, sondern Tannenzapfen. Trotzdem meinte das Gericht: Versuch einer gefährlichen Körperverletzung.

Pfingsten: 7./8.6.
Alles ruhig?

Im Gegensatz zum Vorjahr kam es zu Pfingsten nur zu kleineren Aktionen gegen die WAA. Rund 2000 Menschen waren am Bauzaun, einige Sägefreunde wurden mit der chemischen Keule vertrieben. Sechs Menschen wurden unter dubiosen Vorwänden festgenommen. Einige Einzelaktionen an Ämtern und Verkehrseinrichtungen brachten 100.000 DM Sachschaden.

10.6.
Kein Prozeß gegen Radi-aktiv

Ein neuerliches Gerichtsverfahren gegen die Radi-aktiv Leute wegen des Abdrucks einer Liste von Firmen, die am WAA-Bau beteiligt sind, wird es nicht geben. Der Amtsrichter lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

Brand am WAA-Gelände

Direkt am Bauzaun ist ein 20 Mete hoher Baum abgebrannt. Er wurde durch einen in Brand gesetzten Autoreifen entflammt, der plötzlich oben in der Baumkrone baumelte. Polizisten rückten als Holzfäller an.

13.6.
2079 neue WAA-Verfahren

Im Landgerichtsbezirk Amberg ist die Zahl der Ermittlungsverfahren 1986 um fast ein Drittel angestiegen. 2079 Verfahren wurden 1986 allein wegen WAA-Geschehnissen eingeleitet.

Bewährung erstritten

Zwei Jugendliche erreichten in der Berufungsverhandlung eine Abmilderung ihres Urteils: statt 14 Monaten ohne jetzt 12 Monate mit Bewährung. Sie sollen bei der 1986er Pfingst-Demo mit Steinen und einer Luftdruckpistole gegen Polizisten gefeuert haben. Beide sagten aus, sie hätten nur auf Polizeifahrzeuge gezielt, und auch das nur, weil sie vorher gesehen hatten, wie Beamte Gasgranaten auf alte Leute und Kinder geworfen hätten. Von Verfahren gegen diese Beamte ist nix bekannt.

14.6.
Protestzug aus Österreich
Rund tausend WAA-Gegner aus Österreich kamen mit einem Sonderzug zum WAA-Protest nach Wackersdorf. Gottesdienst, Zaun-Spaziergang etc. BUND-Vorsitzender Weinzierl verglich den Bauzaun mit der Berliner Mauer. Also doch ein Sonderzug nach Pankow.

Ferkel und Bullen
Mit Spanferkeln feierten die am WAA-Gelände eingesetzten Polizeibeamten eine Verschnaufpause. Die „Gewalttäter vor Ort" hätten sich auf den Weg nach Berlin gemacht, hieß es im bayerischen Innenministerium. Also trauten sich auch Innenminister Lang und sein Gauleiter nach Wakkersdorf. Um mitzufressen.

26.6.
CS-Gas-Einsatz vor Gericht
Sieben AKW-Gegner haben gegen den ersten Großeinsatz von CS-Gas geklagt, zu dem es am Ostermontag 1986 gekommen war. Sie waren als Unbeteiligte einer Auseinandersetzung am Bauzaun ohne Vorwarnung durch die Polizei eingesprüht worden. Vor dem Verwaltungsgericht kam es zunächst zum Vergleich: Bayern „bedauert" den Einsatz und trägt den größten Teil der Verfahrenskosten. Später widerrief das Land seine Bereitschaft zum Vergleich. Innenminister Lang schalt die Verwaltungsrichter des „saudummen Geschwafels" und kündigte an: „Die Richter können entscheiden, was sie wollen wir gehen bis in die letzte Instanz. Wie kommen wir dazu, unsere Polizei nicht zu decken?"
Der Prozeß geht danach weiter, wobei es auch um die Frage geht, ob das CS-Gas zu hoch dosiert und sein Verfallsdatum überschritten war.

20 Monate gegen Demo-Sani
Eine der härtesten Strafen im Zusammenhang mit der WAA wurde gegen einen 27jährigen Berliner Medizin-Studenten ausgesprochen. Er soll bei der Pfingst-Demo 1986 laut Urteil „mindestens drei Steine" gegen Polizeibeamte geworfen haben. Das Verfahren war von Widersprüchen geprägt, in die sich die Polizeizeugen (andere gab es nicht) verstrickten. So waren sie sich nicht einmal darüber einig, wie der Student als Sanitäter gekennzeichnet war. Aber als Steinewerfer erkannt haben ihn natürlich alle.
Der Staatsanwalt forderte 22 Monate aus „generalpräventiven Gründen", das Gericht folgte ihm weitgehend.

30.6.
Urlauber gegen die WAA
Auch die Urlauber im Bayerischen Wald sind gegen die WAA. Das fand die Bürgerinitiative Cham mittels Fragebogen heraus. Ein Drittel will bei einem WAA-Betrieb „bestimmt" nicht mehr, ein weiteres Drittel „wahrscheinlich nicht mehr" im Bayerischen Wald Urlaub machen.

Der Geschäftsführer des Fremdenverkehrsverbandes Ostbayern, Unger, bezweifelt die Umfrage. Schuld für ein Negativ-Image sei höchstens der WAA-Widerstand: „Schon jetzt ist es für die Gäste nicht angenehm, überall auf 'WAA-nein-Schilder' zu stoßen. Die Urlauber sollten an den Ortseinfahrten statt dessen ein 'Herzlich willkommen' lesen."
Wer soviel Dummheit nicht glaubt: Es ist nachzulesen in der Süddeutschen Zeitung vom 30.6.87

6.7.
SPD-Juristen contra WAA
Weil sie einen "radioaktiven Zerfall der Grundrechte" befürchtet und die "Schaffung einer schwarzen Ordnungszelle Bayern" sieht, hat sich die Landeskonferenz der SPD-Juristen auf einer Tagung in Fronberg gegen die WAA ausgesprochen. Angeprangert wurden die Bespitzelung von Bürgerinitiativen und die "bürgerkriegsähnliche Ausrüstung der Polizei."

8.7.
Maxhütte: 3500 Entlassungen
Die bayerische Landesregierung hat ein Sanierungskonzept für die marode Maxhütte in der Oberpfalz vorgelegt. Danach werden zwei Drittel der Belegschaft, also 3500 Leute entlassen. Die restlichen tausend sollen in einem zum reinen Stahlverarbeitungswerk umgewandelten Betrieb arbeiten, und zwar "profitabel".
Einen Tag später gehen einige tausend Arbeiter und Angehörige im betroffenen Sulzbach auf die Straße. Die Fahnen hängen auf Halbmast, der CSU-Ortsverband droht mit Austritt und sogar der Pfaffe ist empört. Der Region droht nunmehr eine Arbeitslosenquote von 30 Prozent.

11.7.
WAA wird immer teurer
Die DWK hat sich zufrieden mit dem Baufortschritt an der WAA gezeigt. Das Brenn-Elemente-Eingangslager ist im Bau, Modulteststand und Eingangswache werden begonnen. Der Erdbau auf dem Gesamtgelände ist fast abgeschlossen. Unzufrieden ist die DWK dagegen mit den ständig steigenden Kosten. Die letzte Schätzung liegt mit 5,8 Milliarden DM 300 Millionen über der vorletzten. Unklar ist, wieviel Arbeitsplätze die WAA bringen wird. Die DWK geht von 1.600 aus (davon 60 Prozent für regionale Kräfte), andere Quellen sprechen von ganzen 400.

Keine Schrotflinten für Wachleute
Die privaten Wachleute an der WAA sollen keine Schrotflinten erhalten (was nach neuestem bayerischen Gesetz möglich wäre). Die DWK erklärte, die vorhandene Bewaffnung mit Pistolen reichte ihr.

13.7.
Volkszorn wegen Maxhütte
Über den "6. Deutschen Bergmanns- und Hüttentag" im Maxhütten-Standort Sulzbach berichtet die Lokalpresse ("Der neue Tag"); "Man hätte beinahe von einem Wakkersdorf im Kleinen sprechen können: Metallgitterzäune, einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei, auch Einheiten des Sondereinsatzkommandos. mit Kampfanzug, Schildern und Schlagstökken und Polizeihunden. Geballter Polizeieinsatz schirmte beim 6. Deuten Bergmanns- und Huttentag die Mandatsträger der CSU, allen voran den oberpfälzischen CSU-Bezirksvorsitzenden und Innenminister Lang vor dem hell auflodernden Volkszorn ab...." Trotzdem gelang es eini-

gen Zornigen, den Ministerpo anzurempeln.
Einige Tage später demonstrieren erneut über 7000 Menschen für den Erhalt der Arbeitsplätze, 15.000 kommen zu einer Kundgebung in Sulzbach-Rosenberg. Kurzfristig werden die Werkstore blokkiert.

17.7.
Radl-aktiv
Sie war'n mittem Radl da, die 50 Österreicher/innen, die jetzt unter dem Motto "lieber radlaktiv als radioaktiv" in Regensburg eintrafen. Sie wurden von Regensburger WAA-Gegner/innen mit dem Spruch begrüßt: "Österreich rennt - Regensburg pennt". Naja.

23.7.
CS-Gas-Einsatz rechtwidrig
Nach langem juristischen Tauziehen erreichten WAA-Gegner vor dem Verwaltungsgericht Regensburg einen Teilerfolg. Das Gericht sollte die Rechtswidrigkeit des ersten Großeinsatzes von CS-Gas Ostern 1986 feststellen. Von anfangs 11 Kläger/innen waren noch vier übrig. In drei Fällen, so urteilte das Gericht, war der Einsatz des Gases "rechtswidrig", weil nicht rechtzeitig genug angekündigt. Die Betroffenen hätten sich dadurch nicht "gefahrlos entfernen können". Das bayerische Innenministerium will Berufung einlegen.

24.7.
Verfassungsschutzbericht: WAA-Widerstand erlahmt
Laut Verfassungsschutzbericht Bayern ist der Widerstand gegen die WAA erlahmt. Im ersten Halbjahr 1986 habe es eine "bisher nicht gekannte Intensität von militanten Ausschreitungen" gegeben, doch danach sei weitgehend Ruhe eingekehrt. Mehr Strommasten blieben stehen, und nach Wackersdorf traue sich kaum noch ein Demonstrant, seit dort eine Art Hüttendorf mit 2000 Bauarbeitern entstanden sei. (Laut DWK sind auf der Baustelle gegenwärtig rund 400 Menschen beschäftigt.)

25.7.
WAA-Gegner: Der Widerstand munkelt gut im Dunkeln
Quasi als Antwort auf den Verfassungsschutzbericht (s.o.) machten sich über 500 WAA-Gegner/innen zu einem Nachtspaziergang zum Baugelände auf. Motto: Im Dunkeln ist gut munkeln. Die Aktion war vorher nicht angekündigt worden. Die WAA-Gegner/innen machten einen Höllenlärm mit Sirenen, Pfeifen und Trommeln, legten mit Krähenfüßen füf Polizeifahrzeuge lahm, entzündeten an einigen Stellen des Zaunes Feuer und freuten sich über diverse Steine, die, von geheimnisvollen Kräften aus der Finsternis geworfen, aufs Baugelände flogen.

GSG 9 am Bauzaun?

Der Vorschlag von Bundesbildungsminister Möllemann, bei Demonstrationen auch die Spezialtruppe GSG-9 einzusetzen, hat beim Bundesinnenministerium hektische Freude ausgelöst und das Eingeständnis provoziert, daß "vor etwa zwei Jahren" schon mal GSG-9-Leute bei einer Demo am Bauzaun eingesetzt worden sind.

31.7.
Pfadfinder-Lager durchsucht
Ob's stürmt, ob's schneit, oder ob gar die Polizei ansaust - der deutsche Pfadfinder bleibt dabei: keine WAA in der Oberpfalz und auch nicht anderswo. 15 Pfadfinder aus Hessen campierten bei Sauwetter tapfer in der Oberpfalz, bemalten Stellwände gegen die WAA und besuchten kritischen Auges eine Infobude der DWK. Die vermißte wenig später einen Geigerzähler. Und vermutete: den können nur WAA-Gegner geklaut haben. Z.B. die Pfadfinder. 30 Polizisten (zwei pro Pfadfinder) rückten daraufhin an, das Zeltlager zu durchforsten (um 7.30 Uhr morgens). Zwei Stunden dauerte die Prozedur. Gefunden wurde nix.

1.8.
ÖTV im WAA-Widerstand?!
Die ÖTV hat was an der WAA zu bemängeln: Die Unterbringung der Wachmänner sei eine Katastrophe. Die Unterkünfte seien schlechte als die Hütten für die Schäferhunde. Der Rundgang um das Gelände dauere zwei Stunden, und nirgends sei da ein Klo. Klarer Fall für gewerkschaftliche Solidarität.

9.8.
Kleines Anti-WAA-Festival
Rund 100.000 kamen 1986, in diesem Jahr waren es gerade 1.000, die zum 6. Anti-WAAsinnsfestival in Burglengenfelde kamen. Das Fest war allerdings von vorneherein eine Nummer kleiner geplant als im Vorjahr. Die Veranstaltet rechneten mit 2.500 und wollen die Verluste durch die Gewinne des Vorjahres abdecken. Es spielten vor allem Bands aus der Region, Zeltinger aus Köln und als Höhepunkt Kevin Coyne.

12.8.
Juristischer Schachzug
Nachdem der Verwaltungsgerichtshof die atomrechtliche Genehmigung für das Brennelemente-Eingangslager aufgehoben hatte, stützte sich der Weiterbau auf den bestehenden Bebauungsplan. Der aber stimmte mit den DWK-Planungen nicht überein - Grund für WAA-Gegner, ein Normenkontrollverfahren einzuleiten. Das wurde bis dato verschleppt. Zeit für die federführende Gemeinde Wackersdorf, eine Änderung des Bebauungsplanes auf Grundlage der DWK-Wünsche einzuleiten. Was jetzt auch geschah. Nun geht alles seinen rechtmäßigen Gang.
Übrigens: Die Planungskosten für die Bebauungsplanänderung, so versicherte Ministerialdirigent Zeitler der Gemeinde, trag selbstverständlich die DWK.

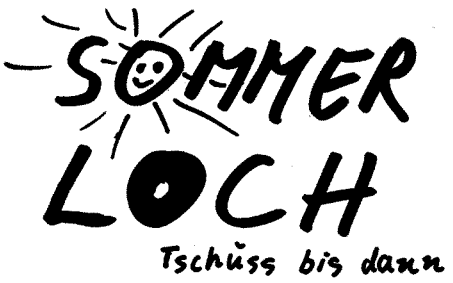
13.8.
Maxhütte: Erste Entlassungen
Die ersten 423 Arbeiter auf der Maxhütte erhielten ihr Kündigungsschreiben. Über weitere Kündigungen ist nichts bekannt. Die Landesregierung will jedem, der ausscheidet, eine Entschädigung von rund 11.000 DM zahlen.

14.8.
Kein Volksbegehren gegen die WAA
Das Bayerische Verfassungsgericht hat die Zulassung eines Volksbegehrens gegen die WAA abgelehnt. Begründung: Hier greife mit dem Atomgesetz Bundesrecht. Dem könnten keine Länderregelungen übergeordnet werden.

Brand in Holzlager
Offensichtlich WAA-Gegner legten einen Brand am Lagerplatz des Sägewerks Reindl in Eslarn. Der Sachschaden beträgt rund 60.000 DM. Reindl war bekannt geworden als "Verwerter" der Baumstämme, die den Rodungen am WAA-Bauplatz zum Opfer fielen.
Einen Tag später wird in Berlin ein Student festgenommen, der den Brand gelegt haben soll.

17.8.
Fackelmarsch gegen WAA
Rund 300 WAA-Gegner/innen machten mit bei einem Fackelmarsch, mit dem in Schwandorf an die Errichtung (und später Zerstörung) des Freundschaftshauses im Taxöldener Forst vor zwei Jahren erinnert werden sollte. Die Polizei fühlte sich berufen, gegen Ende der Veranstaltung die Fackeln mit Feuerlöschern zu besprühen und dabei "zufällig" auch Demonstranten in die Augen zu sprühen. Es kam zu Rangeleien, einer Festnahme und vier beschädigten Polizeiautos.

23.8.
Kein Sommerloch am Bauzaun
Rund 500 Menschen machten mit beim Sommer-Spaziergang unter dem Motto "Auf zum Sommerloch am WAA-Bauzaun". Hier und da flammten Feuerchen auf. Die Ordnungshüter filmten und fotografierten wie verrückt und wurden zum Teil durch Steinwürfe vertrieben. Als eine "Ausfall-Leiter" der Polizei die Böschung zum Zaun hinunterpurzelte, war das für die Beamten ein günstiger Anlaß für Festnahmen und Prügeleien. Drei Polizisten wurden ärztlich behandelt, weil sie unter einen von Demonstranten zum Platzen gebrachten Ballon gestanden hatten. Der nämlich war mit Reizstoffen gefüllt.

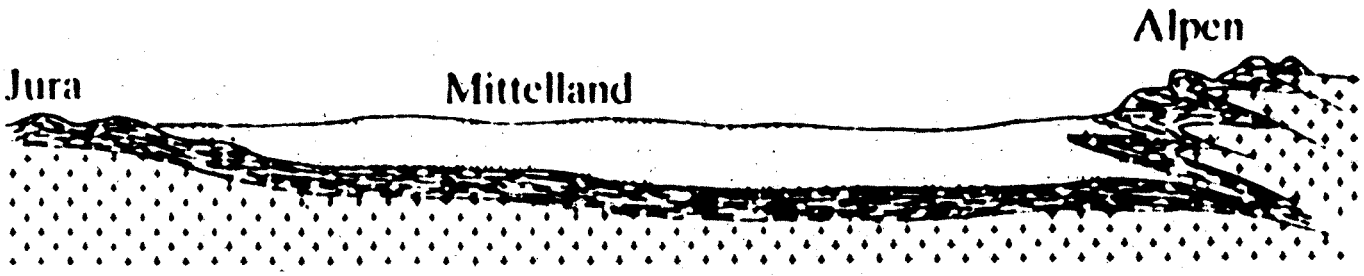


Gorleben ist überall

oder Gorleben am Hochrhein

Die Schweizer Planungen und Vorbereitungen, zur Errichtung eines Endlagers für hochradioaktiven Müll, wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, werden immer konkreter.
Gorleben und Wackersdorf, Atommüllendlager und Wiederaufbereitungsanlage. Während die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung sich seit Jahren intensiv mit diesen WAAhnsinnsprojekten auseinandersetzt, konkretisiert die Schweizer Atomindustrie in unmittelbarer Grenznähe, am Hochrhein, ein Projekt das mit Gorleben durchaus zu vergleichen ist. Plannungen, die in den bundesdeutschen Medien bisher nur am Rande behandelt wurden und die deshalb einem großen Teil der Anti-AKW-Bewegung auch nicht bekannt sind.
In der Schweiz erzeugen 5 Leichtwasserreaktoren in Gösgen, Leibstadt, Mühleberg und Beznau I und II, einen Großteil der elektrischen Energie. Trotz Tschernobyl laufen auch die Planungen am umstrittenen AKW Kaiseraugst, in der Nähe von Basel, weiter.
Die Atomkraftbetreiber gehen davon aus, daß mit 7860 Tonnen abgebrannten, hochradioaktiven Brennstoff gerechnet werden muß. Diese abgebrannten Brennelemente sollen entweder in ausländischen WAA's (Wackersdorf?) aufgearbeitet oder direkt endgelagert werden.
Bei der Aufarbeitung der jährlich im Atomkraftwerk Gösgen anfallenden abgebrannten Brennstäbe, könnten 28 t Uran, 350 kg Plutonium, 20 kg anderer „wiederverwertbarer" Stoffe und 950 kg plutoniumverseuchter Abfälle entstehen. Im für die Atomindustrie günstigsten Fall, müßte dann „nur" dieser Atommüllrest endgelagert werden.
Die großindustrielle Atommüllaufarbeitung funktioniert aber bisher in keinem Land der Welt zufriedenstellend. In der USA ist die Aufarbeitung deshalb aufgegeben worden. Die französische Anlage in La Hague und die englische Anlage in Selafield/Windscale verseuchen im gigantischem Umfang die Umwelt. Immer wieder müssen sie wegen Unfällen abgestellt werden und können deshalb nur einen kleinen Teil des anfallenden Atommülls aufarbeiten.
Aus diesem Grund wird auch in der Schweiz der Entsorgungsweg ohne Wiederaufarbeitung diskutiert. Das heißt eventuell wird der gesamte Atommüll, einschließlich der abgebrannten hochradioaktiven Brennelemente direkt eingelagert.
Während die Schweizer Atomindustrie, laut Baseler Zeitung, davon ausgeht, daß die radioaktiven Abfälle nur einige 1.000 bis maximal 10.000 Jahre Isolationszeit brauchen, geht die internationale Atom-Energie-Vereinigung von 100.000 Jahren aus. Andere Organisationen sagen, daß die Abfälle über Millionen Jahre sicher untergebracht werden müßten.

Während die Wissenschaftler und Psychologen der bundesdeutschen Atomindustrie uns seit Jahren die hundertprozentige Sicherheit der Endlager im Salzstock einreden, glauben die Schweizer Fachleute an die Sicherheit der Endlager im Tiefengestein. Dennoch sind auch Übereinstimmungen bei den Forschungsergebnissen festzustellen.
Geologisch gibt es zwar keine Parallelen zwischen dem Gorlebener Salzstock und dem Nordschweizer Bohrgebiet, die Ähnlichkeiten liegen eher im psychologisch-politischen Bereich. Gorleben liegt wie eine bundesrepublikanische Halbinsel im DDR-Gebiet. Die geplante Schweizer Endlagerstätte könnte wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt liegen. Die alte europäische Regel, den schlimmsten Dreck und die größten Gefahrenquellen an die Grenzen zu verlegen, um nationale Vorteile zu genießen und Risiken international zu verteilen, wird hier wieder deutlich.
Gorleben liegt im ländlich-konservativen Wendland. Hier erwartete die Regierung irrtümlicherweise den geringsten Widerstand. Die Schweizer Endlagerstätte soll im Gebiet des Kantons Aargau liegen. Nicht umsonst heißt dieser Kanton im Schweizer Volksmund "Atomaargau". In diesem Kanton stehen fast alle Schweizer AKW's, hier arbeiten die meisten Beschäftigten der Atomindustrie und entsprechend fallen auch die kantonalen Abstimmungen aus, ganz im Gegensatz zu den atomkritischen Nachbarkantonen Basel-Land und Basel. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die die „objektive" Wissenschaft, wenn dort wo die Regierenden den geringsten Widerstand erwarten, die Geologen die besten Endlagerstätten finden.
Begonnen haben die Atommüllprojekte im Jahr 1972. In diesem Jahr wurde die Nagra, die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle,gegründet. Mitglieder dieser Genossenschaft sind alle Schweizer Produzenten von radioaktiven Abfall. Bis zum Jahr 1985 hat die Nagra rund 250 Millionen Schweizer Franken für die Endlagerforschung ausgegeben.
Ein Teil dieses Geldes wurde auch für eine sehr intensive Atomenergiepropaganda ausgegeben. Neben der in diesem Artikel dargestellten Endlagersuche für hochradioaktive Stoffe, wird auch intensiv nach einer Stätte für schwach und mittelaktiven Müll geforscht, da die bisher praktizierte Versenkung im Meer, aufgrund des öffentlichen Drucks zur Zeit nicht mehr möglich ist.
Im Jahre 1980 reichte die Nagra Sondierbohrgesuche für das mögliche Endlager an 12 verschiedenen Orten ein. Jetzt begann auch der intensive Innerschweizer Widerstand gegen das Projekt. Es gab 334 Einsprachen von Einzelpersonen und 27 Gemeinden, darunter auch

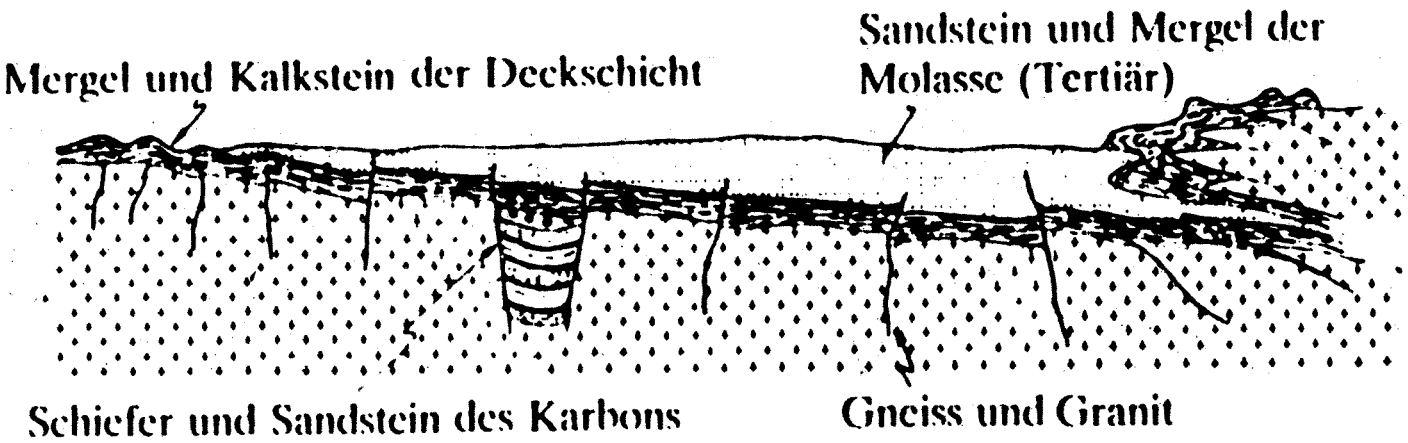


Geologischer Schnitt der NAGRA mit einem regelmässigen, massiven, wasserdichten Granitgrundgebirge

Einsprachen aus Deutschland. (gemeint ist wohl die BRD; d.Sz.)
Auf eine Anfrage der Grünen Landtagsabgeordneten Elisabeth Mordo im Jahr 1982, antwortete die Landesregierung Baden-Wütemberg: Sie hätte keine Bedenken gegen die Schweizer Bohrungen, sagte der damalige Wirtschaftsminister Eberle.
1983 wurden die Schaffhauser Behörden (CH) durch eine Volksinitative verpflichtet, eine Lagerstätte und alle vorbereitenden Arbeiten nach Möglichkeit zu verhindern. Dennoch gelang es der Atomindustrie 6 Tiefbohrungen in der Nordschweiz niederzubringen. Messungen, auch im Schwarzwald, wurden durchgeführt und zum Ärger der Nagra auch unerwartet ein Kohlevorkommen gefunden.
Teilergebnisse der Untersuchungen gab Marc Thury, Chefgeologe der Nagra, in einem Zwischenbericht im Mai 1987 bekannt. Nur ein schmaler Streifen entlang des Hochrheins eignete sich für den Bau der Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle. Bohrungen, u.a. in Kaisten, Leuggern und Böttstein, alle drei Gemeinden in unmittelbarer Grenznähe, hätten ergeben daß nur in dieser Gegend kristallines Gestein zu finden sei, das eine sichere Endlagerung gewährleisten würde. Offen sei allerdings noch, ob es nicht überhaupt zu risikoreich sei, das relativ kleine Gebiet als Endlager zu benutzen (lt. Badische Zeitung). Diese Sätze sollten zu denken geben. Die Nagra behauptet zwar immer wieder, daß das Endlager frühestens im Jahr 2020 seinen Betrieb aufnehmen soll. Die langfristige Planung soll darüber hinwegtäuschen, daß diese wichtigen Entscheidungen für alle Menschen in dieser Grenzregion heute und jetzt getroffen werden. Langsam und vorsichtig arbeitet die Nagra, psychologisch geschickt, auf das Jahr 2020 zu.
Widerstand gegen diese WAAhnsinnsplanung darf nicht auf die Schweiz begrenzt bleiben (jawohl,Proletarier aller Länder vereinigt euchld.Sz.). Wenn die Schweiz, die sich jahrhundertelang als Hüterin der europäischen Quellen sah, nun am Zusammenfluß von Rhein und Aare zum europäischen Brunnenvergifter zu werden droht (nach Sandoz), so brauchen sich die Verantwortlichen nicht zu wundern, wenn sich die Betroffenen grenzüberschreitend zusammenschließen. Das Endlager könnte, wenn es verwirklicht würde, an der Grenze eines Nationalstaates liegen. Es läge aber auch im Dreyeckland. Hier in Kaiseraugst (CH), Markolsheim (F) und Wyhl (D) haben die Bürger schon oft bewiesen, daß sie in der Lage sind ihre Lebensinteressen selbst in die Hand zu nehmen. Überraschungen sind im Falle der Nagra-Planungen also durchaus möglich.

Axel Mayer/Grünes Regionalbüro Südbaden

Kontaktadressen in der Region:
BI gegen Atomkraftwerke und Umweltgefährdung, Allemannenstr.24, D-7892 Albbruck-Buch
Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst, Pf.66, CH-4123-Allschwil
Betreiber: Nationale Genossenschaft zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (Nagra),Parkstr.23, CH-5401 Baden



Geologischer Schnitt, wie ihn verschiedene Organisationen vorausgesagt und wie die Bohrungen der NAGRA bestätigt haben: Das Grundgebirge ist zerklüftet und enthält Sedimente des Karbons, was die Zirkulaton von Wasser erlaubt: die radioaktiven Abfälle könnten dieses verseuchen.

Das Atom-Dörfchen Kl

Eine Reportage aus Polen —

Ein Atomkraftwerk, das zweite in Polen, wird in Klempicz entstehen - diese Information stand in fast allen Zeitungen am Dienstag, den 7.7.87. Am nächsten Tag morgens begab ich mich in die Gegend von Pila. Die erste Person, die mich im Woidwodschaftsamt von Pila empfing, war die Vorsitzende der Planungskommission der Woidwodschaft, Urszula Hoppe. Hier nun was ich von ihr hörte: - Das war für uns keine Überraschung. Wir haben diese Entscheidung schon für 1986 erwartet. Kurz gesagt, bedeutet das ein großes Bauunternehmen. Wir wollen in der nächsten Zeit mit weiteren Informationen für die Öffentlichkeit und die besonders interessierten Gemeinden - also Czarnkow, Wronki, Lubsz - herauskommen. Es geht dabei u.a. um eine Reihe von Treffen unter Teilnahme von Fachleuten verschiedener Fachbereiche. Bedingung für die Inkraftsetzung der Standortentscheidung wird der Abschluß eines Abkommens zwischen den Investoren, repräsentiert durch das Ministerium für Bergbau und Energie, und den Woidwodschaftsbehörden sein, der die gegenseitigen Verpflichtungen und Leistungen der beiden Seiten festlegt. Wahrscheinlich wird ein solches Abkommen im September unterschrieben. Wir akzeptieren die Entscheidung mit Zufriedenheit obwohl uns schwierige Zeiten erwarten. Zum Woidwoden von Pila zu gelangen war schon nicht mehr so einfach. Auf Wache standen die Sekretärin und einen Moment später der Pressesprecher - Wieslaw Swis. Erst nach längerem Beharren ermöglichte dieser eine Audienz beim Woidwoden - als besondere Ausnahme, denn eine Pressekonferenz zum Kraftwerk war für Dienstag, 14.7. angesetzt. Der Woidwode Dr. Zbigniew Rosinski drückte sich nicht um eine Antwort auf meine Fragen. So sagte er u.a.: - Die Entscheidung fiel nicht wie von heiterem Himmel. Seit vergangenem Jahr laufen die Voruntersuchungen zur Standortwahl für das Kernkraftwerk. Aus den Analysen geht hervor, daß unser Ort, Klempicz, geeigneter als der bei Wloclawek (an der Weichsel) ist. Entscheidend waren vor allem die geologischen, tektonischen, hydrologischen und meteorologischen Bedingungen, aber auch die Tatsache, daß die Gegend vergleichsweise schwach besiedelt ist.

Und zudem noch das vorteilhafte Verkehrsnetz, die Lösung des Heizungsproblems für Poznan und benachbarte Ortschaften, geringerer Verbrauch von Ackerland, bessere Anbindung an das Energieversorgungsnetz und ebenso die öffentliche Meinung, d.h. es gibt keinen formellen Widerspruch (wie das in anderen Fällen war) - das alles spricht für die Standortwahl in der Gemeinde Lubasz.

Der Woidwode ist sich bewußt, daß ihn die Woidwodschaftsregierung, die Investoren viele schwierige Gespräche erwarten: - Das werden sehr schwierige Gespräche, da in der Umgebung dieser drei unmittelbar interessierten Gemeinden eine Meinung über die Kernenergie vertreten wird, die sich vielfach vor dem Hintergrund der Havarie des Kraftwerks in Tschernobyl gebildet hat. Man muß den Leuten alle und konkrete Informationen geben. Ich will unterstreichen, daß das ein Kraftwerk der neuen Generation wird, wo ein Sicherheitssystem und allerneueste Technologien angewendet werden. Unter ökologischen Gesichtspunkten werden die Verluste sehr gering sein. Und ich füge hinzu: Die Gemeinde Lubasz ist nicht sehr groß, sie wirtschaften auf schlechten Böden - hauptsächlich der V. und VI. Kategorie. Der Kraftwerksbau wird die Wirtschaftsstruktur in unserer Woidwodschaft verändern. Es reicht zu sagen, daß die Investitionspläne für das Kraftwerk beträchtlich die Mittel für den Fünfjahresplan der Woidwodschaft überschreiten. Die Gewinnbilanz stellt sich überaus günstig dar, das Bauprojekt aktiviert die Wirtschaft der ganzen Region von Czarnkow, Wronki und Lubasz - und das in großem Maße. Das Gesicht dieser Gemeinden wird sich ändern. Das ist eine großen Chance und man muß sie ausnutzen. Wir nehmen große Verantwortung auf uns, aber ich denke, daß wir die uns erwartenden Verpflichtungen bewältigen.

Ich frage noch Dr. Zbigniew Rosinski nach eventuellem Widerspruch, Beschwerden, Beunruhigung: Er antwortet: - Der Standort Klempicz wurde eingangs auf einer Sitzung des Woidwodschaftsrats bewertet und analysiert. Die erste Einschätzung war positiv.

Demo in Polen gegen Atommüll-D

Alte Bunker der Wehrmacht in Westpolen sollen für Ost- und West als Atommüllager dienen / Polizei ließ 3.000 des Marsches unbehelligt / Festnahmen nach der Kundgebung / Geplantes Atom-Depot würde auch Grundw

Von Erich Rathfelder

Berlin (taz) — „Wir wollen kein zweites Tschernobyl" skandierten am Sonntag rund 3.000 Demonstranten in der westpolnischen Stadt Miedzyrzecz und forderten einen sofortigen Stopp für das erste polnische „Entsorgungslager" für Atommüll. Das Endlager, für das jetzt die Planung abgeschlossen wurde, soll in früheren Bunkern der deutschen Wehrmacht unweit der Stadt errichtet werden. Die Polizei griff während der von der polnischen Bürgerrechts- und Umweltschutzbewegung „Freiheit und Frieden" unterstützten Aktion nicht ein, nahm jedoch nach der Kundgebung einige Teilnehmer fest. Daraufhin formierte sich ein Zug von einigen hundert Demonstranten zur Polizeiwache des Ortes, die die Freilassung der Festgenommenen forderten. Diese Kundgebung wurde von der Polizei aufgelöst.

Schon seit Wochen und Monaten knisterte es in der Region. Selbst die Ortsvereine regierungsfreundlicher Organisationen wie die „Patriotische Bewegung zur Erneuerung der Nation" (PRON) hatten sich gegen das Projekt ausgesprochen. Die Bevölkerung fürchtet die durch das Atom-Depot entstehenden Gefahren für das Trinkwasser der ganzen Region, die bei einer Verwirklichung der Pläne der Regierung entstehen könnten. In der Umgebung ansässige Bauern drohten in den letzten Wochen sogar mit der Flutung der alten Wehrmachtsbunker, worauf die Regierung eine erneute Untersuchung des Falles zugesagt hatte. Denn die Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg sind nach Ansicht der Kritiker derart verrottet, daß bei einer Lagerung von Atommüll unweigerlich kontaminiertes Wasser in das Grundwasser einsickern und somit das Oderflußsystem gefährden würde. Polnische Wissenschaftler wiesen sogar daraufhin, daß es Grundwasserverbindungen bis nach Berlin gibt und damit das Projekt auch für die Trinkwasserversorgung der kaum 150 Kilometer entfernt liegenden Stadt zum Problem werden könnte.

In den Bunkern soll zunächst der Atommüll aus den polnischen Atomkraftwerken eingelagert werden. Darüberhinaus liebäugelt die polnische Regierung offenbar mit dem Gedanken, sie als Devisenbringer einzusetzen. Kreisen der polnischen Opposition kursiert sogar die Behauptung, den eigentlichen Anstoß fü

empicz

Ich bin ebenso im Besitz von Materialien, die gegen den Bau sind - das ist ein Dokument, aufgesetzt und unterschrieben von einigen wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan. Es gab keinen offiziellen Protest seitens der Öffentlichkeit der drei betroffenen Gemeinden. Und ich möchte zum Schluß noch einmal unterstreichen, daß der Bauherr verpflichtet ist, für das Kraftwerk solche Sicherheitseinrichtungen zu projektieren und einzubauen, die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik unerläßlich sind, um für den Betrieb maximale Sicherheit zu erreichen.

Die Gemeinde Lubasz

liegt ungefähr auf halbem Wege zwischen Poznan und Pila. Mit dem Linienbus von Pila fährt man mehr als eine Stunde. Die Gemeinde grenzt an die Woidwodschaft Poznan. Von Lubasz nach Czarnko sind es sieben Kilometer und nach Wronka 23 - und das wird das atomare Dreieck. Zur Zeit noch ist es hier still und ruhig die Menschen sind wohlwollend, gastfreundlich, sie unterhalten sich gerne. An einem schönen See spazieren eine Menge Urlauber. Im Haus des Vorsitzenden des örtlichen Rates des PRON spreche ich mit dem Vorsteher und Landwirt, Zygmunt Kozera, geboren in Milkow, also ein paar Kilometer und Klempicz. Er spricht über das Kraftwerk ruhig, ohne große Emotionen: - Die Entscheidung habe ich erwartet, aber so allgemein wissen wir eigentlich nicht, was das für ein Ausmaß haben wird, was das konkret sein wird. Es gibt Leute hier, die haben Katastrophenvisionen und solche, die sagen, daß das phantastisch ist. Ich habe auch solche Landwirte getroffen, die behaupten, daß sich das Klima ändern wird, daß es tropisch wird oder englische Nebel kommen und Regen. Eines ist sicher - wir wollen uns teuer verkaufen. Und im Tausch für die hypothetische Bedrohung hätten wir gerne: Ein Straßennetz, das die Dörfer verbindet, gute Linienbusverbindungen, Telefone (1000 für 1200 Häuser), ein Dienstleistungs- und Handelszentrum in Lubasz, Kaufmärkte, Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau, Kanalisation, Gas, Kindergärten, eine Schule mit Sporthalle und einem kleinen Schwimmbecken. Ein solches Programm unserer Wünsche haben gemeinsam mit dem Parteikomitee und dem Gemeinderat erarbeitet, aber ein wenig sind

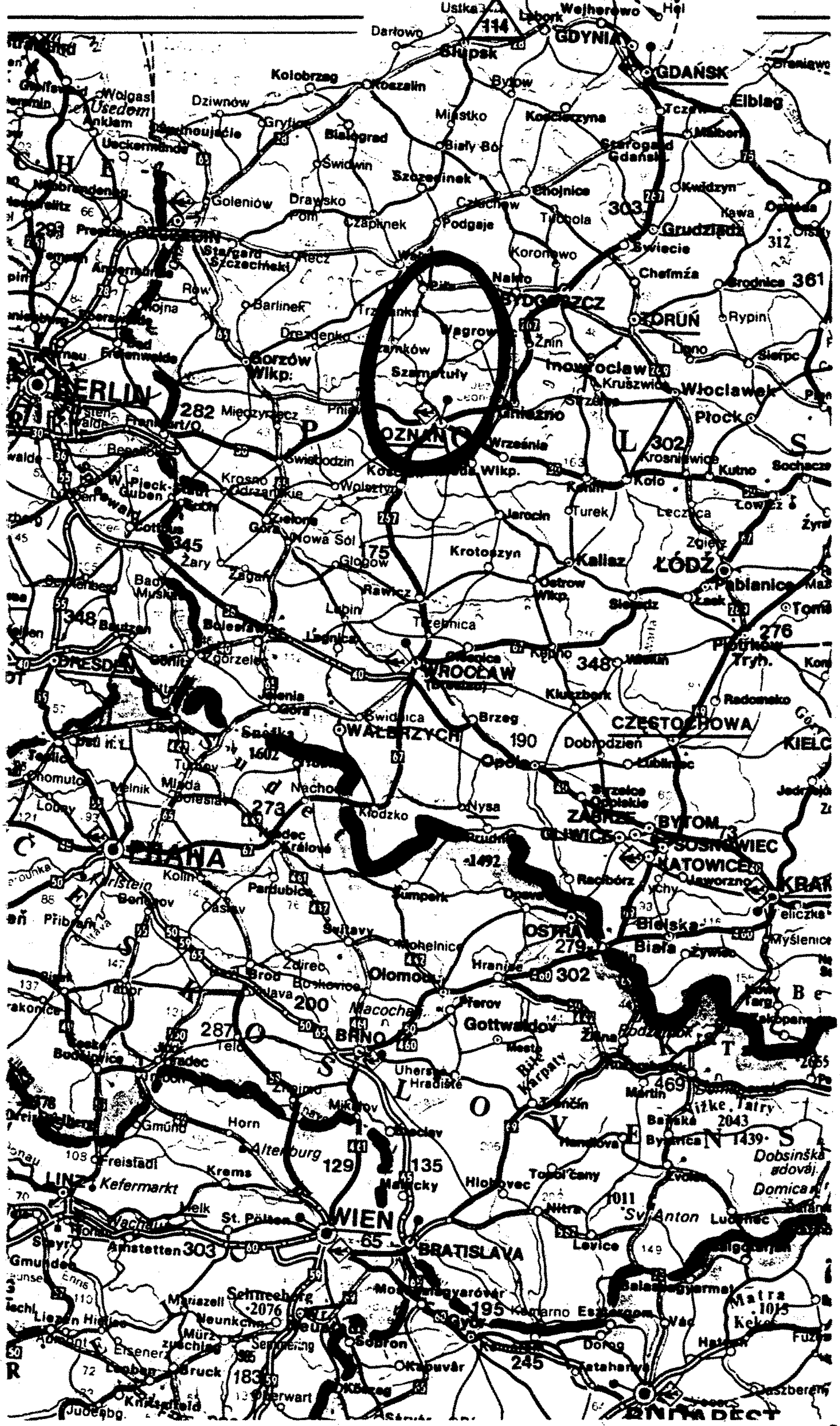
epot 8.9.87

Demonstranten während
sser in Berlin gefährden

die Lagerpläne in Międzyrzecz hätten entsprechende Anfragen westlicher Staaten gegeben, auch aus der Schweiz und der BRD.

Unterstützung erhalten die örtlichen Aktivisten aus ganz Polen, besonders aus Poznan (Posen) und der Umgebung der Stadt, in der auch das zweite polnische Atomkraftwerk nahe dem Dorf Klempicz errichtet werden soll. Die „Bewegung Freiheit und Frieden" bemüht sich auch darum, Solidarität für den Kampf gegen die „Atomaufrüstung" Polens in den Nachbarstaaten zu erhalten, in der DDR und der CSSR, aber auch in der BRD und West-Berlin.

Kartenausschnitt: Westpolen
Klempicz liegt in dem umrandeten Gebiet



wir wegen diesen Bemühungen um die eigenen Interessen mit den höheren Regierungsstellen auseinander geraten. Mich ängstigt nicht der Bau, aber ich befürchte sehr - ähnlich wie viele Einwohner der Gemeinde - daß damit ein neues, negatives Element eindringt. Einige haben schon auf großen Baustellen gearbeitet, die wissen, daß es da keine Ruhe gibt, zu häufig gibt es die da nicht. Sicherlich wünschte ich mir, daß wir genauer und weitergehend wüßten, worüber auf Woidwodschaftsebene in der Sache des Baus schon entschieden wurde. Ich meine auch, daß wenn dieses Kraftwerk nicht sein wird, dann ersticken wir an Energiemangel, nun und nicht jeder hat das Atom so vor der Nase, da wollen wir das auch ausnutzen...
Der Vorsitzende von PRON, Wladislaw Dymek, fügt hinzu: - Die Bevölkerung ist eigentlich machtlos, weil sie genau weiß, daß das nicht von ihr abhängt, ob das Kraftwerk sein wird oder nicht. Deshalb fängt jetzt das Denken zu überwiegen an, "was wir davon haben werden". Und in der Gemeinde fehlt beinahe alles. Die Bevölkerung will ihr Los verbessern. Verschieden sind die Hoffnungen und Vorhaben. Nach der Havarie in Tschernobyl waren die Leute sehr beunruhigt, sie redeten von der Bedrohung, es gab viele Diskussionen. PRON, die Partei, ZSL, die Gemeindeverwaltung richteten damals ein Schreiben an die Woidwodschaftsregierung, in dem wir über die sich unterscheidenden Stimmungen und Erwartungen in Verbindung mit dem Bau schrieben. Das war kein Protest, aber eine Erinnerung an unsere Interessen. Schließlich, bis zu den Mitteilungen gestern war auch ich nicht sicher, ob dieses Projekt bei uns sein wird. Lubasz verliert sicherlich die Vorzüge einer abgeschiedenen Enklave und ich verliere den Ort meiner Geburt - Klempicz. Das Leben von 6,5 Tausend Einwohnern der Gemeinde unterliegt einer Umgestaltung.

Klempicz

liegt auf halbem Wege zwischen Czarnkow und Wronka, 11 km von Lubasz. Es ist ein kleines Dorf, (52 Familien, 160 Personen, 5-6 zählenswerte Bauernhöfe) hübsch gelegen zwischen Wäldern (Puszcza Notecka) die reich an Pilzen, Beeren und Wild sind. Still ist es hier und ruhig. Streit unter Nachbarn gibt es hier fast nie. Es ist kein reiches Dorf, das Leben ist schwer, die meisten fahren zur Arbeit, die Fülle des Waldes erlaubt, sich ein paar Groschen dazuzuverdienen. Ich unterhalte mich im unlängst fertiggebauten Bauernhaus von Tadeusz Filimon und Jerzy Olszowski, die nach dem Landwirtschaftsstudium darauf beharrten, gemeinsam eine prosperierende Farm, eine 60 ha Landwirtschaft aufzubauen.

Tadeusz Filimon sagt: - Seit dem Frühjahr 83 haben wir hart gearbeitet. Zuerst entstand mein Haus, dann erhielt Jerzy die Baugenehmigung. Und nach zwei Wochen, im September 84, erfuhren wir, daß die Genehmigungen für alle Investitionen zurückgehalten werden. Das war ein Schock. Dazu erschienen dann noch die Bohrtrupps. Das war schon ein ernstes Signal, daß Klempicz aufhören kann zu existieren. Man wurde lustlos, der ganz Schwung war weg. Was soll man groß reden - wir sind verbittert. 1984 hat uns niemand irgendwas Konkretes gesagt, die Informationen waren bestimmt tief in der Schublade, oder in der Gemeinde haben sie wirklich nichts gewußt. Dann haben sie uns nur Kredite und Maschinen versprochen. Nach einem Jahr zeigte es sich, daß man nichts machen kann. Irgendwas stimmt hier nicht mit der Planung. Am Anfang waren fast alle gegen das Kraftwerk, die Leute waren kämpferisch gestimmt, aber mit der Zeit haben sie sich an das Problem gewöhnt. Langsam gewöhnt sich der Mensch. Am Anfang haben sie gesagt na wofür denn, wozu das, wer braucht sowas Scheußliches und jetzt, wenn man eine Meinungsumfrage machen würde, wäre die ziemlich geteilt, weil sich zeigt, daß ein Teil davon profitieren kann und die Gegend ist eher ziemlich arm. Wir wissen eigentlich nicht, wie wir das rauskommen. Ich hatte so einen Vorschlag, daß jemand kommen soll und festsetzt, was wieviel wert ist, damit man weiß, wo man steht, weil ich bis heute nicht weiß, wieviel ich für das Haus bekommen. Energie ist erforderlich, das stimmt, aber ob das gleich das Atom sein muß. Ich mit meinem Kollegen sind eher Gegner.
Den Bürgermeister treffe ich nicht zu Hause an, er ist in den Wald gefahren, aber die Ehefrau, Bronislawa Grott, hat ihre eigene Meinung nicht nur zum Thema Kraftwerk: - Die Mehrheit ist gegen das Kraftwerk. Besser als hier werde ich es nirgendwo mehr haben, obwohl das Leben hier nicht so leicht ist. Es gibt soviel Einöde, und die bauen hier. Da können wir nichts machen. Die fragen uns um nichts. Wir brauchen die volle Information, damit so die Gemeinde etwas sagen kann. Und Presse und Fernsehen mag hier niemand, weil die die Sachen verdrehen und sich hinterher über uns lustig machen. Enthusiasmus gibt es hier keinen. Wir sind ratlos. Und besonders ein Journalist, der hat schon gar nichts zu suchen im Dorf...
Ich schaue durchs Fenster raus. Klempicz filmt der Redakteur Zoltak von TVP, aus Koszalin, dasselbe, was uns einmal billig auch Energie verkauft aht, Erdöl. Meine Gesprächspartner sind empört, daß er dreht und nicht einmal um die Meinung gefragt hat. Schlechte Meinungen über die Massenmedien höre ich auch im Geschäft der Landwirtschaftsgenossenschaft: - Man macht aus uns den dummen Bauern, den Hinterwäldler, die vom Leben keine Ahnung haben. Die Menschen hier haben ihre Würde und ihren Verstand und wenn jemand sagt, daß alle für das Kraftwerk sind, dann sagt er ganz einfach die Unwahrheit - verkündet die in dem Geschäft arbeitende Krystyna Jedrzejewska...
Den Kindern von Frau Grott gefällt das alles auch nicht. Schade um den schönen Wald, die Pilze, die Beeren.

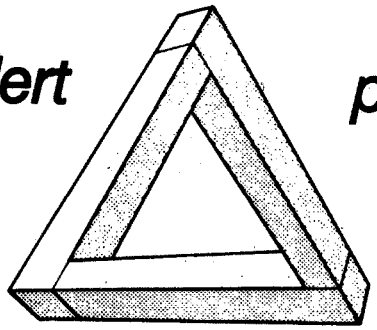
Das Kernkraftwerk "WARTA"

in Klempicz wird eine Bruttoleistung von 4000 MW haben (4 Reaktoren des Typs WWE-R-1000), 4 Turbinensätze mit je 1000 MW Leistung, der Kernbrennstoff - U02 - Urandioxid, in Tablettenform in Hüllen aus Zirkonlegierung. Die ersten Arbeiten sollen 1989 anfangen, die Inbetriebnahme des ersten Blocks ist für 1996 vorgesehen - für den letzten das Jahr 2002. Das Gelände des Kraftwerks, zusammen mit der Abwasserkläranlage, einem Retentionsbehälter, einer 400/111KV-Station und dem umgebenden Werksgelände - ohne den 3 km rechenden Schutzstreifen - umfaßt 335 ha. Die Investitionssumme beläuft sich auf ca. 750 Mrd. Zloty. In der Hauptbauphase werden hier 12.000 Menschen arbeiten, davon 7.500 unmittelbar auf dem Baugelände. Die Belegschaft für den Betrieb der Anlage soll 2.000 Beschäftigte zählen. Es werden 4.500 neue Wohnungen gebaut. Das stille, ruhige Antlitz der Umgebung wird sich zur Unkenntlichkeit verändern. Und zum Teil sicherlich die Menschen auch.

Piotr Cielesz

aus: Fakty, gesellschaftlich-kulturelle Wochenzeitschrift; Redaktion: Jan Gorec-Rosinski, Redaktionsadresse: 86-105 Bydgoszcz, Stary Rynek 15/21, Polen

Ein Jahrhundert projekt wird zuammen geschustert

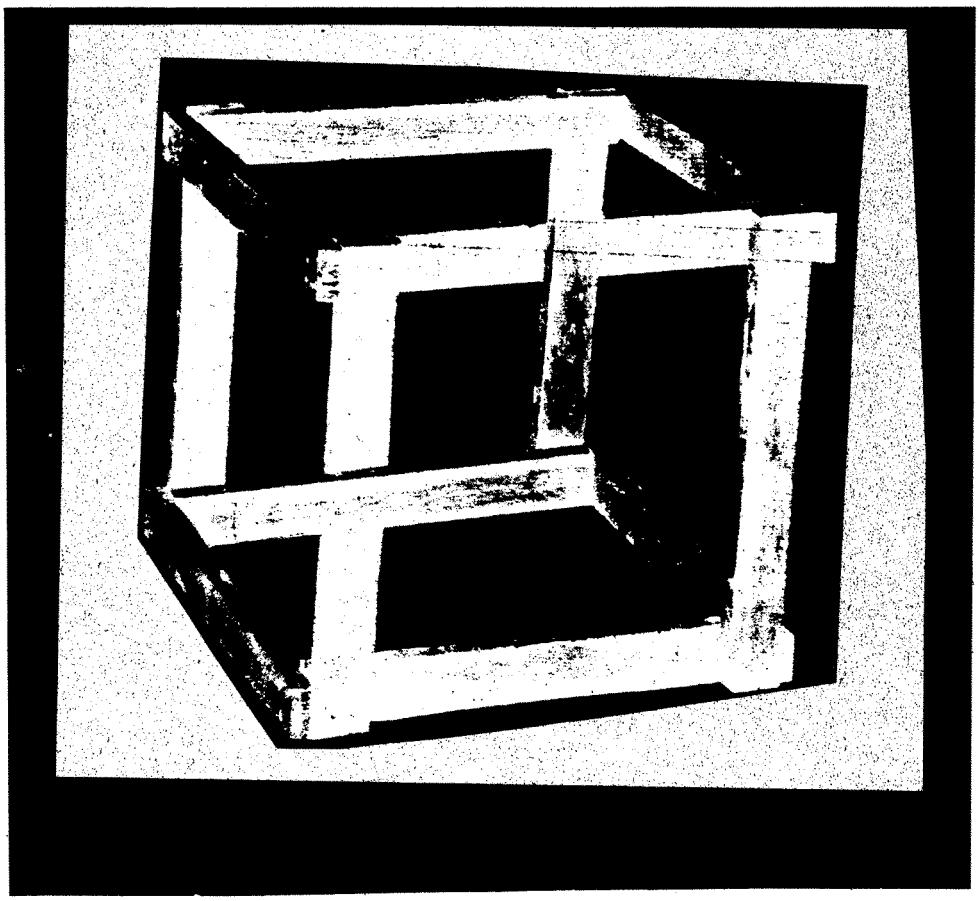


In der Presse gab es in den letzten Wochen verschiedene Berichte über die Unfälle im Salzstock Gorleben, bei denen am 12.5.87 ein Bergmann sein Leben lassen mußte, auch in der letzten 'atom' sind wir darauf eingegangen. Wir wollen hier trotzdem die zwischenzeitlich bekannt gewordenen Fakten zusammentragen, da sie **beweisen**, mit welcher Kumpanei von Atombetreibern und Behörden, mit welcher Rücksichtslosigkeit gegenüber Leben und Gesundheit von Menschen, mit welcher Schlampigkeit und Unwissen Atomanlagen zusammengebastelt werden.

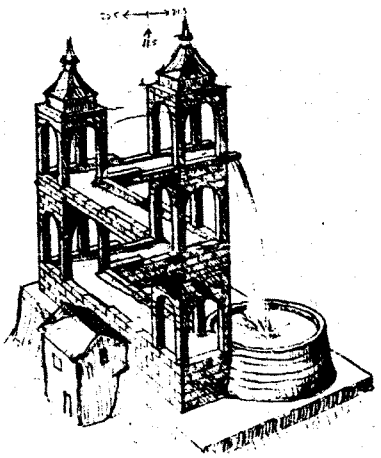
Das große Zittern befiel das Celler Bergamt, die nds. Landesregierung und die Endlagerbetreiber DBE, nachdem die BI Lüchow-Dannenberg gemeinsam mit den Landtagsgrünen ihr anonym zugegangene, geheimgehaltene Unterlagen der Presse vorstellte. Gemutmaßt wird von der Staatsanwaltschaft, die Unterlagen seien in Celle gestohlen worden – möglicherweise aber auch *'bei der Staatsanwaltschaft in Lüneburg oder auch,bei der DBE selber'* – wo Akten fehlen weiß offenbar keiner.

Vorgelegt wurde von der BI Lüchow-Dannenberg u.a. ein 1982 von der DBE (1) bei dem Bochumer Professor Jessberger angefordertes Gutachten, zur Begutachtung der Bohrkerne aus den Schachtansatzbohrungen GO 5001 und GO 5002 – jener Bohrungen, nach deren Bemessung später der unfallträchtige Schacht1 niedergebracht wurde. Jessberger stellte fest, daß es ab 160 Meter Tiefe im Schacht Probleme mit der Standfestigkeit des Frostkörpers – das Eingefrieren des Gebirges war Voraussetzung für den Schachtbau – geben würde. Die Standsicherheit sei sehr gering, da der Salzgehalt mit zunehmender Tiefe ansteige und ein durchfrieren des Gebirges verhindere. *'Für den unteren Teritär mußten Schätzwerte angegeben werden... Eine Überprüfung im Zuge weiterer Bohrungen ist angezeigt.'* Daß Jessberger nur Schätzwerte zur Grundlage seiner Berechnungen machen konnte, lag daran, daß ihm aus der Teufe von 230 - 237 m keine Proben vorgelegt wurden. Eine Schlamperei, die später den Bergmann das Leben kostete – der tödliche Unfall ereignete sich in 234m Tiefe. Die von Jessberger geforderten weiteren Untersuchungen wurden, so der DBE-Geschäftsführer Krug, *'von allen beteiligten Stellen für überflüssig gehalten.'*

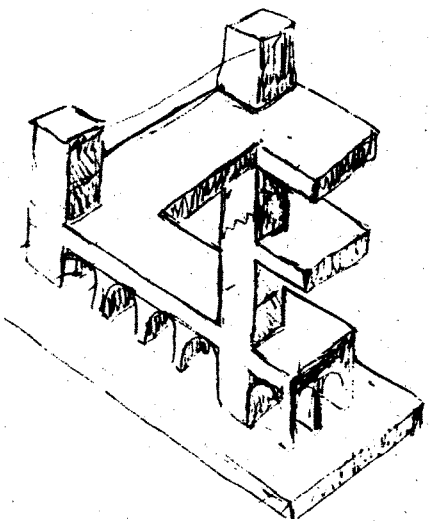
(2) Ein von der am Schachtbau beteiligten Firma Thyssen gefeuerter Ingenieur erinnert sich daran ganz anders. *'Während der Ausschreibungsphase hätte seine Firma nach den fehlenden Bohrkernen gefragt. Doch bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften hätte es damals geheißen, die Bohrproben seien in verschiedenen Instituten unterwegs. Später hätten die Firmen die Untersuchung der Kerne aus den Gefrierbohrungen gefordert,* **doch die DBE hätte abgelehnt.'** Hintergrund dafür dürfte gewesen sein, daß 1983, als Jessberger die ergänzenden Bohrungen forderte, in Hitzacker das große Endlager-Hearing lief und größeres Aufsehen vermieden werden sollte.(2) Die für den Frostkörper notwendigen Temperaturen sowie die Größe der Kühlanlage wurden für den beim Bergamt eingereichten und genehmigten Betriebsplan dann nach den Schätzwerten ermittelt. Zweifel an der Korrektheit von Jessbergers Schätzwerten hatte auch die DBE. In einem Nachtrag für den Betriebsplan vom 11.5.84 heißt es: *'Für das Abteufen der beiden Schächte wird das Tiefkälteverfahren eingesetzt, da man aus Sicherheitsgründen davon ausgeht daß im Gipshut mit NaCl weitgehend gesättigte Gebirgslauge vorhanden ist. Da diese eine Gefriertemperatur von ca. -25 Grad C haben kann,* **müssen Kältetemperaturen von midesten -35 Grad erreicht werden.'** Aus den Monatsberichten der DBE vom April'87 geht hervor, daß für die Teufe von 22o – 235 m lediglich -13 Grad bis -16 Grad erreicht werden. Am 4.4.87 zeigten sich drastische Veränderungen: Die Temperatur stieg bei 228 m von -16 Grad auf -6,6 Grad, bei 233,5 m von -16,5 Grad auf -10,9 Grad. Auch Schachtbefahrungen des nds. Landes amtes für Bodenforschung ergaben zumindest ab März'87, daß die Standfestigkeit des Schachtes extrem gefährdet war. Dies ergeben Aktenvermerke,



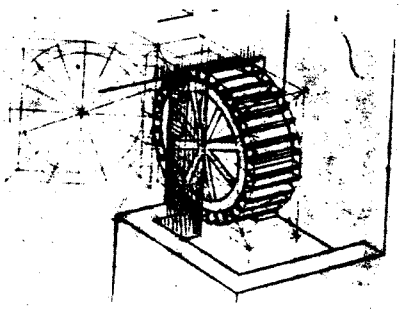
so vom 2.3.87, Teufe 206 – 208 m : *'Teile des Schachtstoßes sind an der Oberfläche nur gering gefrohren.'* Vermerk vom 7.5.87, 236,2 – 237,6 m : *'Der gesamte Stoß ist an der Oberfläche kaum festgefroren und ist im Hauptbereich außerdem besonders feucht.'* Die viel zu geringen Teuftemperaturen blieben auch nicht folgenlos. Bereits am 20. 3.87, fast 2 Monate vor dem tödlichen Unfall, wird ein Mann im Schacht durch Steinfall verletzt, er wird 8 Wochen krankgeschrieben. Am



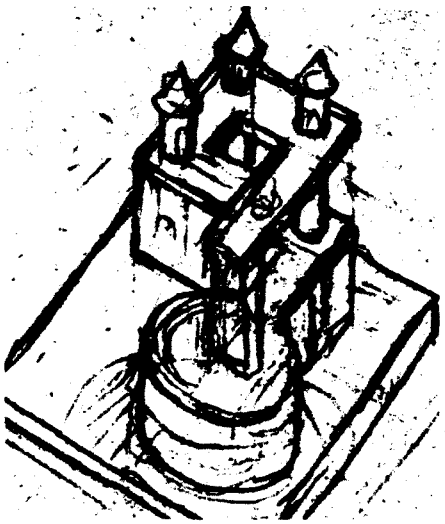
31.3.87 werden zwei Bergleute durch Steinfall verletzt, einer ist 4 Wochen krankgeschrieben. Wegen der ständigen Steinfälle kommt es zur Meuterei unter den Bergleuten, einige wollen nicht mehr in den Schacht einfahren. Statt die Arbeiten einzustellen, begnügt sich die DBE mit Notmaßnahmen, so dem Einbau von U-Profil Stahlringen, vorübergehend stillgelegte Kühlmaschinen werden wieder in Betrieb genommen.



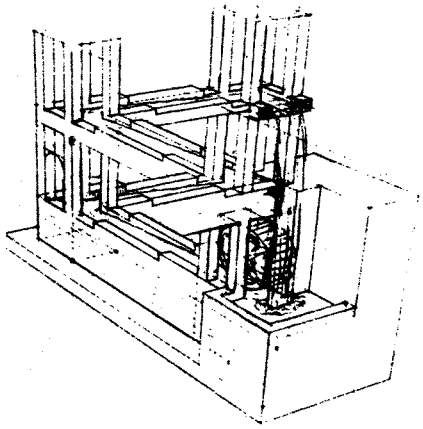
'Bei der Überwachung des Schachtstoßes wurde im Schacht 1 am 30.3.87 festgestellt, daß verstärkte Stoßschiebungen im Teufbereich 227,6 – 234,5 m auftraten, die bezogen auf den Ausbruchdurchmesser des Schachtes **bis zu 39 cm ausmachten.'**
Als maximal zulässige Konvergenz (Ausbeulung der Schachtwand) waren im Betriebsplan 10 cm angegeben worden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, so der gefeuerte Thyssenmitarbeiter, *'hätten die*



Arbeiten gestoppt werden müssen.' 'Er selbst habe noch, obwohl er wegen eines Steinschlag-Unfalles im Krankenhaus lag, vor der drohenden Gefahr gewarnt.'(2)
Sogar die unabdingbar notwendige Sicherung der eingebauten Stahlringe gegen den Absturz wurde unterlassen. 'Ein Arbeiter: Die haben einfach weitergraben lassen.' Am 12.5.87 sprengt der seit langem bekannte Gebirgsdruck einen Stahlring auseinander – es gibt 6 Verletzte von denen einer stirbt. Am Tag als sich der tödliche Unfall ereignete, schließt Prof. Jessberger die von ihm schon 1982

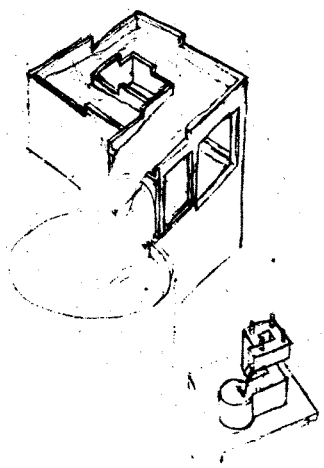


geforderte Untersuchung von Probenmaterial aus dem kritischen Bereich ab, die die DBE wenige Wochen vorher bei ihm in Auftrag gab. Jessberger stellt wie zu erwarten fest, daß *'die Proben aus der betrachteten Teufe bei einer Temperatur von -20 Grad C nicht gefrohren waren. Erst bei tieferen Temperaturen von -25 bis -40 Grad C ist ... eine deutliche Zunahme der ... Druckfestigkeit zu verzeichnen.'*



Die Ergebnisse von Jessbergers Untersuchungen erhält die DBE am 13.5.87 – für den Bergmann einen Tag zu spät.
Auch nach dem Unfall werden noch Arbeiter in den Schacht geschickt – erst als er 3 Tage später völlig einzustürzen

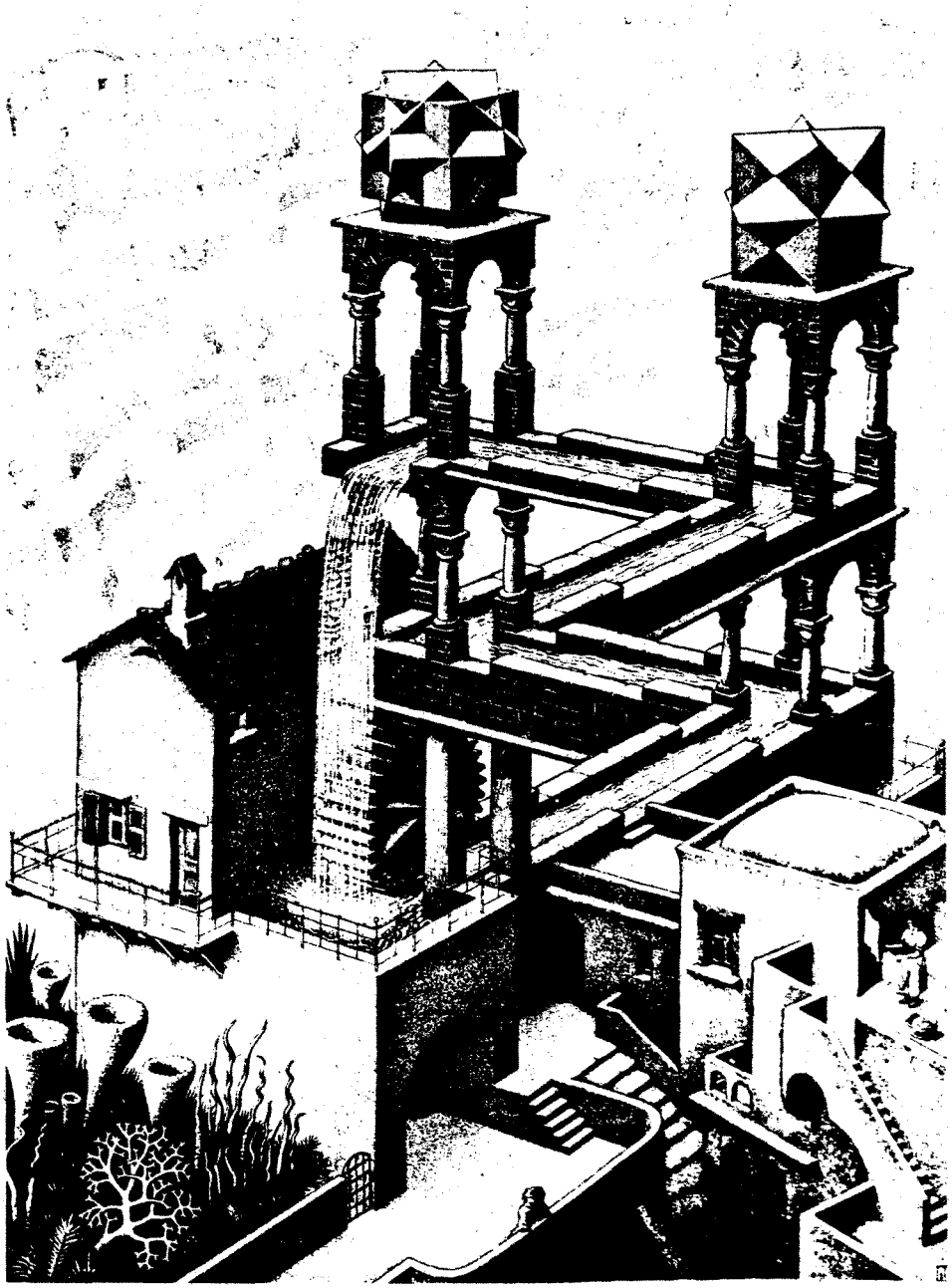
drohte, wurde er mit schwerem Beton versiegelt. Etwa ab Mai'88, so die Hoffnung der Betreiber, können sie mit Hilfe von Betonelementen wieder dort sein, wo sie diesen Mai aufhören mußten: bei der Teufe von 239 m.
Bis dahin soll das Leben von Bergleuten am Schacht 2 auf's Spiel gesetzt werden, mit dessen Aushebung in Kürze begonnen



werden soll. 'Dort, 4oo Meter vom ersten Bohrpunkt entfernt, lägen *'Tonschichten, die man sich gar nicht vorstellen kann.'* Durch solchen – mit Wasser vollgesogenen Lauenburger Ton könnten ungeheuere Drücke entstehen. Der Ansatzpunkt der Bohrung seis aber so gewählt, daß man schräg durch solch eine Druckschicht stoße und der Schacht dabei gefährlichen einseitigen Drücken ausgesetzt sei (2), so der ehemalige Thyssen-Ingenieur.
Bereits' 84 hatten die in der AG-Schächte Gorleben zusammengefassten Schachtbaufirmen Thyssen und Deilmann bemängelt, daß der Ansatzpunkt von Schacht 2 falsch gewählt sei. Dieses Gesprächsprotokoll wurde von der DBE mit der Bemerkung kassiert, dies sei ein politischer Standort, und die Schächte müßten dort niedergebracht werden, wo die DBE dies bestimme. Die von den Schachtbaufirmen geforderte Versetzung der Schächte hätte eine Erweiterung des Endlager-Geländes erfordert, die jedoch aus politischen Gründen unerwünscht war.

Das Celler Bergamt wird auch die Arbeiten am Schacht 2 beaufsichtigen und die Betriebspläne genehmigen. Ob der Tod des Bergmannes für die Verantwortlichen Folgen haben wird, ist zu bezweifeln. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg, die auf Anzeige der BI Lüchow-Dannenberg gegen den Leiter des Bergamtes, die PTB und die DBE ermittelt, hat dem Bergamt eine vor Abschluß der Ermittlungen völlig unübliche 'regelmäßige Akteneinsicht' gewährt. Das Bergamt selbst wird nicht für die weitere Aufsicht gesperrt, **bis es sich selbst für befangen erklärt.**

Wen wunderts – die Ermittlungen leitet Oberstaatsanwalt Müller, bekannt aus den sogenannten Gorlebenprozessen.



Diskussion wird wieder eröffnet

Ein Jahr nach den letzten größeren Aktionen im Wendland fanden im Juli/August wieder 2 Zusammenkünfte in Anknüpfung an die Trebeler Treffen statt – in Zukunft wohl Gedelitzer Treffen, denn nach dem Weggang des Trebel-Wirtes Rudolf wurde die Kneipe gewechselt.
Eingeladen hatte das Atomplenum Hannover, gekommen waren zum 2. Treffen Gruppen aus Hamburg, Berlin, Oldenburg, Lüneburg, Uelzen sowie Menschen verschiedener Gruppen aus dem Landkreis. Die Einleitungsrunde ergab das Bild, 'alle woll'n zu Gorleben wieder was machen, aber keiner hat 'ne zündende Idee'. Von den HannoveranerInnen waren Widerstandstage für Anfang Oktober mit verschiedenen Aktionen, Gedenksteinsetzung für den im Endlagerschacht verunglückten Arbeiter, Blockaden, Diskussionen ect. vorgeschlagen worden. Die Nach-Tschernobyl-Krise hatte auch die hier anwesenden Gruppen erfaßt. Viele hatten nach langer Unterbrechung erst wieder mit einer kontinuierlichen Arbeit begonnen – dementsprechend erwiesen sich die überregionalen Informationsstrukturen. Die Diskussion über den an ca. 100 Gruppen verschickten Aktionsvorschlag erwies sich als unmöglich, da kaum einer ihn kannte, geschweige denn ihn diskutiert hatte.
Kaum besser ist die Situation im Wendland. Auch hier war nach langer Pause, die zwar den persönlichen Bedingungen gut getan hat, das politische Leben aber zum Zerfall gebracht hatte, erst die Diskussion wieder begonnen worden.
Drei Arbeitsgruppen zu den Themen Autonome Politik und Alltag, Thesen zur Gewaltfrage von G.Anders und Alternativen zur kommunalen Energie-Politik sind ins Leben gerufen worden – für aktionistisches wird derzeit keine Grundlage gesehen.
Angesichts der gering entwickelten Diskussion und der knappen Zeit zog das Hannoveraner Atomplenum seinen Vorschlag zugunsten eines mehrtägigen 'Forums' zurück, bei dem Diskussionen im Vordergrund stehen sollen. Folgende Themen wurden dafür zunächst festgehalten:
- Stand der Atomprojekte im Landkreis, Informationen zur Konditionierungsan lage
- Inhalte autonomer Politik
- Widerstand und Alltag

Das Atomplenum will bis zum Forum einen Reader erstellen, erhältlich über:

Atomplenum Hannover, Stärkestr. 15, 3ooo Hannover 91

Der UAA-Widerstand ist nicht zu stoppen!

Erfolgreiche Gronau-Demo am 13.6. gegen die Urananreicherungsanlage, Uranabbau und atomaren Grössen-WAA'HN

Die bisher größte Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) fand am 13.Juni in Gronau statt: 400 Atomkraftgegner/innen, darunter auch einige aus den Niederlanden, beteiligten sich daran.

UAA — Hintergrundinformationen:

Die UAA wurde im Sommer 1985 in Betrieb genommen. Genehmigt ist bisher eine Kapazität von 400t Uranantrennarbeit pro Jahr (UTA/a). Das Gebäude für diese Kapazität ist fertiggestellt; die eigentliche Kapazität beträgt bisher etwa 250t UTA/a — sie wird schrittweise auf 400t erhöht. Die Betreiberfirma Uranit, zu deren Mutterfirmen auch die Nukem aus Hanau gehört, hatte Ende 1985 bei der SPD-regierten Landesregierung in NRW einen Ausbauantrag auf 1.000t UTA/a gestellt. Mit einer Kapazität von 1.000t UTA/a können pro Jahr 7-8 AKW's von je ca. 1.200 MW mit angereichertem Uran versorgt werden. Es muß damit gerechnet werden, daß die Ausbaugenehmigung täglich erteilt werden kann. Wenn dieser Bericht veröffentlicht wird, ist die Genehmigung vielleicht schon erteilt. Erkundigt Euch danach!

UAA — Widerstandskonzept:

Um den Widerstand gegen die UAA, die eine internationale Bedeutung für die Atomindustrie hat, voranzubringen, haben wir im Herbst 1986 verstärkt damit begonnen, ein Widerstandskonzept zu erarbeiten. Dabei war uns klar, daß wir uns nicht auf eine bestimmte Aktionsform festlegen wollen. Seit dem Herbst 1986 fanden an jedem ersten Sonntag im Monat an der UAA Sonntagsspaziergänge statt (14.00 Uhr), an denen sich in der Regel 30-50 Leute beteiligen. Am 5.Juli 1987 ist der zehnte Gronauer Sonntagsspaziergang! Diese Sonntagsspaziergänge bringen eine Regelmäßigkeit in die Widerstandsarbeit, Informationen der Teilnehmer/innen können ausgetauscht werden, und man lernt sich beim laufen persönlich besser kennen, als zum Beispiel bei Konferenzen.
Im März 1987 fand in Gronau ein Informationskongreß über die UAA statt. Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen referierten über die Gefahren der UAA, aber auch über ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Hintergründe. Am Tschernobyljahrestag fanden dann — ebenso wie in ganz Europa — auch in Gronau Aktionen statt: Infostände, Mahnwache, Kreuzaufstellung.

UAA Demo:

Am 13.Juni 87 war es so weit: die seit langem geplante und angekündigte Gronau-Demo gegen die UAA fand gleichzeitig mit der relativ kurzfristig angesetzten Bonner Friedensdemo statt. Obwohl viele Leute, sogar aus Gronau zur Friedensdemo gefahren sind, kamen in Gronau 400 Leute zusammen. Zum Vergleich: Gegen die offizielle UAA-Einweihung vor einem Jahr demonstrierten etwa 300 Leute an der UAA. Damit konnte gezeigt werden, daß das Widerstandspotential gegen die UAA gewachsen ist. Im widerstandschwachen Gronau ist das Ansteigen der Teilnehmer/innenzahl als Erfolg zu werten, obwohl eigentlich mehr Leute hätten kommen müssen, und es auch keine weitergehenden Aktionen gab.
Bei der Auftaktkundgebung auf dem Gronauer Marktplatz sprach zuerst ein Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Coesfeld (hierzu gehört auch Gronau). Er warnte vor den Gefahren, denen die Atomarbeiter ausgesetzt sind, und betonte, daß es ein sicheres Leben und Arbeit für alle nur ohne Atomenergie geben kann. Außerdem forderte er u.a. das Verbot aller Atomtransporte, und forderte alle Gewerkschafter/innen zum verstärkten Widerstand gegen Atomenergie auf. Diese Rede fand große Beachtung durch die Anwohner/innen und die Besucher/innen des Wochenmarktes. Sie konnten sich in dem Gewerkschafter offenbar gut identifizieren, und waren daher bereit, die Rede anzuhören.
Nach dem ÖTV-Mitglied sprachen Vertreter des Arbeitskreises Afrika (Münster) und der SWAPO über die Situation in Namibia und über den dortigen Uranabbau. Der SWAPO-Vertreter sagte, daß abgebautes Uran aus Namibia in der BRD verarbeitet wird, und vermutlich auch in der Gronauer UAA angereichert wird. Den Abschluß der Auftaktkundgebung bildete ein Grußwort vom WAA-Widerstand, in dem ein Regensburger dem Gronauer Widerstand weiteren Erfolg wünschte.
Nach der Auftaktkundgebung gab es eine kurze Zwischenkundgebung am Gronauer VEW — Umspannwerk (VEW = Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen). Eine Vertreterin der BI gegen das AKW Lingen II berichtete über die Machenschaften der VEW in Lingen, die dort das zweite AKW bauen läßt. Außerdem berichtete sie über die Ausbaupläne der Kraftwerks Union (KWU)-Brennelementefabrik in Lingen. Bevor anschließend das UAA-Gelände erreicht wurde, kam der Demo-Zug noch am Arichitektenbüro Reichert vorbei; Reichert war maßgeblich am Bau der UAA beteiligt, und wirkt auch an den Ausbauplänen mit.
Die Abschlußkundgebung an der UAA begann mit der Rede einer Vertreterin des Arbeitskreises Umwelt Gronau. Sie schilderte die Gefahren der UAA und den bisherigen Widerstand. Außerdem betonte sie, daß die UAA ggf. zum Bau von Atomwaffen genutzt werden kann. Abschließend bekräftigte sie die Haupt-

Foto: Theo Heimann (ausschnitt)

forderungen des Demonstrationsaufrufs:
- Kein weiterer Ausbau der UAA Gronau! Sofortige Stillegung der Anlage!
- Weg mit den Atomprogrammen in der Euregio und anderswo — sofort! Es gibt keine Trennung zwischen der militärischen und der sogenannten zivilen Nutzung der Atomenergie!
- Verbot aller Atomtransporte!
- Keine Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche durch den Atomstaat und seine ausführenden Organe!
- Presse- und Versammlungsfreiheit für die Anti-Atom-, Friedens- und 3. Welt Bewegung!

Als letzte Rednerin sprach eine Vertreterin der deutsch-niederländischen „Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland". Sie ging darauf ein, daß im „Atomzentrum Euregio" ein fast vollständiger sogenannter atomarer Brennstoffkreislauf vorhanden ist: UAA's in Gronau und Almelo/NL, Brennelementefabrik in Lingen, zwei AKW's in Lingen (eine Ruine, ein fast fertiges), ein drittes Lingener AKW ist in Planung, Brennelemente„zwischen"lager in Ahaus (z.Zt. ist der Weiterbau juristisch gestoppt). Zum Schluß rief sie zum verstärkten internationalen Widerstand gegen die Atomindustrie auf.

Bei der Demo waren auch zwei Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes, sowie 50 Schutzpolizisten. Es kam jedoch zu keinen nennenswerten Konflikten. Es waren auffällig viele Zivil-Polizisten anwesend, die frech gefilmt und fotografiert haben.

UAA — Widerstandsperspektive:

Nach dieser erfolgreichen Demonstration wird der Widerstand gegen die UAA auf jeden Fall weitergehen. Ein Schwerpunkt werden dabei die Sonntagsspaziergänge sein, die zukünftig jedoch besser inhaltlich vorbereitet werden sollten, um mehr Teilnehmer/innen zu erreichen. Des weiteren müssen jetzt weitere Aktionsschwerpunkte erarbeitet werden, bei deren Umsetzung ebenso wie bei der Demo, auswärtige Unterstützer/innen willkommen sind. Zukünftige Schwerpunkte könnten sein: Urantransporte, Klage gegen die laufende Betriebsgenehmigung, Klage gegen die Ausbaugenehmigung (nach deren Erteilung), Behinderungsaktionen gegen den Ausbau, verstärkte Infoarbeit, Thematisierung des Namibia-Urans und der denkbaren militärischen Nutzbarkeit der UAA... usw..

Es gibt genug zu tun — packen wir's an!
Wichtig für die zukünftige Arbeit ist die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen. In Hinsicht auf die 3. Welt Bewegung ist uns dies wenigstens ansatzweise gelungen. Bei der Friedensbewegung sieht es da schon schlechter aus (siehe Terminüberschneidung 13.6. Bonn/Gronau. Dies muß geändert werden.
Zum Schluß möchten wir uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die uns bei der Demo unterstützt haben. Unser besonderer Dank gilt allen Geld-Spender/innen.
Wer sich weiterhin mit der UAA, dem Gronau-Widerstand und mit der Euregion befassen will, sollte das Eregio-Info bestellen. Es erscheint alle 4-6 Wochen, und kostet ca. 2,00 DM. Außerdem sollten alle Leute und Gruppen in unserer Region, die gegen Atomenergie arbeiten, aktiv in der deutsch-niederländischen „Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" mitarbeiten, um den Widerstand gemeinsam vorwärts zu treiben.

Kontakt *AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau, Spendenkonto: Postgiroamt Dortmund, BLZ: 440 100 46, Kto. Nr.: 31712469, G. Wesker, Sonderkonto Arbeitskreis.*

FEIERT AUF BRISANTES GESCHMIERT DEN AUSSTIEG

KKN: Wildwest gegen Gerichte Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke: Nachgeschobener Sofortvollzug für Reaktorabriß verantwortungslos und unhaltbar

Das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke hält die vom Bayerischen Umweltministerium nachgeschobene Erlaubnis, das stillgelegte Atomkraftwerk Niederaichbach bei Landshut nun sofort abzureißen, obwohl über die laufenden Klagen gegen das Abrißprojekt noch nicht entschieden ist, für eine ungeheuerliche Mißachtung von betroffenen Bürgern, Gemeinden und unabhängigen Gerichten.

Gegen die vor über einem Jahr erteilte Abrißgenehmigung, die sofortige Volziehbarkeit einschloß, hatten das Bürgerforums-Mitglied Franz Kohout aus Nierderaichbach sowie die Gemeinde Niederaichbach und die Stadt Landshut Klagen eingereicht. Entgegen den Erwartungen der bayrischen Umweltbürokratie und der Atombetreiber erklärte sich Anfang Dezember 1986 das Regensburger Verwaltungsgericht für zuständig zur Entscheidung über die Klage des Niederaichbachers Gemeindebürgers, wodurch ein langjähriger gerichtlicher Zuständigkeitsstreit und ein Klageerfolg wahrscheinlich wurden.

Dies ist der Hintergrund für die abenteuerliche Wildwestaktion der Bayrischen Staatsregierung und ihres obersten Umweltschützers Dick, durch die diese wieder einmal vollendete Tatsachen schaffen sowie Bürgerklagen und die Entscheidung unabhängige Gerichte unterlaufen wollen.
Denn in der Begründung zur nachgeschobenen Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit für das unsinnige, gefährliche und teuere Abrißvorhaben finden sich keinerlei neue oder überzeugende Gründe — höchstensfalls entlarvende:

Obwohl für den gesetzlichen Ausnahmefall des Sofortvollzugs derartiger Behördengenehmigungen ausschließlich überwiegende öffentliche Interessen herangezogen werden dürfen, geniert sich das Umweltminsterium nicht, die „privaten Interessen" der Betreiber und Abrißfirmen anzuführen und höher einzustufen als das Interesse der Kläger und der Bevölkerung an einer gerichtlichen Überprüfung und möglichen Verhinderung des Abrißprojekts. Außerdem wird entgegen den Einwendungen tausender von Bürgern und entgegen den Ergebnissen eines Gutachtens des Öko-Instituts Freiburg-Darmstadt dreist behauptet, daß keinerlei „signifikante" zusätzliche radioaktive Belastung der Bevölkerung durch den sofortigen Reaktorabriß möglich sei.
Diese Begründung ist umso fadenscheiniger, als sie nicht bereits vor einem Jahr zusammen mit der Abrißgenehmigung, sondern erst nach dem für Dick und seine Atomfreunde ungünstigen Prozeßverlauf bemüht wurde. Es hätte gerade dem Umweltministerium gut angestanden, den Ausgang der gerichtlichen Genehmigungsüberprüfung abzuwarten, zumal die Radioaktivität des Abrißreaktors und damit das gesundheitliche Risiko für die Bevölkerung von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Gegen den unverantwortlichen Nachschuß aus dem Vollstreckungsministerium der Atombetreiber wird selbstverständlich unser Kläger Franz Kohout mit unserer vollen Unterstützung und allen rechtlichen Mitteln vorgehen. Wir sind davon überzeugt, daß die zuständigen Gerichte sich von der durchsichtigen Kraftprotzerei aus München nicht beeindrucken lassen.

(Presseerklärung des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke)

Öko-Chaoten haben zugeschlagen

Das Ziel

In Geesthacht liegt das GKSS-Forschungszentrum, ein öffentliches Institut, das zu 90% vom Bund und zu 10% vob den norddeutschen Küstenländern finanziert wird. Der Name ist die Abkürzung für "Gesellschaft für Kernernergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt", und ein einziges atomgetriebenes Handelsschiff, die "Otto Hahn", hat die GKSS auch zustande gebracht, einige Jahre betrieben und schließlich ziemlich sang- und klanglos wieder von den nuklearen Anlagen trennen und und auf konventionellen Antrieb umbauen lassen.

Die Bearbeitung des Schrottes der "Otto Hahn" führte die Firma Noell durch, die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehört. Als Noell mit dem Schiffsschrott bei der GKSS fertig war, waren gerade einige hundert Tonnen verstrahlter Schrott im AKW Brunsbüttel angefallen. Eine Zeitlang wurde überlegt, bei der GKSS ein "Entsorgungszentrum Nord" für Atomschrott zu eröffnen. Das wurde dann zwar nicht realisiert, aber unter offensichtlich dubiosen Bedingungen erhielt die Firma Noell von der GKSS die Halle weiter zur Pacht und nahm einen Auftrag zur Dekontamination von acht großen Behältern aus dem AKW Brunsbüttel an.

Durch einen bemerkenswerten Hinweis bin ich auf die Existenz der Dekontaminationshalle bei der GKSS gestoßen. Wegen des Informationschutzes war es jedoch nicht möglich, anhand des ersten Hinweises an die Öffentlichkeit zu gehen. So entstand dann in Gesprächen mit der Gruppe "Radioaktivität und Umwelt", den "Grünen Geesthacht" und "Robin Wood" die Idee, mit einer geeigneten Aktion auf die Atomschrottbearbeitung und die gesundheitsschädlichen Zustände hinzuweisen.

Bericht von der Aktion am 30. Juni 1987

Wir rüsteten uns mit Strahlenschutzanzügen, Überschuhen, Meßgeräten, Probevorrichtungen sowie einem fingierten Ausweis aus. Der Ausweis, der uns als "Sicherheitsbeauftragte der RWA" (= Robin Wood Aktionsgruppe) kennzeichnete und somit völlig den Tatsachen entsprach, wurde deutlich sichtbar am Strahlenschutzanzug angebracht und verlieh uns das offizielle Aussehen.

Wir wurden von zwei VW Bussen zu einem vorher ausgekundschafteten Loch im Zaun des GKSS-Geländes gefahren und beeilten uns, so schnell wie möglich hindurchzuschlüpfen und im Gebüsch zu verschwinden. Wir sammelten uns nach Erklettern des Abhanges auf einer stillgelegten Eisenbahntrasse. Dort, gut im Gebüsch verborgen, zogen die letzten ihre Strahlenschutzanzüge an, und wir formierten uns zu einem Zug entlang der Schienen bis zu einem Tor, das wir noch überklettern mußten. Zu diesem Zweck hatten wir eine Aluleiter dabei. Das letzte Stück entlang der Eisenbahnschiene war von der Seite des GKSS-Geländes her gut einsehbar. Es liegen dort Institutsgebäude, zu denen eine Straße führt. Der Zufall wollte es, daß GKSS-Beschäftigte im Auto gerade dort vorbeifuhren, als der erste Teil unserer knapp zwanzigköpfigen Gruppe über das Tor turnte, in den weißen, weithin leuchtenden Strahlenschutzanzügen natürlich äußerst auffällig. Die beiden Männer stiegen aus und liefen auf uns zu. Ich war gerade oben auf dem Tor angekommen, als die Männer angerast kamen und laut schimpend wissen wollten, was hier vor sich gehe. Als aber Klaus, ganz in der Rolle des Bosses, Autorität verkörpernd zu ihnen sagte, "Guten Tag, Strahlenschutzkontrolle, alles in Ordnung, machen Sie sich keine Gedanken!", zogen sich die GKSS'ler sofort zurück, bedankten sich für die Auskunft und verabschiedeten sich. Durch den Vorfall natürlich etwas nervös geworden, legten wir eilig den kurzen Weg bis zur Halle zurück.

Klaus und Henry von "Robin Wood", zuständig für die Leitung des Projekts, erklärten den Arbeitern, daß wir eine unangemeldete Strahlenschutzkontrolle machen wollten. Die Arbeiter hielten uns sofort für echt und kamen allen Aufforderungen nach, z.B. ihre Maschinen abzustellen, aus den Abschleifzelten hervorzukommen, uns ihre Arbeitsplätze zu zeigen und Fragen zu beantworten. Conny von der Frauenfraktion beteiligte sich an der Befragungsaktion und und machte mit ihrem vorbereiteten Protokoll, auf dem die Fragen sauber abgehakt wurden, einen äußerst seriösen Eindruck. Roland sicherte Proben, und ich maß die radioaktive Kontamination der Oberflächen der in der Halle vorhandenen Gegenstände. Zwei Fotografen, die ebenfalls dabei waren, machten ausgezeichnete und zahlreiche Aufnahmen von den Arbeitsplätzen, den Maschinen und Schrottstücken. Auch ein Videofilm wurde gedreht.

Ein anderer Teil der Gruppe nahm unterdessen den Schrottplatz außerhalb der Halle in Augenschein., ebenfalls mit Meßgerät. Diese AktivistInnen hatten außerdem die Aufgabe, die Proben aus der Halle auf dem schnellstmöglichen Weg über die Zäune den Hang hinunter zur Elbuferstraße zu transportieren, um einer eventuellen Beschlagnahme auszuweichen und um sie sehr schnell zur Messung bringen zu können. Dieses rechtswidrig entwendete Material (es handelt sich laut Strahlenschutzverordnung um den unbefugten Umgang mit radioaktiven Substanzen) wurde dann unter parlamentarischem und juristischem Beistand ins Physikalische Institut der Universität Hamburg gefahren.

Unser Treiben dauerte nun nicht sehr lange – nach etwa 20 Minuten erschienen ein paar Männer vom GKSS-Werkschutz, vermutlich von denjenigen alarmiert, die uns am Anfang hatten über den Zaun klettern sehen. Wir wurden aufgefordert sofort die Halle zu verlassen und zu erklären, wer wir seien und was wir dort täten. Nach einem kurzen Gespräch und nachdem nur Henry seine Personalien hatte abgeben müssen, wurden wir ohne jede weitere Verwicklung vom Werkschutz zum Personaleingang des GKSS-Geländes komplimentiert und hinausbefördert, nicht ohne daß wir vorher unsere Strahlenschutzanzügeund Überschuhe als radioaktiven Abfall in einem Plastiksack lassen mußten.

Was wir gesehen und in Erfahrung gebracht haben

Das abschleifen der Schrottstücke geschieht in Zelten, die in der Halle aufgebaut sind. Die Zelte hatten Löcher und waren teilweise notdürftig geklebt. Oben an den Zelten gibt es eine Absaugungsanlage für den radioaktiven Metall- und Roststaub, die nach Filterung der Luft wieder in die Halle zurückführt. Wieviel von dem feinen Staub dadurch in der ganzen Halle verteilt wird (bemerkenswerterweise war der Boden im Abschleifzelt weniger radioaktiv, als alle sonst gemessenen Stellen in der Halle), ist die eine Frage; zum zweiten ist die ganze Einrichtung ein Skandal, da es längst Werkzeugmaschinen mit Absaugung direkt an der Maschine gibt, die an Arbeitsplätzen mit gesundheitsgefährdenden Stäuben oder Dämpfen eingesetzt werden. Ohne eine solche gezielte Absaugung aber werden die Arbeiter ersteinmal durch und durch, bis aufs Unterhemd und die Haut verschmutzt. Denn sie tragen natürlich keine staubdichten Einmal-Strahlenschutzanzüge wie wir sie anhatten, weil diese bei so schwerer Arbeit sofort reißen würden. Die Arbeiter haben eine ganz gewöhnliche Schlossermontur an, die natürlich weder staubdicht ist, noch den Körper ganz bedeckt; viele Overalls waren außerdem reichlich löchrig. In dem Abschleifzelt tragen die Arbeiter Atemschutzmasken – die Filter werden gewechselt, so die Aus-

sage eines Arbeiters, wenn sie keine Luft mehr kriegen. Außerhalb der Zelte werden keine Atemschutzmasken getragen, obwohl die Luft dort auch reichlich staubig ist. Mit Schweißbrennern werden die großen Teile auseinandergetrennt, oft auch außerhalb der Abschleifzelte.
Daß bei solcher Erhitzung das Material teilweise verdampft und Radioaktivität in feinster Verteilung freigesetzt wird, ist bekannt. Manche Schrottstücke werden in einem Säurebad von der oberflächlich festsitzenden Radioaktivität befreit. Das Säurebad befindet sich mitten in der Halle und ist ein vergammelter Behälter mit einer undurchdringlichen Brühe darin, in der die Arbeiter manchmal mit Gummistiefeln stehen und arbeiten. Ein sehr stark verstrahltes Teil (das Flächenkontaminationsgerät zeigte rund 500.000 Bq/m^2 – erlaubt sind im radioaktiven Kontrollbereich 370.000 Bq/m^2) wurde außerhalb eines Zeltes von einer automatischen Säge durchtrennt – die Späne fielen auf den Boden.
Wer nun annimmt, daß es Umkleide- und Waschräume für die Arbeiter gäbe, damit diese den radioaktiven Staub wenigstens nicht nach Hause tragen, irrt sich. In einem etwas entfernten GKSS-Gebäude gibt es zwar Duschen; aber dieses Gebäude ist oft schon abgeschlossen, wenn die Arbeiter ihre 10-Stunden-Schichten beendet haben. Kaum zu glauben, aber wir sahen es mit eigenen Augen: Vor der Halle steht ein rostiges Eisenfaß mit einem darüber aufgehängten Wasserschlauch, und das schmutzige Wasser läuft über den Rand auf den Boden – das ist die Waschgelegenheit für Arbeiter, die mit radioaktivem Staub umgehen müssen. Eine völlig vergammelte, offensichtlich ewig nicht benutzte Duschecke im Eingangsbereich der Halle war uns schon bei unserer Vorbesichtigung aufgefallen – sie war vollgestellt mit Kartons und Plastiksäcken voller Überschuhe und ähnlichen Gerätschaften. Nach der Aktion zu den nicht vorhandenen oder nicht funktionsfähigen Waschgelegenheiten befragt, gab der Hallenleiter von der Firma Noell von sich, daß es ja gar keiner Waschgelegenheiten bedürfe, denn die Dusche sei ja nur dann nötig, wenn Arbeiter unzulässig kontaminiert worden seien, und das sei eben nie der Fall. Wie die Arbeiter im Winter wenigstens ihre Hände waschen konnten, als das Faß vor der Halle eingefroren war, ist ein Rätsel.

Die GKSS wies nach der Aktion alle Verantwortung für die Zustände in der Halle zurück – laut Vertrag sei sie nur für den Außenbereich zuständig. Und hier liegt der nächste Skandal. Denn hier wird offensichtlich Umweltschutz gegen Arbeitsschutzausgespielt. Damit keine Radioaktivität nach außen dringt, ist die Halle hermetisch abgeschlossen, die Türen sind z.B. mit Dichtungsstreifen versehen. Fenster gibt es nicht, eine Lüftungsanlage auch nicht. Daß im Sommer Temperaturen von 50 bis 60 °C auftreten und noch obendrein in engen Zelten mit Schweißbrennern hantiert werden muß, ist kaum glaublich, aber wahr. Und außerdem: das mit der Verschleppung radioaktiven Staubes wird wohl nicht so eng gesehen. Das am Eingang eines radioaktiven Kontrollbereiches unvermeidliche Fuß- und Handkontaminationsmeßgerät, das meisten eine Personenschleuse steuert und den Durchgang nur freigibt, wenn Füße und Hände sauber war offensichtlich von Anno Tobak und stand , unverkennbar lange unbenutzt, in der hintersten Ecke im Eingangsbereich der Halle. Benutzung, jedenfalls freiwillig – gibt es nicht.

Wie erwartet wiesen unsere Proben – Schrottstückchen, Brennschlacke, abgewischter Staub, ein benutzter Überschuh – viele Tausend Bq Kobalt-60 auf, in weit geringerer Menge auch die seit Tschernobyl wohlbekannten Caesiumisotope.

Kobalt-60 ist ein radioaktives Element mit eine Halbwertszeit von 5 Jahren. Wegen seiner harten Gammastrahlung wird es in der Medizin zur Zerstörung von Krebszellen verwendet. Die Existenz eines weiteren, aber sehr schwer nachweisbaren Elements, nämlich Eisen-55, das Röntgenstrahlung aussendet, konnte schon sicher festgestellt, aber noch nicht quantifiziert werden. Die Atommafia ist trotz allem gut abgesichert: laut Strahlenschutzverordnung ist für Atomarbeiter eine jährliche Aufnahme von 820.000 Bq Kobalt-60 in die Lunge erlaubt!

Der bearbeitete, aber trotzdem noch strahlende Schrott gelangt in den normalen Schrotthandel – wie bekannt wurde, zu der Firma Thyssen und Sonnenberg am Haferweg in der Nähe des S-Bahnhofes Diebsteich. Ohne die sprichwörtliche strahlende Bratpfanne bemühen zu müssen ganz bestimmt gibt es längst im Handel normale Gebrauchsgegenstände, in die Atomschrott eingearbeitet ist.

Folgen der Aktion

Ein großes Presse- und Medienecho und rotierende Behörden war unser erster Erfolg. Grüne parlamentarische Aktivitäten in der Ratsversammlung Geesthacht, dem Kreistag Ratzeburg und nicht zuletzt in der Hamburger Bürgerschaft folgten und sind noch geplant. Eine der beteiligten Leiharbeitsfirmen zog ihre Leute ab. Ein riesiges Schrubben und Aufräumen war in und außerhalb der Halle zu beobachten, denn viele Delegationen von Behörden, TÜV, Berufsgenossenschaft besuchten nach der Aktion den Ort des Geschehens. Robin Wood hat Strafanzeige gestellt.
Ob die Firma ihrerseits Strafanzeige gegen Robin Wood stellt, bleibt abzuwarten, kann jedoch vermutet werden. Durch die Aktion bekamen wir auch Kontakt mit Menschen, die gegen den Abriß des AKWs Niederaichbach kämpfen (dort wird eine Schrottlawine von gigantischen Ausmaßen verursacht). Ebenso kamen wir in Kontakt mit einer Bürgerinitiative in Duisburg, die dort gegen eine Dekontaminationsanlage von Atomschrott aktiv ist.

Rosemarie Rübsamen, Energiereferentin bei der GAL-Bürgerschaftsfraktion HH
(der Artikel wurde von uns gekürzt, d. Red.)

Fotos: B.lei(der nicht eingetroffen)

Atomüll-Zwischenlager im Karlsruher Rheinhafen

Durch einen anoymen Anruf kam es an die Öffentlichkeit und selbst das städische Umweltamt hatte vorher von nichts gewußt: auf zwei Plätzen im Rheinhafen (Hochbahnstr. 1 und Hansastr. 33) hat die Gesellschaft für Nukleartechnik (GfN) Zwischenlager für Atommüll angelegt und dafür sogar eine Genehmigung vom Gewerbeaufsichtsamt bis zum Jahre 1990 bekommen. Dabei müssen die Lagebewegungen der Aufsichtsbehörde lediglich „innerhalb eines Monats nachträglich" gemeldet werden, was die Kontrolle der Einhaltung von Grenzwerten ebenso ad absurdum führt wie das Faktum, daß die Dosimeter am Zaun lediglich halbjährlich ausgewertet werden. Angesichts der Tatsache, daß diese Lager sich auf dem Gebiet einer Großstadt befinden, das Lager in der Hochbahnstr. nach dazu in unmittelbarer Nähe eines Großtanklagers, und der Atommüll unter freien Himmel ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen gelagert ist, halten wir dies für absolut unverantwortlich.

Hinzu kommt, daß die von der LfU am 2.7. gemessenen Werte auf ein Vielfaches der zulässigen Jahreshöchstdosis am Zaun von 150 mrem hinweisen (2,6 rem/a) und selbst im öffentlichen Staßenraum neben dem Lager Hochbahnstraße eine weit überhöhte Strahlung festzustellen ist. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Strahlenschutzverordnung und stellt ein unverantwortliches Vorgehen der betreffenden Betreiberfirma sowie des Gewerbeaufsichtsamtes als Genehmigungsbehörde dar. Atommüll muß an durch Atomgesetz vorgeschriebenen sicheren Lagerstätten gelagert werden. Das wäre in diesem Fall das als Landessammelstelle ausgewiesene Gelände des Kernforschungszentrums in Leopoldshafen.

Daß man von Seiten der Atomtransportwirtschaft nunmehr dazu übergeht auf völlig ungeeigneten und unfallträchtigen Geländen Atommüll über längere Zeit zwischenzulagern,ist a) ein Hinweis auf die überquellenden Atommüllberge, wobei es bis heute keine gesicherte Endlagerung gibt und b) ein Versuch, Atommüll praktisch wie Hausmüll zu behandeln mit immensen Gefährdungspotentialen für Bevölkerung und Beschäftigte der Transport- und Lagerfirmen. Gerade sie sind im besonderen Maße den immer mehr erkannten Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung ausgesetzt, oft falsch informiert und mangelhaft ausgebildet.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, unverzüglich die Genehmigung für die Betreibung von Atommüll-Zwischenlagern in Karlsruhe zu widerrufen und die Strahlenmüll-Lager im Rheinhafen aufzulösen.

ATOMMÜLL RAUS AUS KARLSRUHE

MÜLHEIM-KÄRLICH !

Dienstag, 11.8.87, 11.00 Uhr, AKW Mühlheim-Kärlich.
Spaziergänger, die zufällig in der Nähe sind schrecken hoch. Alarmsirenen heulen auf, Feuerwehrfahrzeuge rasen über das Gelände. Ein Strahlenmesstrupp (2 Personen) in voller Ausrüstung verläßt das AKW-Gelände und entnimmt am nahen Rheinufer Wasserproben.

Was war passiert? Langsam und über Umwege findet die Nachricht zu den örtlichen Bls.
Mittwoch, 12.8.87
Die ersten Anrufe im AKW. Der Sicherheitsdienst weiß von nichts. Kein Dementi, keine Bestätigung. Die Anrufe häufen sich. Der Sicherheitsdienst — er kann wohl den Anrufen nicht ausweichen — wandelt sich: „Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich, Putzstelle. Ich weiß kein Bescheid". Vertröstung auf Donnerstag morgen.
Nun endlich, Donnerstag 9.30 Uhr,
die erste„fundierte" Antwort. AKW-Direktor Horst Gutmann dementiert und schreibt die Beobachtung von Dienstag einer „regen Phantasie von Kernkraftgegnern" zu. In der zuständigen Aufsichtsbehörde von Rheinland-Pfalz ist mensch entweder noch nicht so dreist, oder das Chaos und damit der vermutete Zwischenfall hat doch größere Dimensionen. Auf Nachfragen der Presse räumt das Mainzer Umweltministerium ein, daß ein Vorratsbecken für Borwasser übergelaufen sei. Es habe ein Leck in irgendeinem System gegeben. Natürlich bestünde keinerlei Gefahr für die Bevölkerung. Zu den geschilderten Beobachtungen von Dienstag wollte die Pressestelle nichts sagen.

Nach Rücksprache mit einem Experten des Ministeriums, der sich am Mittwoch rein zufällig im AKW befunden habe, erklärte sie, es hätte eine routinemäßige Übung der Feuerwehr stattgefunden. In einem späterenGespräch mit dem Experten, Dipl. Ing. Wirts, bestreitet dieser die Aussagen der Pressesprecherin bzgl. eines Lecks. Es laufe alles normal. Dieser Meinung ist auch die AKW-Direktion. Dr. Grau geht jedochauch diesmal soweit, eine Feuerwehrübung für Mittwoch zuzugeben.

Das Problem bleibt: Beobachtet wurden Alarm, Feuerwehrübung und Strahlenschutztrupp nicht Mittwoch, sondern Dienstag, zur Zeit des inzwischen zugegebenen Zwischenfalls im AKW. Einen Versuch der ‚Klärung' machte das Mainzer Umweltministerium dann Freitag, den 14.8. mit einer Presseerklärung. Die Varianten ‚harmloser Zwischenfall am Dienstag' und ‚Feuerwehrübung am Mittwoch' werden aufrechterhalten.

Die Widersprüche nehmen kein Ende. In einem Rundfunkinterview (SWF 1) bestätigte AKW-Direktor Horst Gutmann überraschend die Zeugenbeobachtungen von Dienstag, bis in die zeitlichen und örtlichen Details. Von einem Zwischenfall ist allerdings keine Rede. Sein Kollege, Dr. Grau, kann sich in einem Telefongespräch mit den Grünen Rheinland-Pfalz zu einer detaillierten Bestätigung v.a. der Wasserprobeentnahme nicht durchringen. Er findet aber zu der genialen Variante,Feuerwehrübungen sowohl für Dienstag als auch für Mittwoch zu bestätigen.

zu Mühlheim-Kärlich siehe auch S. 50

Schacht Konrad

Die von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) beim Umweltministerium in Hannover vorgelegten Antragsunterlagen, auf Errichtung und Betrieb der Schachtanlage Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle, sind nach Auffassung der für die Stadt Salzgitter tätigen Gutachter in einer Reihe von Plankapiteln unvollständig und nicht nachvollziehbar.

Zu diesem Ergebnis kommen das Ingenieurbüro„Dr.Pieles und Dr.Gronemeier Consulting GmbH" aus Kiel, das „Battelle-Institut" in Frankfurt und die „Gruppe Ökologie" in Hannover nach mehrmonatiger Prüfung und Bewertung der Antragsunterlagen.

Das auf Sicherheitsstudien für unterirdische Atommüllager spezialisierte Kieler Ingenieurbüro kommt zu dem Schluß, daß die Antragsunterlagen„**generell mangelhaft**" sind. Die PTB stelle ihre zugrunde liegenden Überlegungen nur in groben Zügen dar, bei den Detailaspekten sei es oftmals unmöglich zu entscheiden, ob Annahmen getroffen würden oder ob geprüfte Daten vorhanden seien. Darüberhinaus sei die geologische Situation des Standortes nicht immer in geeignet nachvollziehbarerweise dargestellt. Im Rahmen der Langzeitsicherheitsanalyse kommen die Gutachter aus Kiel zu dem Schluß, daß die Grundwassermodellberechnungen nicht dem internationalen Standard entsprechen.

Für die Gruppe Ökologie hat die PTB **„wesentliche sicherheitsrelevante Aussagen"** überhaupt nicht begründet. Entscheidene Aussagen des PTB-Planes seien mangels ausreichender Dokumentation von Untersuchungsverfahren, Berechnungen und Ergebnissen kaum zu überprüfen.

Auch das Battelle-Institut ist der Auffassung, daß in manchen Fällen eine Beurteilung von Aussagen nicht möglich sei, weil seitens der PTB in den Unterlagen lediglich die Absicht formuliert worden sei, nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu arbeiten, ohne daß angegeben wurde, wie dieses Ziel erreicht werden solle.

Die zuständigen Stellen der Stadt Salzgitter kommen nach erster Sichtung der Gutachten zu dem Schluß, daß die Planfeststellungsunterlagen erheblich überarbeitet werden müßten und daher der Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses völlig offen erscheine.

Philippsburg ins Gerede bringen

Seit 1983 klagen Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg-Waghäusel e.V. (BIU) mehr oder weniger auf sich allein gestellt gegen die geplante Kompaktlagerung in Block II des Kernkraftwerkes.
Nachdem das Verwaltungsgericht Karlsruhe den Betreibern des Reaktors erstinstanzlich Recht gegeben hatte und demzufolge die Kompaktlagerung seit Ende 1986 eigentlich möglich wäre, hat sich die BIU trotz erheblicher finanzieller Bedenken und Risiken entschlossen, in die Berufung zu gehen, um so die geplante Kompaktlagerung vielleicht doch noch verhindern zu können - zumindest sie aber zeitlich noch einmal hinauszuzögern.
Die Berufungsverhandlung vor dem Verwaltungsgericht Mannheim steht unmittelbar bevor. Aus diesem Grunde haben die GRÜNEN in der Region um Philippsburg eine Kampagne gestartet, die Philippsburg "ins Gerede" bringen und die Arbeit der BIU massiv unterstützen soll.
Eine Ausfallbürgschaft des GRÜNEN Landesverbandes Baden-Württemberg wurde mittels eines Antrages auf einer Delegiertenversammlung erreicht und auch die GRÜNEN vor Ort haben finanzielle Unterstützung zugesagt.
Dies war auch deshalb notwendig geworden, weil die Prozeßkosten BIU für die kommende Berufungsverhandlung nicht mehr allein durch den Verkauf sog. "Anteilsscheine" abgedeckt werden können. Zudem ist damit zu rechnen, daß für die Berufungsverhandlung Gutachten erforderlich werden, die die finanziellen Kräfte der BIU bei weitem übersteigen.

Aushebelung geltenden Rechts

Die Genehmigung der Kompaktlagerung bedeutet in letzter Konsequenz die "ausgedehnte Zwischenlagerung" von Brennelementen im Reaktor, die im Grunde genommen die Stillegung des AKWs wegen des nicht erbrachten gesetzlich vorgeschriebenen Entsorgungsnachweises hinausgezögert bzw. ganz verhindert.
In Philippsburg kommt aber noch eine Besonderheit hinzu: beantragt wurde von der Betreibergesellschaft auch die Lagerung von Brennelementen aus Block I in Block II. Das widerspricht eindeutig den einschlägigen Regelungen des Atomrechts; denn dort ist der Umgang mit Brennelementen nur insoweit geregelt, als er "betriebsbezogen" notwendig ist. Die Betriebsbezogenheit fällt aber weg, wenn die Brennelemente aus Block I in Block II zwischengelagert werden. Denn für Block II sind nur dessen Brennelemente "betriebsbezogen".
Letztendlich bedeutet das, daß das AKW Philippsburg als "Zwischenlager" für jedes beliebige andere AKW der Bundesrepublik genutzt werden kann.

Aktionstag in Philippsburg

Um das AKW Philippsburg der "Vergessenheit" wieder zu entreißen und ins "Gerede" zu bringen, wollen die GRÜNEN und die BIU einen Aktiostag gegen das Kernkraftwerk und die geplante Kompaktlagerung organisieren. Der Aktionstag soll dazu dienen, die bisherige Arbeit der BIU darzustellen und ihr eine massive und wirksame Hilfe bei ihrer weiteren Arbeit zu sichern.
Der Aktionstag wird am Samstag, den 24.10. 1987 mit einem Sternmarsch zum Reaktor beginnen. Anschließen wird sich eine Kundgebung in Philippsburg sowie eine Arbeitstagung zu Themen wie "Sicherheits- und Entsorgungsprobleme am Beispiel Philippsburg", "Atompolitik in Bund Bd-Württemberg", "Konsequenzen aus zwei Jahren Tschernobyl", "Ausstiegsszenarien" und "Kommunalisierung der Energiepolitik" u.a.
Beendet werden soll der Aktionstag mit einem Kulturspektakel.
Kontakt und weitere Informationen:
BIU Philippsburg, Dieter Groß, Albrecht-Dürer-Str. 4, 7518 Bretten, Tel. 07252/2171
DIE GRÜNEN, Kreisverband Hardt (Schwetzingen), Werner Aust, Egerlandstr. 1, 6838 Reilingen, Tel. 06205/13530

Atommüllkonferenz am 12./13. September in Lingen

80 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet sorgten dafür, daß alle Bundesländer vertreten waren, von Schleswig-Holstein bis Bayern. Ebenfalls anwesend waren Vertreter der Anti-AKW-Bewegung in Holland. In freundlicher Atmosphäre kam eine zum Teil mit äußerst kontroversen Diskussionen verbundene Arbeitstagung zustande.
Die Atommüllkonferenz fordert den Bundesvorstand der Partei "Die Grünen" auf, den Beschluß, die Ausfallbürgschaft in Höhe von 40.000,- DM zugunsten des holländischen Klägers Coen Hamers gegen das AKW Lingen II nicht zu gewähren, unverzüglich zurückzunehmen. Die Klage des Holländers ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Mit dieser Klage ist Lingen II das zur Zeit einzige Baulinie-80-Modell (Lingen II, Ohu II und Neckarwestheim II), das beklagt wird.
Die Atommüllkonferenz verurteilt die am 11.9.87 ergangene Errichtungsgenehmigung für den Kühlturm des AKW Lingen II. Die Tatsache, daß eine Errichtungsgenehmigung nach Fertigstellung dieser Anlage erteilt wird, zeugt von skrupelloser Zusammenarbeit von AKW-Betreibern und Genehmigungsbehörden, um ihre Projekte durchzusetzen.
Ferner fordert die Atommüllkonferenz den sofortigen Stop für einen weiteren Ausbau der Atomanlagen in der Euregio und die sofortige Stillegung der Anlagen in Lingen, Almelo und Gronau. Das derzeit gerichtlich gestoppte Brennelementezwischenlager in Ahaus darf auch zukünftig nicht fertiggestellt werden.
Für die nächste Zukunft sind eine Reihe von Aktivitäten geplant: die Atommüllkonferenz hält es für möglich und sinnvoll, den kommenden Atomtransporten (abgebrannte MOX-Brennelemente aus Süddeutschland über Lübeck nach Schweden) "mehr Aufmerksamkeit" zu schenken. In diesem Zusammenhang findet am 10. Oktober in Hannover eine "Streckenkonferenz" statt. Im Herbst ist ein Urteil des Bundesverfassungsgericht zu befürchten, das das Brennelementezwischenlager Gorleben für zulässig erklärt. Danach ist ab sofort mit Castortransporten zu rechnen. Hierzu findet vom 2.-4.10. in Gedelitz ein Gorleben-Forum statt.
Die Atommüllkonferenz ruft zu massenhafter Unterstützung der Aktionen in Landshut und Wackersdorf auf. Vom 2. bis 4. Oktober richtet sich ein Aktionswochenende in Landshut gegen die Inbetriebnahme von Ohu II und die Abrißgenehmigung von Niederaichbach. Die Herbstaktionen vom 8. bis 10.10. in Wackersdorf richten sich gegen die dortige Wiederaufarbeitungsanlage. Es soll versucht werden, zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Arbeitern der Atomanlage zu kommen. Dabei soll in zwei Richtungen gearbeitet werden: 1. Die Arbeiter zu motivieren, ihren Job aufzugeben. 2. Kritische Mitarbeiter mit Informationen zu unterstützen und von ihnen möglichst Infos aus dem Betrieb zu erhalten.
Die gemeinsamen Gespräche zwischen alten Anti-AKW-Gruppen und "Nach-Tschernobyl"-Gruppen seit der letzten Konferenz in Kassel wurden auch in Lingen fortgesetzt. In Braunschweig soll vom 13. bis 15. November die erste gemeinsame Konferenz stattfinden.
Noch Fragen? Tel.: 0541/78709

Das AKW Mühlheim-Kärlich, zwischen Koblenz und Neuwied am Rhein, ging am 17.Aug.1987 endgültig (?) ans Netz. Es ist das zweite neue AKW, nach Brokdorf im Okt.86, dem die BRD-Regierung nach der Katstrophe von Tschernobyl die Betriebserlaubnis erteilt.
Grund genug, einmal genauer hinzuschauen und dieses AKW, das von der Bewegung bisher etwas vernachlässigt wurde ausführlicher vorzustellen.
Neben den Siedewasserreaktoren, z.B. Stade, muß das AKW Mülheim-Kärlich zu den sicherheitstechnisch neuralgischen Punkten des BRD-Atomprogramms gezählt werden. Umweltminister TÖPFER, damals von Rheinlad-Pfalz, heute der BRD, der dieses Projekt immer mit besonderer Liebe betreute, machte sich bereits vor Tschernobyl Gedanken darüber, wie die Störanfälligkeit des AKW Mühlheim-Kärlich sich nicht zum Nachteil des ach so sicheren BRD-Atomprogramms auswirken möge. Neben sicherheitstechnischen Problemen dieser Reaktorlinie, Stichwort *„HARRISBURG — Reaktor"*, sind die Standortproblematik und das gewählte Finanzierungsmodell des Betreibers RWE von Interesse. Das AKW Mülheim-Kärlich ist u.a. Resultat einer Kapitalfluchtstrategie des BRD-Finanzkapitals in den 70er Jahren.

Die Anfänge des AKW Mülheim-Kärlich

Die Standortsuche der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG für den Bau von AKW's in Rheinland-Pfalz begann im Jahr 1969. Die notwendigen Verbindungen in das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Mainz wurden geknüpft, sodaß im Nov.70 vier mögliche Standorte, alle in der Nähe Weißenturms, feststanden.
Geplant war damals neben dem heutigen AKW Mülheim-Kärlich noch ein weiteres AKW in Bad Breisig, daß jedoch nicht weiter verfolgt wurde. U.a. ermutigt durch die positive Raktion der Verbandsgemeinde Weißenturm, stellte die RWE im Juni71 den Antrag auf Erteilung eines Standortbescheids in der Gemarkung Mülheim-Kärlich. Ab Sept.71 lagen die Unterlagen für die Dauer eines Monats zur Einsicht aus. Einwenungen konnten während dieser Frist erhoben werden. Der Informationsgehalt der Unterlagen war absolut dürftig — weder standen der Reaktortyp fest, noch gibt es Einsicht in das *„Gutachten zur Frage der Erdbebengefährdung für ein Kernkraftwerk im Mittelrheintal zwischen Koblenz und Bonn"* vom 19.März 71, das Dr. Ludwig Ahorner, Hauptobservator an der Erdb ebenstation Bensberg der Uni Köln angefertigt hatte. Dieses Gutachten blieb bis in weite Phasen der konkreten Realisierung des AKW's geheime Verschlußsache. Das Mißtrauen der Bevölkerung war geweckt.
Die Stadt Neuwied beschloß Einspruch einzulegen. Die erst BI, eine Bezirksgruppe „Weltbund zum Schutz des Lebens" organisierte die ersten Proteste: innerhalb eines Monats gehen 10.021 Einsprüche aus der Bevölkerung ein.
Inzwischen hat die RWE ihren Propagandafeldzug für die *„saubere und sichere Kernenergie"* begonnen, hervorragend assistiert von der ortsansässigen Rhein-Zeitung. Wäre die Rhein-Zeitung die hauseigene Werbezeitung des RWE-Konzerns, sie hätte kaum anders berichtet.
Die Hetze gegen die *„Berufsprotestierer"* für die alles nur *„Aufhänger für Klassenkampfideologie"* sei, begann. In den öffentlichen Erörtgerungsterminen mit Regierungsvertretern und so *„unabhängigen"* Wissenschaftlern wie Dr. Linackers (TÜV Köln) u.a. feierte die Arroganz fröhliche Urstände. So stellte der Vorsitzende Ministerialrat Rautenberg lappidar fest, daß es völlig abwegig sei unvollständige oder falsche Informationen der Bevölkerung zum Gegenstand der Erörterung zu machen.
Unliebsame Bürger/innen werden auf Veranstaltungen einfach hinausgeworfen. Originalton von Verbandbürgermeister Massing (Weißenturm):*„Wir sind die gewählten Vertreter der Bevölkerung, Sie sind für mich die APO!"*.
Es gelang Betreiber und Regierung über Jahre hin, wesentliche Informationen, wie zur Frage der Erdbebengefährdung oder zur geänderten Gebäudeanordnung der Bevölkerung vorzuenthalten. Ähnlich wurde mit zugesagten Gutachten, z.B. zur Trinkwassergefährdung oder den 26 Auflagen der Reaktorsicherheitskommission in deren Empfehlung zu Mülheim-Kärlich verfahren: sie wurden nicht in Auftrag gegeben oder nicht erfüllt.
Paralell zur Informationspolitik der RWE und der Rhein-Zeitung entfaltet die Gewerkschaft ÖTV ihre Aktivitäten. Im Sept.72 findet das erste in der BRD durchgeführte Energiekolloquium, eine Tagung des Europäischen Bundes der Freien Gewerkschaften in Bad Breisig statt. Tenor: Die WEG wird von riesiger *„Energie-Lücke"* bedroht. Die personellen Verflechtungen von ÖTV und RWE sind offenkundig, finden aber in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Im Jan.74 beherbergt Koblenz erstaunlicherweise den 1. Europäischen Energie-Kongreß der EG-Gewerkschaften. Die *„Hilfe"* der Gewerkschaften wird noch häufiger gebraucht werden: 1977, nach einem vorläufigen Baustopp springt die IG Bau-Steine-Erden Rh.-Pfalz und Saar in die Bresche und beschwört die drohende Arbeitslosigkeit hunderter von Bauarbeitern. 1979 zur Zeit der Entsorgungsdiskussion veranstaltet die ÖTV eine energiepolitische Arbeitstagung mit 700 Mitgliedern und geladen Gästen, incl. Bundesminister Volker Hauff (SPD) in Lahnstein. Motto:*„Kernenergie ist nicht verzichtbar"*.
Wie es um die gewählten Vertreter der Bevölkerung bestellt ist, kommt durch die „Bürgeraktion Atomschutz Mittelrhein", die zentrale BI der Anfangsphase, an die Öffentlichkeit.D
er amtierende Regierungspräsident Korbach war jahrelang (1966-73) Mitglied im Verwaltungsbeirat der RWE gewesen. Beitragsvergütung: 16.000 DM pro Jahr. Im Febr.76 läßt sich Korbach als einziger Regierungspräsident in den Verwaltungsbeirat der RWE wählen. Durchschnittliche Vergütung jährlich: 15.000 DM. Im Febr.72 wird der Landrat des Landkreises Mayen-Koblenz, Dr. Georg Klinkhammer, in den Aufsichtsrat der RWE gewählt. Er be-

ginnt mit 13.418 DM Aufwandsentschädigung, steigert sich jedoch bald auf 20.000 DM jährlich. Später, 1979, wird Dr. Klinkhammer dann zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung der kommunalen Aktonäre der RWE gewählt. Mit Sicherheit kein Zufall.

Die Versuche, den Widerstand gegen das AKW als ganzes zu diffamieren fruchten nicht im erwünschten Maße. Gegen die zentrale Klägerin im Genehmigungsstreit wird von anderer Seite Druck ausgeübt. 1975 werden völlig überraschend Vorermittlungen wegen Dienstvergehen gegen die Lehrerin Helga Vowinckel eingeleitet. Der Einschüchterungsversuch schlägt fehl. 1977 strengte Frau Vowincke weitere Klagen gegen das AKW an. Einige Monate später werden sie und eine andere Klägerin nachts, in einem vorschriftsmäßig geparkten Auto sitzend, von Polizisten mit vorgehaltener Maschinenpistole, die aus drei Polizeiwagen herausspringen, zum Aussteigen gezwungen. Die Polizei durchsucht das Auto und verlangt die Personalien. Ein schriftlicher Antrag auf Einsicht in den Vorgang wird von der Kriminalpolizei Koblenz abgelehnt. Kurze Zeit später leitet die Bezirksregierung Koblenz zum zweiten Mal Vorermittlungen wegen Dienstvergehen gegen Frau Vowinckel ein, welche im Aug.78 zu einem Dienstordnungsverfahren führten. Mittlerweile ist Frau Vowinckel an Krebs gestorben.

Der Reaktortyp

Anfang 1973 konkretisiert sich endlich etwas im Projekt Mülheim-Kärlich. Die RWE gibt der schweizer Firma Brown, Boveri & Cie AG/Babcock, Brown, Boverie Reaktor GmbH (BBC/BBR) in Mannheim den Auftrag auf Lieferung eines 1.300 MW Druckwasserreaktors. Es handelt sich dabei um einen US-Reaktor der Firma Babcock & Wilcox den die offizielle Atomaufsichtsbehörde NRC im Jan.86 als den störanfälligsten amerikanischen Reaktortyp bezeichnete. So weist diesem Typ ein Katastrophenrisiko von 20 % zu, höher als beim sog. Russischen Roulette).

Aber bereits zur Zeit der Auftragsvergabe war die besondere Unzuverlässigkeit dieser Reaktorlinie bekannt. Bereits 1972 war ein schwerer Unfall in einem Prototypreaktor von Babcock & Wilcox bekannt geworden. Auch die Reaktorsicherheitskommission konnte sich 1973 überhaupt nicht für den BBR-Reaktor begeistern und verlangte entsprechende Funktionsnachweise **vor** der ersten Teilgenehmigung.

Anfang 1974 kam es zu einem schweren Kühlmittelverlustunfall in einem weiteren AKW von Babcock & Wilcox in den USA. 220.000 Liter hochradioaktives Kühlwasser aus dem Primärsystem liefen in das Reaktorgebäude und mußten in einen See abgelassen werden. Drei Tage später macht die Reaktorsicherheitskommission 26 Auflagen für das AKW Mülheim-Kärlich und fordert experimentelle Nachweise für Notkühlsysteme.

Eine geheime Studie der US-Atomenergiekommission über die Unzuverlässigkeit von Babcock & Wilcox-Reaktoren wird bekannt. Eine Statistik führt für knapp 15 Jahre Gesamtbetriebszeit 79 Unfälle auf. Die Antwort von Wirtschaftsminister Hilkenbrinks lautet:*„fachkundige Firma baut bewährten Reaktortyp"*, getreu dem Motto: da müssen wir jetzt durch. Hinter den Kulissen wird allerdings anders gedacht. Die Staatskanzlei in Mainz

schreibt in einer Aktennotiz (2.10.74):*„Es stimmt offensichtlich, daß die Herstellerfirma Babcock und Wilcox bisher keine Erfahrung hat im Bau von Reaktoren der in unserem Lande anstehenden Größenordnung. Das Unternehmen Brown, Boveri & Cie AG in Mannheim, das diesen bei uns erstellt, hat bisher überhaupt keine Erfahrung im Bau von Leichtwasserkernkraftwerken. Die Meldungen dieser Tage über Stillegungen von Reaktoren in den USA machen doch wohl deutlich daß das Risiko weitaus größer ist als man dies uns hier vorstellt".*

Die Staatskanzlei dränge sich der Verdacht auf, daß Rheinland-Pfalz als *„Versuchskaninchen"* dienen soll.

Trotz allem wird am 9.1.75 die erste Teilgenehmigung erteilt. Bis heute gehen die Unfälle in Babcock & Wilcox-Reaktoren weiter. Der schwerste erfolgte 1979 in HARRISBURG. Alle Nachbesserungen, auch im weitgehend baugleichen AKW Mülheim-Kärlich müssen laut NRC und einer Studie des ÖKO-Instituts als gescheitert betrachtet werden. In den USA ereigneten sich nach HARRISBURG noch zwei schwere Unfälle in Babcock & Wilcox-Reaktoren, die beide seither stilliegen. Die amerikanische Atomaufsichtsbehörde NRC ist mittlerweile der Ansicht, daß eine neue sicherheitstechnische Überprüfung dieses Reaktortyps notwendig ist.

Interessant ist auch, das entsprechende Computersimulationsmodelle für Anlagen mitGradrohr-Dampferzeuger noch entwickelt werden müssen.

Gerade diese Konstruktion des Dampferzeugers wird neben den zu kleinen Druckhaltern und der unzureichenden Zuverlässigkeit der Meß- und Regelsysteme als konkretes Sicherheitsdefizit genannt. Gradrohrdampferzeuger haben im Vergleich zu U-Rohr Dampferzeugern eine wesentlich geringere Wärmekapazität, mit der Folge, *„daß es bei Störungen in der Wärmeabfuhr schneller zu Druch- und Temperaturänderungen im gesamten Kühlsystem und damit auch im Primärkreislauf kommt"*. (Dipl. Lothar Hahn/Dipl. Phys. H. Kumm, ÖKO-Institut Darmstadt, Untersuchung von Unfallrisiken des AKW Mülheim-Kärlich, 87).

Hinzu kommt, daß das AKW Mülheim-Kärlich als einzige BRD 1.300 MW-Anlage nur zwei statt vier Dampferzeuger besitzt. Einen weiteren Gefahrenpunkt stellt der für die Heizrohre der Dampferzeuger verwendete Werkstoff dar, der Überproportional stark zu Leckagen und Brüchen neigt.

Ein weiterer Schwachpunkt ist der Reaktordruckbehälter. Er besteht au einem Feinkornbaustahl (22 Ni Mo Cr 37), von dem seit 1975 bekannt ist, daß er als Grundwerkstoff für Reaktordruckbehälter und ander Komponenten des Primärkreislaufs von Druckwasserreaktoren nicht geeignet ist (vgl. 1/24).

Im Ergebnisprotokoll der Reaktor-Sicherheitskommission (138. Sitzung, 11.Okt.78) wird über Reparaturen des Reaktordruckbehälters des AKW Mülheim-Kärlich berichtet:*„Drei weitere Stellen wurden von außen repariert, wobei eine Reparaturstelle von 2.200 mm Länge und 232 mm Tiefe und zwei kleinere mit Längen bis zu 240 mm und 250 mm entstanden"*. Im weiteren wird noch über erhebliche Ausbesserungen bei den Rundnähten des RDB's berichtet.

Der Standort

Wie bereits erwähnt existierte bereits seit dem 19.3.71 das Gutachten von Dr. Ahorner, das den Standort Mülheim-Kärlich für denkbar ungeeignet erklärte. Vor allem wurde davor gewarnt, das AKW über dem Tagesausstrich einer geologischen Verwerfung zu errichten. Bohrungen zeigen sehr bald , daß sich ganau unter dem vorgesehenen Standort eine Erdbebenverwerfung befindet. Da jedoch über diese Fakten strenges Stillschweigen bewahrt wird kann die Öffentlichkeit auf dem angesetzten Erörterungstermim am 15.11.73 keine entsprechenden Einwände vorbringen. In voller Kenntnis der Bodenverhältnisse wird somit von der Genehmigungsbehörde am 9.1.75 die 1. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt. Der RWE war natürlich klar, daß an diesem Standort mitten über einer erdbebengefährdeten Verwerfung die genehmigte Bauweise nicht durchführbar war. So wird einfach die Gesamtanordnung des AKW geändert.

Nachdem der TÜV Rheinland eine *„Gutachterliche Stellungnahme zur Änderung der Gesamtanordnung der Gebäude des 1.300 MW-Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich"* nachgereicht hatte, sah auch der Bundesinnenminister keine Veranlassung mehr das neue Reaktorkonzept erneut zu überprüfen.

Der ursprünglich geplante Kompaktbau wurde auseinandergezogen, so daß zwischen Reaktorgebäude und Schaltanlagengebäude/Maschinenhaus eine 12 m breite Gasse liegt, genau über der Verwerfungslinie. Im Juli 1977 wurde dann mit der 2. Teilgenehmigung die Gesamtanordnung der Gebäude — diesesmal in der geteilten Bauweise — zum zweiten Mal genehmigt. Die 1. Teilgenehmigung über die Kompaktbauweise wurde allerdings nicht aufgehoben

Auf Grund eines Beschlusse des Bundesverfassungsgericht vom 20.12.79 mußte allerdings die 2. Teilgenehmigung zurückgezogen werden. Wegen der Schwere der Veränderungen wurde eine neue 2. TG mit Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren erlassen. Da durch den Bau des AKW's bereits Fakten geschaffen waren und ein Abriß nicht zur Debatte stand, konnten begründete Einwendungen nicht mehr in die Tat umgesetzt werden.

Zur gleichen Farce wie das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren wurde dann auch die Klage gegen die 2. TG (neu). Die Anfechtung der Standortwahl wurde mit besonderer Delikatesse abgebügelt: Die Gutachter von RWE, BBC und Hochtief wurden einfach von der Genehmigungsbehörde als unabhängige Sachverständige herangezogen. Anschließend fungierten sie dann noch als Gutachter ihrer eigenen Gutachten. Danach schien es weltweit keinen günstigeren Standort für AKW's zu geben als Mülheim-Kärlich.

Nicht nur die geologischen Verhältnisse, auch Metereologie und die Unmöglichkeit, das Neuwieder Becken mit seinen 350.000 Bewohner/innen zu evalkuieren, machen den Standort laut ÖKO-Institut (1/61) zu einem der ungünstigsten AKW-Standorten der Welt. Die windarmen Wetterlagen in diesem Becken führen im Falle eines größeren Unfalls zu extrem hohen Strahlungskonzentration, die den Bewohnern keine Überlebenschance lassen.

Foto: JOKER Ausschnitt

Foto: JOKER Ausschnitt

Das Finanzierungsmodell

Das hartnäckige Interesse der RWE, mit dem sie über alle Widrigkeiten hinweg das AKW-Projekt durchboxten, liegt z.T. auch in dem hier erstmals gewählten Finanzierungsmodell begründet: eine der Varianten westdeutscher Kapitalfluchtstrategien in den 70er Jahren.
Die "Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG" (RWE) - größter privatwirtschaftlicher Stromerzeuger und -händler Europas - , die beiden BRD-Großbanken Deutsche Bank und Dredner Bank plus Schweizerische Kreditanstalt Zürich (SKA) als ausländisches Alibi, gründeten 1975 in Luxemburg eine Aktiengesellschaft, die SCN. Es handelt sich dabei um eine sg. "Briefkastenfirma", Postadresse ist die SEO, ein luxemburgisches Elektrizitätsunternehmen, an dem die RWE wiederum mit 41% beteiligt ist. Zweck der SCN ist u.a. **"die Errichtung eines Kernkraftwerkes in Mülheim-Kärlich"** und **"die wirtschaftliche Nutzung desselben, bes. durch Verpachtung",** Die RWE hält mit 31,01% die größte Beteiligung am Aktienkapital der SCN - die Verflechtungen mit der Deutschen Bank bleiben hier unberücksichtigt.
Gleichzeitig ist die RWE Pächter des AKW Mülheim-Kärlich und zahlt an die SCN allein bei Stillstand 800.000 DM Pachtkosten täglich. Die Laufzeit des Pachtvertrages begann bereits am 1.1.81, als eine kommerzielle Nutzung noch nicht in Auzssicht war. Er endet frühestens 1994. Für die RWE enthält dieser Vertrag nur "Nachteile": Sie hat sich nicht nur verpflichtet die SCN von allen **"Pflichten, Kosten und Lasten"** aus dem Betrieb des AKW's freizuhalten, sie übernimmt auch noch weitgehend alle Haftungsansprüche.
Lutz Metz, FU Westberlin, faßt in seinem Kurzportrait der SCN das Wesentliche zusammen:
— RWE hat Mitte der 70er Jahre bewußt aufgehört, als Eigentümerin von neuen AKW's aufzutreten. Die Vorteile der Leasing-Finanzierung bedeuten daß die Baukosten schon vor Inbetriebnahme auf den Strompreis abgewälzt werden können. Im Fall der SCN spielen vermutlich folgende Gründe eine Rolle:
— Die günstige luxemburger Körperschaftssteuer — in der höchsten Progressionstufe 40% gegenüber 56% in der Bundesrepublik.
— In Luxemburg gibt es für Geschäftsführer und Vorstände keine "Durchgriffshaftung" — d.h. keine persönliche Haftung bei persönlicher Verfehlung oder grober Fahrlässigkeit.
— Aktien bzw. Bauzinsen, die in der Bundesrepublik nicht ausgeschüttet werden dürfen, können gezahlt werden.
— Luxemburg gewährt Subventionen von 12% der Investitionen, die innerhalb von 5 Jahren von der Körperschaftssteuer abgezogen werden dürfen.
— Eine riesige Baustelle, die normalerweise nur Geld kostet, konnte fast ausschließlich durch teures Fremdkapital finanziert werden und warf trotzdem von Anfang an stattliche Gewinne ab, bereits mehr als 60 Mio.DM". (in: Reader zum Kongreß der Grünen, Rh.-Pfalz, "AKW Mülheim-Kärlich auf dem Prüfstand", am 25.4.87)
Die "Kostenexplosion" (geplant: 1,3 Mia., Baukosten 1986: ca. 7 Mia.) trägt der Stromkunde. Um noch einmal die Dimensionen klar zu machen: Für das Geschätsjahr 1985/86 gab die RWE ca. 835 Millionen an Kosten für das AKW Mülheim-Kärlich an, das sind ca. 2,2 Mio. pro Tag.

Der Störfall als Normalfall

Am 1.3.86 nahm das AKW Mülheim-Kärlich nach langen Bauverzögerungen, z.T. wegen Umbaumaßnahmen nach Harrisburg seinen Probebetrieb auf. Am 9.Okt.86 mußte das AKW wieder abgeschaltet werden, weil die Betreiber es nicht für nötig gehalten hatten rechtzeitig die Kühlturmgenehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu beantragen. Bereits in diesem kurzen Probebetrieb zeigte sich, daß derStörfall der Normallfall ist. Seit dem "Gewaltbruch in der Speisewasserleitung" vom 27.8.85, so der Ausschuß für Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz am 18.4.86, **"habe es im Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich bisher sieben bemerkenswerte Vorkommnisse gegeben".** Der schwerste Unfall ereignete sich dann am 26.5.86, einen Monat nach Tschernobyl. Der Unfallablauf -Ausfall aller Hochdruckvorwärmer - war bisher für unmöglich gehalten worden. Nachdem die automatische Schnellabschaltung mehrfach nicht ansprach, wurde der Reaktor im letzten Augenblick von Hand abgeschaltet.
Am 27.Juli 87 wurde dann das AKW nach erteilter Kühlturmgenehmigung klammheimlich wieder in Betrieb genommen. Am 17.Aug. nahm es den Netzbetrieb auf; nach Brokdorf das zweite neue AKW in der BRD seit Tschernobyl. Bisher ereigneten sich bereits drei weitere Störfälle: am 11.Aug. lief im Primärbereich ein Borwasserbecken über (s.Kasten), kurz darauf versagte das Hydrauliksystem und am 8./9.Sept. mußte das AKW wegen eine Lecks im Kühlsystem des Generators abgeschaltet werden. Das Problem von Betreiber und Landesregierung ist wohl im Augenblick, ihre Informationspolitik zu koordinieren und nicht immer gegensätzliche Erklärungen abzugeben. Aus diesem Grund ließ sich bereits 1986 Umweltminister Töpfer vom Betreiber RWE eine Freistellung von der Geheimhaltungspflicht erteilen. Um bei der Kette von Störfällen nicht immer als der Unwissende dazustehen, muß er zumindest etwas sagen dürfen. Daß es die Wahrheit sein wird,bezweifeln wir allerdings.

Die Hoffnung aufs Exportgeschäft

— Der Hochtemperatur Modulreaktor —

Die Aufregung um Tschernobyl hat sich gelegt, der Störfall im THTR Hamm-Uentrop im Mai 1986 ist erfolgreich bagatellisiert worden. Zeit also für einen neuen Vorstoß der Atomlobby? In einer Pressemitteilung des niedersächsischen Umweltministers voom 27.8.87 heißt es:„*Die Kernkraftwerksfirmen KWU und Interatom habem beim Niedersächsischen Umweltminister die atomrechtliche Prüfung der Konzeption einer neuentwickelten kleineren Hochtemperaturreaktoranlage beantragt (...) Diese Konzeption beruht auf dem Prinzip des Kugelhaufenreaktors (...) (Es) sollen zwei oder mehrere kleine Reaktoren modulartig zur kombinierten Erzeugung von Strom, Prozeßwärme für die Chemie oder auch Fernwärme aufgebaut werden (...)*"Was steckt hinter diesem Modulkonzept? Dieser Artikel soll zum einen wesentliche Grundzüge der Betreiber- (Wunsch)-Vorstellungen darstellen, aber auch die Widersprüche mit der Realität aufzeigen sowie auf Gefahren und Konsequenzen für die Anti-AKW-Bewegung hinweisen.

Das Betreiber-Konzept

In farbigen Hochglanzbroschüren der genannten Siemenstöchter wird der Hochtemperatur-Modullreaktor (HTR) gepriesen, als „Energiesystem für die 3. Welt"„*DerHTR-Modul erfüllt die an ein Kernkraftwerk in Entwicklungs- und Schwellenländern gestellten Anforderungen in idealer Weise: Er deckt ein weites Anwendungsfeld der Energieversorgung ab, so daß flexibel auf die jeweiligen Anforderungen (Stromerzeugung, Brauch- und Trinkwasserproduktion, Bereitstellung von Prozeßdampf oder Wärme für verschiedene industrielle Prozesse u.a.) reagiert werden kann". (...) Durch die modulare Bauweise bei kleiner Einheitsleistung steht ein Kraftwerkssystem für kleine und mittlere Netzkapazitäten zur Verfügung, das (...) durch einfache Erweiterung an bestehenden Anlagen eine schrittweise Anpassung an den steigenden Energiebedarf ermöglicht. (...) Die Vorteile der inhärenten Sicherheit, die ein Hochstmaß an Passivität im Hinblick auf eine gesicherte Wärmeabfuhr nach Störfällen gewährleistet, sind besonders wichtig. (...) Im Extremfall könnte die Anlage ohne Beeinträchtigung der Umwelt sogar sich selbst überlassen bleiben. Hieraus folgt, daß auch adminstrative Maßnahmen (Evakuierung etc.) nach Störfallereignissen entfallen können. Letzteres erlaubt den Einsatz eines Modul-Kraftwerkes auch in dicht besiedelten Regionen. (...) Vom Finanzbedarf her sind Anlagen kleiner Leistung und damit geringerer Investkosten besonders interessant, da das Finanzierungsrisiko begrenzt bleibt.*" (1) Auch die Konkurrenz, die im Consortium HTR 100 zusammengeschlossenen Firmen Hochtemperaturreaktorbau GmbH, Dortmund, Deutsche Babcock Maschinenbau Ratingen, Mannesmann Anlagenbau Düsseldorf, Strabag Bau AG Köln und INNOTEC KG Essen steht nicht nach bietet den HTR-100 als „Industrieraktor" mir „hervorragenden Sicherheitseigenschaften und Eignung für industrienahe Standorte" an.

Die Vorgeschichte

Große Hoffnungen hatte es bereits vor etwa 20 Jahren gegeben, als gerade die ersten Hochtemperatur-Versuchsreaktoren liefen. Ein kleiner englischer seit 1964 (bis 1976) und ein 40 MW-Reaktor in den USA seit 1966 (bis 1974). 1965 konnte die ursprünglich zum Konzern General Dynamics gehörende General Atomic einen 350 MW-Reaktor an die Public Service Co. of Colorado verkaufen.In der BRD wird seit 1967 von der Arbeitsgemeinschaft Versuchs-Reaktor (AVR) in Jülich ein 15 MW Reaktor betrieben. Von der HTR-Bau GmbH, einer Gründung von BBC und Krupp, wurde der Thorium-HTR 300 geplant, dessen Bau 1971 begann. Der Einstieg ins große Atomgeschäft in den USA sollte mit dem Verkauf von acht großen Reaktorblöcken erfolgen. Doch kurz nach Bauende des 330 MW Reaktors in Colorade war die Hoffnung auf die große HTR-Entwicklung vorbei, als General Atomic den Vertragspartnern riesige Ablösesummen zahlte und vom HTR-Geschäft zurücktrat. Der Betrieb des Reaktors in Colorado war wenig überzeugend. Nach massiven Störfällen konnte er erst 1976 mit einer auf 2/3 verminderten Leistung den kommerziellen Stromerzeugungsbetrieb aufnehmen. 1985 wurde er wegen schwerer Störungen abgeschaltet. (2) Wenn auch im Mai 1984 in den USA ein Modulreaktorkonzept vorgestellt wurde, ist die Entwicklung über die Absicht eine Testanlage zu bauen, noch nicht hinausgegangen. Nach Angaben von Prof. J. Scheer herrscht die Devise „Back to the Lab." (Zurück ins Labor).

Der deutsche Kugelhaufen - Serienmodell für jedermann?

Der HTR deutscher Bauart ist ein Kugelhaufenreaktor. Der Brennstoff Uran-235 ist in 6 cm große Kugeln eingeschlossen, die aus Graphit bestehen und den Spaltungsprozeß modulieren. Im Reaktor befinden sich Hunderttausende solcher Kugeln, die vom Primärkühlmittel Helium umströmt werden. Dieses erhitzt sich dabei auf Temperaturen bis 950 Grad. Durch diese hohe Temperatur soll der HTR nicht nur der Stromerzeugung dienen, sondern ebenso Prozeßwärme für industrielle Zwecke zur Verfügung stellen. So dient der HTR ja unter dem Stichwort „Kohleveredelung" als Mittel des Verbunds von Kohle und Kernkraft, der dem Krisen-Ruhrgebiet auf die Sprünge helfen soll. VEW-Chef Knizia behauptete gar:„*Der HTR ist geeignet, dem Ruhrgebiet einen technischen Impuls zu geben, der vergleichbar ist mit der Erschließung des Kohlebergbaus im Revier.*"

Wesentliches Merkmal des HTR ist die sog. Modulbauweise. Relativ kleine Einheiten mit 100 MW sollen entweder allein errichtet oder zu mehreren zusammengestellt und mit variierenden Zusatzkomponenten versehen werden.

Das bietet eine Reihe von Vorteilen:

— niedrigere Baukosten— kürzere Bauzeiten durch Fabrikherstellung eines großen Teils der Anlage vor Eröffnung der eigentlichen Kraftwerksbaustelle

— Verfrachtung ganzer Kraftwerke in Länder der 3. Welt. Hierzu werben Interatom und die Howaldst-Werft mit dem „Barge-Konzept", einem auf einer schwimmfähigen Transportplattform montierten Kraftwerk.„*Unter Nutzung der vorhandenen industriellen Möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland kann die Kraftwerksanlage auf der Werft komplett auf einer Barge montiert und in ihren wesentlichen Funktionen getestet werden. Die Barge dient zum Seetransport der Anlage zum Bestimmungsort. Am Standort wird die Barge über einen Einschwimmkanal in ein küstennahes Becken verbracht und dort festgelegt, so daß das Kraftwerk als stationäre Anlage betrieben werden kann.*"(1)

— Genehmigungsverfahren für einen ganzen Reaktortyp ohne zusätzliches Genehmigungsverfahren für jedes einzelne Kraftwerk.

Damit kommen als potentielle Kunden Kommunen, Industriebetriebe, die den Modul-HTR sozusagen als Hinterhofreaktor betreiben, und Länder der 3. Welt in Frage. So hat beispielsweise die Stadt Düsseldorf mit 20,32 größter Anteilseigner der AVR, Interesse für den HTR-100 als kommunales AKW angemeldet. Aber auch internationales Interesse ist sichtbar. So fand im Oktober 1986 auf Einladung der Kernforschungsanstalt in Jülich ein internationales Arbeitstreffen zum Modulreaktor incl. Besichtigung des THTR 300 in Hamm statt, an dem insgesamt 40 Länder, neben den USA und europäischen Staaten auch China, die UdSSR verschiedene afrikanische Länder und Indonesien teilnahmen.

Geplant ist ein HTR-Geschäft mit Indonesien. Bereits 1982 erhielt Interatom den Auftrag zum Bau eines 30 MW Forschungsreaktors. Nach Angaben von Interatom hat NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen während seiner Indonesienreise im Februar 87, bei der er das Forschungszentrum Puspitek und den Forschungsreaktor besichtigte, den Verkauf von HTR an Indonesien unterstützt und vorgeschlagen„*für das mittelfristige indonesische Kernenergieprogramm ebenfalls den Einsatz des THTR-Reaktors in Modulbauweise zu prüfen.*" Nach Angaben eines WDR-Journalisten, der sich 1985 in Indonesien aufhielt, seien bereits zum damaligen Zeitpunkt Bauarbeiten an Plattform und Infrastruktur einer HTR-Anlage durchgeführt worden.

Nach Angaben der Innotec auf der 8. internationalen Konferenz über HTR-Technologie im September 1986 in San Diego, Kalifornien, steht das Consortium HTR-100 in Verhandlungen mit der VR China. (5) Im April 1987 hat die Innotec als Koordinator des Consoritums mit der UdSSR eine Vereinbarung'„*über die Zusammenarbeit bei Entwicklung, Bau und Nutzung von HTR der elektrischen Leistungsgröße 100 MW unterzeichnet.*" (6) „*Es ist beabsichtigt, innerhalb von 13 Monaten alle notwendigen Verträge für Lieferungen, Technologietransfer und Finanzierung bis zur Unterschriftsreife zu verhandeln. Der Umfang des ersten gemeinsamen Bauprojekts wird auf etwa 1 Mrd. Mark geschätzt.*"(7) Gleichzeitig verhandelt auch die KWU über eine Kooperationsmöglichkeit mit der UdSSR auf dem HTR-Sektor. (7)

Innotec schätzt das mögliche Weltmarktpotential in den nächsten 20 Jahren auf 10 bis 20 Anlagen einer Größe bis 300 MW. (5) Nährboden für solch optimistische Schätzungen gab es kürzlich auf der UNO-Konferenz über Atomkraft („United Nations Conference for the Promotion of International Co-operation in the peaceful Uses of Nuclear Energy") in Genf, wo besonders Länder der 3. Welt ihr Interesse an AKWs bekundeten. So präsentierte sich denn in Genf auch die Internationale Konkurrenz mit Reaktoren in einer für solche Länder interessanten Größenordnung von 200 bis 400 MW, z.B. Kanada und Schweden.

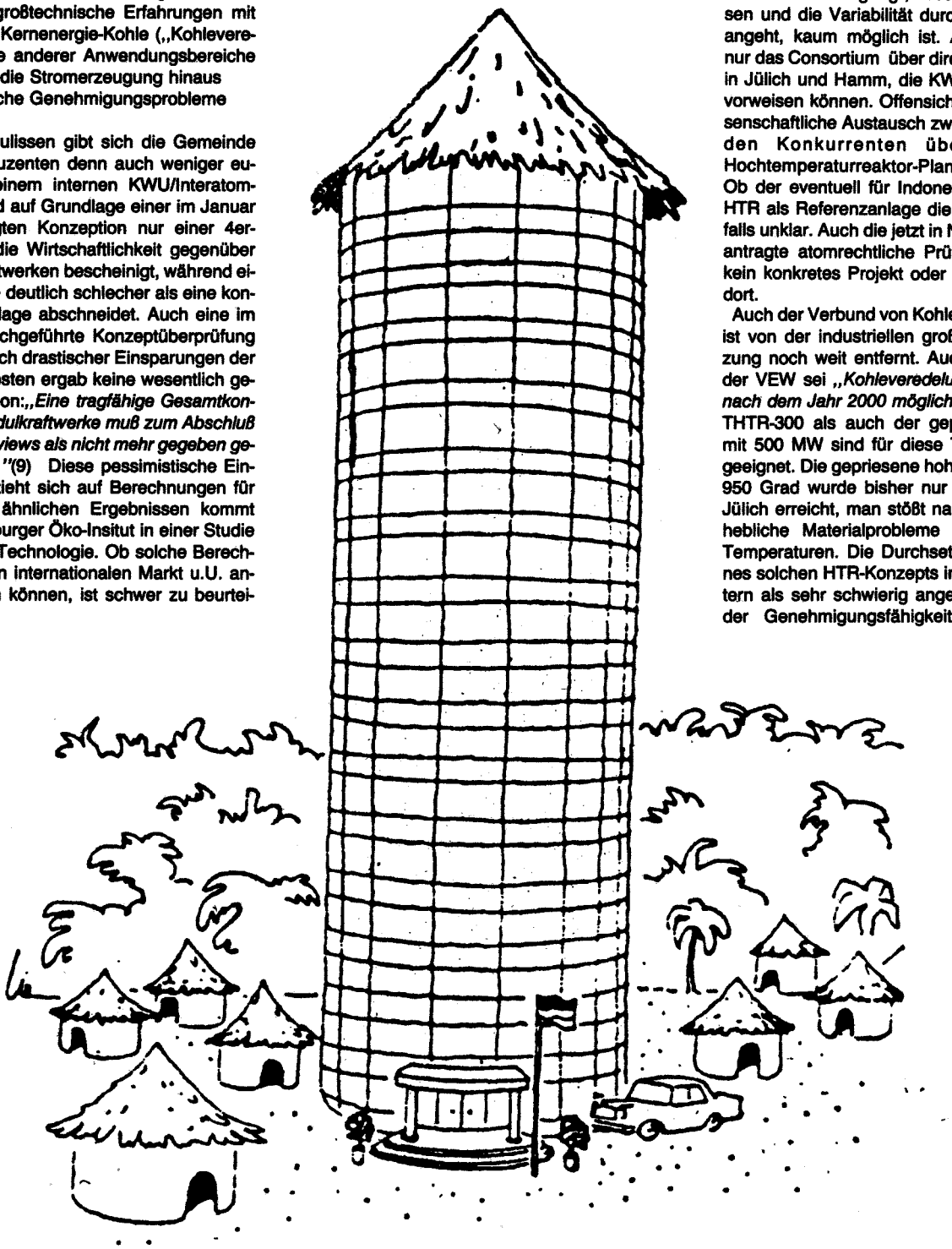
Wunsch und Realität

Nun sieht nicht alles so sonnig aus, wie es in den Firmenprospekten erscheint. Wesentliche Aspekte stehen der Euphorie der AKW-Produzenten entgegen:
— Probleme bei der Konkurrenzfähigkeit mit nicht-nuklearen Anlagen
— Fehlende Referenzanlage eines Modulreaktors der genannten Größenordnung
— Fehlende großtechnische Erfahrungen mit dem Verbund Kernenergie-Kohle („Kohleveredelung") sowie anderer Anwendungsbereiche der HTR über die Stromerzeugung hinaus
— atomrechtliche Genehmigungsprobleme

Hinter den Kulissen gibt sich die Gemeinde der HTR-Produzenten denn auch weniger euphorisch. In einem internen KWU/Interatom-Gutachten wird auf Grundlage einer im Januar 1984 vorgelegten Konzeption nur einer 4er-Modulanlage die Wirtschaftlichkeit gegenüber Steinkohlekraftwerken bescheinigt, während einer 2er-Anlage deutlich schlecher als eine konventionelle Anlage abschneidet. Auch eine im Juni 1984 durchgeführte Konzeptüberprüfung mit dem Versuch drastischer Einsparungen der Herstellungskosten ergab keine wesentlich geänderte Situation:*„Eine tragfähige Gesamtkonzeption für Modulkraftwerke muß zum Abschluß des Konzeptreviews als nicht mehr gegeben gesehen werden."*(9) Diese pessimistische Einschätzung bezieht sich auf Berechnungen für die BRD, zu ähnlichen Ergebnissen kommt 1986 das Freiburger Öko-Insitut in einer Studie über die HTR-Technologie. Ob solche Berechnungen für den internationalen Markt u.U. anders aussehen können, ist schwer zu beurteilen.

Das zweite wesentliche Problem stellt eine bundesrepublikanische Referenzanlage dar, auf deren Notwendigkeit immer wieder hingewiesen wird:*„Voraussetzung für Exporterfolge und die Ausschöpfung des HTR-Potentials für den Verbund von Kernenergie und Kohle ist eine Referenzanlage in der Bundesrepublik Deutschland."*(10). Ob dafür der Standort im hessischen Borken vorgesehen ist, ist auch nach dem Regierungswechsel in Hessen noch unklar, auch wenn Borken als Kraftwerksstandort festgeschrieben wurde. (11) Die Anlagen in Hamm und Jülich, die immer forsch als Referenzanlagen zitiert werden, entsprechen allenfalls prinzipiell den geplanten Modulen, in der Praxis sind die Unterschiede jedoch so groß, daß eine Übertragung , besonders was die Kosen und die Variabilität durch Modulbauweise angeht, kaum möglich ist. Außerdem verfügt nur das Consortium über direktge Erfahrungen in Jülich und Hamm, die KWU/Interatom nicht vorweisen können. Offensichtlich läuft der wissenschaftliche Austausch zwischen diesen beiden Konkurrenten über die Kölner Hochtemperaturreaktor-Planungsgesellschaft. Ob der eventuell für Indonesien vorgesehene HTR als Referenzanlage dienen soll, ist ebenfalls unklar. Auch die jetzt in Niedersachsen beantragte atomrechtliche Prüfung betrifft noch kein konkretes Projekt oder bestimmten Standort.

Auch der Verbund von Kohle und Kernenergie ist von der industriellen großtechnischen Nutzung noch weit entfernt. Auch nach Angaben der VEW sei *„Kohleveredelung mit THTR erst nach dem Jahr 2000 möglich."*(12) Sowohl der THTR-300 als auch der geplante Nachfolger mit 500 MW sind für diese Technologie nicht geeignet. Die gepriesene hohe Temperatur von 950 Grad wurde bisher nur versuchsweise in Jülich erreicht, man stößt nach wie vor auf erhebliche Materialprobleme bei solch hohen Temperaturen. Die Durchsetzungsfähigkeit eines solchen HTR-Konzepts in der BRD wird intern als sehr schwierig angesehen. Bezüglich der Genehmigungsfähigkeit wird folgendes



Wissen Sie Herr Barthelt, das Allerwichtigste bei dem HTR – Verkauf ist das Einfühlungsvermögen!

‚Hemmnis' hervorgehoben:„*Die Notwendigkeit der Einhaltung geltender Gesetze, Regeln, Richtlinien, Normen usw. für kerntechnische Anmlagen, um die Antragsfähigkeit und Genehmigungsfähigkeit für diese Anlagen mit großer Wahrscheinlichkeit und geringem Begutachtungsaufwand zu gewährleisten.*'"(14) Dieser Punkt sei stark von der Gesetzgebung abhängig, so daß „*die Bundesrepublik ungeeignet dafür zu sein (scheint), diese Hürde zu überspringen. Obwohl es nicht an Hinweisen, Willensäußerungen und Ratschlägen selbst von Institutionen wie Reaktorsicherheits-Kommission und Bundesministeriums des Inneren mangelt, die Regeln, Richtlinien, Gesetze usw. an die Technologie von Hochtemperaturreaktoren anzupassen und Erleichterungen zu schaffen.*"(13) Zum Abbau der Modul-„Schwäche", eine kerntechnische Anlage zu sein, wird folgender Denkansatz genannt:„*Eine Veränderung der Genehmigungspraxis in Bezug auf Schutz gegen äußere Einwirkungen oder beser den Aufbau der entsprechenden Regeln, Gesetze, Richtlinien usw.*"(14) Man kommt somit zu folgenden Zielperspektiven:„*Es müßte gelingen, für den Einzelmodul eine Begutachtung und Genehmigung zu erhalten, die einer ‚Baumusterprüfung' entspräche und für eine definierte Zeit (z.B. die Errichtungszeit einschließlich des ersten Betriebsjahres) festgeschrieben wäre. Dies setzt jedoch voraus, daß alle Genehmigungsunterlagen vor Errichtungsbeginn vollständig vorliegen und eine baubegleitende Prüfung und Begutachtung nicht mehr erforderlich macht oder besser gar nicht erst zuläßt.*" (13).

Es wird deutlich, auf welche Genehmigungspraxis hingesteuert wird:

— Heranrücken der HTR-Technologie an konventionelle Anlagen, um soweit als möglich die atomrechtlichen „Hemmnisse" zu umgehen

— durch Typen-Genehmigung, vielleicht vergleichbar einer allgemeinen Betriebserlaubnis bei Fahrzeugen, soll das Genehmigungsverfahren vereinfacht und verkürzt sowie insbesondere verhindert werden, daß Kritiker durch Einsprüche, Gerichtsverfahren usw. einen verzögernden oder gar verhindernden Einfluß nehmen können.

Zusammenfassend stellt die HTR-Technologie weiterhin ein widersprüchliches Konzept dar, Wünsche und Werbung der Produzenten sind wie gezeigt noch weit von der Geschäftswirklichkeit entfernt. In einer Studie des Freiburger Öko-Insituts werden sowohl die forschungspolitischen als auch ökonomischen Fragwürdigkeiten des Konzepts im Detail diskutiert. Trotzdem bedarf m.E. der Vorstoß in Richtung Atomexport nicht verharmlost werden. Die zitierten internen Darstellungen zeigen, in welche Richtung die Atomlobby drängt. Die Anti-AKW-Bewegung wird diese Entwicklung beobachten und veröffentlichen müssen, um frühzeitig der von den Betreibern skizzierten Entwicklung besonders bezüglich der sog. Genehmigungshemmnisse Widerstand entgegen setzen zu können. Auch dürfen sich bezüglich des Exports wichtige Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit 3. Welt-Initiativen bieten.

Anmerkungen

1) Autarke Barge-montierte Energiestation mit Hochtemperatur-Modul, Howaldtswerke Deutsche Werft AG und Interatom GmbH, September 1985
(2) Kohler/Fritsche/Herrbert, der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm und die geplanten Hochtemperaturreaktor-Varianten — Bewertung und Bedarf und zugehörigen Einsatzstrategien in der Bundesrepublik Deutschland, Öko-Insitut Freiburg, August 1986
(3) Westfälische Rundschau v. 31.5.1986
(4) Ruhr-Nahrichten v. 20.2.1987
(5) HTR 100 Project Development, Karl-Heinz Bund, Innotec GmbH/Concortium HTR 100, Paper presented at the 8th International Conference on the HTGR, 14. - 16.9.1986, San Diego, California
(6)taz v. 3.4.1987
(7) die Zeit v. 24.4.1987
(8) taz v. 10.4.1987
(9) HTR-Modul — Abschlußbericht zum „Konzept-Review", internes KWU/Interatom-Papier v. 4.6.1984
(10) Industriereaktor HTR-100, BBC-Papier, August 1986
(11) taz v. 16.4.87
(12) Westdeutsche Rundschau v. 2.7.1986
(13) Kraftwerke mit Kleinreaktoren, die nukleare Option?, internes KWU/Interatom-Papier, 15.5.1984
(14) HTR-Modul — Überprüfung der Konzeption/Schwächen des Modulkonzeptes, internes KWU/Interatom-Papier, 13.6.1984

BI-Krach im Emsland

Wir haben länger überlegt, ob es sinnvoll ist, die beiden folgenden Beiträge abzudrucken. Der erste Artikel von Herbert Masslau wurde »auf Beschluß der BEGA« extra für die atom geschrieben. Da wir die darin gemachten Aussagen nicht einfach so stehen lassen wollten, haben wir Werner Bußmann um eine Stellungnahme gebeten. Beurteilen, wer denn nun »Recht« hat, können und wollen wir aber nach wie vor nicht.
(siehe hierzu auch Presseeerklärung der Atommüllkonferenz in dieser Nummer)

Zum Versuch der Grünen, sich den Rechtshilfefonds der BEgA unter den Nagel zu reißen

1. Im August 1982 kam die Baugenehmigung für das AKW Lingen II, neben Ohu II und Neckarwestheim II einer der sog. Baulinie-'80-Reaktoren. Im September 1982 wurde gegen die Bau- und Kozeptgenehmigung (1. TEG) sowohl von emsländischer als auch angrenzender niederländischer Seite Klage erhoben. In Fortsetzung der seit Jahren bestehenden guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden die emsländische und die niederländische Klage von gemeinsamen Rechtsanwälten (Andreas Gleim, Gerd Winter) und Naturwissenschaftlern (Uni Bremen, Öko-Institut Darmstadt) geführt und beraten.
Nachdem über die Jahre hinweg die emsländische Klage durch Gerichtsbeschluß des OVG Lüneburg und eine inzwischen eingereichte zweite Klage durch BEgA-Beschluß beendet worden waren, war die Klage des Niederländers Coen Hamers gegen das AKW Lingen II nicht nur die einzige Klage gegen dieses Atomkraftwerk, sondern mittlerweile war Lingen damit einziger beklagter Baulinie-'80-Standort, da die anderen Standorte ihre Klagen abgebrochen hatten. Da kam am 16.12.86 das bundesweit Aufsehen erregende Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Berlin, daß der niederländische Kläger vor deutschen Gerichten klagebefugt ist, was ihm vorher vom Verwaltungsgericht Osnabrück aberkannt worden war, eben mit der Begründung, er sei Ausländer.
2. Zur gleichen Zeit weilt eine Abordnung der niedersächsischen Landtagsfraktion der Grünen unter Führung von MdL Hannes Kempmann am Atomstandort Lingen. Im Angesicht des BVerwG-Urteils fordern die Grünen "sich - auch finanziell - ganz auf die Klage des Niederländers (zu) konzentrieren", da diese Klage "neue und gute Ansatzmöglichkeiten biete" (Lingener Tagespost vom 20.12.86). Und flugs begannen sich die Grünen u.a. mit Hilfe der seit der Tschernobyl-Katastrophe gegründeten "BI gegen Lingen II", die von Grünen und deren Sympathisanten stark dominiert ist, einzuklinken. So wendet sich etwa MdEP Undine v. Blottnitz von den Europa-Grünen mit Schreiben vom 20.1.87 an den niederländischen Kläger auf Hinweis der "BI gegen Lingen II" zwecks Prozeßunterstützung (s. unten!).
Am 17.2.87 schreibt Lukas Beckmann, zu dieser Zeit noch Bundesvorständler der Grünen, einen Brief an grüne Kreise. Dieser Brief wird der BEgA zugespielt. In diesem Brief wird entgegen den Tatsachen der gemeinsame Rechtsanwalt der Niederländer und der BEgA, Andreas Gleim, dessen Verdienst der Sieg des niederländischen Klägers vor dem BVerwG ist, als juristische Niete heruntergeputzt. Hierzu wird ihm auch eine Klageeinstellung als "formaler Fehler" angelastet, die in Wirklichkeit aufgrund eines BEgA-Beschlusses zustande kam. Im Gegenzug wird der Grünen-Anwalt Reiner Geulen hochgelobt.
Zum Klageverfahren der Niederländer heißt es: "Coen Hamers hat mit seinem Verfahren erst einmal die beste Ausgangsposition. Wir müssen sein Verfahren politisch und finanziell voll unterstützen." (s. unten!). Dennoch fühlen sich die Niederländer vom ganzen Tenor des Beckmann-Schreibens in Macherart und durch die Diffamierung ihres Rechtsvertreters brüskiert.

Am 20.2.87 findet in Bremen ein Treffen zwischen dem niederländischen Kläger, der ihn unterstützenden "Burgerinspraak over de grens", den "Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen (BEgA)" und den Rechtsanwälten und Naturwissenschaftlern statt. Ergebnis: Die Niederländer sind nicht bereit, sich das Verfahren von Lukas Beckmann aus der Hand nehmen zu lassen, weil für sie die grundsätzliche Klageberechtigung in der BRD ein Aspekt der Klage ist, und sie lassen sich ihre Rechtsanwälte nicht vorschreiben. Ein Aufstellung der Finanzen macht deutlich, daß die Niederländer auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Sie erbitten diese Unterstützung von der BEgA, die zu diesem Zeitpunkt über DM 20.000,- allein an Barmitteln verfügt, die von den eigenen Verfahren übriggeblieben waren.
Am 24.2.87 kommt es dann zu einem Treffen im niederländischen Grenzort Denekamp zwischen der "Burgerinspraak...", dem Kläger, der BEgA und Lukas Beckmann und Vertretern der emsländischen und der Landtags-Grünen. Die Niederländer teilen den Grünen höflich aber klar mit, daß sie sich das Verfahren nicht aus der Hand nehmen lassen und erbitten bei der BEgA rasche finanzielle Unterstützung. Hieraufhin teilt die BEgA mit, daß sie auf ihrer nächsten Sitzung am 27.3.87 darüber beraten und beschließen werde.
3. Am 25.3.87, zwei Tage vor der entscheidenden BEgA-Sitzung, kommt es nun zu einem Treffen im Landtag zwischen emsländischen Grünen und Landtags-Grünen.
Exkurs: Für das Verständnis der nachfolgenden Ereignisse ist folgendes wichtig: Aufgrund eines BVerwG-Urteils vom Dezember 1985, wonach der Kühlturm eines Atomkraftwerkes nicht nach Atomgesetz, sondern nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) zu genehmigen sei, hatte das OVG Koblenz im Herbst 1986 einen Betriebsstopp für das AKW Mühlheim-Kärlich verhängt. Um Gleiches für das AKW Lingen II zu vermeiden, beantragten die Betreiber im November 1986 ein Verfahren nach BImSchG. Die Auslegung der Unterlagen begann am 6.2.87, der Erörterungstermin fand am 15.6.87 statt. Da es sich hierbei um ein abgetrenntes Verfahren handelt, kann auch gesondert gegen den Kühlturm des AKW geklagt werden. Dieser Umstand ermöglicht es nun den Grünen, nachdem die Übernahme der niederländischen Klage gescheitert ist, sich mit einer eigenen Klage einzubringen.
Aus dem von MdL Hannes Kempmann verfaßten Protokoll dieses Treffens im Landtag geht eine Verlagerung der Gewichtung weg von der Unterstützung der Niederländer-Klage hin zu einer eigenen Kühlturm-Klage hervor. Und dann heißt es unter "TOP 3 FINANZEN":
"In der Region könnten gewisse Probleme entstehen, weil jetzt zwei Verfahren gegen Lingen II angestrengt werden. (...) Die Holländer wollen in erster Linie staatsrechtliche Fragen geklärt wissen, die tatsächliche Verhinderung des AKW steht an 2. Stelle. Das Verfahren der Lingener (...) hat das eindeutige Ziel, den Betrieb des AKWs zu verhindern. Dieses Verfahren ist insbesondere auch für die politische Mobilisierung vor Ort von besonderer Bedeutung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alle verfügbaren Gelder in der Region für die Kläger aus der Region zu mobilisieren. (...) Die Klage der Holländer wird dadurch nicht gefährdet, weil durch eine Bürgschaft des GRÜNEN Bundesvorstandes die Finanzierung gesichert scheint.
Forderten die emsländischen und die Landtags-Grünen am 20.12.86 in der Presse noch die volle Unterstützung der niederländischen Klage, so soll jetzt das Geld der Region - und das war und ist der Rechtshilfefonds der BEgA - für die Grünen-Klage zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck wertet man die niederländische Klage erst einmal ab, indem man zwei gleichwertige Aspekte in eine Rangfolge bringt

und so tut, als wollten die Niederländer gar nicht eigentlich gegen das AKW klagen. Zum zweiten stilisiert man eine Klage vor Ort hoch und verschweigt die seit Jahren bestehende emsländisch-niederländische Zusammenarbeit. Und drittens wird entgegen den Tatsachen behauptet, die niederländische Klage sei finanziell nicht gefährdet. Hierbei stellt sich dann auch die Frage, wieso die Grünen nicht ihre Klage selber finanzieren, sondern die Grünen-Klage durch die BIs und die BI-Klage durch die Grünen finanziert werden soll. Die Antwort ist einfach: Von dem Geld der Bundesgrünen ist bis heute keine müde Mark eingetroffen, und die Landtagsfraktion kann nicht einfach so einen Prozeß finanzieren, weil ihr dann der Landesrechnungshof auf den Pelz rückt; das Rechtshilfegeld der BEgA aber reicht nicht nur für die 1. Instanz aus, sondern ist bar und sofort verfügbar vorhanden - da liegt der Reiz.
Aber nicht nur das Geld der Bundesgrünen ist bis heute nicht eingetroffen, angeblich sollen von den Europa-Grünen bereits beschlossene Gelder in Höhe von DM 4.000,- für die niederländische Klage von MdEP Undine von Blottnitz wieder zurückgezogen worden sein.
Im übrigen - und das ist sehr wichtig - bleibt festzuhalten, daß die Grünen zu keinem Zeitpunkt, bis heute nicht, einen Antrag an die BEgA gestellt haben zwecks finanzieller Unterstützung ihrer Klage - im Gegensatz zu den Niederländern.

4. Von diesem Treffen im Landtag erfährt die BEgA telefonisch am 26.3.87. Die Telefondrähte laufen heiß.
Am 27.3.87 ist dann die BEgA-Sitzung. Altaktivisten, die sich seit vier Jahren nicht mehr haben blicken lassen und inzwischen für die Grünen arbeiten, tauchen wieder auf. Die BEgA, die sich als Dachorganisation der emsländischen Bürgerinitiativen versteht, läßt auch die "BI gegen Lingen II" zu. Worum es bei dieser BEgA-Sitzung geht, drückt ein Mitglied dieser "BI gegen Lingen II" während der vierstündigen heißen Redeschlacht dann offen so aus: "Ich denke, wir sind hierhin gekommen, um über die Gelder für die Kühlturmklage abzustimmen."
Nun, die Diskussion erhitzt sich immer mehr, bis sie ihren Höhepunkt darin gewinnt, daß der zu dieser Zeit alleinige Kontobevollmächtigte der BEgA und grüne Kreistagsabgeordnete, Bußmann, erklären läßt, entweder die Abstimmung über die Gelder verlaufe so, wie er es will, oder er werde die Gelder nicht herausrücken oder sie für die Kühlturmklage verwenden. Nach dieser erpresserischen Drohung verließ ein Teil der Anwesenden die Versammlung. Die BEgA beschließt daraufhin sofort die Abwahl des Kontobevollmächtigten und wählt zwei neue. Nach weiterer Diskussion werden dann für die niederländische Klage DM 15.000,- beschlossen.
Die BEgA ist kein eingetragener Verein und kann daher ihren Ex-Kontobevollmächtigten Bußmann nicht per Beschluß juristisch zwingen, das Rechtshilfegeld unter die volle Verfügungsgewalt der BEgA zu stellen. Dieses juristische Faktum nutzen die Grünen mit Hilfe ihres Kreistagsabgeordneten Bußmann aus, und die BEgA kann über ihren eigenen Rechtshilfefonds nicht verfügen. Die BEgA schätzt jedoch die Lage von Anfang an richtig ein und reagiert mit ihrem einzigen Mittel: den Skandal mit Hilfe der Presse publik zu machen, in der Hoffnung, daß sich die Grünen politisch gezwungen sehen, der BEgA das Geld zurückzugeben. Wie sehr die Grünen das Licht der Öffentlichkeit fürchten, wird dann innerhalb der nächsten Wochen klar. Persönliche öffentliche Diffamierungen des BEgA-Sprechers, auch in Leserbriefen, sollen vom politischen Skandal der Grünen ablenken. Der grüne Kreistagsabgeordnete Bußmann fordert in einem Leserbrief (Lingener Tagespost vom 11.5.87) gar die Presse indirekt zur Zensur von BEgA-Mitteilungen auf - er ist übrigens noch heute grüner Kreistagsabgeordneter!
Die Strategie der BEgA geht letztendlich auf, die emsländischen Grünen, um weiteren politischen Schaden zu vermeiden, zwingen ihren Kreistagsabgeordneten dazu, das Rechtshilfegeld wieder unter die volle Verfügungsgewalt der BEgA zu stellen. Nach über drei Monaten verfügt die BEgA dann am 6.7.87 wieder über ihre Rechtshilfegelder und kann nun ihrem Beschluß Rechnung tragen und dem niederländischen Kläger gegen das AKW Lingen II DM 15.000,-zur Verfügung stellen. Insgesamt kostet dieser Kampf die BEgA DM 500,-.
Wieviel die Grünen von ihrer eigenen Kühlturm-Klage halten, bewiesen sie auf dem Erörterungstermin am 15.6.87: dieser Termin wurde inhaltlich von Vertretern der Niederländer und der BEgA bestritten, die grünen Exponenten, allen voran Reiner Geulen, fehlten.

Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen (BEgA)
Herbert Maslau

... und die Antwort auf diese Vorwürfe

Es ist reichlich müßig, das alles aufzudrösein, was Herbert gemeint hat, zum xten Mal zu Papier zu bringen. Es ist sinnlos, auf all die um die wenigen Fakten herum zurechtgebasteilten neurotischen Interpretationen und Wertungen einzugehen. Herbert hat sie aufgeschrieben, damit diese Tatsachen eine ihm gemäße Verkleidung erhalten. Es gibt wichtigeres zu tun, als alten Müll immer wieder umzukrempeln.
Folgendes ist in der Linger Anti-AKW-Szene geschehen:
1. Die nach Tschernobyl neu entstandenen BIs hatten mit den alten oder den Resten der alten, so ihre Probleme - und umgekehrt. So war/ist es auch in Lingen.
2. Der Lingener Restbestand der alten heißt BEgA, war das Überbleibsel des ehemaligen Zusammenschlusses emsländischer Bürgerinitiativen zu Beginn der 80er. Viele von diesen BIs existierten, wenn überhaupt, mehr oder weniger nur noch auf dem Papier bzw. manifestierten sich noch in ein bis drei Personen: "Ich/wir bin/sind die BI-...". Die BEgA setzte sich Ende letzten Jahres lediglich noch aus Herberts-WG-Umfeld zusammen. Solange noch Verfahren gegen das Lingener AKW mit dem Kläger Matthias Jungk liefen, wurde von Herbert ("BEgA") der Prozeß begleitet.
3. Die Niederländer setzten sich vor dem Bundesverwaltungsgericht durch.
4. Für den Bau des Kühlturms wurde ein neues Verfahren nach Bimsch notwendig.
5. Die Bauarbeiten am AKW schritten zügig voran. Die Inbetriebnahme rückte immer näher. Auf Seiten der Gegner rührte sich kaum (noch) etwas, von den Lingener Becquerellis einmal abgesehen: Allzu still ruhte der See.
6. Die neue Landtagsfraktion der Grünen wollte Steine in das Wasser werfen. Mögliche Ansatzpunkte sah sie bei der politischen und finanziellen Unterstützung des wieder laufenden, nun "niederländischen" Verfahrens gegen das AKW und in einem neuen gegen die Kühlturminbetriebnahme.
7. Im Nachbarkreis Grafschaft Bentheim bildete sich Ende 1986 eine Anti-AKW-BI (neu). Daran waren Grüne (z.B. Lukas Beckmann) aktiv beteiligt. Lukas bemühte sich außerdem darum, Geld für den Widerstand aus Mitteln des grünen Bundesverbandes zu erhalten.
8. Das Unterstützungsangebot und Lukas Beckmanns Bentheim/Nordhorner Aktivitäten wurden von Herbert nicht akzeptiert. Solche Steine paßten ihm wohl nicht. Er interpretierte sie als Einmischungsversuch von verkappten Anti-AKW-Befürwortern in die inneren Angelegenheiten der WG "BEgA".
9. Gleiches "Schicksal" erlitt auch ein mög-

BEGA-Sitzung ...

Fortsetzung nächste Seite

Forts. v. vorheriger Seite

licher Vorstoß gegen den Kühlturm. Der geschah nun ohne Herbert. Was der dann wieder als Falle ansah, usw., usw., also eröffnete er einen ziemlich einseitigen Papierkrieg: Plötzlich tobten da, für die Öffentlichkeit wenigstens, zwei Lager gegeneinander. Wobei er sich nicht scheute, die natürlich höchst erfreute Lingener Tagespost, Intimfeindin der AKW-Bewegung, für seine Zwecke einzuspannen.

10. Ohne Beachtung der alten BEgA-Strukturen (die es ja auch so nicht mehr gab) wurde in einer, ganz vorsichtig gesagt, ziemlich emotional verlaufenden Sitzung beschlossen, den noch bestehenden Rechtshilfefond Emsland (ca. DM 20.000) einem neuen Konto unter neuer Leitung (je 1x BI alt und neu) und davon wieder DM 15.000 der niederländischen Prozeßführung zur Verfügung zu stellen.

11. Verlauf der Sitzung, anstehende Einsprüche, damals nicht nur bei mir noch vorhandene Unklarheiten u.a. über den tatsächlichen Prozeßwillen der Niederländer und weiter zurückliegende Vorkommnisse (es gab schon mal eine Zeit, da wußte man bei einigen Leuten wohl nicht mehr so recht, was man mit dem Fond anfangen solle, und da war von "Weggeben an andere Standorte" bis zu "Versaufen" die Rede), die Sorge, daß das Geld (obwohl für den Widerstand gegen die reichlich vorhandenen emsländischen Atomanlagen gestiftet) das Emsland "verlassen" könnte, der immer mieser werdende, reichlich hassige Stil in dem die Auseinandersetzung vorangetrieben wurde, veranlaßten mich, als damaligen einzigen Kontoführungsberechtigten mit der Überschreibung des Kontos zu zögern. Ich suchte, einmal um die Ausführung der erwähnten BEgA-Beschlüsse zu gewährleisten und zweitens um sicherzustellen, daß das Geld im Emsland verbleibt, die Auszahlung über ein Notar-Ander-Konto zu regeln.

12. Die emsländischen Grünen hatte, wie die meisten Beteiligten von Anfang an die öffentliche Kampagne, Herberts Revanche-Krieg, satt. Sie machten mir gegenüber wiederholt und per Beschluß ziemlich deutlich, daß es ihnen schnurzpiepegal sei, was mit dem Geld passiere. Die 20.000 DM seien diese Auseinandersetzung nicht wert.

13. Im Mai habe ich den Notar-Ander-Konto-Vertrag gelöst.

Werner Bußmann

EVU's und Atomindustrie kollaborieren mit Südafrika

Die "Technische Vereinigung der Großkraftwerkbetreiber" (VGB) - ein Name, der bis vor wenigen Wochen nur Eingeweihten bekannt war, ist plötzlich in den Schlagzeilen. Grund ist eine "Special Conference - South Africa 1987", die diese Vereinigung vom 9.-13. November dieses Jahres in Johannesburg abhalten will. Die VGB mit Sitz in Essen, Klinkestr. 27-31, Postfach 103932, Tel.0201/8128-1, ist ein Interessenverband von rund 300 Kraftwerksunternehmen, sowohl Betreiber wie Hersteller, aus 28 Ländern. Maßgeblich sind bundesdeutsche Firmen und ihre Manager beteiligt. Herausragen Namen wie Vereinigte Elektrizitätswerke (VEW) Dortmund und Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke (RWE) in Essen als Strommonopolisten oder KWU (Mühlheim) und Deutsche Babcock (Oberhausen) als Kraftwerkbauer. Ebenfalls Mitgleid im Verein ist das staatliche südafrikanische Stromversorgungsunternehmen Electricity Supply Commission (ESCOM), die den Anstoß zur diesjährigen Jahrestagung gaben. Thema soll die Verfeuerung von Ballastkohle und die Trockenkühlung sein, Gebiete, "in denen ESCOM maßgeblich zur internationalen Entwicklung beigetragen hat", wie die Veranstalter im Einladungsschreiben sagen. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Zunächst sprachlos stehen Otto und Eva Normalverbraucher/in der Frechheit gegenüber, mit der die Energieindustrie versucht, dem südafrikanischen Rassistenregime durch offene Anerkennung und Aufwertung unter die Arme zu greifen. Nicht nur die UNO-Boykottbeschlüsse gegen Südafrika werden offen unterlaufen (was noch verständlich wäre, da sich diese Herren eh nicht um UNO-Beschlüsse scheren), aber selbst die windelweichen Beschlüsse der EG, die den wissenschaftlichen und kulturellen Kontakt zu den Institutionen des Regimes untersagt hat. VGB-Geschäftsführer Dr. Ottmar Schwarz kann die ganze Aufregung nicht verstehen: "Mit der Diskussion um umweltschutzrelevante Anlagen in Kraftwerken, Sicherheitsaspekten und Ausbildungsfragen tun wir der Gesamtbevölkerung in Südafrika einen Gefallen."

Die Kollaboration bundesdeutscher Energieunternehmen mit Südafrika ist lang: Einfuhr der superbilligen südafrikanischen Kohle, getränkt mit dem Blut von über 1000 toten schwarzen Bergarbeitern pro Jahr; Lieferung von konventioneller Kraftwerktechnik und Hilfestellung in ganz entscheidendem Ausmaß für den Bau des Atomkraftwerks Koeberg (2x920 MW), der Urananreicherungsanlage und Atomforschungszentren in Pelindaba und Valindaba und damit der Ermöglichung des Baus von Atombomben, die Südafrika jetzt besitzt, bis hin zum Bezug von Uran aus Südafrika und Namibia.

Eben diese Themen und Geschäfte werden auch am Rande der Tagung anstehen, obwohl die VGB versichern läßt, Atomtechnologie sei kein Thema der Tagung. Ein Informationsbesuch im AKW Koeberg bei Kapstadt aber gehört zum Grundprogramm der Tagung. Auch die Referate über "Trends und Entwicklungslinien der Kraftwerkstechnik in der Bundesrepublik, Südafrika, Frankreich und Israel" dürften sich kaum auf Kohlekraftwerke beschränken.

Der Vorstandsvorsitzende der VEW, Knizia, gleichzeitig 2. stellvertretender Vorsitzender der VGB, wird das Eröffnungsreferat der Konferenz halten. Andere deutsche Referenten sind Chr. Marnet, Stadtwerke Düsseldorf; W. Hlubek, Essen; H. Knirsch, Bochum; B. Trage und F.J. Hinzen, Oberhausen; D. Tremmel und H. Stetter, Nürnberg; W. Trassl, Mühlheim (Ruhr); G. Dibelius, Aachen; H. Leikert, G. von der Kammer und S. Michelfelder, Gummersbach; O. Schwarz, D. Nitsch und J. Jacobs, Essen; M. Timm, HEW Hamburg (hat schon zurückgezogen).

Vorstand der VGB

Vorsitzender: Spalthoff, RWE AG Essen
1. stell. Vors.: Wetjen, BASF AG Ludwigsh.
2. stell. Vors.: Knizia, VEW AG Dortmund
Brocke, Saarbergwerke AG Saarbrücken
Cramer, Preuß. Elektr. AG Hannover
Eydam, Großkraftwerk Franken AG Nürnb.
Guck, Badenwerke AG Karlsruhe
Hirschfelder, VEBA Kraftw. Ruhr AG Gels.k.
Kammholz, Hüls AG, Marl
Kühn, Rhein. Braunkohlen-Kraftstoff AG
Künzel, Bayernwerke AG München
Leibfried, Großkraftwerk Mannheim AG
Mäule, Neckarwerke AG, Esslingen (Neckar)
Marnet, Stadtwerke Düsseldorf AG
Müller, BEWAG Berlin
Piechota, Bayer AG, Leverkusen
Schlachter, Hoechst AG, Frankfurt
Schmitt, Freudenb. & Freudenb. Weinheim
Speich, Rhein. Braunkohlenwerke AG Köln
Stäbler, Energieversorgung Schwaben AG Stuttgart
Timm, HEW AG Hamburg
Völcker, STEAG AG Essen

Am 7. September fand ein erstes Treffen von Anti-Apartheid-Gruppen, Südafrika-Solidaritätsgruppen und einigen Anti-AKW-Initiativen zu diesem Thema und zur Verhinderung des Kongresses in Bochum statt, für den Raum des Ruhrgebiets, Köln, Münsterland. Es gibt für alle Gruppen viele Ansatzmöglichkeiten für Aktionen:

— Bildung regionaler Aktionsbündnisse von 3.-Welt-Gruppen und Anti-AKW-Bewegung (u. natürlich auch anderen), denn die teilnehmenden Strommonopolisten und Kraftwerkbauer sind auch regional organisiert.

— Ansprechen von Bundes- und Landtagsabgeordneten, von Gewerkschaften und Parteien in der Region, um Druck auf deren Vertreter in den Aufsichtsräten der Stromlieferer auszuüben.

— Besuch der Sprechstunden von Oberbürgermeistern und anderen Kommunalfritzen, die oft in den Aufsichtsräten der Stromgiganten sitzen.

— und vieles andere mehr...

Weitere Informationen gibt es zum Thema bei: AKAFRIK, Achtermannstr. 10/12, 4400 Münster, Tel. 0251/511998

Amazonen stutzen Adler die Flügel

Zehnter Brandanschlag von „Amazonen" auf Textil-Multi / Firma Adler gibt auf

taz 12.9.87

Aus Berlin Michael Ringelsiep

„Das Unternehmen beugt sich der Gewalt terroristischer Gruppen", erklärte gestern die Geschäftsleitung des Textil-Konzerns Adler, nachdem die „Amazonen" — „Schwestern der Roten Zora" — einen Brandanschlag auf die Berliner Filiale am Ku-damm verübt hatten. Das Unternehmen will alle Forderungen der AttentäterInnen erfüllen: die zwölf entlassen Arbeiterinnen ihres Zweigwerkes in Südkorea sollen wieder eingestellt werden, freie Betriebsratwahlen stattfinden und der Gesamtlohn im Laufe des Jahres um knapp ein Viertel erhöht werden.

In ihrem Bekennerbrief, der am Freitag bei der taz einging, hatten die BrandstifterInnen die Forderung der koreanischen Arbeiterinnen übernommen. Der Anschlag auf die Berliner Adler-Filiale war der zehnte auf ein Geschäft des Textil-Multis innerhalb eines Monats. Bei allen Anschlägen wurde gefordert, die Zustände in dem Zweigwerk in SÜdkorea zu verbessern. Nach den ersten neun Brandanschlägen verkündete der Adler-Vorstand, das Werk in Süd-Korea werde geschlossen und so knapp 1.700 Arbeitsplätze zu vernichtet.

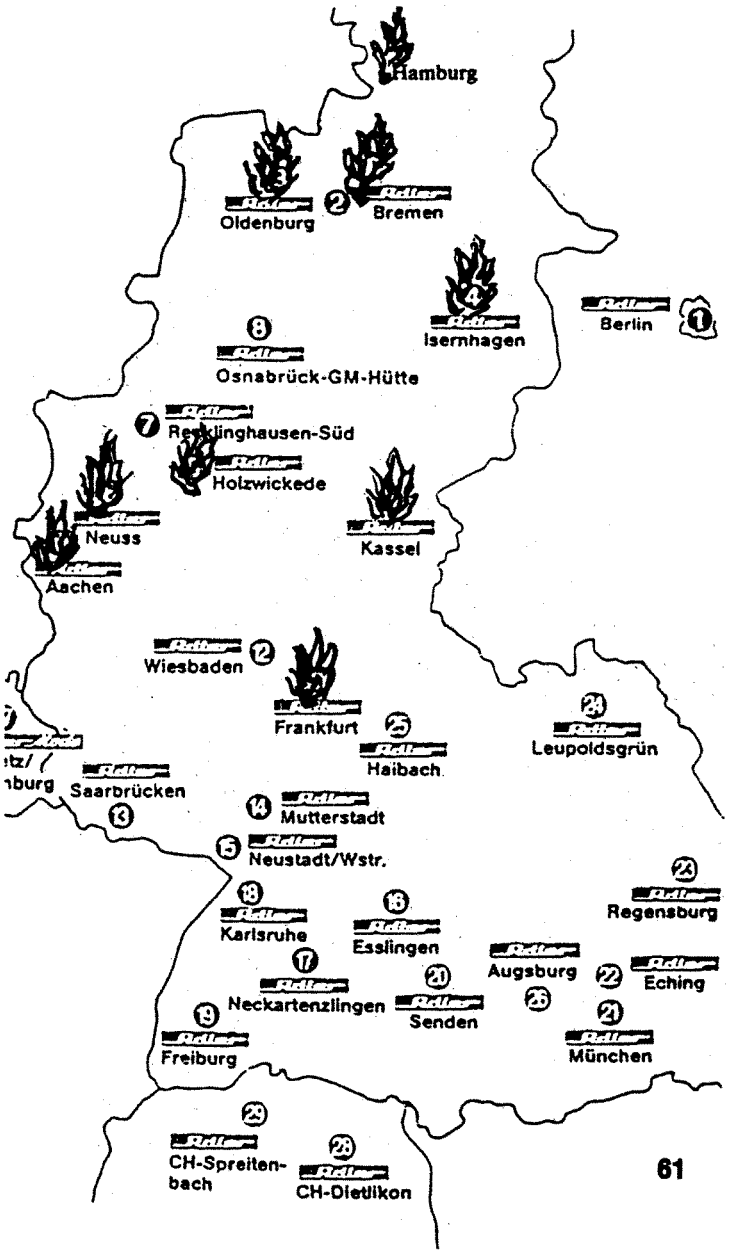
In dem neuen Bekennerbrief hatten die „Amazonen" Adler damit gedroht, trotz der Schließung ihren „Widerstand fortzuführen." Adler schwenkte auf die Forderungen ein, „weil die Firma keine andere Möglichkeit sieht".

Emsland

In der Nacht zum 15. August 1987 verübten bisher Unbekannte (die Polizei vermutet »militante AKW-Gegner«) Anschläge auf die Bahnstrecke Rheine-Norddeich und auf Baufahrzeuge am Speichersee Geeste bei Lingen. Ein ausgebrannte Bagger steht mit 80.000 DM Schaden zu Buche; über die Schäden an der Bahnstrecke und an zwei Elektroloks (eine mußte ausgetauscht werden) konnte die Kripo nach Angaben des Emsländer Tageblatts nichts sagen. Der Schienenverkehr auf dieser Strecke war mehrere Stunden schwer gestört.
Schwer zu schaffen machte, zumindest der örtlichen Presse, die bei beiden Aktionen gesprühte Parole »Tod der Atommafia« und der allseits bekannte fünfzackige Stern. Obwohl die Kripo jede Verbindung zur RAF zurückwies, stellte die Presse die Anschläge sofort in eine Linie zur »Terrororganisation RAF«. Ob damit die Existenz der Anti-AKW-Bewegung in der stockkonservativen Atomprovinz Emsland geleugnet werden soll?
Auf den Tag genau fünf Jahre vorher war Baubeginn für das AKW Lingen II.

Neue Zielgruppe

Revolutionäre Zellen haben in der Nacht vom 16.6. auf den 17.6. die Umspannstation der RWE bei Kelsterbach (Startbahnregion) zerstört.
In ihrer Erklärung weisen die RZ daraufhin, daß sich die Aktion nicht nur gegen die RWE als größtem privatwirtschaftlichen Stromproduzenten Europas richtete, sondern gleichfalls gegen die nahegelegene HOECHST AG.
Die RZ sehen diesen Anschlag als konkrete Sabotage gegen die umweltgefährdende und menschenverachtende Industrieproduktion der Chemiegiganten, die nicht nur den Rhein als billiges Entsorgungsinstrument für ihren Chemiemüll benutzen.
Diese Aktion soll auch als Antwort auf die faschistische Tradition der HOECHST AG verstanden werden, die sich im 1. Weltkrieg mit BAYER und BASF zur berüchtigten IG FARBEN zusammenschloß, die während des NAZI-Faschismus für einige der schlimmsten Verbrechen an der Menschheit verantwortlich ist.
Nach dem 2. Weltkrieg entstanden aus der IG FARBEN wieder die vorherigen Firmen wobei sich die Konzerne in politischer und personeller Ausrichtung in Kontinuität übten.
»Aus diesen Gründen sollen die Herren in den Vorstandsetagen von HOECHST, BAYER, BASF wissen, daß sie und ihre Firmen in das Zielkreuz unserer Aktion geraten sind«.(aus der Erklärung)



Vorbeugehaft auf Verdacht

Mit einem überraschenden Freispruch endete Anfang August der Prozeß gegen den 34jährigen WAA-Gegner Ralf aus Erlangen. Sein Prozeß und dessen Vorgeschichte haben dennoch eine neue juristische Dimension deutlich gemacht.
Nach längerem Observieren durch Zivilbeamte wird Ralfs Auto am 6.6.86 in Erlangen angehalten und durchsucht. Wichtigster Fund für die Polizei: eine Zwille. Grund genug, ihn festzunehmen. Denn: Einen Tag später sollte am WAA-Gelände eine Demo stattfinden. Klar, daß Ralf nirgendwo anders als dorthin wollte und klar, daß er böses mit der Zwille vorhatte. Also: klarer Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, das das Mitführen von "gefährlichen Gegenständen" verbietet. Ein dreiviertel Jahr später fällt Staatsanwaltschaft und Gericht auf, daß Ralf frei herumläuft. Er wird am 19.März festgenommen, obwohl er einen festen Wohnsitz und eine feste Arbeit hat. Eine Haftbeschwerde verschafft ihm einige Wochen Freiheit, bevor er am 30. Juni erneut in Untersuchungshaft genommen wird.
Nach insgesamt achtwöchiger Untersuchungshaft kommt es zum Prozeß, bei dem der Staatsanwalt zehn Monate ohne Bewährung fordert. Doch da nichts bewiesen werden konnte (weder, wem die Zwille gehörte, noch, ob Ralf zur Demo wollte etc.), wurde Ralf vom Gericht freigesprochen.
In Ralf's Prozeßerklärung heißt es:
"Das Verfahren hier ist der Versuch, eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes durchzusetzen. Wenn schon bei der Diskussion um die Neufassung des Landfriedensbruch-Paragrafen darüber geredet wird, 'Vorbeugehaft' für sogenannte Gewalttäter einzuführen, soll es durch eine Neudefinition des Versammlungsgesetzes möglich sein, eine ganze Menge Menschen im Rahmen desselben abzuräumen und einzuknasten.
Wenn mensch das Konstrukt der Staatsanwaltschaft weiterdenkt, heißt das ganz einfach, daß bestimmte Menschen festgenommen werden können, mit der Behauptung, sie seien auf dem Weg zu einer Demonstration oder Versammlung (und die gibt's ja reichlich). Und welche Dinge dann zu gefährlichen Gegenständen oder Waffen werden, bleibt dann der Meinung der Staatsanwälte überlassen. So wie hier die Nitroverdünnung flugs zum Molotow-Cocktail wird...
Hier in der Region ist es in der Entwicklung des Widerstands gegen die WAA spürbar geworden, welche Kraft wir haben, wenn die Menschen aus den unterschiedlichsten Bewegungen zusammenkommen und kämpfen. Dieser Prozeß war und ist immer wieder zäh und mühselig. Das wesentliche dabei ist das gemeinsame Handeln und nicht die Unterschiede untereinander - und das ist auch das Positive und Attraktive daran, auch für viele Menschen, die neu dazu kommen. Gegen diese Entwicklung zielen sie mit aller Macht, weil sie für ihre Projekte wie die WAA die Zustimmung von immer mehr Menschen verlieren, und sie nur noch mit der harten Haltung durchsetzen können..."

◆ **Kriminalisierungsrundbrief 12/13 erschienen:** Themen u.a. radikal u. Rote Zora/WAA-Prozeß-Urteile/alles über den Hungerstreik in der Plötze/ Interview mit autonomen Zellen/Hausdurchsuchungen bei den Angehörigen d. polit. Gefangene in Wiesbaden/Zeugenvorladungen Karlsruhe/Knast für Mirca. Bestellen bei: Kriminalisierungsrundbrief c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel. 1 Expl. für 5 DM nur gegen Vorkasse in bar, keine Schecks/Briefmarken ab 5 Expl. 4 DM

Robert Jungk angeklagt

Hanau (dpa) — Anklage wegen Landfriedensbruchs und Anstiftung zu einer strafbaren Handlung hat die Hanauer Staatsanwaltschaft gegen den österreichischen Zukunftsforscher Robert Jungk (73) erhoben. Jungk hatte während der Anti-Atom-Demonstration am 8. November 1986 den Demonstranten zugerufen: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht" und „Gewaltlos oder militant — Hauptsache Widerstand".

taz 25.9.87

ISOHAFT

Nach der bundesweiten Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion vom 17.9.87, die aufgrund der Aussage eines angeblichen »Kronzeugen« von BKA und Bundesanwaltschaft in mehreren Städten durchgeführt wurde, ist Andrea verhaftet worden und sitzt seitdem in strengster Isolation in U-Haft.
Obwohl der Bundesanwaltschaft mittlerweile klargeworden zu sein scheint (die obligatorische Presseerklärung durch Rebmann blieb bis heute aus), daß das ganze Konstrukt, das sich auf diesen dubiosen Kronzeugen stützt, mehr als wackelig ist, wird Andrea noch immer festgehalten.
Wir berichten in der nächsten Nummer ausführlich. Hier zunächst ihre momentane Adresse und Kontonummer für diejenigen, die ihr etwas gutes zukommen lassen wollen.

Andrea Butt
JVA Preungesheim
Obere Kreuzeckenstraße
über Ermitlungsrichter am BGH Dr. v. Gerlach
Herrenstraße
7500 Karlsruhe

PSchA Frankfurt
Kto.Nr. 51910-603
JVA Frankfurt
Betr.: Andrea Butt (Einkauf)

Auf dem schwierigen Weg zur Befreiung der Frauen ist der »Weg zum Erfolg« ein ärgerliches Hindernis

Normalerweise freuen wir uns über jede Initiative und Aktivität, unsere Praxis und Theorie zu verbreitern. Das passiert sowieso selten genug!
Nun ist die Situation eingetreten, daß ein Buch mit dem Titel "Der Weg zum Erfolg" mit Texten der RZ gedruckt wurde, das in Inhalt und Aufmachung kein Glanzstück geworden ist und wo wir nur sagen können: SO NICHT!!
Den Herausgebern ist es gelungen, die Darstellung des Frauenkampfes völlig wegzulassen. Das dokumentiert vor allem die patriarchale Denkweise der Verleger und ist partiarchale Geschichtsverfälschung: neben der Ausgrenzung des Frauenkampfes werden die Texte durch eine teilnahmslose Aneinanderreihung aus ihrem historischen Kontext gelöst und damit ihrer authentischen Bedeutung beraubt.
Selbst wenn die Herausgeber sich jetzt überlegen, einen 2. Band mit Veröffentlichungen von uns zu machen, sehen wir das als pure Legitimation auf die öffentliche Kritik.
Eine herangeklatschte Zusammenstellung von Frauentexten, die aus der politischen Diskussion ihrer Entstehungszeit herausgerissen ist, verzerrt die historische Entwicklung. Darauf legen wir keinen Wert.
Durch die Umgehensweise der TAZ wird der Auseinandersetzung zwischen Frauen und Männern der politische Gehalt genommen. In unverschämter Weise verbreitet sie den Brief von "Verteilern und Verteilerinnen aus dem Ruhrgebiet" vom 21.07.87 als Rote-Zora-Stellungnahme und stilisiert deren Kritik in oberflächlichem und aufreißerischem Gewäsch zum "Geschlechterkampf im Untergrund".
Weder sind wir RZ-Frauen, noch "Verteiler und Verteilerinnen". Wir unterschreiben immer noch mit ROTE ZORA!

ROTE ZORA, 11.08.87

Stellungnahme zur Veröffentlichung eines umstrittenen Buches

»Der Weg zum Erfolg – RZ«

Kampf dem Patriarchat auf allen Ebenen!!!

Mit dem Erscheinen der Kritik in der taz erreichten uns fast gleichzeitig die von uns bestellten Bücher. Wir teilen die Kritik der Verteilerinnen und Verteiler voll und ganz, und meinen, daß es **nicht** nur ein "peinlicher Fehler" war, die Texte und Interviews von und mit der Roten Zora nicht mit zu drucken. Im Gegenteil: dies scheint uns Ausdruck und Beweis einer immer noch vorHERRschenden, typisch männlichen Alltagspraxis in Politik und Leben zu sein.
Wir wollen nicht so vermessen sein, zu behaupten, daß uns - zumindest allen Männern unter uns - das Desaster sofort beim ersten Durchblättern aufgefallen wäre. Dennoch, oder gerade deshalb meinen auch wir uns dazu verhalten zu müssen.
Der politische Widerstand gegen die Ausbeutung der Trikontinente, gegen Kriegshetze und -treiberei, gegen kapitalistische Wirtschaftsstrategien auf Kosten der Unterdrückten, und im besonderen der FRAUEN, führt nur **zum Erfolg,** wenn diese Strategien auch in ihrer ganzen Realität analysiert und begriffen werden. Eine dieser entscheidenden Realitäten ist das ständig und überall vorHERRschende PATRIARCHAT!!!
Das erleben wir - die Frauen besonders - tagtäglich und überall. So sehr, daß selbst in der radikalen Linken diese Strukturen auf uns immernoch derart wirken, daß wir sie widerstandslos akzeptieren - als Männer natürlich!
Dies hat zum einen seinen Grund in der Tatsache der ständigen Bestätigung durch Privilegien im Alltag. Zum anderen aber darin, daß wir immer noch einen Unterschied machen zwischen einer Politik gegen Staat und Kapital und der "Frauenfrage". Daß beides unmittelbar und unabdingbar zusammenhängt, daß sich Kapitalismus und Patriarchat gegenseitig bedingen, und genau an diesem Punkt die Imperialismusanalyse ansetzen muß, das ist vielen von uns theoretisch vielleicht klar, aber in unsere Alltagspolitik bei weitem noch nicht ganz und gar eingegangen. Da nützt es auch nix, wenn bei entsprechenden Diskussionen, Veranstaltungen etc. die Solidarität der Männer immer nur verbal geäußert wird.
Im Gegensatz dazu haben wir die Politik der RZs der letzten Jahre als einen Kampf gegen Kapital und Patriarchat erlebt, der durch seine Existenz diese zwei Seiten imperialistische Unterdrückungspolitik immer wieder ins Bewußtsein hob. Und so haben wir die Gründung der Roten Zora auch als einen bewußten und notwendigen Schritt begriffen.
Um so erstaunter sind wir über dieses geschichtsverfälschende Buch - wobei wir nicht wissen, ob die RZs daran beteiligt waren. Wir würden uns wünschen, daß sie sich dazu äußern, soweit sich das mit ihren Strukturen vereinbaren läßt.
Den Vorschlag die Bücher einzustampfen, halten wir für falsch. Wir sind nicht der Meinung, daß dieser Fehler nicht korrigiert werden kann, und schlagen deshalb einen entsprechenden Nachdruck mit den Texten der Roten Zora als "Ergänzungsband" vor. Nicht zuletzt weil es dabei auch um viel Geld geht und die Möglichkeiten neues zu beschaffen nicht einfach und ungefährlich sind.
Wir werden den Verkauf des vorliegenden 1. Bandes solange zurückhalten, bis der 2. Band erschienen ist. Weiterhin fordern wir ALLE auf, das Gleiche zu tun, damit "der weg zum erfolg" gesichert ist.
Kampf dem Patriarchat auf allen Ebenen!!!

norddt. Verteilerinnen u. Verteiler

»...muß ich stark kritisieren«

Leserbrief zum Artikel »Arbeit in Atomanlagen«

Den Artikel in der Atom Nr. 16 von Jens Scheer "Arbeit in Atomanlagen" muß ich stark kritisieren. Diese Kritik ist auf viele Artikel übertragbar.
Da wird unter Punkt 1 behauptet, daß durch drastische Senkung der Strahlenbelastung für AKW-Arbeiter die Atomindustrie pleite gehen würde. Diese Annahme ist falsch. Wenn ein Staat das Ziel hat, eine eigene Atomstreitmacht aufzubauen, wird sie keine Kosten scheuen, dies auch zu tun. Das beste Beispiel dürfte Brasilien sein. Obwohl Brasilien pleite ist, leidet das Atomprogramm keine Not. So wurde Angra[2] irrtümlicherweise auf sandigem Boden geplant, wo man felsigen erwartet hatte. Dieser Fehler wurde ausgebügelt, indem man/frau 1981 Betonpfeiler für 650 Mill. DM kaufte. Das Projekt wurde aber nicht fallengelassen. So wird die BRD auch keine Kosten scheuen, eine Atomstreitmacht aufzubauen. Auf die Strahlenbelastung bezogen, würde die Industrie eben bessere Strahlenanzüge produzieren, oder häufiger Arbeiter auswechseln, oder... Die Kosten würde der Verbraucher zahlen. Mit diesem Konzept könnten lediglich die "überflüssigen" Atomanlagen stillgelegt werden.
Daß Menschen "verheizt" werden, ist ein Problem, daß auf jede Industrieanlage zutrifft. Der eine atmet Formaldehyd ein, der andere kommt in Kontakt mit chlorierten Kohlenwasserstoffen. Der Streß von Angestellten führt zum Herzinfarkt. Wir müssen daher jede Produktion kritisieren, die nicht den Menschen und dessen wahre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.
Besonders gefährlich halte ich die Thesen in Punkt 4. So wird behauptet, daß durch die Stillegung der Atomanlagen und durch Inbetriebnahme von Kohlkraftwerken (auch Gas, Öl, Wind, Sonne) mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch bei dieser Argumentation gibt es zwei Fragen. Die erste wäre, ob frau/man für die Atomtechnologie wäre, wenn dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen würden. Die zweite wäre, wie man/frau generell zu fossilen Brennstoffen steht. Selbst bei optimaler Filterung bleibt das CO_2-Problem bestehen (Treibhauseffekt). Die Filterrückstände lassen sich auch nicht völlig weiterverwerten und müßten deponiert werden. Das würde zur Gefährdung des Grundwassers führen. Zwar befürwortet auch Jens Scheer alternative Energien und Energieeinsparungen, doch bleibt er auch hier auf dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung.

Eigene Gedanken

Daß die Atomindustrie der BRD ermöglichen soll, eigene Atomwaffen herzustellen, ist wohl klar. Doch will ich jetzt Aspekte ansprechen, die auch für andere Kraftwerke gelten. In beiden Fällen wird der Strom zentralistisch hergestellt. Eine Institution oder Gruppe verfügt über das Stommonopol. Dieses Monopol wird eingesetzt um Menschen gefügig zu machen. Ein aktuelles Beispiel ist die Hafenstraße in Hamburg. Hier wird das Strommonopol als Machtpolitik gebraucht, dessen Gewaltcharakter für Außenstehende nicht erkennbar ist. (Ein Bulleneinsatz wird gesehen. Die Abschaltung von Strom nicht.) Würde jeder Haushalt über eine regenerative Stromquelle verfügen, wäre die Macht von Staat und Kapital in einem Bereich durchbrochen. So werden Staat und Kapital versuchen, auch das Monopol über alternative Energiequellen zu beherrschen (siehe Growian). Der Kampf gegen AKWs ist ein Kampf für die Unabhängigkeit von den Stromkonzernen.
In unserer Gesellschaft gibt es einen großen Energiebedarf, der gedeckt sein will. (Allein die Aluminium-Werke in Hamburg benötigen etwa 15% des Hamburger Strombedarfs.) Diesen Energiebedarf können keine alternativen Energiequellen annährend decken. Die Frage ist, wieviel Energie und Rohstoffe darf der Mensch verbrauchen, um ein glückliches Leben zu führen, ohne daß die Umwelt zerstört wird. Die Frage darf nicht lauten, wie stelle ich dieser Gesellschaft die Energiemengen zur Verfügung. Eine solche Frage hat zur Atompolitik geführt. Außerdem dürfen die Energiesorgen der Industrie nicht unsere Sorgen sein. Eine andere Frage wäre, wie generell produziert werden müßte, so daß der Mensch bei der Arbeit nicht "verheizt" wird, und daß die Arbeit "Spaß" macht.
In einer kapitalistischen Gesellschaft wird nur produziert, um Profit zu machen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und darauf folgender Armut führt dazu, daß viele Menschen in gewissen Produktionsbereichen trotz hoher Gesundheitsgefährdung weiterarbeiten. Eine ökologische Gesellschaft ist somit nur im Sozialismus möglich, da nur in einer solchen Gesellschaft die Arbeiter/innen keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut haben brauchen. Denn diese Angst ist es, die die Arbeiter/innen dazu bringt, die Umwelt zu zerstören und ihre Gesundheit "freiwillig" zu gefährden. Die Arbeiter/innen müßten selbst bestimmen, wie und was produziert wird. Eine solche Gesellschaft würde den Frauen eine (echte) Chance für die Emanzipation geben. Ein solcher Sozialismus wäre nicht zu vergleichen, mit einem Sozialismus, den die DKP propagiert. Die DKP sieht ohnehin die ökologischen Probleme als eine Art Nebenproblem, daß sich irgendwie von selbst löst.

Das kapitalistische System verbraucht nicht soviel Energie und Rohstoffe, was ökologisch vertretbar wäre, sondern was seinem Profit dient (siehe Verpackungsmaterial). Ein Management eines Konzerns überlegt sich daher nur, ob ein Produkt verkauft werden kann oder nicht. Andere Überlegungen sind nicht durchführbar, da sie den Profit schmälern und die Konkurrenzfähigkeit schwächen. Die Ansicht von Jens Scheer in Punkt 4, daß das Management der KWU Überlegungen anstellt (wegen mangelnder AKW-Nachfrage), zukünftig "sinnvolle Geräte zu entwickeln", kann daher nur ein Wunschtraum sein. Da der Mensch bei der Arbeit täglich konkurriert mit seinen Mitmenschen, führt es dazu, daß man/frau sich auch in der Freizeit konkurriert. Das ist eine Ursache der Konsumorgien (Auto, Geschirrspülmaschine...). Die Konsumorgien sind auch eine Kompensation für die gestohlene inhaltsleere Arbeitszeit.
Bei jeder Blockade vor einem AKW kann man/frau sehen, daß Polizei, Richter, Staatsanwälte ihren "Dienst" tun, damit diese AKWs weiterlaufen können. Sie können aber weder Frauen vor Vergewaltigungen noch Ausländer vor Nazis schützen. Eine ökologische Gesellschaft braucht daher kein Gewaltmonopol des Staates noch irgendeinen Staat. Richter, Staatsanwälte, Polizei dienen zur Erhaltung einer ungerechten Gesellschaft.

Ein Autonomer

Foto: Joker

Anti-AKW-Taschenkalender '88 — Aber Hallo!

Nun erscheint er also doch, der Anti-AKW-Kalender fürs nächste Jahr. Zum elften Mal immerhin. Bis vor wenigen Wochen war das aber umstritten und somit unklar. Warum?

In den vergangenen zehn Jahren wurde der Kalender von immer wieder wechselnden Redaktionsgruppen innerhalb des Göttinger AK gegen Atomenergie gemacht. Und so entstanden höchst unterschiedliche Produkte, mal besser, mal schlechter, mal »radikaler«, mal »weicher«, je nach subjektivem Standpunkt.

Die letztjährige Redaktion beschloß im Sommer nach längeren Diskussionen, den Kalender 88 nicht herauszugeben und die Bewegung mit seinem Nicht-Erscheinen zu konfrontieren. Begründungen: Mangelnde Motivation aufgrund der Erfahrung mit der Produktion des letzten Kalenders, zu wenig Zeit, andere Schwerpunktsetzung, Krisenstimmung im Arbeitskreis, die nicht durch die Kalendererstellung übertüncht werden sollte; auch die gesamte Bewegung sei in einer Krise, und da würde es durchaus in die politische Landschaft passen, wenns keinen 88er Kalender gibt. Dazu kamen sehr hohe inhaltliche und organisatorische Ansprüche: Wenn schon einen Kalender, dann sollte er möglichst auch mit Gruppen aus anderen Städten gemacht werden, die Artikel sollten ausführlich diskutiert werden usw. Doch das alles ging nicht mehr, weil es schon Ende August und damit viel zu spät war.

Dies war Stand der Dinge, als sich die atom-Redaktion zu einem Wochenend-Seminar im Wendland traf (siehe auch »in eigener Sache«). Infolge des Berichtes der Göttinger atom-Leute, daß es keinen 88er Kalender geben werde, entbrannte die Diskussion um den Sinn und Zweck des Kalenders erneut. Ergebnis: Die atom-Redaktion nahm sich vor, den Kalender selbst herauszubringen. Die sachlichen, inhaltlichen und politischen Gründe, die für ein Erscheinen des Kalenders sprechen, liegen wohl auf der Hand und brauchen hier nicht weiter erwähnt zu werden. Daß wir allerdings überhaupt auf die Idee kamen, den Kalender doch zu machen, war - trotz allgemeiner Krisenstimmung, trotz atom-Kritik und trotz personeller Auszehrung der Göttinger Redaktion - der ausgezeichneten Stimmung, den guten Diskussionen und der »power« in der gesamten Redaktionsgruppe zu verdanken. Dazu kam, daß wir vom regelmäßigen Zeitungsmachen her die technischen und organisatorischen Probleme einer Kalender-Produktion leichter bewältigen und uns auf eine eingespielte Gruppe stützen können. Wir gingen - und gehen immer noch - davon aus, daß auch zu so einem späten Zeitpunkt noch ein guter Kalender machbar ist.

Also erarbeiteten wir an diesem Wochenende einen vorläufigen Themenkatalog und teilten die anfallenden Aufgaben, vor allem die Aktualisierung des Adressenteils, untereinander auf. Die endgültige Entscheidung sollte allerdings davon abhängig gemacht werden, daß es definitiv dabei bleibt, daß die letztjährige Redaktion keinen Kalender machen will. Um das endgültig abzuklären, fand zehn Tage später in Göttingen ein Treffen statt, auf dem die »alte« Kalender-Gruppe, die atom-Redaktion und andere Arbeitskreisler anwesend waren. Dabei stellte sich heraus, daß die Tatsache, daß nun ausgerechnet die atom den Kalender macht, von den meisten mehr oder weniger scharf kritisiert wurde.

Die Gründe dafür liegen zum einen in der unterschiedlichen Entwicklung von Arbeitskreis und atom in den letzten Jahren und der damit verbundenen unterschiedlichen politischen und inhaltlichen Schwerpunktsetzung. Natürlich war klar, daß ein von der atom-Redaktion gemachter Kalender nicht die selben Inhalte und auch ein anderes »Äußeres« haben würde als die Kalender der zwei, drei letzten Jahre, sondern daß er sich eher an das Konzept der älteren Kalender und den politischen Rahmen der atom anlehnen würde; in dem Zusammenhang wurde die Befürchtung geäußert, daß ein atom-Kalender zu wenig »militante« oder »autonome« Position rüberbringen würde. Dies sind aber sehr subjektive Fragestellungen, die am Beispiel der letztjährigen Kalender ja auch sehr unterschiedlich bewertet wurden; den einen war dieser oder jener Kalender zu »schlapp«, den anderen zu »militant«.

Unserer Meinung nach ist der Anti-AKW-Kalender aber ohnehin nicht das richtige Feld, um Flügelkämpfe auszutragen. Seine Bedeutung liegt eher in seinem praktischen Nutzen für die Bewegung, in seiner Kontinuität als eine der wenigen, über Jahre hinweg aufrechterhaltenden Strukturen. Wenn diese Funktion gewahrt bleibt, kann der - ohnehin begrenzte - inhaltliche Teil des Kalenders, der auf aktuelle Ereignisse und Diskus-

sionen ja gar nicht eingehen kann, ruhig von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfallen.
Ein anderer Kritikpunkt ist u.E. allerdings nicht ganz unberechtigt, nämlich daß die atom ja nun schon genug Macht innerhalb der Bewegung bzw. im Publikationswesen der Bewegung habe, und daß es eben einen weiteren Machtzuwachs bedeuten würde, wenn die atom auch noch den Kalender macht.

Wir glauben allerdings, daß die Bedeutung des Kalenders damit überschätzt wird, und wir können uns auch nicht der Auffassung anschließen, daß es besser ist, keinen Kalender erscheinen zu lassen als einen von der atom gemachten.

Kurzum, am Ende des Treffens stand die schließlich von allen akzeptierte Entscheidung, daß die atom den Kalender erstellt, daß aber ein Vorwort (dieses hier nämlich) geschrieben wird zur Entstehungsgeschichte des 88er Kalenders, welches in der atom und natürlich auch im Kalender selbst abgedruckt wird.
Es bleibt zu hoffen, daß es im nächsten Jahr rechtzeitig zur Bildung einer für alle Interessierten offenenen Gruppe kommt, die den 89er Kalender intensiv diskutieren und auch machen kann. Alle, die daran mitwirken möchten, sollten uns dies schreiben. Wir sammeln die Adressen und laden dann für Apri/Mai 88 zum ersten Kalendertreffen ein.

atom- und Kalender 88-Redaktion

Kalender - Auslöser der Kontroverse

Bis Anfang September diesen Jahres sind wir vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie davon ausgegangen, den Anti-AKW-Kalender für das Jahr 1988 zu erstellen. Eine inhaltliche Konzeption für den Kalender war bereits erstellt, erste Vorarbeiten, wie die Neugestaltung des Kalenderariums oder den Adressenteil über eine TAZ-Anzeige auf den neusten Stand zu bringen, wurden von einer Kleingruppe angegangen. Dennoch scheiterte unser Unterfangen, weil sich seit langem gärende Widersprüche in unserer politischen Arbeit auftaten:
— Es fanden sich keine GenossenInnen, die bereit waren - außer an der Gestaltung der inhaltlichen Konzeption - ein Großteil ihrer Arbeitsschwerpunkte zu opfern;
— als Anti-AKW-Gruppe war es uns in der Vergangenheit nicht gelungen, ausreichend inhaltlich zu arbeiten: so hat es über die inhaltlichen Schwerpunkte der Anti-AKW-Bewegung, wie z.B. Wackersdorf oder Gorleben, in unserer Gruppe nur Ansätze einer Diskussion bzw. konstruktiven Auseinandersetzung gegeben; mehr oder weniger beschäftigten wir uns nur als Einzelpersonen und dann privat mit dieser Problematik, obwohl bekanntlich Diskussionsprozesse Ausdruck von kontroverser Öffentlichkeit sind.
Im Laufe der Diskussion, ob wir den Kalender für das Jahr 1988 herausgeben oder nicht, stellte sich sehr bald heraus, daß die Diskussion um das für und wider unsere eigene Krise widerspiegelte. So fehlt uns seit Tschernobyl die Orientierung wie wir unsere politische Arbeit neugestalten können: es gab keine politischen Strategien, eine zerfledderte Diskussion jagte die andere. Unser Bestreben über die "Ein-Punkt-Bewegung", was die Anti-AKW-Bewegung nun einmal ist, hinauszukommen, wie auch an die Inhalte der Demo von Hanau anzuknüpfen, haben wir im vergangenen Jahr keine konkrete Anti-AKW-Politik mehr betrieben. Deshalb entschlossen wir uns, den Anti-AKW-Kalender nicht zu machen. Die Entscheidung dafür ist uns schwer gefallen, aber wir fanden, daß die Tradition allein als Begründung für die Herausgabe nicht ausreicht. Außerdem hätte der Inhalt sich nur aus Einzelbeiträgen von uns zusammengesetzt: jede/r hätte für sich geschrieben ohne daß es einen größeren Diskussionsrahmen über die Beiträge gegeben hätte. Es gab keinen Rücklauf mit Anti-AKW-Gruppen von außerhalb, weil wir uns nicht um Kontakte gekümmert haben und uns wieder einmal viel zu spät eingefallen ist, daß ein Kalender erstellt werden soll. Unserem Verständnis nach, soll der Kalender, wenn wir ihn schon herausgeben - wie in der Vergangenheit -, aus unserer politischen Arbeit gewachsen sein, er soll den Stand der Anti-AKW-Bewegung widerspiegeln, aber nicht ein Verlagsprodukt sein, das professionell ohne große Berücksichtigung der politischen Inhalte erstellt wird. Die Entscheidung, den Kalender nicht zu erstellen, berücksichtigt dabei unsere realistische Einstellung: In Erwägung, daß unsere Prämissen von politischer Arbeit und Ansprüche sich nicht erfüllten, war dies die logische Konsequenz. Am Beispiel Wackersdorf läßt sich das verdeutlichen: wie legen keinen Wert auf eine "Bandbreitenpolitik", mit der das grün-alternative Spek-

trum sympathisieren könnte, sondern unsere Ansprüche sind, inhaltliche Konzeptionen gegen Staat, Kapital und Patriarchat zu entwickeln, bei der wir dem Anti-AKW-Widerstand großen Stellenwert beimessen. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten und Ansprüche sowie dem Termindruck durch die Kalenderherstellung, stellen wir dennoch selbstkritisch fest: daß wir es versäumt haben, andere Anti-AKW-Gruppen zu fragen, ob sie nicht den Kalender erstellen wollen und unsere Entscheidung den Kalender nicht zu machen, fiel zu spät. Wir hielten dabei wissentlich das Monopol der Herausgabe des Kalenders in den Händen und haben auf diesem Wege Macht ausgeübt.

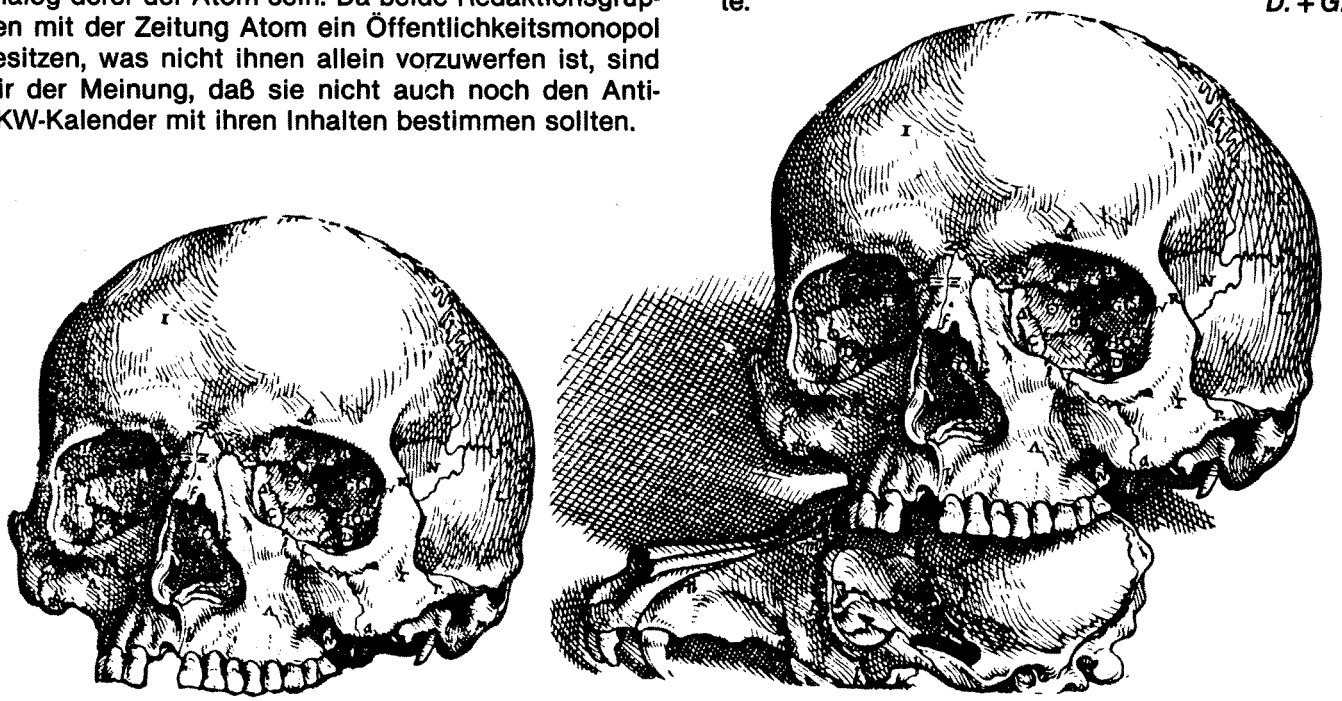
Warum jetzt doch ein Kalender entsteht

Die Göttinger und Lüneburger Redaktion der Atom werden den Kalender 1988 erstellen, der Ende Oktober fertiggestellt sein soll. Dazu zunächst eine kurze Schilderung des Verhältnisses zwischen Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und der Göttinger Redaktion Atom:
1. Der Göttinger Arbeitskreis und die Göttinger Redaktion Atom operieren seit längerer Zeit als eigenständige, relativ getrennt voneinander arbeitende Gruppen;
2. es gibt keine kontinuierlichen Diskussionszusammenhänge zwischen beiden Gruppen;
3. es gibt seit dem Frühjahr keine Personen mehr, die in beiden Gruppen politisch tätig sind;
4. es gibt zwischen beiden Gruppen inhaltliche Unterschiede, zu denen wir uns später äußern werden - die inhaltliche Diskussion dazu steht an.

Unserer Meinung nach, wird der Kalender, so wie ihn die beiden Redaktionen der Atom erstellen, ein Kalender aus der Retorte. Nur um eine Kontinuität zu wahren, reicht als Begründung für die Erstellung des Kalenders nicht aus. Die Kürze der Zeit, die ihnen für die Erstellung des Kalenders bleibt, reicht kaum aus, ihn zu diskutieren - hinzu kommt die räumliche Trennung zwischen beiden Redaktionsgruppen. Da der Kalender fast ausschließlich inhaltlich von RedaktionsmitgliederInnen geprägt wird, werden voraussichtlich die Inhalte analog derer der Atom sein. Da beide Redaktionsgruppen mit der Zeitung Atom ein Öffentlichkeitsmonopol besitzen, was nicht ihnen allein vorzuwerfen ist, sind wir der Meinung, daß sie nicht auch noch den Anti-AKW-Kalender mit ihren Inhalten bestimmen sollten.

Wir sind uns im klaren, daß es einen Widerspruch zwischen pragmatischer Zeitungsarbeit und dem Anspruch Inhalte und Beiträge zu diskutieren, gibt. Die Haltung der Redaktion ist es, und sie hat sich damit arrangiert, ganz pragmatisch einen Kalender zu erstellen, was beim derzeitigen Stand der Anti-AKW-Bewegung vielleicht auch nicht anders möglich ist. Dabei taucht die Frage auf, inwieweit sich dieser pragmatische Zustand **verselbständigt,** konzentriert und sich letztlich in Zentralismus und Macht wiederspiegelt.
Der von uns formulierte Anspruch für die Kalenderherstellung ist uneffizient, vielleicht lähmt er sogar des öfteren die politische Arbeit. Andererseits übte die Anti-AKW-Bewegung, wie auch wir, kaum öffentliche Kritik an derartiger pragmatischer Verselbständigung. Siehe hierzu vor allem die unbefriedigenden Stellungnahmen zur Wackersdorf-und Groß-Demo-Konzept-Diskussion, die letztlich in plumpen Polemiken gegen einzelne Personen aus der Atom-Redaktion mündeten, ohne das stichhaltig argumentiert wurde.
Während die inhaltliche Ausrichtung der Atom-Redaktion sich mehr und mehr auf eine grün-alternative Breitbandpolitik einspielt, haben wir als Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie versäumt, dem inhaltlich etwas entgegenzusetzen. Wenn auch in der autonomen Anti-AKW-Bewegung inhaltlich gearbeitet, diskutiert und Strategien entwickelt werden, so besteht dennoch ein Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Diskussion in der Bewegung und den Veröffentlichungen in der Atom und Radi aktiv. Diese Probleme müssen von der Anti-AKW-Bewegung angegangen und ausdiskutiert werden. Und die autonomen Kräfte in der Anti-AKW-Bewegung müssen für sich klären, ob sie die Zeitungen weiterhin als ihr Diskussionsforum betrachten, oder nicht.
Uns geht es nicht nur um den Kalender: er war der Auslöser für eine schon länger schwelende Kontroverse, die unterschiedliche Formen des Politikverständnisses und der politischen Arbeitsweise zwischen dem Arbeitskreis und der Göttinger Atom-Redaktion offenlegte.

D. + G. + H.



SONNENKLAR:

Der Anti-AKW-Kalender lebt weiter! Auch 1988!

Nach langem Hin und Her (siehe Artikel im Innenteil) gibt's nun doch wieder einen Anti-AKW-Kalender.

Aus dem Inhalt: Kleines Anti-AKW-Alphabet, Atommülltransporte, Strahlenlage nach Tschernobyl, Strahlen»schutz«kommission, Gorleben, Wackersdorf & sonstige Atomanlagen, »Innere Sicherheit«, Widerstand im Baskenland.
Und natürlich: Kalendarium, Ferientermine, Postgebühren, Menstruationskalender
Adressen jede Menge: Inis, Institute, Radioaktivitätsmeßstellen, Büchertische, Zeitschriften, Ermittlungsausschüsse, Grüne, Internationale

Insgesamt 224 Seiten für ganze 8,50 DM. Für BI's, Büchertische etc. 30 % Rabatt
Bestellungen an: atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016